

**Systemtransformation in Bulgarien:
Politische Veränderungsbestrebungen innerhalb des bulgarischen
Parteiensystems von 1989 bis 2005**

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. rer. pol.

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Institut für Politische Wissenschaft

vorgelegt von Frau Elena Stanislavova

Heidelberg, im Dezember 2014

Erstgutachter: Prof. em. Dr. Dr. h.c. Klaus von Beyme

Zweitgutachter: Dr. habil. Blagovest Zlatanov Velichkov

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	5
Abbildungsverzeichnis.....	7
Vorbemerkung	8
1. Einleitung.....	9
1.1 Forschungsinteresse	9
1.2 Forschungsstand.....	11
1.3 Methodenwahl.....	14
2. Theoretischer Teil	16
2.1 Begriffe	16
2.2 Grundlagen der Transformationsforschung	18
2.3 Transformationsansätze	20
2.3.1 Systemtheorien.....	21
2.3.2 Strukturtheorien	23
2.3.3 Kulturtheorien	24
2.3.4 Akteursheorien	25
3. Regionsspezifische Merkmale der Transformation in Osteuropa.....	27
3.1 Besonderheiten der osteuropäischen Revolutionen von 1989	28
3.2 Ausblick über die Revolutionen von 1989.....	33
4. Das bulgarische Parteiensystem.....	35
4.1 Historisch-theoretischer Hintergrund.....	35
4.2 Klassifizierung des Parteiensystems in Bulgarien	39
4.3 Entstehung einer neuen Cleavage-Typologie	43
4.4 Organisation und Aufbau der parteipolitischen Hauptakteure.....	52
4.4.1 Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)	53
4.4.2 Union der Demokratischen Kräfte (UDK).....	60
4.4.3 Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF)	68
4.4.4 Nationale Bewegung Simeon II. (NBSII)	75
5. Politische Maßnahmen und historische Entwicklungen: von der Liberalisierung zur Demokratisierung und Konsolidierung.....	82
5.1 Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der BKP (1985-1989)	82
5.1.1 Die bulgarische vs. die sowjetische Perestroika	84
5.1.2 Entstehung einer Dissidenz.....	90

5.2 Die politische Neuorientierung (1989-1991)	96
5.2.1 Erste freie demokratische Wahlen – Juni 1990.....	107
5.2.2 Die neue Verfassung von 1991	121
5.3 Demokratisierungsprozesse in Politik und Wirtschaft (1991-1997).....	128
5.3.1 Die UDK-Regierung 1991-1992.....	129
5.3.2 Reformstau unter Berov	139
5.4 Der Kurswechsel nach der Krise – die Ära UDK (1997-2001)	149
5.4.1 Die Übergangsregierung von Sofianski	149
5.4.2 Wirtschaftliche Stabilisierung und die Regierung von Kostov	152
5.5 Der dynamische Pluralisierungsprozess im Zeichen der Konsolidierung (2001-2005). 158	
5.5.1 Die Parlamentswahlen 2001.....	158
5.5.2 Die Präsidentschaftswahlen 2001	162
5.5.4 Pluralistisches Bulgarien kurz vor der EU	169
5.5.5 Zurück zur Realität	175
6. Zusammenfassung und Ausblick	181
Literaturverzeichnis	188
Zeitungsartikel	200
Internetquellen	201

Abkürzungsverzeichnis

ATAKA	Partei ATAKA
BBVB-NP/	Bulgarischer Bauernvolksverbund – Nikola Petkov (Balgarski
BZNS-NP	BZNS-NP Zemedelski Naroden Sajuz – Nikola Petkov)
BBVB-AS/	Bulgarischer Bauernvolksverbund – Alexander Stamboliiski
BZNS-AS	(Balgarski Zemedelski Naroden Sajuz – Aleksander Stambo- liiski)
BEL/BE	Bulgarische Eurolinke (Balgarska Evroleviza)
BF	Bewegung der Frauen (Balgarska Partija na Jenite)
BKP	Bulgarische Kommunistische Partei (Balgarska Komunisticheska Partija)
BLP	Bulgarische Liberale Partei (Balgarska Liberalna Partija)
BRF/DPS	Bewegung für Rechte und Freiheit (Dvighenie za Pravata i Svobodite)
BDP	Bulgarische Sozialdemokratische Partei (Balgarska Socialdemo- kraticheska Partija)
BSP	Bulgarische Sozialistische Partei (Balgarska Socialisticheska Partija)
DP	Demokratische Partei (Demokraticheska Partija)
DSB	Bewegung für ein starkes Bulgarien (Dvighenie za silna Bal- garija)
EC	Ecoglasnost
ELDR	Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei
GP/ZP	Grüne Partei (Zelena Partija)
KB	Koalition für Bulgarien (Koalicija za Balgarija)
KP	Kommunistische Partei (Komunisticheska Partija)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Komunisticheska Partija na Savetskijat Sajuz)
NBSII/NDSV	Nationale Bewegung Simeon II. (Nacionalno Dvighenie Simeon Vtori)

NV	Neue Zeit (Novo Vreme)
OSD	Union für Sozialdemokratie (Obedinenie za Socialna Demokracija)
SI	Sozialistische Internationale
UDK/SDS	Union der Demokratischen Kräfte (Sajuz na Demokraticeski Sili)
VMRO	Innere Makedonische Revolutionäre Organisation (Vatreshna Makedonska Revoljucionna Partija)
VDK/ODS	Vereinigte Demokratische Kräfte (Obedineni Demokraticheski Sili)
VFD/SSD	Verein der Freien Demokraten (Sajuz na Svobodnite Demokrati)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Parteiensystemtypologie von Sartori	41
Abbildung 2: Parteientwicklungstypologie von Bielasiak am Beispiel Bulgariens.....	41
Abbildung 3: Wahlbeteiligung 1990-2005	49
Abbildung 4: Das Parteiensystem in Bulgarien 2005	52
Abbildung 5: Emigrantenzahl 1990-1996.....	157
Abbildung 6: Gesamtkonsolidierung laut BTI.....	185

Vorbemerkung

Die Idee, eine Dissertation zu diesem Thema zu verfassen, geht auf die Zeit zurück, als ich mich mit meiner Magisterarbeit über den EU-Beitritt Bulgariens beschäftigte. Damals stellte ich fest, dass die Geschichte und der Wandel des Parteiensystems trotz ihrer tragenden Rolle im Prozess der bulgarischen Systemtransformation bisher sowohl in Bulgarien als auch im Ausland wissenschaftlich kaum aufgearbeitet wurden. Die ungünstige und zum Teil nicht vollständige Literarturlage sowie die fast ausschließlich in bulgarischer Sprache vorhandenen relevanten Literaturquellen bestärkten mich in meiner Absicht, zu versuchen, diese Forschungslücke zu schließen und die politischen Ereignisse in Bulgarien nach 1989 abzuhandeln.

Mit der Fertigstellung dieser Dissertation ist es an der Zeit, mich bei denjenigen zu bedanken, die mich durch diese wichtige Phase meines akademischen Werdegangs begleitet haben. Zu besonderem Dank bin ich Prof. Dr. Klaus von Beyme für seine Betreuung und Beratung verpflichtet: Die wertvollen Kommentare, kritischen Anmerkungen und fachlichen Diskussionen im Kolloquium haben meine Dissertation thematisch erheblich bereichert. Ebenso möchte ich mich bei Dr. habil. Blagovest Zlatanov Velichkov für sein zweites Gutachten bedanken.

Nicht zuletzt gilt meiner Familie und insbesondere meiner Mutter mein besonderer Dank für den Zuspruch, für die liebevolle Fürsorge und die stetige Unterstützung.

Heidelberg, im Dezember 2014

Elena Stanislavova

1. Einleitung

Die Arbeit befasst sich mit dem Wandel des bulgarischen Parteiensystems und dessen Rolle im politischen Transformationsprozess in Bulgarien in den Jahren von 1989 bis 2005. Sie analysiert mit den Methoden der Politikwissenschaft die politisch-ideologische Neuordnung sowie die personell-machtpolitischen Umstellungen im Parteiensystem und untersucht den Prozess des Systemwechsels. Gleichzeitig trägt sie den wichtigsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Bulgarien sowie den internationalen Entwicklungen bis kurz vor dem EU-Beitritt Bulgariens Rechnung.

1.1 Forschungsinteresse

In der vorliegenden Abhandlung wird die Hauptthese aufgestellt, dass im Fall der bulgarischen Systemtransformation nicht wie in anderen ost- und zentraleuropäischen Ländern eine „verhandelte Revolution“ stattgefunden hat, sondern vielmehr ein politischer Systemwechsel von „innen“, initiiert durch die über 40 Jahre in Bulgarien regierende Kommunistische Partei, vollzogen wurde. Dabei ist die Rolle des bulgarischen Parteiensystems im politischen Umbruchprozess in Bulgarien in den Jahren von 1989 bis 2005 zu verdeutlichen. Es stellt sich die Frage: Welche Rolle spielte das Parteiensystem bei dem Prozess der Systemtransformation in Bulgarien 1989? Wie beeinflusste der Systemwechsel die weitere Entwicklung des bulgarischen Parteiensystems und welche Wechselbeziehungen entstanden dabei?

Hierbei konzentriere ich mich auf zwei Untersuchungsbereiche, nämlich auf die politisch-ideologische Neugestaltung und auf den personellen und machtpolitischen Wandel in dem Parteiensystem. Vor dem Hintergrund des Scheiterns der herrschenden politischen Macht werden die Genese und Entwicklung politischer Ideen in den

Parteien untersucht, die eine grundsätzliche politische und wirtschaftliche Neuorientierung und Transformation anstreben. Darüber hinaus wird die Umgestaltung der machtpolitischen Konstellationen zwischen den reformwilligen und den konservativen, änderungsresistenten politischen Gruppierungen betrachtet.

Diese thematischen Schwerpunkte werden unter Berücksichtigung der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen in Bulgarien in dem untersuchten Zeitraum erläutert – dabei werden sowohl die Öffentlichkeitsposition als auch die Ansichten und Taten der oppositionellen Organisationen berücksichtigt. Die historischen Verläufe werden beleuchtet, um Verbindungen zwischen der kommunistischen Vergangenheit, dem Regimewechsel und der Parteienentwicklung aufzuzeigen und zu analysieren.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in fünf große Bereiche. Im ersten Kapitel werden das Forschungsinteresse und der theoretische Rahmen der Untersuchung erläutert. Im zweiten Kapitel analysiere ich den aktuellen Stand der Transformationsforschung, so dass ich im Kapitel 3 auf die Besonderheiten der osteuropäischen Transformation eingehen kann. Im Kapitel 4 wird das bulgarische Parteiensystem betrachtet und klassifiziert; dabei wird auf vier der parteipolitischen Akteure näher eingegangen (BSP, UDK, BRF und NBSII), deren Rolle im Transformationsprozess in Bulgarien von 1989 bis 2005 von herausragender Bedeutung ist und die es zu untersuchen gilt. Im Kapitel 5 werden die politisch-historischen Entwicklungen in dem untersuchten Zeitraum vor dem Hintergrund des Drei-Phasen-Modells der Liberalisierung, Konsolidierung und Demokratisierung reflektiert.

Die Resultate der Untersuchung sollen eine möglichst plausible Erklärung und Zuordnung des bulgarischen Transformationsprozesses ermöglichen und mehr Klarheit über seinen Ausgangspunkt, seinen Ablauf und über die machtpolitischen Konstellationen zwischen den beteiligten politischen Akteuren liefern, so dass eine fundierte wissenschaftliche Einordnung erzielt werden kann.

Eine Begrenzung der Untersuchung auf die Jahre von 1989 bis 2005 ist insofern gerechtfertigt, als die grundlegendsten politischen Neuerungen, die den Übergang vom Realsozialismus zur Marktwirtschaft und zur parlamentarischen Demokratie

begründen, in diesem Zeitraum stattfanden und sich die daraus ergebene, bis zum Jahr 2001 anhaltende Bipolarität des bulgarischen Parteiensystems und die im Vergleich zu anderen osteuropäischen Systemen lang anhaltende Machtrolle der postkommunistischen Partei bis zum Jahr 2005 am sinnvollsten erklären und beschreiben lässt.

1.2 Forschungsstand

Die im Jahr 1986 erschienene Studiensammlung „Transition from Authoritarian Rule“ von Guillermo O’Donell, Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead veranlasste die Begründung einer neuen Schule der Transformationsforschung.¹ Der darin vertretene akteurstheoretische Ansatz ist weiterhin von wissenschaftlichem Belang und wird herangezogen, um die Handlungen und Strategien entscheidender Akteure zu analysieren.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel betrachtet den akteurstheoretischen Ansatz nicht als die einzige Forschungsmöglichkeit, da dieser „weder Einleitung und Verlauf noch das Ergebnis von Systemwechseln erklären kann“², und setzt sich für die Zusammenfügung von System-, Struktur- und Akteurstheorien ein, da diese „in der wechselseitigen Aufhebung der ihnen eigenen Defizite auf einer höheren Theoriestufe einen umfassenderen und schärferen Blick auf die Prozesse demokratischer Systemwechsel erlauben.“³ Doch befürwortet Merkel prinzipiell die Anwendung des akteurstheoretischen Ansatzes bei der Untersuchung von politischen Systemtransformationen,

¹ Vgl. O’Donell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence.: *Transition from Authoritarian Rule*. Baltimore 1986.

² Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden 2010. S. 88.

³ Ebd. S. 89.

weil dieser sich auch beim häufigen Akteurenwechsel dafür eignet, die Chancen und Risiken von Demokratisierungsprozessen zu formen.

Der akteurstheoretische Ansatz entstand Ende der 70er Jahre im Zuge der sogenannten dritten Demokratisierungswelle – ein Begriff, geprägt von Samuel Huntington, der den Wandel von Autokratien in Demokratien in drei Phasen einteilt.⁴ Im Unterschied zu anderen wissenschaftlichen Ansätzen befasst sich die Akteurstheorie ausschließlich mit dem Übergangsprozess autoritärer Systeme zur Demokratie. Die strukturellen und systembedingten Merkmale der Demokratisierungsprozesse stellen lediglich den Handlungsrahmen für die relevanten Akteure dar.⁵ In diesem Ansatz werden politische Prozesse als das Resultat der politischen Kosten-Nutzen-Kalküle der beteiligten Akteure definiert, wobei ein Akzent auf die Analyse der Handlungsweise seitens der politischen Führung und Opposition gelegt wird.

Laut Adam Przeworskis gehören Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung zu den grundlegenden Entwicklungsstufen in der Transformation einer Autokratie zu einer Demokratie – dieses Drei-Phasen-Modell ist von der Rational-Choice-Theorie geprägt und wird innerhalb der Akteurstheorie eingesetzt.⁶

Dieses Modell legt als Beginn der Liberalisierungsphase die Aufteilung der autoritären Führung in konkurrierenden Gruppierungen, die sogenannten *Hardliner* und *Softliner* fest – dabei stellen die *Hardliner* die Vertreter des alten, konservativen Führungsstils dar und die *Softliner* repräsentieren die Innovatoren unter der politischen Führung, die Systemveränderungen gegenüber positiv gestimmt sind.⁷

⁴ Vgl. Huntington, Samuel P.: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman and London 1991. S. 13-26.

⁵ Vgl. Bos, Ellen: *Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen*. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze in Transitionsprozessen*. Opladen 1994. S. 39-45.

⁶ Vgl. Przeworski, Adam: *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge 1991. S. 51-94.

⁷ Vgl. Anderson, Lisa: *Transitions to democracy*. Columbia 1999. S. 74.

Die *Softliner* lösen den Liberalisierungsprozess aus, indem sie sich für die Ausweitung von Rechten und für eine Entspannung des nicht-demokratischen Regimes aussprechen.⁸ Als *Softliner* werden die politischen Führungsschichten definiert, „die an die Gesellschaft appellieren, um die Basis des Regimes zu verbreitern“⁹. Sollte eine politische Öffnung vorliegen, führt der Kampf der konkurrierenden Elitenlager entweder zu einer Fortführung der Liberalisierung und zu einer darauffolgenden Demokratisierung oder zum Stillstand.

Laut dem akteurstheoretischen Ansatz fängt die Demokratisierungsphase erst dann an, wenn sich die *Softliner* und die *Hardliner* über die zukünftige politische Struktur und über den Transformationsverlauf geeinigt haben. Gemäß der Akteurstheorie zählen zu den Beweggründen der *Softliner* zugunsten einer Demokratisierung die Annahme über das Fortbestehen der eigenen Herrschaft und weitere Kosten-Nutzen-Kalküle.

Gemäß dem akteurstheoretischen Ansatz beginnt die Konsolidierungsphase des demokratischen Systems, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- wenn eine Regierung durch allgemeine, freie und demokratische Wahlen entsteht,
- wenn die ausgehandelte Institutionenordnung verabschiedet wird.

Unter welchen Bedingungen ein demokratisches System als konsolidiert betrachtet werden kann, wird im akteurstheoretischen Ansatz nicht nachverfolgt.

Demzufolge soll in der Arbeit analysiert werden, ob und inwiefern das Drei-Phasen-Modell der Akteurstheorie am Beispiel des bulgarischen Systemwechsels Anwendung finden kann und ob dieses ein geeignetes Instrumentarium für die Untersuchung der politischen Systemtransformation darstellt.

⁸ Vgl. Waldrauch, Harald: *Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel*. In: Reihe Politikwissenschaft, Nr. 36. Institut für Höhere Studien (IHS), Wien, Juli 1996. S. 11.

⁹ Segert, Dieter: *Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert*. Wien 2013. S. 155.

1.3 Methodenwahl

Die Methodenauswahl wurde stark von der vorhandenen Quellenverfügbarkeit beeinflusst. Während ausreichend Material über die theoretischen Konstrukte, die Begrifflichkeiten und die Transformationsforschung in Ost- und Zentraleuropa zur Verfügung steht, ist die landespezifische Quellenlage zu dem Thema eher übersichtlich. Die Analyse bulgarischer Originaltexte kam zwar der Heranführung an die Thematik zugute, doch hat die Tatsache, dass zahlreiche aufschlussreiche Dokumente archiviert unter Verschluss stehen, dazu geführt, dass Interpretationen unterschiedlicher bulgarischer Autoren möglichst objektiv analysiert werden mussten. In dieser Untersuchung habe ich mich bemüht, hauptsächlich auf Primärquellen zurückzugreifen, doch aufgrund der Quellenlage musste ich mich sehr häufig der Sekundärliteratur bedienen.¹⁰

Aus den oben genannten Gründen wurde eine Text- und Diskursanalyse durchgeführt: Im Rahmen einer induktiven qualitativen Vorgehensweise wurden Informationen vor ihrem konkreten Hintergrund interpretiert.¹¹ Eine hypothetisch-deduktive Methode wurde nicht herangezogen, da sich die Formulierung allgemein gültiger Gesetzmäßigkeiten in dem Kontext als äußerst schwierig gestaltet hätte. Darüber hinaus zählt die Anwendung einer repräsentativen Stichprobe zu den Voraussetzungen für den Einsatz einer deduktiven Vorgehensweise, die jedoch für diese Untersuchung nicht sinnvoll ist, weil sich die Arbeit mit zurückliegenden Vorkommnissen und subjektiven Erfahrungen auseinandersetzt, die zunächst eine Aufarbeitung benötigen.¹²

¹⁰ Diesbezüglich kam den Studien von Georgi Karasimeonov über das politische System Bulgariens sowie von Evgenija Kalinova und Iskra Baeva über die bulgarischen Übergänge seit 1939 eine besondere Rolle zu.

¹¹ Vgl. Brüsemeister, Thomas: *Qualitative Forschung. Ein Überblick*. Wiesbaden 2008. S. 26-29.

¹² Vgl. Kelle, Udo: *Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden in der empirischen Sozialforschung. Theoretische Grundlagen und methodologische Konzepte*. Wiesbaden 2008. S. 145-146.

Aus diesen Gründen ist eine Verknüpfung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Methoden sinnvoll. Somit wird eine induktive, qualitativ-hermeneutische Vorgehensweise angewendet, die auf Auswertung über Interpretationen angewiesen ist. Diese ist als induktiv zu bezeichnen, wobei das Besondere analysiert wird, was in der vorliegenden Arbeit die länderspezifische Untersuchung Bulgariens darstellt. Anstelle von „quantitativ“ wird hierbei „qualitativ“ vorgegangen, aufgrund der speziellen Erkenntnis, die dem Besonderen zu entnehmen ist, ein Ergebnis, das eine quantitative Vorgehensweise in diesem Fall nicht erzielen kann.¹³ Als „hermeneutisch“ wird die Art der Aufarbeitung der Beobachtung in einen Kontext beschrieben.¹⁴

Des Weiteren wird in der vorliegenden Untersuchung die Berichterstattung über die politischen Ereignisse seit 1989 im bulgarischen und internationalen Zeitungswesen herangezogen, und auch Zeitzeugenberichte und weitere fachliche Analysen werden zu Untersuchungszwecken angewendet.

Die vorliegende Arbeit erlaubt umfassende Erkenntnisse über das gewählte Thema, trotz der oben erwähnten methodologischen Beschränkungen.

¹³ Vgl. Schlichter, Natalia: *Qualitative Forschung – nur der kleine Bruder quantitativer Methoden? Eine Frage vor dem Hintergrund der qualitativen Verfahren: Inhaltsanalyse nach Mayring und Grounded-Theory-Ansatz*. Studienarbeit. S. 21.

¹⁴ Vgl. Schneider, Wolfgang S.: *Grundlagen der soziologischen Theorie. Band 3: Sinnverstehen und Intersubjektivität – Hermeneutik, funktionale Analyse, Konversationsanalyse und Systemtheorie*. Wiesbaden, Juli 2004. S. 171.

2. Theoretischer Teil

2.1 Begriffe

Der Begriff „Transformation“ wird in der Wissenschaft überwiegend als Sammelbegriff für die Umbruchsprozesse in den ehemals realsozialistischen Staaten in den 80er Jahren angewendet: „Der Transformationsbegriff reflektiert [...] einen Wandel, der vor allem durch einen Prozess der eingreifenden Änderungen und Umformungen wesentlicher Institutionen, Strukturen, Ordnungsmuster, gesellschaftlicher Parameter und der Neu-Konstitution und -Konstruktion von Gesellschaftsmodellen und -formen gekennzeichnet ist.“¹⁵ Somit kann die Ablösung der autokratischen, rechtlich absoluten kommunistischen Einparteienherrschaft durch einen demokratischen Rechtsstaat als eine Transformation des politischen Systems und der Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft als eine Transformation der Wirtschaftsordnung bezeichnet werden. In diesem Sinne wird der Begriff der Systemtransformation „als Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels benutzt.“¹⁶

Die bulgarische politische Transformation wird in den Medien wiederholt mal als eine „sanfte Revolution“¹⁷ wie in der Tschechoslowakei bezeichnet oder als das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der herrschenden politischen Führung und der Opposition wie in Ungarn interpretiert und somit als eine „ausgehandelte Revolution“ bzw. „negotiated revolution“¹⁸ oder „Revolution auf dem Verhandlungsweg“¹⁹

¹⁵ Reißig, Rolf: *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*. Wiesbaden 2009. S. 34.

¹⁶ Merkel: *Systemtransformation*. S. 66.

¹⁷ Vgl. Eckert, Florian.: *Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa*. Wiesbaden 2008. S. 219.

¹⁸ Tokes, Rudolf: *Hungary's negotiated revolution. Economic reform, social change and political succession, 1957-1990*. Cambridge 1996.

¹⁹ Vgl. Beyme, Klaus von: *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt am Main 2004. S. 94.

charakterisiert. In diesem Zusammenhang werde ich mit der vorliegenden Untersuchung nachweisen, dass die Bezeichnung „verhandelt“ oder „ausgehandelt“ auf den bulgarischen politischen Systemwechsel nicht zutrifft. Die zentrale These dieser Arbeit lautet, dass der Transformationsprozess in Bulgarien maßgeblich von der Kommunistischen Partei initiiert wurde und vielmehr als eine „Revolution von oben“²⁰ definiert werden kann. Der Begriff der Revolution am bulgarischen Beispiel wird im Kapitel 3 näher untersucht.

Für die Begriffsbeschreibung einer Partei im osteuropäischen Kontext bietet sich die Minimaldefinition von Anthony Downs an: „a political party is a team of men seeking to control the governing apparatus by gaining office in a duly constituted election.“²¹ Sollte die Entstehung postkommunistischer „Neu-Demokratien“ mit der Entstehung von neuen Parteien einhergehen, wären ausführliche Definitionen, die auf Herkunft, Organisation und Programmatik beruhen, für eine sinnvolle Analyse nicht geeignet – allein eine passende Definition von den politischen Parteien in den neuen postsozialistischen Demokratien zu finden, erweist sich als problematisch.²²

Parteien können allerdings nicht allein bestehen und sollten im Verhältnis zueinander betrachtet werden. Dieter Nohlen definiert Parteiensysteme als „das strukturelle Gefüge der Gesamtheit der politischen Parteien in einem Staat.“²³ Der Begriff des Parteiensystems umfasst viel mehr als nur die Gesamtheit der darin vertretenen Parteien. Auf die weiterführenden Beschreibungsmerkmale und Klassifikationen von Parteiensystemen gehe ich in Kapitel 4 näher ein.

Die Formulierung „innerhalb des bulgarischen Parteiensystems“ im Titel meiner Arbeit ist so zu verstehen, dass ich mich nicht nur mit den Handlungen der führenden

²⁰ Höpken, Wolfgang: *Die „unvollendete Revolution“?* In: Höpken, Wolfgang (Hrsg.): *Revolution auf Raten. Bulgariens Weg zur Demokratie*. München 1996. S. 7.

²¹ Downs, Anthony: *An economic theory of democracy*. New York 1957. S. 25.

²² Vgl. Tiemann, Guido: *Wahlssysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa*. Wiesbaden 2006. S. 158.

²³ Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): *Kleines Lexikon der Politik*. München 2007. S. 393.

Regierungsparteien beschäftige, sondern auch Prozesse und Entscheidungen in den Regierungsgremien, im Parlament und in anderen politischen Gruppierungen berücksichtige. Als „politische Veränderungsbestrebungen“ sind der Wandel des Parteiensystems im Laufe der Systemtransformation in Bulgarien nach 1989 und die damit verknüpften wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Grundsatzentscheidungen definiert.

2.2 Grundlagen der Transformationsforschung

Die Transformationsforschung oder auch die Transformationsforschung setzt sich mit dem „Systemwechsel Autoritärer Regime zu Demokratien“²⁴ auseinander. In der Transformationsforschung wird „den Wechsel von politischen Regimen, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen“ untersucht.²⁵ Dabei wird ein Vergleich der Beziehungen zwischen Funktionen und Strukturen von politischen Systemen durch den Einsatz systemtheoretischer Ansätze ermöglicht.²⁶

In der Politikwissenschaft werden zwei Grundtypen politischer Systeme unterschieden, Demokratien und Autokratien, wobei zu den Subtypen der Autokratien totalitäre und autoritäre Regime zählen.²⁷ Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Übergang Bulgariens von einem totalitären Regime zu einer Demokratie. Dabei definieren Juan Linz und Alfred Stephan Bulgarien bis 1988 als „beinahe totalitär“ und von 1988 bis

²⁴ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf: *Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2, N-Z. Theorien, Methode, Begriffe*. München 2010. S. 1108.

²⁵ Merkel: *Systemtransformation*. S. 15.

²⁶ Vgl. Veit, Reno: *Warum divergieren die Transformationsprozesse der europäischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion? Ein Vergleich der Staaten Belarus, Estland und der Ukraine*. Norderstedt 2011. S. 3.

²⁷ Vgl. Merkel: *Systemtransformation*. S. 24.

1992 als „posttotalitär“.²⁸ Begründet wird diese Zuordnung dadurch, dass bis 1988 in Bulgarien der Meinungspluralismus, die offizielle Ideologie und die staatliche Führung laut Linz und Stephan totalitär geprägt waren und die Wandlungsprozesse erst danach initiiert wurden.²⁹

Die Ideologie des Totalitarismus äußert sich in der Ambition, sowohl die Politik als auch die Gesellschaft maßgeblich beeinflussen zu wollen – es wird einen uneingeschränkten Führungsanspruch über alle Bereiche des öffentlichen und des privaten Lebens erhoben.³⁰ Dabei werden alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure einer totalen Kontrolle ausgesetzt.

In den osteuropäischen Transformationsprozessen von 1989 wird die totalitäre oder autoritäre Herrschaft durch die Demokratie aufgelöst. Über die Definition von Demokratie und über die Frage, wann ein politisches System für demokratisch konsolidiert erklärt werden kann, gibt es verschiedene Ansichten. Die minimalistische Definition von Robert Dahl besagt, dass politische Partizipation und freier Wettbewerb zu den Hauptmerkmalen real existierender Demokratien zählen.³¹ Laut Dahl haben Demokratien acht Bedingungen zu erfüllen: Assoziations- und Koalitionsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, aktives und passives Wahlrecht, Recht der politischen Eliten, um Wählerstimmen zu konkurrieren, Informationsfreiheit, freie und faire Wahlen und Institutionen, die die Regierungspolitik von Wählerstimmen und anderen Ausdrucksformen der Bürgerpräferenzen abhängig machen.³² Doch ist diese minimalistische Definition am Beispiel von Osteuropa nicht uneingeschränkt

²⁸ Vgl. Linz, Juan/Stephan, Alfred: *Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Cambridge 1996. S. 335.

²⁹ Vgl. ebd.

³⁰ Vgl. Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. Wiesbaden 2010. S. 103.

³¹ Vgl. Dahl, Robert A.: *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven/London 1971. S. 3.

³² Vgl. ebd.

anzuwenden – freie und faire Wahlen können sogar dazu führen, dass der von der kommunistischen Elite gesteuerte Systemwechsel dadurch legitimiert wird.³³

Ab wann eine Demokratie als konsolidiert gilt, ist in der Forschung umstritten. Geoffrey Pridham unterscheidet zwischen „negativer“ und „positiver“ Konsolidierung.³⁴ Demnach ist eine Demokratie „negativ“ konsolidiert, wenn relevante Akteure demokratische Institutionen aufgrund des Fehlens anderer Systemalternativen akzeptieren. Dagegen ist „positive“ Konsolidierung nur dann möglich, wenn nicht nur die Eliten das demokratische System für legitim empfinden, sondern auch die Bürger dem zustimmen.³⁵ Am Beispiel Bulgariens gilt die „negative“ Konsolidierung spätestens mit der Legitimation demokratischer Institutionen als vollendet, währenddessen die „positive“ Konsolidierung noch lange nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann.

2.3 Transformationsansätze

Der andauernde Prozess der Konsolidierung neuer Demokratien wird immer mehr in der Transformationsforschung thematisiert.³⁶ Trotz der brisanten Entwicklung und der häufigen politischen Krisen in Osteuropa ist die Anzahl von speziell darauf

³³ Vgl. Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen 1999. S. 406.

³⁴ Vgl. Pridham, Geoffrey: *The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective*. In: Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore 1995. S. 168.

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Vgl. Tzankoff, Michaela: *Der Transformationsprozess in Bulgarien und die Entwicklung der postsozialistischen Medienlandschaft*. In: *Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik, Band 30*. Hamburg 2002.

ausgerichteten Konzepten im eher gering.³⁷ Vielmehr wird der Versuch unternommen, bereits gewonnene Erkenntnisse in der Transformationsforschung auf Osteuropa umzumünzen. Aktuell lassen sich vier große Bereiche in der Transformationstheorie ausmachen: System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien.

2.3.1 Systemtheorien

Anders als bei soziologischen Systemtheorien stellt das politische System bei politikwissenschaftlichen Systemtheorien den zentralen Untersuchungsgegenstand dar: „Zudem wird Politik zumindest tendenziell im Mittelpunkt der Gesellschaft verortet, das heißt, ihr wird die Funktion einer gesamtgesellschaftlichen Steuerung oder Integration zugeschrieben.“³⁸ Im Rahmen des Transformationsprozesses eignen sich systemtheoretische Ansätze vor allem als Erklärung bei den „ursächlichen Dysfunktionen des alten (autokratischen) Systems und den sozioökonomischen Möglichkeitsbedingungen des neuen (demokratischen) Systems.“³⁹

Talcott Parsons setzt den Wandel traditioneller zu modernen Gesellschaften der Ausdifferenzierung von sozialen Systemen gleich.⁴⁰ Laut Parsons tragen grundsätzlich funktionale Differenzierung der Gesellschaft und die ausreichende Legitimation der politischen Herrschaftsform durch die Gesellschaft zur Stabilität eines politischen Systems bei; doch behinderte die kommunistische Führungsmacht in Osteuropa die

³⁷ Vgl. Beyme: *Systemwechsel in Osteuropa*. S. 35-45.

³⁸ Gansel, Christina (Hrsg.): *Systemtheorie in den Fachwissenschaften. Zugänge, Methoden, Probleme*. Göttingen 2011. S. 56.

³⁹ Merkel: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. S. 78.

⁴⁰ Vgl. Morel, Julius/Bauer, Eva/Meleghy, Tamás/Niedenzu, Heinz-Jürgen/Preglau, Max/Staubmann, Helmut/Welz, Frank: *Soziologische Theorie. Abriss der Ansätze ihrer Hauptvertreter*. München 2007. S. 149.

funktionelle Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme, indem Wirtschaft und Kultur der Politik bzw. der Kommunistischen Partei untergeordnet wurden und somit deren potentielle Dezentralisierung, die zum Machtverlust hätte führen können, vorerst verhindert wurde.⁴¹ Niklas Luhmann hebt die Eigenständigkeit jedes einzelnen Teilsystems hervor. Seine „autopoietische“ theoretische Sicht betont, dass „Systeme selber aus einem Geflecht von miteinander agierenden Elementen bestehen, deren Interaktion das Geflecht erst hervorbringen“⁴². Sollte die autoritäre Führungsmacht die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme befürworten, würde daraus eine Systemstabilisierung resultieren.

Dadurch, dass sich Systemtheorien auf die Stabilität von Systemen konzentrieren und episodischen Wandelprozessen nicht nachgehen, sind die Funktionen des Parteiensystems in der Transformationsperiode nicht eindeutig zu analysieren. Diese Lücke ließe sich durch die Modernisierungstheorien schließen – sie stimmen zum großen Teil den systemtheoretischen Aussagen zu, heben allerdings die wirtschaftliche Entwicklung und Überwindung von Not und Armut als die wichtigste Voraussetzung einer erfolgreichen Demokratisierung hervor: „The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain Democracy.“⁴³ Seymour Martin Lipsets Konzept, dass wirtschaftliche Entwicklung Demokratisierung bedingt, betont auch die daraus resultierenden positiven Nebeneffekte wie etwa die steigende politische Beteiligung der Bürger, die Minderung des politischen Extremismus und eine Senkung der wirtschaftlichen Ungleichheit. Laut der modernisierungstheoretischen Ansätze kann die Wirtschafts- und Gesellschaftsmodernisierung Länder zu einer Transitionszone führen, in der Demokratisierungsprozesse begünstigt werden, indem autokratische Herrschaft entkräftet wird: In Ländern, die sich in der Transitionsphase befinden, beeinflusst die

⁴¹ Vgl. Merkel: *Systemtransformation. Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. S. 68.

⁴² Pöhlmann, Guido: *Kooperativer Staat und Parteiendemokratie*. Berlin 2006. S. 149.

⁴³ Zakaria, Fareed: *The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad*. New York 2007. S. 69.

wirtschaftliche Modernisierungsstufe die Konsolidierungswahrscheinlichkeit der Demokratie.⁴⁴

2.3.2 Strukturtheorien

In der strukturalistischen Transformationsforschung wird „der Erfolg oder Misserfolg von Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozessen als Resultat langfristiger Verschiebungen in den Machtstrukturen einer Gesellschaft angesehen.“⁴⁵ In der Strukturtheorie sind laut Barrington Moore folgende fünf Voraussetzungen für die Durchsetzung einer Demokratie entscheidend:⁴⁶

- die Machtverteilung innerhalb der Eliten
- die ökonomische Basis der agrarischen Oberschicht
- die Konstellation von Klassenkoalitionen
- die Machtverteilung zwischen den sozialen Klassen
- die Autonomie des Staates gegenüber den dominanten Klassen

Diese Kriterien wurden von Dietrich Rueschemeyer et al. analysiert und erweitert, so dass folgende Faktoren der Wahrscheinlichkeit zur Etablierung und Konsolidierung einer Demokratie ausgearbeitet wurden:⁴⁷

- Klassenstrukturen und -koalitionen: Hier wird die Arbeiterklasse als die treibende Kraft der Demokratisierung bezeichnet, anders als die Großgrund-

⁴⁴ Vgl. Lauth: *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. S. 191.

⁴⁵ Merkel: *Systemtransformation*. S. 76.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Vgl. ebd.

besitzer, die durch ihre politische und wirtschaftliche Dominanz demokratische Entwicklungen zügeln.

- Machtverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft: Die Machtbalance zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist entscheidend – je mächtiger die Staatselementen sind, desto wahrscheinlicher ist die Entstehung eines autoritären Regimes und desto niedriger ist die Aussicht auf eine erfolgreiche Demokratisierung.

2.3.3 Kulturtheorien

Einen weiteren Aspekt der Analyse von Demokratisierungsprozessen stellen die kulturellen und religiösen Traditionen dar. Tief verwurzelte kulturelle Mentalitäten und religiöse Traditionen sind kurzfristig und auch langfristig kaum beeinflussbar. Innerhalb von Kulturtheorien wird überprüft, inwiefern religiös-kulturelle Faktoren und soziales Kapital Demokratisierungsprozesse begünstigen oder behindern.⁴⁸ Sollte festgestellt werden, dass religiöse Kulturen Hindernisse für die Demokratie darstellen, ist anzunehmen, dass diese nur langfristig zu beeinflussen sind.⁴⁹ Laut Wolfgang Merkel wird die slawisch-orthodoxe Kultur „zwar als nicht besonders demokratieförderlich betrachtet, aber auch nicht als prinzipiell demokratiefeindlich“⁵⁰, was dafür spricht, dass im bulgarischen Demokratisierungsprozess die Religion keine zentrale Rolle spielt.

Ebenso sind gesellschaftliche Werte und soziale Traditionen von Bedeutung für den Demokratisierungsprozess. Es wird angenommen, dass eine „angemessene

⁴⁸ Vgl. Merkel: *Systemtransformation*. S. 79.

⁴⁹ Vgl. Merkel, Wolfgang: *Transformation politischer Systeme*. In: Münkler, Herfried (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*. Hamburg 2003. S. 217.

⁵⁰ Vgl. ebd.

gesellschaftliche Unterfütterung durch eine demokratiefreundliche Zivilkultur⁵¹ die Stabilität der politischen Institutionen fördert.

Laut Merkel begünstigt *Sozialkapital* das Vertrauen und die gemeinschaftliche Kooperation in neuen Demokratien: „Je mehr Sozialkapital in einer Gesellschaft angesammelt wurde, desto eher kann erwartet werden, dass autokratische Systeme nicht überleben und demokratische Ordnungen sich konsolidieren.“⁵²

2.3.4 Akteursheorien

Durch akteurstheoretische Ansätze werden Erkenntnisse über die Handlungen relevanter Akteure gewonnen. Somit sind die Resultate von Transformationsprozessen überwiegend auf subjektive Einschätzungen und Handlungen der betreffenden Akteure zurückzuführen: „Der Ausgang von Transformationsprozessen ist aus der handlungstheoretischen Perspektive wenig von objektiven Umständen (Strukturen) oder Machtkonstellationen abhängig als vielmehr von der Dynamik subjektiver Einschätzungen, Strategien und Handlungen der relevanten Akteure.“⁵³

In der Akteurstheorie werden zwei zentrale Ansätze unterschieden: der deskriptiv-empirische Ansatz und der deduktive Rational-Choice-Ansatz.⁵⁴

Der deskriptiv-empirische Ansatz generiert Erkenntnisse über das Verhalten von relevanten Akteuren, die bereits an Transformationsprozessen teilgenommen haben. Gemäß der Akteurstheorie „ist eine erfolgreiche Transformation nur dann möglich, wenn es nach den Kosten-Nutzen-Kalkülen der relevanten Akteure rational ist, sich für

⁵¹ Merkel: *Transformation politischer Systeme*. S. 218.

⁵² Vgl. Merkel: *Transformation politischer Systeme*. S. 219.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Vgl. Merkel: *Systemtransformation*. S. 84-85.

eine demokratische Systemalternative zu entscheiden.⁵⁵ Folgende Faktoren sind für die Liberalisierungs- und Demokratisierungsphase von Bedeutung: die Spaltung der alten Führungselite in *Hardliner* und *Softliner*, wenn die *Softliner* die *Hardliner* zu einer Liberalisierung bewegen, die Entstehung einer Opposition und wenn die reformwilligen Teile der alten Regimeeliten und die gemäßigte Opposition eine Koalition bilden und sich zugunsten einer Liberalisierung entscheiden.⁵⁶

Gemäß dem Rational-Choice-Ansatz ist die Betrachtung der Akteure nur nach ihren Strategien und Interessen nicht genügend⁵⁷ - deshalb „wird die Liberalisierung des autokratischen Systems aus der akteurstheoretischen Rational-Choice-Perspektive als Abfolge wechselnder strategischer Situationen modelliert.“⁵⁸ Dabei sind die wechselnden strategischen Situationen das Resultat von Akteurshandlungen, die eine Demokratie anstreben.⁵⁹

⁵⁵ Merkel: *Transformation politischer Systeme*. S. 220.

⁵⁶ Vgl. ebd. S. 220.

⁵⁷ Vgl. Przeworski, Adam: *Some problems in the Study of the Transition to Democracy*. In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. /Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transition from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*. Baltimore 1986. S. 52-62.

⁵⁸ Merkel, Wolfgang: *Transformation politischer Systeme*. S. 220.

⁵⁹ Vgl. ebd. S. 221.

3. Regionsspezifische Merkmale der Transformation in Osteuropa

Die Mehrzahl an theoretischen Ansätzen in der Transformationsforschung wurden Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre konzipiert und eignet sich nicht vollständig für die Analyse der Transformationswelle Osteuropas im Jahre 1989 und im Speziellen in Bulgarien. In der einschlägigen Literatur sind sich die wissenschaftlichen Experten darüber einig, dass kein allgemein gültiges Transformationsmodell existiert: In jedem einzelnen Fall spielen sowohl die kulturellen Gegebenheiten als auch der institutionelle Rahmen eine wesentliche Rolle bei der Beschreibung und bei der Einordnung des jeweiligen Transformationsprozesses.

Der osteuropäische Systemwechsel gestaltete sich von Anfang an komplexer als andere vergleichbare Transformationsprozesse, denn auf der einen Seite wurden die friedlichen Revolutionen erst durch das Unterlassen der hegemonialen Ansprüche der Sowjetunion ermöglicht und auf der anderen Seite vollzogen sich in Osteuropa unterschiedliche endogene Wandlungsprozesse als vorher in Lateinamerika und Südeuropa.⁶⁰ Auch der parallele Ablauf des Systemwechsels in Politik und Wirtschaft trug zur zusätzlichen Erschwernis des Übergangs bei. Dieses von Claus Offe für Osteuropa prognostizierte „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ besagt, dass in den osteuropäischen Gesellschaften drei Transformationsprozesse zur selben Zeit stattfinden – dazu gehören der Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung, die Etablierung einer neuen Verfassungs- und Rechtsordnung und die Festigung neuer ethnischer, territorialer und zivilgesellschaftlicher Identitäten.⁶¹ Somit sollten die Wandlungsprozesse vom Nationalstaat über den Kapitalismus zur Demokratie, die sich in Westeuropa über Jahrzehnte hin ausdehnten, in Osteuropa in einem viel kleineren Zeitraum gleichzeitig stattfinden. Diese Erschwernis wird von Offe als „das Phänomen der wechselseitigen Blockade von

⁶⁰ Vgl. Beyme: *Systemwechsel in Osteuropa*. S. 47.

⁶¹ Vgl. Offe, Claus.: *Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten*. Frankfurt a. M. 1994. S. 19-21.

Problemlösungen⁶² definiert und sorgte für eine weitere Verlangsamung der politischen und wirtschaftlichen Reformen in Osteuropa nach 1989.

3.1 Besonderheiten der osteuropäischen Revolutionen von 1989

Sowohl in den internationalen als auch in den bulgarischen wissenschaftlichen Kreisen sind die Thesen über die Aufarbeitung und die thematische Einordnung des Systemwechsels umstritten. Dabei ist zu klären, ob es sich bei der im Jahr 1989 in Bulgarien initiierten politischen und wirtschaftlichen Wende überhaupt um eine Revolution handelte. Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten, da in der Wissenschaft eine Mehrzahl an Auslegungen über den Begriff „Revolution“ existiert, jedoch es an einem allgemein gültigen Kriterienkatalog zur Definition einer Revolution mangelt. Sollten die osteuropäischen Revolutionen nach den gleichen Kriterien gemessen werden wie zum Beispiel die Französische Revolution, wäre die Bezeichnung „Revolution“ nicht zutreffend; sollte allerdings der Begriff der Revolution als „jede plötzliche, weitreichende, vom Volk erzwungene Veränderung des Herrschaftssystems in einem Lande“⁶³ definiert werden, könnten die Ereignisse in den meisten osteuropäischen Ländern in 1989 im allgemeinen Sinne als Revolutionen beschrieben werden.⁶⁴ Da in dieser Definition allerdings die Veränderung vom Volk initiiert wird und diese Aussage nicht auf den bulgarischen Fall zutrifft, wird die Formulierung von Ekkard Zimmermann in Betracht gezogen, die Revolution als der Sturz der herrschenden Elite durch neue Eliten, die, nachdem sie die Macht übernommen haben, eine fundamentale Änderung der Sozial- und Herrschaftsstruktur herbeiführen, definiert:

„A revolution is the successful overthrow of the prevailing elite(s) by a new elite(s) who after having taking power (which usually involves the use of considerable force and the mobilization

⁶² Vgl. Offe: *Der Tunnel am Ende des Lichts*. S. 65.

⁶³ Tilly, Charles: *Die europäischen Revolutionen*. München 1993. S. 23.

⁶⁴ Vgl. ebd.

of masses) fundamentally change the social structure and therewith also the structure of authority. ⁶⁵

Um eine weitere Eingrenzung des Revolutionsbegriffes vornehmen zu können, erweist sich die Typologie von Raymond Tanter und Manus Midlarsky als sinnvoll. Diese stellen die Typologie „Massenrevolution“, „Revolutionärer Staatsstreich“, „Reformstaatsstreich“ und „Palastrevolution“ auf und erweitern sie um die Kriterien Grad der Beteiligung der Massen, Dauer der Revolution, Zahl der Todesopfer und Ziel der Rebellen.⁶⁶ Daraus ergeben sich folgende vier Revolutionstypen⁶⁷:

- **Massenrevolution:** eine starke Massenbasis, relativ lange Dauer, hoher Grad der Gewaltsamkeit, grundlegender Wandel des Herrschafts- und Gesellschafts-systems
- **Revolutionärer Staatsstreich:** relativ niedrige Massenbasis, kurze bis mittlere Dauer, niedriger bis mittlerer Grad der Gewaltsamkeit, grundlegender Wandel der Herrschaftsstruktur, möglicher Wandel der Gesellschaftsstruktur
- **Reformstaatsstreich:** gemäßigte Veränderungen der Strukturen der Herrschaftsausübung
- **Palastrevolution:** fehlende Massenbasis, sehr kurze Dauer, niedriger Grad der Grausamkeit, praktisch kein innerer Wandel

⁶⁵ Zimmermann, Ekkart: *Political Violence, Crises and Revolutions. Theories and Research*. Boston 1983. S. 298.

⁶⁶ Vgl. Hamann, Rudolf: *Revolution und Evolution. Zur Bedeutung einer historisch akzentuierten Soziologie*. In: *Soziologische Schriften*. Band 34. Berlin 1981. S. 31.

⁶⁷ Vgl. Gabanyi, Anneli Ute: *Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation*. München 1998. S. 6.

Diesen Kriterien nach sind die Ereignisse in Bulgarien von 1989 am ehesten als eine Palastrevolution zu bezeichnen. Dieses Ergebnis ist wie folgt begründet:

- **Fehlende Massenbasis:** Die Massenbeteiligung am Umsturz von Todor Schiwkow am 10. November 1989 in Bulgarien war sehr gering bis gar nicht vorhanden. Die Herrschaft Schiwkows und der Kommunistischen Partei wurde vielmehr aufgrund außer- und innerparteilichen Drucks beendet. Zwar war die Bevölkerung darüber enttäuscht, dass Schiwkow keine grundlegende Reformen anzustoßen bereit war, und Anfang 1988 wurden bereits erste oppositionelle Gruppierungen gegründet, doch haben diese Entwicklungen nicht den Systemsturz herbeigeführt.
- **Sehr kurze Dauer:** Am 24. Oktober 1989 holte sich der damalige Außenminister Bulgariens, Petar Mladenov, die Unterstützung Moskaus und unterstellte Schiwkow, Schuld an der staatlichen Krise zu sein, indem er Bulgarien von der Welt und von der Sowjetunion abschotten würde. Am 10. November 1989 entschied das Politbüro, dass Schiwkow sein Amt niederlegen solle.
- **Niedriger Grad der Grausamkeit:** Die Polizei ging zwar rigoros gegen Aktivisten vor, die im Oktober 1989 gegen umweltschädliche Regierungsprojekte demonstriert hatten, doch gab es offiziell keine Statistiken über Verletzte. Es gab kaum Gewalttaten, weshalb die Revolution in Bulgarien auch als „friedliche Revolution“ bezeichnet werden kann.
- **Praktisch kein innerer Wandel:** Nach dem Rücktritt von Schiwkow forderten am 18. November 1989 zum ersten Mal mehr als 150.000 Menschen in einer Demonstration den Rücktritt der kommunistischen Regierung. Unter dem öffentlichen Druck nahm die Kommunistische Partei Verhandlungen mit der Opposition auf. Es folgten im Sommer 1990 die ersten demokratischen Wahlen. Das Wahlergebnis war jedoch für die Opposition nicht erfreulich – sie verlor

die Wahlen. Somit hatte das Parteiensystem der „ehemaligen“ Kommunisten weiterhin Bestand.

Diese Entwicklung gilt allerdings keinesfalls für alle osteuropäischen Länder. Legt man die typologischen Kriterien der Revolution zum Beispiel im Falle des benachbarten Rumänien an, kommt es zu einem unterschiedlichen Ergebnis. Laut Anneli Ute Gabanyi handelte es sich in Rumänien bei dem Sturz von Ceaușescu im Jahre 1989 um einen revolutionären Staatstreich.⁶⁸ Folgende Argumente sprechen dafür:⁶⁹

- Relativ niedrige Massenbasis: Die direkte Massenbeteiligung am Umsturz vom Dezember 1989 wird als gering beschrieben.
- Kurze bis mittlere Dauer: Die Demonstrationen gegen die Regierung von Ceaușescu begannen am 16. Dezember 1989. Am 22. Dezember 1989 wurde Ceaușescu gefangengenommen und drei Tage später exekutiert.
- Niedriger bis mittlerer Grad der Grausamkeit: Rumänien gilt als das einzige osteuropäische Land, in dem es im Zuge der Transformationswende 1989 zu Gewalt gekommen ist.

Die „wiederauferstehenden Revolutionen“⁷⁰ in Osteuropa sorgten für Aufsehen in Forschungskreisen. Für Klaus von Beyme haben die Ereignisse von 1989 die Osteuropaforschung in die Krise gestürzt.⁷¹ Zu den Folgen des Zusammenbruchs des Sozialismus für die westliche Sozialwissenschaft zählt unter anderem die angezweifelte theoretische Prognosefähigkeit aufgrund der Widerlegung fast aller existierenden

⁶⁸ Vgl. Gabanyi, Anneli Ute: *Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation*. München 1998. S. 7.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Vgl. Arato, Andrew: *Revolution, Civil society und Democracy*. In: *Transit* 1 (1990). S. 110-126.

⁷¹ Vgl. Beyme: *Systemwechsel in Osteuropa*. S. 16-17.

Theorien über die Entwicklung des Sozialismus und die Aufwertung der Akteurstheorien im Vergleich zu den Systemtheorien.⁷² Laut von Beyme könnte es sein, dass die Suche nach neuen Wegen in der Forschung kein selbsterklärtes Ziel der Forscher nach 1989 mehr darstellt, sondern vielmehr die „Selbststabilisierung“ ihrer Disziplin dies tut.⁷³

Auch in den USA wurden diese wissenschaftstheoretischen Mängel analysiert. Vor allem wurden Wissenschaftler auf dem Gebiet osteuropäischer Politik damit konfrontiert, falsche Prognosen aufgestellt zu haben und auf die Geschehnisse von 1989 nicht vorbereitet gewesen zu sein.⁷⁴ Einer der Gründe für diese Fehlanalysen wäre demnach darin zu suchen, dass die Untersuchungen kommunistischer Staaten nach westlichem Muster verlaufen wären und somit in keinen gültigen Erkenntniswerten resultierten.⁷⁵

Ob die Transformationswelle von 1989 in Osteuropa überhaupt als eine Revolution bezeichnet werden kann, ist weiterhin umstritten. Aleksander Smolar ist der Auffassung, dass die „samtenen, „sanften“ und „ausgehandelten“ Revolutionen von 1989 „eher von oben ausgelöst und nicht durch eine Massenbewegung und revolutionären Terror erzwungen worden sind“ und somit diese dem traditionellen Revolutionsbegriff nicht entsprechen würden.⁷⁶

Für Timothy Garton Ash handelt es sich nur in der Tschechoslowakei, der DDR und Rumänien um eine Revolution, im polnischen und ungarischen Fall dagegen sei es um

⁷² Vgl. Beyme: *Systemwechsel in Osteuropa*. S. 40-41.

⁷³ Vgl. ebd. S. 43.

⁷⁴ Vgl. Kuran, Timur: *Now out of Never: The Element of Surprise in the East European Revolution of 1989*. In: Bermeo, Nancy (Hrsg.): *Liberalization and Democratization. Change in the Soviet Union and Eastern Europe*. Baltimore/London 1992.

⁷⁵ Vgl. Meyer, Alfred G.: *Politics and Methodology in Soviet Studies*. In: *Studies in Comparative Communism* 2 (1991). S. 127-136.

⁷⁶ Smolar, Aleksander: *Die samtene Konterrevolution. Polnische Erfahrungen*. In: *Transit* 8 1994. S. 149-170.

eine „Refolution“ (zusammengesetzt aus Reform plus Revolution) gegangen: sozialer Wandel von oben als Antwort auf revolutionären Druck von unten.⁷⁷

Doch gibt es auch einige Autoren, welche die osteuropäischen Umstürze als „neue Revolutionen“ bezeichnen, da sie den wesentlichsten Revolutionsmerkmalen entsprechen und doch zum Begriff der klassischen Revolution nicht so recht passen.⁷⁸ Innerhalb dieser „neuen Revolutionen“ sind wiederum weitere Merkmale osteuropäischer Revolutionen enthalten, die sie als Revolutionen eines „historisch neuen Typus“ bestätigen.⁷⁹

3.2 Ausblick über die Revolutionen von 1989

Über die Zukunft der Revolutionen von 1989 ist sich die Forschungsgemeinschaft nicht einig. Für Chalmers Johnson ist diese außer Gefahr, sollte „keine unvorhergesehene Verbesserung des politischen Urteilsvermögens der Menschen eintreten“⁸⁰. Allerdings würden sich Revolutionen weiterentwickeln, indem bei einer friedlichen Angleichung der internationalen Sozialsysteme intersystemische Kriege zunehmend von intrasystemischen Bürgerkriegen in Form von Rebellionen oder Revolutionen ersetzt werden.⁸¹

⁷⁷ Dahrendorf, Ralf: *Betrachtungen über die Revolution in Europa*. Stuttgart 1990.

⁷⁸ Vgl. Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): *Lexikon der Politik, Band I. Politische Theorien*. München 1995. S. 554-555.

⁷⁹ Horn, Hannelore: *Die Revolution in der DDR von 1989: Prototyp oder Sonderfall*. In: *Außenpolitik* 1 1993. S. 55-65.

⁸⁰ Johnson, Chalmers: *Revolutionstheorie*. Köln/Bonn 1971. S. 196.

⁸¹ Gabanyi: *Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation*. S. 46.

Laut Jurij Afanasiev endete mit dem Ruin der kommunistischen Herrschaftsordnung in Osteuropa in 1989 nicht nur die „mehr als zweihundert Jahre alte Kultur des Revolutionismus“, sondern auch die Ära von Kommunismus und Marxismus.⁸²

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gewinnt die Modernisierungsperspektive an Aktualität. Doch sind sich Wissenschaftler diesbezüglich einig, dass die schwere Hinterlassenschaft des Kommunismus die Wachstumspotentiale in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Außen- und Sicherheitspolitik langfristig beeinflussen und einschränken wird.

Darüber hinaus stellt die von dem kommunistischen Regime hinterlassene industrielle Struktur ein Hindernis sowohl zur Etablierung der freien Marktwirtschaft als auch zur allgemeinen Integration in die Europäische Union dar, weil sich die Modernisierung fehlerhafter Strukturen als wesentlich schwieriger und zeitaufwendiger gestaltet als die Aufstellung neuer struktureller und mechanischer Gerüste.⁸³

⁸² Afanasiev, Jurij: Perspektiven des Wandels in Osteuropa und in der UdSSR. In: Duffek, Karl/Fröschl, Erich (Hrsg.): *Die demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa. Herausforderungen für die Sozialdemokratie*. Wien 1991. S. 44-45.

⁸³ Vgl. Horn: *Die Revolution in der DDR von 1989: Prototyp oder Sonderfall*. S. 55-65.

4. Das bulgarische Parteiensystem

4.1 Historisch-theoretischer Hintergrund

Die Transformationswelle in Osteuropa hat die politischen Systeme der ehemaligen Satellitenländer der Sowjetunion nachhaltig beeinflusst. Über die daraus resultierenden langfristigen Folgen für die politischen Strukturen und insbesondere für die Parteiensysteme in der Region waren 1989 noch keine fundierten Prognosen vorhanden.

Bei der Entstehung und Struktur der postkommunistischen Parteiensysteme in Osteuropa sind einige Besonderheiten zu beachten. Die Entwicklung der osteuropäischen Parteiensysteme begann erst mit der Demokratisierung der politischen Systeme Anfang der 1990er Jahre und nicht wie in Westeuropa mit der Durchsetzung politischer Mitbestimmung.⁸⁴ Laut Klaus von Beyme „haben fast alle Parteien ihren Ursprung in abweichendem politischen Verhalten gegenüber dem bestehenden Normen- und Verhaltensregelsystem der Zeit“⁸⁵, womit die Entstehung politischer Parteien aufgrund der Durchsetzung politischer Rechte impliziert ist. Stein Rokkan und Seymour Lipset arbeiteten in 1967 eine Theorie über die Herausbildung politischer Systeme mittels eines Bruchliniensystems aus, das auf gesellschaftlichen Gegensätzen beruht.⁸⁶ Auf den Bruchlinienansatz und seine Auslegung im bulgarischen Fall gehe ich im Kapitel 4.2.1 näher ein. Basierend auf dem Bruchliniensystem entwickelte von Beyme ein idealtypisches Modell der „ideologischen Familien“ von Parteien, das von einem Zehnparteiensystem ausgeht, sollten alle vordefinierten gesellschaftlichen Konflikte vorliegen.⁸⁷

⁸⁴ Vgl. Autengruber, Christian: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre*. Stuttgart 2006. S. 24.

⁸⁵ Beyme, Klaus von: *Parteien in westlichen Demokratien*. München 1984. S. 25.

⁸⁶ Vgl. Rokkan, Stein/Lipset, Seymour. M.: *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives*. New York 1967. S. 5.

⁸⁷ Vgl. Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*. S. 36-37.

Diese theoretischen Ansätze und Modelle haben bereits Anwendung in der Erforschung westlicher Demokratien gefunden, doch sind sie im parteipolitischen Kontext in Osteuropa nach 1989 nur beschränkt einzusetzen.

Die strukturelle Gleichartigkeit der osteuropäischen Staaten, die von der Moskauer Hegemonialpolitik initiiert und diktiert wurde, hat den Symbiosecharakter des Wandels in Osteuropa⁸⁸ bestimmt: Die von der Sowjetunion aufgezwungenen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen haben dazu geführt, dass in fast allen ehemaligen Satellitenstaaten nach der Wende die gleichen Ausgangsbedingungen herrschten⁸⁹ – nicht kompetitive Einparteiensysteme in autoritären beziehungsweise totalitären Systemen.⁹⁰ Unter diesen Bedingungen und unter dem Einfluss von weiteren länderspezifischen und kulturellen Charakteristika der jeweiligen Länder haben sich auch verschiedene Typologien des Systemübergangs bzw. unterschiedliche Revolutionstypen entwickelt (siehe dazu Kapitel 3). Diese Ausgangssituation begünstigte die Gründung neuer politischer Gruppierungen und die Neuorientierung von ehemaligen kommunistischen Parteien, auch bevor die neuen politischen Ordnungen in Verfassungen niedergeschrieben wurden.⁹¹

Die Machstellung der Parteien ist in der Ausübung der Funktion der Aggregation und Artikulation von gesellschaftlichen Interessen in dem politischen System verankert.⁹² Darüber hinaus tragen politische Parteien maßgeblich zur Akzeptanz eines demokratischen Systems bei, da sie, um Wählerstimmen zu gewinnen, auf die Interessen der Mehrheit zu achten sowie diese bestmöglich zu vertreten haben⁹³ und

⁸⁸ Vgl. Mason, David S.: *Revolution in East-Central Europe. The Rise and Fall of Communism and the Cold War*. Boulder 1992. S. 111.

⁸⁹ Vgl. Gabanyi: *Systemwechsel in Rumänien*. S. 33.

⁹⁰ Vgl. Merkel: *Systemtransformation*. S. 26-28.

⁹¹ Vgl. Autengruber: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien*. S. 26.

⁹² Vgl. Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*. S. 25.

⁹³ Vgl. Kitschelt, Herbert: *The Formation of Party Systems in East Central Europe*. In: *Politics & Society*, Heft 1 (1992). S. 7

dabei auch eine sogenannte „*Elitenrekrutierungsfunktion*“ ausüben, indem sie die Integration der Gesellschaft ins politische System ermöglichen.⁹⁴

Das Fundament der bulgarischen Parteienentwicklung wurde 1989/1990 von der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) in einem nicht-kompetitiven Einparteiensystem gelegt. Der einzige Verbündete der BKP war jahrzehntelang der „Bulgarische Bauernvolksbund“ (BBVP). Anders als in anderen osteuropäischen Staaten haben es die ehemaligen Kommunisten in Bulgarien geschafft, ihre Machtposition auch nach 1989 über längere Zeit aufrechtzuerhalten.⁹⁵

Im Unterschied zu anderen postkommunistischen Ländern wurde das oppositionelle Parteienbündnis „Union der Demokratischen Rechte“ (UDK) relativ spät gegründet, und auch seine politische Macht war anfänglich gering.⁹⁶ Der Konflikt zwischen den Befürwortern des bis 1989 herrschenden Regimes und den Antikommunisten prägten das bulgarische Parteiensystem bis zu den parlamentarischen Wahlen im Jahre 2001,⁹⁷ und auch dann gab es in dem in dieser Arbeit untersuchten Zeitraum bis 2005 keine Regierungskoalitionen zwischen den beiden politischen Lagern.

Diese Bipolarität des Parteiensystems hat 2001 durch den überraschenden Wahlsieg der „Nationalen Bewegung Simeons II.“ (NBSII) ein vorläufiges Ende gefunden. Die endgültige Bestätigung kam bei den Wahlen 2005, als die Regierungskoalition zwischen der BSP, der NBSII und der Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF) entstand.

Nach Georgi Karasimeonov kann somit die Entwicklung des bulgarischen Parteiensystems in zwei Phasen eingeteilt werden. Die erste Phase dauerte bis 2001 und ist

⁹⁴ Vgl. Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*. S. 25.

⁹⁵ Vgl. Autengruber, Christian: *Bulgarien: Zwischen anfänglichen Konsolidierungstendenzen und aktuellen Umbrüchen*. In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen 2008. S. 133-146.

⁹⁶ Vgl. Autengruber: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien*. S. 136-161.

⁹⁷ Vgl. Höpken, Wolfgang: *Bulgarien: Wenig bekannt und manchmal verkannt*. In: Altmann, Franz-Lothar/Hösch, Edgar (Hrsg.): *Reformen und Reformer in Osteuropa*. Regensburg 1994. S. 132-153.

durch das stark polarisierende Zwei-Parteien-Modell von BSP und UDK bestimmt. Trotz der Entstehung anderer Parteien hat die vorhandene politische Dichotomie zwischen BSP und UDK die Regierungs- und Oppositionsgründung abwechselnd durchgehend dominiert.⁹⁸

Für die zweite Phase nach 2001 ist das Entstehen neuer Parteien charakteristisch, die aufgrund des gewandelten Wahlverhaltens bezüglich der Parteipräferenzen das herrschende Zwei-Parteien-Modell durchbrechen und sich erfolgreich an der Regierungsbildung beteiligen konnten.⁹⁹ Die neugegründete NSBII verbuchte mittels der sogenannten „Politik der großen Versprechen“ große Wahlerfolge. Die kurz vor den Wahlen um den ehemaligen bulgarischen Zaren Simeon Sakschoburggotski gegründete NSBII sorgte für eine politische Sensation, indem sie 42,7 %¹⁰⁰ der Stimmen erzielen konnte. Doch bereits bei den Wahlen in 2005 hat die neue Partei ihre Machtstellung aufgeben müssen, indem sie nur 21,38 %¹⁰¹ der Stimmen bekam.¹⁰²

Eine weitere Besonderheit der zweiten Phase in der parteipolitischen Entwicklung ist die ansteigende Radikalisierung des Parteienwettbewerbs. Die im Jahr 2005 neugegründete radikale Partei ATAKA erzielte bei den Parlamentswahlen in 2005 unerwartet 8,93 %¹⁰³ der Stimmen. Die Partei sorgte stets für Provokationen, nicht zuletzt, indem sie den EU-Beitritt Bulgariens ablehnte. Dabei sollte erwähnt werden, dass der EU-Beitritt Bulgariens und der damit verbundene beachtliche Aufwand, damit

⁹⁸ Vgl. Karasimeonov, Georgi: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. [Partiinata sistema v Bulgarija]. Sofia 2006. S. 105.

⁹⁹ Vgl. ebd.

¹⁰⁰ Vgl. <http://www.osce.org/bg/odihr/elections/bulgaria/16029?download=true> (Stand: 01.08.2011).

¹⁰¹ Vgl. <http://www.msoe.fnst.org/Zwei-liberale-Parteien-in-der-neuen-bulgarischen-Regierung/1097c12304i1p154/index.html> (Stand: 01.11.2013).

¹⁰² Vgl. Venkova-Wolff, Magdalena: *Simeon II – Lockvogel ins Paradies? Notizen vor und nach den Parlamentswahlen in Bulgarien*. In: Osteuropa, 8, (2001). S. 976-984.

¹⁰³ Vgl. <http://www.msoe.fnst.org/Zwei-liberale-Parteien-in-der-neuen-bulgarischen-Regierung/1097c12304i1p154/index.html> (Stand: 01.11.2013).

die bulgarischen Gesetze an den „Aquis Communautaire“ angeglichen werden, für einen thematisch sehr eingeschränkten Wettbewerb der Parteien sorgte.

4.2 Klassifizierung des Parteiensystems in Bulgarien

Bulgarien wurde aufgrund der mehr als vierzig Jahre andauernden Herrschaft der Kommunistischen Partei bis 1989 als ein wettbewerbsloses Einparteiensystem charakterisiert.¹⁰⁴

Herbert Kitschelt typologisiert Bulgarien als „*patrimonialer Kommunismus*“ – dieser Systemtyp war durch die Vorherrschaft der alten kommunistischen Führung beim Systemwechsel, durch Korruption im Staatsapparat, durch eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik sowie durch eine schwache Opposition gekennzeichnet.¹⁰⁵

Nach Giovanni Sartori werden Parteien mit Hilfe von zwei Dimensionen typologisiert: Die erste Dimension stellt die Fragmentierung dar, die von der Anzahl der Parteien und ihrer Stärke bestimmt wird, und die zweite Dimension die Polarisierung. Somit ergeben sich sieben Typen von Parteiensystemen:¹⁰⁶

1. Einparteiensystem (one party)
2. System mit hegemonialer Partei (hegemonic party)

¹⁰⁴ Vgl. Pickel, Gert: *Die subjektive Verankerung der Demokratie in Osteuropa – Die Legitimität der Demokratie in der Bevölkerung als Faktor demokratischer Stabilität und Qualität*. In: Backes, Uwe/Jaskulowski, Tytus/Polese, Abel (Hrsg.): *Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa*. Göttingen 2009. S. 269-270.

¹⁰⁵ Vgl. Tiemann, Guido: *Wahlssysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa*. Wiesbaden 2006. S. 102-107.

¹⁰⁶ Vgl. Sartori, Giovanni: *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge 2005. S. 110.

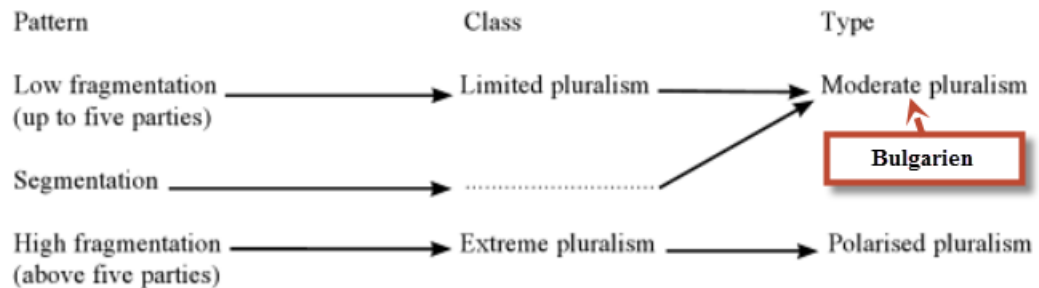
3. System mit einer vorherrschenden Partei (predominant party)
4. Zweiparteiensystem (two party)
5. Gemäßigter Pluralismus (limited pluralism)
6. Polarisierter Pluralismus (extreme pluralism)
7. System, bei dem die Parteienzahl nicht relevant ist (atomised)

Die Typologie von Sartori ist allerdings nicht uneingeschränkt auf die osteuropäischen Staaten anzuwenden: Zwar können die Parteiensysteme der Transformationsländer als mäßig oder polarisiert pluralistisch eingestuft werden, doch treffen Merkmale wie Zweiparteiensystem im Sinne Sartoris oder ein System mit nur einer vorherrschenden Partei nicht auf die osteuropäischen Beispiele zu.¹⁰⁷ Klaus von Beyme baute die pluralistische Kategorie mit Hilfe von Koalitionskonfigurationen weiterhin aus, indem er drei Unterkategorien dem gemäßigt pluralistischen Typus unterordnete: „alternierende Regierung ohne Koalition“, „mit Koalition“ oder „Koalitionen der Mitte oder große Koalitionen“.¹⁰⁸ Soll die Typologie von Sartori auf das bulgarische Parteiensystem 1989-2005 angewendet werden, so kann Letzteres als gemäßigt pluralistisch bezeichnet werden (Abbildung 1). Wird die weitergehende Klassifikation seitens von Beyme herangezogen, kann im Falle Bulgariens behauptet werden, dass es alternierende Regierungen mit Regierungskoalitionen gegeben hat, wobei eine große Koalition zwischen dem Lager der ehemaligen Kommunisten und dem oppositionellen Lager bis zum Jahr 2005 nicht bestand.

¹⁰⁷ Vgl. Autengruber: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien*. S. 31.

¹⁰⁸ Vgl. Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*. S. 311.

Abbildung 1: Parteiensystemtypologie von Sartori



Quelle: Sartori, Giovanni: *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge 2005. S. 112, eigene Darstellung.

Die Typologie von Jack Bielasiak dient der Darstellung zeitlicher Unterschiede in der Parteienentwicklung Mittel- und Osteuropas; dabei werden vier Phasen der Parteienentwicklung differenziert¹⁰⁹ (Abbildung 2):

Abbildung 2: Parteienentwicklungstypologie von Bielasiak am Beispiel Bulgariens

Phase		Ablauf
Hegemonic Party System	✓	Dominanz alter Entscheidungsträger
Polarized Party System	✓	Starke antikommunistische Bewegung
Fragmented Party System	✗	Starke Fragmentierung
Polyarchical Party System	⊘	Konsolidierung/Entstehung pluralistischer Parteiensysteme

Quelle: eigene Darstellung.

In seiner Analyse über die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien hat Christian Autengruber das zeitliche Modell von Bielasiak auf die Länder Bulgarien und Rumänien angewendet und untersucht. Er hat festgestellt, dass die Klassifizierung

¹⁰⁹ Vgl. Bielasiak, Jack: *Substance and Process in the Development of Party Systems in East Central Europe*. In: *Communist and Post-Communist Studies*, Heft 1 (1997). S. 31-36.

„hegemonic party system“ sowohl in Bulgarien als auch in Rumänien für die Phase unmittelbar nach dem Umsturz in 1989 zutreffend war – die Reformkommunisten in beiden Staaten haben weiterhin die politische Arena dominiert, wobei in Bulgarien die Phase bereits in 1991 und in Rumänien erst im Jahr 1996 endete. Die nächste zeitliche Phase „polarized party system“ hat auch in beiden Ländern stattgefunden, doch ist der Einfluss der Linie Reformkommunismus gegen Antikommunismus auf das bulgarische Parteiensystem stärker ausgeprägt als in Rumänien. Die dritte Phase „fragmented party system“ hat in Bulgarien aufgrund der hohen Konzentration des Parteiensystems nicht stattgefunden, das Ergebnis bezüglich Rumäniens sei unklar, so Autengruber.¹¹⁰ Die vierte Phase dieses Modells ist allgemein schwer festzustellen, da sich dabei eine der größten Schwächen der Typologierungsversuche in der osteuropäischen Forschung offenbart, nämlich die kurze Entwicklungsperiode der Parteiensysteme in Osteuropa, aufgrund dessen es auch schwierig festzustellen ist, ob eine Konsolidierung vorliegt oder nicht.

Das Verhältniswahlssystem in Bulgarien fördert die Parteienkonzentration in bestimmten Phasen mit Hilfe von Wahlkoalitionen. Abgesehen davon wird des Weiteren ab 1991 eine nationale Vier-Prozent-Sperrklausel ohne Erhöhung im Falle von Parteienverbänden oder Wahlkoalitionen mit gemeinsamen Listen eingeführt. So werden vor allem neue Bündnisse gefördert, für welche die Ungewissheit gegeben ist, ob sie im Alleingang die Prozenzhürde überspringen würden.¹¹¹ Diese Zentralisierungstendenz ist nicht nur aufgrund der eingeführten Prozenzhürde entstanden, sondern wird auch durch die existierende polarisierende Konfliktlinie Kommunismus-Antikommunismus begründet.

¹¹⁰ Vgl. Autengruber: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien*. S. 33.

¹¹¹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 52-53.

4.3 Entstehung einer neuen Cleavage-Typologie

Um eine Analyse über die Rolle der „Cleavages“ bezüglich der politischen Wahlpräferenzen in Bulgarien durchführen zu können, sollte in einem ersten Schritt die allgemeine wissenschaftliche Debatte über deren Bedeutung in den ehemaligen kommunistischen Ländern erläutert werden.

Die Transformation der ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas in Demokratien hat die im Jahr 1967 von Seymour Lipset und Stein Rokkan entwickelte Cleavage-Theorie wieder an Aktualität gewinnen lassen – viele Forscher wollten überprüfen, inwieweit und ob überhaupt das Konzept für die Entstehung und Strukturierung von Parteipräferenzen in Osteuropa geeignet ist.

Die beiden Wissenschaftler arbeiteten in den 60er Jahren einen Ansatz über die Entstehung und Konsolidierung westeuropäischer Parteiensysteme aus. Dabei „verstehen sich die verschiedenen Parteiensysteme als länderspezifische Ergebnisse des Zusammenwirkens der gravierenden Spaltungen¹¹² (Cleavages) von Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche, Landwirtschaft-Industrie und Kapital-Arbeit“¹¹³. Mit ihrem Ansatz versuchten Lipset und Rokkan die Entwicklung politischer Parteien anhand sozialer Bruchlinien zu erläutern.

Laut Andrea Römmele sollten allerdings innerhalb des Bruchlinienansatzes auch die Auswirkungen der politischen Konfliktlinien auf die Sozialstruktur berücksichtigt werden. In ihrer Analyse über die Bruchlinienstrukturen in Osteuropa unterscheidet sie zwischen sozialen und politischen Bruchlinien, indem sie die sozialen Bruchlinien als soziale Spaltungen sieht, die häufig in Bezug auf die sozialen Verhaltensweisen definiert sind und die traditionelle Trennlinien von sozialen Gliederungen reflektieren: „social cleavages are commonly defined in terms of social attitudes and behaviours, and

¹¹² „Cleavages“ werden von verschiedenen deutschen Autoren sowohl als „Spaltungen“ wie auch als „Bruchlinien“ ins Deutsche übersetzt.

¹¹³ Ladner, Andreas: *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen*. Wiesbaden 2004. S. 56.

are seen as reflecting traditional divisions of social stratification“; politische Bruchlinien dagegen entstehen in Bezug auf politische Verhaltensweisen und Einstellungen: „political cleavages are usually defined in terms of political attitudes and behaviours“.¹¹⁴

Es kann jedoch festgehalten werden, dass die politischen und sozialen Bruchlinien nicht klar auseinanderzuhalten sind: Bei der Analyse von Parteiensystemen werden anfänglich die politischen Bruchlinien untersucht, doch um diese erklären zu können, werden auch die sozialen Rahmenbedingungen in Betracht gezogen.¹¹⁵

Kay Lawson definiert Bruchlinien als langfristige strukturelle Konfliktlinien, die zu entgegengesetzten politischen Positionen führen, welche von Parteien repräsentiert oder nicht repräsentiert werden können: „Cleavages are long-term structural conflicts that give rise to opposing political positions, which may or may not be represented by parties.“¹¹⁶

Bartolini und Meier wählen eine andere Perspektive bei der Beschreibung von Bruchlinien und gehen davon aus, dass diese auf einer klaren sozialen Differenzierung, ausgeprägte Identität und Organisation beruhen.¹¹⁷ Sollte allerdings dieses Konzept auf die Länder in Osteuropa und im Speziellen auf Bulgarien angewendet werden, würde dies bedeuten, dass keine Spaltungen in Bulgarien vorhanden sind. Das ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die sozialen Dimensionen (ausgenommen die ethnischen und die religiösen) in den postkommunistischen Gesellschaften kaum genau zu definieren sind, was dazu führt, dass keine deutlich voneinander abgegrenzten Identitäten vorhanden sind, auf die sich eine Gruppe beziehen kann. Darüber hinaus sind politische Parteien nicht in der Lage, als angemessenes Organisationsinstrument zur Repräsentation von einzelnen Bruchlinien zu agieren, sogar wenn es Potential für solche gäbe, vor allem

¹¹⁴ Lawson, Kay/Römmele, Andrea/Karasimeonov, Georgi: *Cleavages, Parties and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland and Romania*. Westport 1999. S. 4.

¹¹⁵ Vgl. Autengruber: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien*. S. 129.

¹¹⁶ Lawson/Römmele/Karasimeonov: *Cleavages, Parties and Voters*. S. 22.

¹¹⁷ Vgl. ebd. S. 5.

weil die Parteien ihre Repräsentativfunktionen nicht so ausführen können wie die westlichen Vorbilder in der Vergangenheit.

Aus den oben genannten Gründen lässt sich die allgemeinere Definition von Lawson, welche die Interpretierung von Bruchlinien als gegensätzliche politische Positionen zulässt, unabhängig davon, ob diese von Parteien repräsentiert werden oder nicht, leichter auf die postkommunistischen Demokratien übertragen. Doch sollte dabei beachtet werden, dass auch diese Definition Gefahren birgt, da hierbei verschiedene Typen und Arten von Konflikten im Zusammenhang mit Bruchlinien entstehen können.

Im Allgemeinen gibt es drei Typen von Untersuchungsmethoden für die Bruchlinien in Osteuropa – einige wenden das Modell von Lipset und Rokkan und deren Typologisierung komplett an, andere benutzen diese nur zum Teil und Dritte suchen nach neuen Bruchlinien.¹¹⁸

Georgi Karasimeonov hat sich für die Suche nach neuen Bruchlinien entschieden und eine neue Typologie aufgestellt, welche für die postkommunistischen Demokratien viel passender zu sein scheint. Nach Karasimeonov lassen sich mindestens vier Bruchlinien für sich transformierende politische Systeme bestimmen: historische, temporäre, aktuelle und potentielle.¹¹⁹ Dabei ist diese Typologie von vorübergehendem Charakter und soll um die detaillierte Analyse der entsprechenden Bruchlinien als eine mehr oder minder anhaltende Identität einer Wählergruppe von einer dedizierten politischen Partei erweitert werden, so Karasimeonov.¹²⁰

Die **historischen Bruchlinien**, welche ihren Ursprung in der vorkommunistischen Ära haben, tauchen auch in der postkommunistischen Realität auf. Innerhalb dieser Gruppe waren in der Vergangenheit vor allem die Klassenspaltung (Arbeiter-Besitzstand), die religiöse Spaltung und die national-ethnische Spaltung (Zentrum-Peripherie) von Be-

¹¹⁸ Vgl. Lawson/Römmele/Karasimeonov: *Cleavages, Parties and Voters*. S. 5-12.

¹¹⁹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 227.

¹²⁰ Vgl. ebd.

deutung.¹²¹ In einigen postkommunistischen Ländern haben solche historischen Bruchlinien die Entstehung von „historischen“ Parteien mit parteipolitischen Traditionen bewirkt.¹²² Doch hat diese Entwicklung in Bulgarien nicht stattgefunden: Als einzige „historische“ Partei in Bulgarien kann lediglich die Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) bezeichnet werden, die ihren Einfluss nach der Wende 1989 zwar beibehalten hat, allerdings ihre traditionell kommunistische Ausrichtung durch sozialdemokratische Werten ersetzte. Somit hatten historische Bruchlinien kaum Einfluss auf das neue bulgarische Parteiensystem. Auch religiöse Bruchlinien hatten in dem Kontext keine Bedeutung.¹²³

Vielmehr haben neue Bruchlinien die Struktur des neuen bulgarischen Parteiensystems geprägt, die erst nach 1989 entstanden sind. Dazu zählt an erster Stelle die ideologische Spaltung Reformkommunismus – Antikommunismus¹²⁴, welche die Bipolarität des Parteiensystems bis zum Jahr 2001 kennzeichnete. Darüber hinaus hat die ethnische Bruchlinie eine wesentliche Rolle bei der Entstehung des neuen Parteiensystems gespielt und die Gründung der Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF) hervorgerufen.

Die umstrittene politische Haltung gegenüber den türkischen Minderheiten in den 80er Jahren hat die Entstehung dieser Bruchlinie begünstigt¹²⁵, doch haben sowohl die ehemaligen Kommunisten als auch die Opposition es geschafft, die BRF in die bestehende politische Zweikampfkongstellatation zu integrieren, und verhinderten somit die

¹²¹ Vgl. Karasimeonov: Das Parteiensystem in Bulgarien. S. 227.

¹²² Vgl. Segert, Dieter: *Ursprung und Wirkungsmöglichkeiten von „historischen Parteien“ im osteuropäischen Transformationsprozess*. In: Segert, Dieter (Hrsg.): *Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa*. Frankfurt a. M. 1994. S. 13-30.

¹²³ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. Sofia 2006. S. 228.

¹²⁴ Vgl. Kitschelt, Herbert et al.: *Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation*. Cambridge 1999. S. 239.

¹²⁵ Vgl. Riedel, Sabine: *Die türkische Minderheit im parlamentarischen System Bulgariens*. In: *Südost-europa*, Heft 2 (1993). S. 100-124.

Entwicklung dieser Bruchlinie zu einem wesentlichen Faktor in der Parteikonfiguration.¹²⁶

Diese beiden Spaltungen sind allerdings auch als **temporäre Bruchlinien** zu bezeichnen, da sie das bulgarische politische System lediglich bis zum Jahr 2001 bestimmt haben; zu diesem Zeitpunkt waren die grundlegendsten demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen bereits zum Teil abgeschlossen und die EU-Orientierung galt als gemeinsamer Nenner für die außenpolitische Ausrichtung der meisten politischen Gruppierungen.¹²⁷

Die Tendenz zur Konsolidierung des Parteiensystems findet durch die parlamentarischen Wahlen im Jahr 2001 Bestätigung – der praktische Zerfall der nach 1989 dominierenden oppositionellen UDK (Union der Demokratischen Kräfte), die abgeschlossene Transformation der BSP von einer postkommunistischen zu einer sozialdemokratischen Partei und die endgültige Integration der BRF ins politische System als Teil der Regierungskoalition mit NSB II. und BSP setzen die zwei nach 1989 herrschenden Bruchlinien außer Kraft und führen die Entstehung des zweiten bulgarischen Parteiensystems nach 2001 herbei.¹²⁸ Nach den parlamentarischen Wahlen im Jahr 2001 ist das zweite Parteiensystem nach 1989 von innerparteilichen Prozessen und von der Entstehung neuer Bruchlinien abhängig.

Das in Aussicht gestellte Ende der politischen und wirtschaftlichen Transformation begründet die Formierung **neuer Bruchlinien**, welche die aktuellen Interessen vieler Bulgaren widerspiegeln, deren finanzielle und soziale Lage sich in den ersten zehn Jahren der Transformation wesentlich änderte.¹²⁹ Die Wirtschaftstransformation nach

¹²⁶ Vgl. Gjuzelev, Bojan: *Die Minderheiten in Bulgarien unter Berücksichtigung der letzten Volkszählung vom Dezember 1992*. In: *Südosteuropa*, Heft 6-7 (1994). S. 367-368.

¹²⁷ Vgl. Todorov, Antonii: *Außenpolitik und politische Kultur: eine Dimension der Bruchlinien in Bulgarien*. [*Vunshna politika i piliticheska kultura: edno izmerenie na klividghite v Bulgarija*]. In: *Politische Analysen*. [Politicheski izsledvanija], 3/2007 Sofia. S. 15-16.

¹²⁸ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 230.

¹²⁹ Vgl. Lawson/Römmele/Karasimeonov: *Cleavages, Parties and Voters*. S. 116.

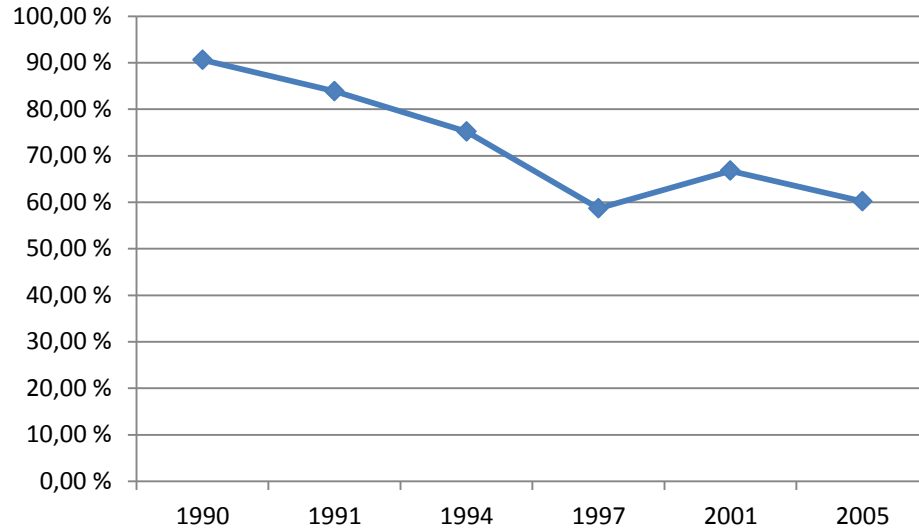
1989 von einer Zentralplanwirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft hat zu einer für die Mehrheit der Bulgaren negativen Entwicklung bezüglich der Beschäftigungsstrukturen und des Lebensstandards geführt. Daraus entstand die Bruchlinie der sogenannten „Gewinner/Verlierer“ der Transformation.¹³⁰ Nach Herbert Kitschelt hat diese wirtschaftliche Spaltung, welche die Gegenüberstellung von radikaler Marktwirtschaft mit wirtschaftlichem Liberalismus und wirtschaftlichem Protektionismus impliziert, in der bulgarischen Gesellschaft eine viel größere Gewichtung als in anderen post-kommunistischen Ländern.¹³¹ Diese Bruchlinie reflektiert den immer aktueller werdenden Konflikt zwischen der Mehrheit der Bulgaren und der kleinen Gruppe der Oligarchen und Wohlhabenden sowie Teile des Staatsapparates, die der Korruption beschuldigt werden, und beeinflusst massiv das Wahlverhalten der Bulgaren, was bereits bei den Wahlen in 2001 und mit dem unerwarteten Sieg der neugegründeten Nationalen Bewegung Simeon II. (NSBII) sichtbar wurde. Die Wähler wenden sich immer mehr Parteien zu, die ihre sozialen Interessen vertreten. Die allgemein herrschende Enttäuschung führt zu einem Protestwahlverhalten und dieses wiederum sowohl zu einer Senkung der Wahlbeteiligung (Abbildung 3) als auch zu der immer öfter angewendeten Praxis der Protestwahl.¹³²

¹³⁰ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. Sofia 2006. S. 231.

¹³¹ Vgl. Kitschelt, Herbert et al.: *Post-Communist Party Systems*. S. 274-275.

¹³² Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. Sofia 2006. S. 233.

Abbildung 3: Wahlbeteiligung 1990-2005



Quelle: Institut für Sozialforschung „Offene Gesellschaft“ Sofia 2005. Eigene Darstellung.

Darüber hinaus sinkt die Parteienidentifikation und die Parteimitgliederzahlen gehen kontinuierlich zurück. Diese Tendenzen zeugen von der Instabilität des Parteiensystems. Die Wahlen in 2005 bestätigen die Pluralisierung des Parteiensystems, betonen allerdings auch das Schwinden der Wählerbasis und machen die Erstellung von Wahlprognosen aufgrund des unvorhersehbaren Wechselwählerverhaltens beinahe unmöglich.

Die angekündigte Schlussphase des wirtschaftlichen Übergangs und die neue außenpolitische Orientierung Bulgariens entkräften die politische Lagerbildung aufgrund der Polarisierung von Ideen und Werten.

Ebenso führt der im Jahr 2005 noch bevorstehende EU-Beitritt Bulgariens zur Entstehung einer **potentiellen Bruchlinie** für oder gegen die europäische Integration. Unter diesen Bedingungen differenzieren die politischen „Linken“ und „Rechten“ und das politische Zentrum immer mehr ihre Programmprofile voneinander aus und

ermöglichen somit eine realistischere Wähleridentifikation.¹³³ Diese Tendenz wird durch Umfragen belegt, welche die politische Selbsteinordnung ausdrücken und die einen Anstieg der zentristisch orientierten Wähler zum Ausdruck bringen.¹³⁴

Eine weitere potentielle Bruchlinie stellt die Generationsbruchlinie dar, da die neue bulgarische Generation potentieller Wähler eine neue Art der politischen Kultur anstrebt und für sie die kommunistischen Hinterlassenschaften keine Rolle mehr spielen.¹³⁵

Alle oben aufgezählten Bruchlinien können das Parteiensystem beeinflussen, sollten sie in die Parteiprogramme aufgenommen und durch die politischen Parteien selbst entsprechend vertreten werden. Die Verlangsamung dieses Prozesses führt zur Verstärkung der Instabilität des politischen Systems und zu einer Vertiefung der sich andeutenden Parteienkrise.¹³⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass temporäre Bruchlinien die Entstehung und Ausdifferenzierung von Parteien in der ersten Phase der Transformation bestimmen. Doch werden diese zu einem späteren Zeitpunkt entweder von neuen, für die Konsolidierungsphase von postkommunistischen Gesellschaften typischen Bruchlinien verschlungen oder sie verschwinden gänzlich von der Bildfläche.

Potentielle Bruchlinien umfassen alle wichtigen Fragestellungen und Konflikte in den sich in der Gründungsphase befindenden postkommunistischen Gesellschaften. Diese können sich zu einem späteren Zeitpunkt und unter dem Einfluss des sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmens in tatsächliche Bruchlinien verwandeln.

Der Ausdifferenzierung von Karasimeonov liegen vor allem die zeitliche Dimension und das Wandelpotential der Bruchlinien und nicht überwiegend die bestimmende Typologie, welche die inhaltlichen Charakteristiken definiert, zugrunde. Bei dieser

¹³³ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 238.

¹³⁴ Vgl. ebd.

¹³⁵ Vgl. ebd.

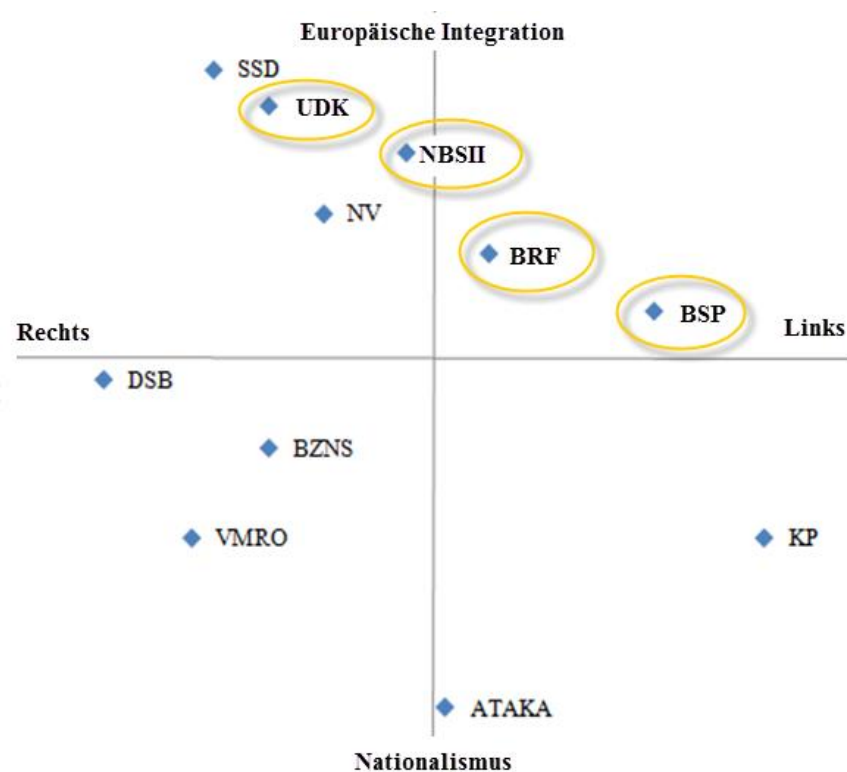
¹³⁶ Vgl. ebd.

Vorgehensweise stellt das Temporäre als Merkmal einer Bruchlinie ein Grundproblem dar. Da die Grunddefinition von Bruchlinien nach Lawson diese als „langfristige Strukturkonflikte“ bezeichnet, entsteht ein Widerspruch; sollte sich ein Konflikt schnell lösen lassen, ginge es demnach nicht um eine Bruchlinie.

Trotz dieser Unstimmigkeit erweist sich Karasimeonovs Typologie als sehr hilfreich für die Identifikation und Klassifizierung von Bruchlinien in den postkommunistischen Demokratien in Südosteuropa.

Auf Abbildung 4 wird ersichtlich wie die bereits erläuterten Bruchlinien das Parteiensystem im Jahr 2005 beeinflussen und wie die bis 2005 vier parteipolitische Hauptakteure ideologisch ausgerichtet sind. Aufgrund der sinkenden Tendenz bezüglich der Zugehörigkeit und Identifikation mit einer bestimmten Partei existieren viele, relativ kleine oder mittelgroße Parteien, welche keinen signifikanten Einfluss im Parlament ausüben können.

Abbildung 4: Das Parteiensystem in Bulgarien 2005



DSB – Bewegung für ein starkes Bulgarien; **UDK** – Union der Demokratischen Kräfte; **BSP** – Bulgarische Sozialistische Partei; **BZNS** – Bulgarische Bauernpartei; **SSD** – Verein der Freien Demokarten; **VMRO** – Innere Makedonische Revolutionäre Organisation; **BRF** – Bewegung für Rechte und Freiheit; **NBSII** – Nationale Bewegung Simeon II; **NV** – Neue Zeit. **KP** – Kommunistische Partei; **ATAKA**.

Quelle: Vgl. Karasimeonov, Georgi: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. Sofia 2006. S. 240.

4.4 Organisation und Aufbau der parteipolitischen Hauptakteure

Das Parteiensystem in Bulgarien ist stark zentralistisch aufgestellt. Das liegt nicht nur an der zentralstaatlichen Struktur, sondern auch daran, dass die Parteien mit explizit regionaler Ausrichtung noch nie auf nationaler Ebene erfolgreich waren. Die BRF ist

davon ausgenommen, denn sie profitiert überwiegend von Gebieten, die hauptsächlich von der türkischen Minderheit bewohnt werden.

Das Parteiengesetz von April 1990 ist trotz kleiner Anpassungen auch heute noch aktuell. Es richtet sich sehr stark nach westeuropäischen Mustern. Diesbezüglich sind Parteien, die gegen die Verfassung, die Souveränität und territoriale Integrität Bulgariens oder die Einheit der Nation verstoßen, verboten.¹³⁷

Die zentralen Unterscheidungsmerkmale zwischen den Parteien betreffen die in den Parteistatuten festgelegte ideologische Ausrichtung, die Rolle der Organisation, das Verhalten der Parteimitglieder und die interne Entscheidungsstruktur.

4.4.1 Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)

4.4.1.1 Parteiengeschichte

Die BSP ist die Nachfolgerin der BKP und als solche ist ihre Transformation nach 1989 von ihrer totalitären Vergangenheit geprägt.

Der politische und wirtschaftliche Übergang zur Demokratie findet in einem System statt, in dem die damalige BKP den politischen und wirtschaftlichen Prozess dominiert und in dem eine starke politische Opposition noch nicht vorhanden ist. Diese Bedingungen prägen den politischen Charakter der ehemals totalitären und nach 1989 demokratischen Partei. Anders als einige kommunistische Parteien in Zentraleuropa (Ungarn, Polen) hat sich die BKP im Jahr 1989 nicht komplett von ihrer totalitären Vergangenheit verabschiedet. In der Partei hat auch keine radikale Spaltung zwischen einem marxistisch-kommunistischen und in einem sozialdemokratischen Lager statt-

¹³⁷ Vgl. Konstantinov, Emil: *Das Parteienrecht in Bulgarien*. In: Tsatsos, Dimitris/Zdzislaw, Kedria (Hrsg.): *Parteienrecht in mittel- und osteuropäischen Staaten. Entstehungsmomente des Parteienrechts in Bulgarien, Litauen, Polen, Russland, der Slowakei, Tschechien und Ungarn*. Baden-Baden 1994. S. 23-71.

gefunden.¹³⁸ Vielmehr hat sich die BKP peu à peu unter dem Druck der internen und externen Opposition der Demokratie angepasst. Diese verzögerte Entwicklung hat die Modernisierung und die Verwandlung der BKP zu einer sozialdemokratischen Partei erheblich verlangsamt.

Laut Georgi Karasimeonov kann der Entwicklungsverlauf der BSP in fünf Phasen eingeteilt werden:¹³⁹

Die erste Phase findet von November 1989 bis Juni 1990 statt. Sie ist primär durch die innenpolitischen Reformen und die Entstehung des neuen politischen Pluralismus gekennzeichnet. Die Teilnahme der BKP an den Verhandlungen mit der Opposition UDK an dem Runden Tisch führen zu internen Diskussionen bezüglich der Notwendigkeit einer Sozialdemokratisierung der Partei. Im März 1990 wird ein Referendum für die Namensänderung der Partei durchgeführt, um sich der neuen demokratischen Ordnung besser präsentieren zu können. Von insgesamt 983.899 Parteimitgliedern, beteiligen sich 726.000 an dem Referendum, wovon 86,71 % für die Änderung des Parteinamens der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) in die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) stimmen.¹⁴⁰

Die zweite Entwicklungsphase, von Juni 1990 bis November 1991, umfasst zahlreiche politische Premieren für die umbenannte Partei. Anders als in anderen Ländern in Zentraleuropa spaltet sich die BSP bei den ersten demokratischen Wahlen nach dem Umbruch nicht und verschwindet auch nicht von der politischen Bühne: Ganz im Gegenteil gewinnt die BSP die Wahlen mit der absoluten Mehrheit im Parlament und behält somit einen großen Teil ihrer Wählerschaft. Doch die Anpassung an die neue politische Ordnung verschärft die internen Auseinandersetzungen zwischen den drei Lagern innerhalb der Partei – Kommunisten, Reform-Zentristen und Reform-Sozialdemokraten. Die innerparteilichen Unruhen, gepaart mit der Radikalisierung der

¹³⁸ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 174.

¹³⁹ Vgl. ebd.

¹⁴⁰ Vgl. <http://www.bsp.bg/public/files/docs/politichesko-obrushtenie27-02-2010.doc> (Stand: 01.10.2014).

Opposition nach dem Verlust der Wahlen, tragen dazu bei, dass einige BSP-Mitglieder die Wahl von Schelju Schelew, dem Oppositionsführer, zum Präsidenten der Republik Bulgarien unterstützen. Schelew seinerseits betont seine Kompromissbereitschaft und das Streben nach einer Koalitionsregierung.

Beim 39. Parteikongress im September 1990 wird die BSP laut Statut offiziell eine parlamentarische Massenpartei.¹⁴¹ In dem Statut wird festgehalten, dass sich die Partei an den Werten des Marxismus, an der Erfahrung der sozialistischen Bewegung und an den modernen linken demokratischen Parteien orientiert: „[...] ценностите на марксизма, на опита и традициите на социалистическото движение и на съвременните леви демократични партии, движения и други, които служат на обществения прогрес.“¹⁴²

Ende 1990 wird eine neue Expertenregierung unter Dimitar Popov ins Leben gerufen und das BSP-Mitglied Alexander Tomov zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt.¹⁴³ Bei den parlamentarischen Wahlen am 13. Oktober 1991 verliert die BSP und findet sich erstmalig seit 1944 in der Rolle der Opposition statt in der Regierung.

In der dritten Phase, von 1991 bis 1994, hat die BSP mit Beschlüssen der UDK-Regierung und mit der eigenen oppositionellen Rolle zu kämpfen. Beim 40. Parteikongress am 14.12.1991 werden zwei Strömungen innerhalb der BSP identifiziert – die zentristische und die sozialdemokratische. Aus der sozialdemokratischen Gruppe entsteht Anfang 1992 die Vereinigung für soziale Demokratie (OSD), die sich als eine nichtkommunistische politische Bewegung sozialdemokratischer Natur versteht.¹⁴⁴

Nach dem Sturz der Regierung von Filip Dimitrow Ende 1992 ist die BSP auf der Suche nach Alternativen zur Bildung einer Experten- oder Koalitionsregierung, so dass

¹⁴¹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 177.

¹⁴² Vgl. ebd.

¹⁴³ Vgl. Knaus, Gerald: *Bulgarien. Beck'sche Reihe. Länder*. München 1997. S. 99.

¹⁴⁴ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 214.

keine vorgezogenen Wahlen stattfinden müssen, und unterstützt deshalb die neue Regierung unter dem parteilosen Ljuben Berov.¹⁴⁵

Im Jahr 1993 sinken die Zahlen der BSP-Mitglieder bis auf 300.000 Personen, wobei sichtbar wird, dass überwiegend junge Menschen unter 35 der Partei verloren gehen.¹⁴⁶

Am 2. September 1994 wird die Regierung von Ljuben Berov gestürzt, so dass am 18. Dezember desselben Jahres Neuwahlen stattfinden, bei welchen die BSP die absolute Mehrheit erzielt und somit das neue Kabinett aufstellt.

Die vierte Entwicklungsphase der BSP fängt nach den parlamentarischen Wahlen im Jahr 1994 an. Bereits zum zweiten Mal nach 1989 gewinnt die BSP die Wahlen und erzielt die parlamentarische Mehrheit im Parlament mit Ghan Videnov als Ministerpräsidenten. Die Regierung von Videnov ist bis zu den Kommunalwahlen im Oktober 1995 als stabil zu bezeichnen. Doch bereits Anfang 1996 sorgen innerparteiliche Auseinandersetzungen über den eingeschlagenen Regierungskurs und die sich vertiefende Wirtschaftskrise im Land für Misstrauen gegenüber dem BSP-Kabinett. Darauf kündigt Videnov den Posten des Parteivorsitzenden beim 42. außerplanmäßigen Parteikongress der BSP am 21.-22. Dezember 1996 auf und tritt gleichzeitig vom Ministerpräsidentenamt zurück. Zum neuen Parteivorsitzenden der BSP wird Georgi Parvanov ernannt. Aufgrund dieser Entwicklungen befindet sich die BSP Anfang 1997 erneut in einer tiefen ideologisch-politischen Krise. Vor diesem Hintergrund finden im April 1997 die vorgezogenen parlamentarischen Wahlen statt, bei denen die BSP mit einer Wahlniederlage zu kämpfen hat.¹⁴⁷

Für die fünfte Phase in der Entwicklung der BSP – 1997-2001 – ist eine neue politische Orientierung der Partei an der Sozialdemokratie und an der NATO charakteristisch. Beim 43. Parteikongress hat sich nicht nur Georgi Parvanov endgültig als der neue

¹⁴⁵ Vgl. Roth, Maren: *Erziehung zur Demokratie? Amerikanische Demokratisierungshilfe im postsozialistischen Bulgarien*. Münster 2005. S. 69.

¹⁴⁶ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 177.

¹⁴⁷ Vgl. Ziemer, Klaus (Hrsg.): *Wahlen in postsozialistischen Staaten*. Hemsbach 2003. S. 67.

Parteivorsitzende etabliert – auch die Bezeichnung der BSP als eine sozialdemokratische Partei ist auf breite Zustimmung gestoßen.¹⁴⁸ Bei dem darauffolgenden 44. Parteikongress im Mai 2000 wird auch die positive Einstellung gegenüber der NATO bestätigt, so dass die BSP sich von diesem Zeitpunkt an für eine aktive Kooperation mit der NATO ausspricht.¹⁴⁹

Der überraschende Sieg der NBS II., der neugegründeten Partei des ehemaligen Zaren Simeon II., bei den Parlamentswahlen im Jahr 2001 verdrängt sowohl die BSP als auch die UDK von ihren bis dato dominanten Stellungen im politischen System Bulgariens. Jedoch sorgt die Wahl von Georgi Parvanov zum Staatspräsidenten im November 2001 für eine wachsende Zuversicht seitens der BSP für die nächsten parlamentarischen Wahlen. Auch die Aufnahme der BSP im Jahr 2003 in die Sozialistische Internationale (SI) zeugt von der positiven Entwicklung der Partei in Richtung Sozialdemokratie.

Tatsächlich findet diese positive Tendenz Bestätigung in der Bevölkerung: Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 erhält die BSP zusammen mit ihren Koalitionspartnern die meisten Wählerstimmen und wird somit zur größten parlamentarischen Gruppe. Nach langen Verhandlungen wird die Regierungskoalition zwischen der BSP, der NBS II. und der BRF gegründet und der Parteivorsitzende der BSP Sergej Stanishev zum Ministerpräsidenten ernannt.¹⁵⁰

4.4.1.2 Organisationsstruktur

Kurz nach der Wende im Jahr 1989 ist die BKP gezwungen, sich von einigen Organisationsprinzipien zu verabschieden, welche die eigene Führungsposition in dem sozialistischen Staate herbeiführten, wie zum Beispiel die Entparteiisierung des Staatsapparates. Der neuen Organisationsstruktur der Partei, an der seit dem 42. Partei-

¹⁴⁸ Vgl. http://www.omda.bg/public/bulg/news/archcoment/bsp_k.htm (Stand: 01.10.2014).

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

¹⁵⁰ Vgl. Bos, Ellen/Segert, Dieter: *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter?: Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Budrich 2008. S. 136.

kongress im Jahr 1994 kontinuierlich gearbeitet wird, liegt der demokratische Pluralismus zugrunde; in der Parteisatzung werden die Etablierung der demokratischen Einheit und die des territorialen Prinzips für die Erschaffung lokaler Strukturen bestätigt.¹⁵¹ Die Organisationsstruktur der BSP ist dreistufig; dabei wird zwischen erst-rangigen Parteiorganisationen, lokalen Parteiorganisationen und Zentralorganisationen unterschieden. Zu den wichtigsten Parteiorganen zählen der Kongress, die allgemeine Parteikonferenz, der Vorstand und die allgemeine Kontrollkommission. Der Parteivorsitzende wird direkt vom Kongress und vom Vorstand gewählt. Die operative Führung wird vom Exekutivbüro eingesetzt, das wiederum vom Vorstand gewählt wird. Der parlamentarischen Tätigkeit der BSP wird ein Sonderkapitel gewidmet. In diesem Kapitel wird nicht nur die parlamentarische Tätigkeit, sondern auch die dominante Rolle der Parteiorgane bei der Bestimmung der Abgeordneten-Kandidaten festgehalten.

Die Wählerbasis der BSP weist eine sinkende Tendenz auf – im Jahr 1990 hat die Partei noch 980.000 Mitglieder, im Jahr 2002 dagegen beträgt die Zahl der Mitglieder nur noch 202.000 und auch in den nächsten Jahren wird diese negative Entwicklung anhalten.¹⁵² Dabei entwickelt sich die BSP von einer Mitgliederpartei zu einer Volkspartei.

Laut Dobrin Kanev haben in der BSP in dem Zeitraum 1989-2002 drei Elitenwechsel stattgefunden: Der erste Elitenwechsel wird im Jahr 1989 durchgeführt, der zweite nach der Wahlniederlage im Jahr 1991 und der dritte nach 1997.¹⁵³ Darüber hinaus etabliert sich nach dem Parteikongress im Jahr 2002 eine neue, junge Generation an der parteipolitischen Spitze, repräsentiert durch den neuen BSP-Parteivorsitzenden, Sergej Stanishev.

¹⁵¹ Vgl. <http://npibg.com/cipi/ProgramnotoRazvitie.pdf>. S. 335 (Stand: 02.10.2014).

¹⁵² Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 196.

¹⁵³ Vgl. ebd. S. 202.

4.4.1.3 Politisch-ideologischer Inhalt

Die politisch-ideologische Ausrichtung der BSP ist stark durch das ideologische kommunistische Erbe der BKP geprägt. Die Verwandlung der BKP in eine sozialdemokratische Partei nach 1989 zeichnet sich durch die Ablehnung des Marxismus-Leninismus und durch die Übernahme der Werte der europäischen sozialdemokratischen Parteien aus. Laut Karasimeonov ist die BSP bis zu ihrer endgültigen Sozialdemokratisierung im Jahre 2002 ideologisch von drei Haupttendenzen beeinflusst: der sozialdemokratischen Tendenz, die bereits im Jahr 1990 vertreten wird, der zentristischen Ausrichtung, welche die Werte des linken Sozialismus und des Marxismus mit Elementen der Sozialdemokratie vereint, und der neokommunistischen Tendenz, die auf dem Marxismus und Leninismus beruht und die Schwachstellen des Sozialismus hervorhebt.¹⁵⁴

Die Einstellung der BSP bezüglich ihrer politischen Vergangenheit während des realen Sozialismus bleibt allerdings unklar, nicht zuletzt aufgrund der Sentimentalität hinsichtlich vergangener Zeiten, die große Teile der sozialen Basis der BSP empfinden. Somit werden die dokumentierten Absichten der Partei für den Wandel zum demokratischen Sozialismus in Frage gestellt.

Bei dem 41. Kongress der Partei im Jahr 1994 wird ein neues Programm zur Annäherung der BSP an die Inhalte und Werte der gegenwärtigen Sozialdemokratie verabschiedet. Dieses neue Programm stellt einen Meilenstein in der Verwandlung der BSP in eine demokratische Partei innerhalb einer parlamentarischen Demokratie dar und sieht sich in der festen Positionierung im linken politischen Raum.¹⁵⁵

Die politische Ausrichtung der BSP nach 1989 wird von dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft und von der euroatlantischen Orientierung gelenkt. Die Garantie der Bürgerrechte, die Verstärkung der Regulierungsfunktion des Staates und die

¹⁵⁴ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 188.

¹⁵⁵ Vgl. <http://npibg.com/cipi/ProgramnotoRazvitie.pdf>. S. 99-103 (Stand: 02.10.2014).

Transparenz im Staatsapparat zählen zu den wesentlichsten Parteizielen.¹⁵⁶ Die sozialen Aspekte des politischen Kurses werden durch Forderungen für eine aktive Teilnahme des Staates bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei der Unterstützung der sozial Benachteiligten und bei der medizinischen Versorgung geäußert.

Seit dem Ende des Regierungsmandats von Ghan Videnov im Jahr 1996 hat die BSP aufgrund ihrer oppositionellen Positionierung kaum Gelegenheit gehabt, diese politischen Ziele in die Tat umzusetzen. Erst im Jahr 2005 und im Rahmen der Koalition mit NBSII und BRP konnte die BSP erneut an die Regierungsmacht gelangen und mit Hilfe des Ministerpräsidenten Sergej Stanishev versuchen, die politische Realität neu zu gestalten.

4.4.2 Union der Demokratischen Kräfte (UDK)

4.4.2.1 Parteiengeschichte

Die Union der Demokratischen Kräfte (UDK) hat eine tragende Rolle im bulgarischen Transformationsprozess gespielt. Die UDK ist nach 1989 die antikommunistische Wahlalternative zu BSP und die beiden Parteien prägen das erste bulgarische Parteiensystem nach 1989. Die UDK ist auch die Partei, die nach 1997 die umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Reformen für die weitere Legitimation der Demokratie in Bulgarien vorantreibt.

Die UDK wird am 7. Dezember 1989 in der Form einer antikommunistischen Opposition gegründet. Zu den Gründern zählen zehn politische Organisationen – eine Reihe von politischen Vereinen, Parteien und Verbänden. Bis Ende Januar 1990 schließen sich weitere fünf politische Organisationen der UDK an. Laut Georgi

¹⁵⁶ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 193.

Karasimeonov kann die Entwicklung der Koalition bis zum Jahr 2005 in fünf Phasen eingeteilt werden.¹⁵⁷

Die erste Phase, von Dezember 1989 bis Juni 1990, ist von der Konsolidierung und Legitimation der UDK geprägt. Offiziell anerkannt wird die Koalition durch das Einverständnis der ehemaligen Sozialisten, die UDK an dem Runden Tisch als Verhandlungspartner zu akzeptieren.¹⁵⁸ Gerade die an dem Runden Tisch getroffenen Entscheidungen schaffen die Grundlagen für den Parteilpluralismus und leiten die ersten freien demokratischen Wahlen in Bulgarien ein. Nach den Regierungswahlen fungiert die UDK nicht nur als zweitstärkste parlamentarische Gruppe, sondern auch als die einzige große antikommunistische oppositionelle politische Organisation.

Die zweite Phase, von Juni 1990 bis Oktober 1991, ist von der Besetzung von Führungspositionen in den staatlichen Institutionen (das UDK-Mitglied Schelju Schelew wird zum Staatspräsidenten gewählt) und von der ideologischen Radikalisierung gegenüber der BSP gekennzeichnet. Auch kommt es bereits in dieser zweiten Phase zu einer ersten Zersplitterung der UDK: der UDK-Bewegung (die Radikalen), des UDK-Zentrums, den UDK-Liberalen und der BBVB-NP.

In der dritten Phase, 1991-1992, gewinnt die UDK die parlamentarischen Wahlen zur 36. Nationalversammlung und der Parteivorsitzende der UDK, Filip Dimitrow, wird zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Regierungszeit von Dimitrow ist für die sogenannte „Dekomunizacija“, die Entlassung von ehemaligen Kommunisten im Bereich der staatlichen Administration und für die Reformen zur Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse, die sogenannte „Restitucija“¹⁵⁹, bekannt. Der Führungsstil von Dimitrow hat eine Reihe von Konflikten zur Folge: Der Staatspräsident Schelju

¹⁵⁷ Vgl. <http://www.sds.bg/articles/7722-chestvame-25-godini-sayuz-na-demokratichnite-sili> (Stand: 07.12.2014).

¹⁵⁸ Vgl. Weiss, Robert/Heinrich, Manfred: *Der Runde Tisch, Konkursverwalter des „realen“ Sozialismus: Analyse und Vergleich des Wirkens Runder Tische in Europa*. Ausgabe 4. Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und internationale Studien 1991. S. 5.

¹⁵⁹ Vgl. Veremis, Thanos/ Daianu, Daniel: *Balkan reconstruction*. New York 2013. S. 145.

Schelew und Filip Dimitrow tragen ihre politische und ideologische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit aus und auch die BRF distanziert sich zunehmend von den politischen Handlungen des Premierministers. Unter diesen Umständen stellt Dimitrow im Oktober 1992 die Vertrauensfrage im Parlament, worauf er die Abstimmung verliert. Anschließend wird auf Vorschlag des Staatspräsidenten Schelew und mit der Unterstützung der parlamentarischen Gruppen Ljuben Berov für den Ministerpräsidentenposten vorgeschlagen.¹⁶⁰ Am 30. Dezember 1992 wird Ljuben Berov auch der offizielle Nachfolger von Dimitrow im Ministerpräsidentenamt.¹⁶¹

Die vierte Phase, 1993-1997, ist von Konflikten innerhalb der Koalition aufgrund der mittlerweile oppositionellen Rolle der UDK im Parlament und angesichts der weiteren internen Kämpfe, die zu einer Zersplitterung geführt haben, geprägt. Die größte Niederlage für die UDK stellen allerdings die Parlamentswahlen von 1994 dar, bei denen die Koalition mit einem enttäuschenden Wahlergebnis überwiegend aufgrund ihrer radikalen politischen Ausrichtung konfrontiert wird.¹⁶² Am 28. Dezember 1994 überlässt Dimitrow das Amt des UDK-Parteivorsitzenden dem Ökonomen Iwan Kostov.¹⁶³ Mit dieser Handlung kündigt sich eine neue Tendenz in der Geschichte der Koalition an, eine Umstrukturierung der UDK in eine politische Partei steht an und eine jüngere Generation etabliert sich an der Parteispitze. Bei der neunten nationalen Konferenz der UDK am 15. und 16. Februar 1996 wird die Verwandlung der Koalition in eine politische Partei mit homogener Struktur endgültig besiegelt.¹⁶⁴ Dabei bekommen die bisherigen Koalitionspartner die Möglichkeit, als kooperierende Parteien und als Kollektivmitglieder der UDK weiter zu agieren. Mit Iwan Kostov an der Spitze gewinnt die neugegründete Partei in der Koalition ODS im Jahr 1997 die Regierungswahlen und erlangt somit die absolute Mehrheit im Parlament.

¹⁶⁰ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 136-137.

¹⁶¹ Vgl. Spasov, Methodi: *Die Geschichte der UDK. 1993-1997*. [Istorijata na SDS. 1993-1997]. Sofia 2004. S. 12.

¹⁶² Vgl. ebd. S. 153.

¹⁶³ Vgl. ebd. S. 177.

¹⁶⁴ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK*. S. 201-202.

Die fünfte Phase in der Entwicklung der UDK gilt der Etablierung der Partei in dem neuen politischen System Bulgariens. Die Parteistrukturierung und die gleichzeitige Regierungsübernahme sorgen dafür, dass Führungspositionen im administrativen Staatsapparat aufgrund der Parteizugehörigkeit vergeben werden – dieses korrupte Vorgehen wird Iwan Kostov und seinem Kabinett im Laufe des Mandats zum Verhängnis.¹⁶⁵

Die Hauptanliegen der Regierung umfassen die wirtschaftliche Stabilisierung durch die Einführung eines Währungsrates und die Bindung der bulgarischen Währung an die Deutsche Mark und auch die Beschleunigung der Privatisierung von Staatsbetrieben sowie die Durchführung von Reformen im sozialen Bereich.¹⁶⁶ In der Außenpolitik bleibt die Aufnahme in die NATO und in die EU das wichtigste Ziel.

Bei den parlamentarischen Wahlen im Jahr 2001 erlebt die UDK eine große Wahlniederlage und erzielt nur 18 % der Wählerstimmen¹⁶⁷, worauf sich Iwan Kostov seiner Amtspflicht als Parteivorsitzender entbindet und Ekaterina Mihaylova seinen Platz einnimmt. In der neuen Regierung der NBS II. und BRF agiert die UDK als oppositionelle politische Kraft. Aufgrund dieser Änderungen setzt sich die Partei während ihrer 13. Nationalen Konferenz (9.-10. März 2002) mit der eigenen ideologisch-politischen Ausrichtung auseinander und arbeitet an einer Strategie zur Erneuerung des Parteiimages.¹⁶⁸ Im Laufe der Konferenz werden viele Vorstandsmitglieder ausgewechselt und Nadeghda Mihaylova wird als neue Parteivorsitzende gewählt.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 erzielt die UDK in der Koalition ODS ihr bis dato schlechtestes Wahlergebnis und muss sich somit vom Image der führenden rechten antikommunistischen Partei verabschieden.

¹⁶⁵ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 139.

¹⁶⁶ Vgl. Heydemann, Günther/Vodicka, Karel: *Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich*. Göttingen 2013. S. 301.

¹⁶⁷ Vgl. <http://www.osce.org/odihr/elections/bulgaria/16029?download=true> (Stand: 05.10.2014).

¹⁶⁸ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 140.

4.4.2.2 Organisationsstruktur

Die strukturelle Transformation der UDK von einer Koalition zu einer Partei im Jahr 1997 ist von einer Vielzahl an internen Konflikten, Zersplitterungen und organisatorischen Änderungen begleitet. Bei der 13. Nationalen Konferenz der UDK im März 2002 wird die Grundstruktur der inneren Ordnung in der neuen Satzung der Partei niedergelegt. Zu den Kernpunkten der Satzung zählt die Definition der UDK als eine Volkspartei. Der Begriff „Volkspartei“ betont das Ziel der UDK, alle Frauen und Männer jeglicher Alters- und Berufsgruppen zu vereinen und einen politischen Kurs zu verfolgen, der allen Bulgaren dienen soll.¹⁶⁹ Das neue Statut verwandelt die UDK in eine politische Partei und ermöglicht ihr eine stabile Organisationsentwicklung. Laut der neuen Satzung ist die UDK bemüht, die Elemente einer Wählerpartei mit den Elementen einer dezentralisierten elektoralen Partei zu vereinen.¹⁷⁰

4.4.2.3 Politisch-ideologischer Inhalt

Die politisch-ideologische Entwicklung der UDK kann in zwei Etappen eingeteilt werden – bis und nach 1997, als sich die UDK von einer Koalition in eine Partei umstrukturiert.¹⁷¹

In der ersten Periode stellt die politische Ausrichtung der Koalition eine Bündelung der Interessen der an der Koalition beteiligten Parteien dar, wobei der Antikommunismus als gemeinsamer Nenner gilt.

Die ideologischen Werte und politischen Prinzipien der UDK sind bis 1997 den Wahlkampfprogrammen zu entnehmen. Nach 1997 schließt sich die UDK der EVP an und weist eine konservativ-bürgerliche Orientierung auf, wobei auch die Vertretung von konservativen, liberalen und sozialen Ideen hervorgehoben wird. Zu den wichtigsten politischen Werten für die Partei UDK zählen unter anderem die Personenfreiheit, die

¹⁶⁹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 155.

¹⁷⁰ Vgl. ebd. S. 156.

¹⁷¹ Vgl. ebd. S. 141.

politische Demokratie, die soziale Marktwirtschaft und der friedliche politische Wettbewerb.¹⁷² Die Freiheit steht für die UDK als ein grundlegendes Menschenrecht an erster Stelle, die Gerechtigkeit und die Solidarität tragen zu der Etablierung einer Gemeinschaft bei, in der alle Bürger gleich und bereit sind, sich umeinander zu kümmern. Die auf liberal-demokratischen Prinzipien beruhende politische Demokratie ist für die UDK das einzige politische System, das mittels des Gesellschaftsvertrags und der Gesetze die Rechte und Freiheiten der Bürger anerkennt und garantiert:

„[...] единствената политическа система, която признава и гарантира чрез обществения договор и законите правата и свободите на гражданите“.¹⁷³

Die soziale Marktwirtschaft zählt von Anfang an zu den Hauptwerten der UDK; die Partei spricht sich für eine Marktwirtschaft aus, die auf den Grundlagen des Privateigentums, der Wettbewerbsfähigkeit und der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Absicherung sowie des Umweltschutzes basiert.¹⁷⁴

Bezüglich ihres politischen Kurses ist die UDK gleichzeitig eine oppositionelle Partei und eine Regierungspartei. Die Tätigkeit als Regierungspartei versetzt die UDK in eine Machtposition und definiert in höchstem Maße auch ihre politische Ausrichtung. In der für diese Dissertation definierten Untersuchungsperiode – von 1989 bis 2005 – agiert die UDK zweimal als Regierungspartei: 1991 bis 1992 unter Filip Dimitrow und 1997 bis 2001 unter Iwan Kostov.

Während der Regierungszeit des Kabinetts von Dimitrow besteht der politische Kurs in der Veranlassung von wirtschaftlichen Reformen, in der Umstrukturierung der politischen und administrativen Institutionen und in der Neugestaltung der Außenpolitik.

Die Regierungsperiode 1997-2001 ist hauptsächlich durch die Umstrukturierung der UDK in eine Partei und durch die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise

¹⁷² Vgl. <http://www.sds.bg/about/aims-and-priorities> (Stand: 10.10.2014).

¹⁷³ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 146.

¹⁷⁴ Vgl. <http://www.UDK.bg/statute-of-UDK> (Stand: 10.10.2014).

gekennzeichnet. Im sozialen Bereich werden drastische Reformen durchgeführt, die das Gesundheitswesen sowie das Sozial- und Rentenversicherungssystem der Marktwirtschaft anpassen. Allerdings führen diese grundlegenden Neuerungen in der sozio-ökonomischen Sphäre zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Ungleichheit, zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit und zu einer allgemeinen sozialen Unsicherheit.

In demokratischen Ländern ist die soziale Wählerbasis (Wähler, Parteimitglieder, Aktivisten) für den Einfluss der politischen Parteien auf die Gesellschaft entscheidend – sie ermöglicht den Parteien die Teilnahme am politischen Prozess und an der Regierung.¹⁷⁵

Die soziale Wählerbasis der UDK ist von Anfang an von einer dynamischen Fluktuation geprägt, nicht zuletzt aufgrund der turbulenten Transformation des politischen Systems nach 1989. Die umgehend nach der Wende gegründete UDK entwickelt sich zu einer eher stabilen politischen Partei mit einem harten Kern von Partei-Identifizierern und mit einer breiten Unterstützung durch Wechselwähler, welche zusammen der UDK zum überzeugendsten Wahlsieg in der eigenen Partei- bzw. Koalitionsgeschichte im Jahr 1997 verhelfen.¹⁷⁶ Im Gegensatz dazu fallen die Wahlergebnisse im Jahr 2001 und im Jahr 2005 ernüchternd aus, die Partei erlebt ihre größten Wahniederlagen. Die schlechten Wahlergebnisse zeugen unter anderem von großen Änderungen in der sozialen Wählerbasis und deuten darauf hin, dass der politische Einfluss der UDK auf die Gesellschaft von unberechenbarer Natur ist. Die Abstimmungsergebnisse spiegeln die unbeständige Sozialstruktur und die Schwankungen des sozialen Status der bulgarischen Wählerschaft wider.

Nach den Wahlen im Jahr 2001 kann die UDK aufgrund der steigenden Anzahl an neuen Parteien die eigene Monopolstellung im rechten politischen Raum nicht mehr halten. Vor allem bei den Wahlen im Jahr 2005 tragen die Fragmentierung des rechten

¹⁷⁵ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 156.

¹⁷⁶ Vgl. Eckert, Florian: *Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa*. Wiesbaden 2008. S. 99.

politischen Raumes und der Zerfall der UDK zum Verlust der Wählerunterstützung in allen sozialen Gruppen bei.

Erst nach der Etablierung als politische Partei im Jahr 1997 ist es der UDK möglich, um eigene Parteimitglieder zu werben. Somit werden im Jahr 2001 rund 60.000 UDK-Mitglieder gezählt.¹⁷⁷ In dem Statut der Partei wird festgehalten, dass die UDK-Parteimitglieder den Hauptbestandteil der Organisationsstruktur der Partei darstellen, obwohl auch weitere Diskussionen über die optimale Zusammensetzung der Mitgliedschaft stattfinden: So wird vorgeschlagen, dass die Parteimitglieder nur 1 % des Elektorates betragen, so dass eine größere Orientierung an das Stimmvolk und somit eine Annäherung an elektorale Parteien erzielt wird.

Nach den Wahlen in den Jahren 2001 und 2005 sinken die Parteimitgliedschaftszahlen aufgrund der langandauernden oppositionellen Rolle der UDK im Parlament und aufgrund der inneren Zersplitterung der Partei drastisch.¹⁷⁸

In der Außenpolitik ist Bulgarien Europa, im Speziellen der EU, zugewendet, was sich in der Einladung des Landes für eine Mitgliedschaft in der EU und dem Beginn der Verhandlungen mit der Europäischen Kommission widerspiegelt. Der außenpolitische Regierungskurs ist allerdings auch international ausgerichtet. Die Bestätigung hierfür ist die enge Kooperation mit der NATO im Kosovo-Konflikt und die Aufnahme Bulgariens in die NATO.

¹⁷⁷ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 162.

¹⁷⁸ Vgl. Panov, Asparuh.: *UDK und NBSII. Die Helden und die Opfer der Transformation*. [SDS i NDSV. *Geroite i ghertvite na prehoda*]. Sofia 2009. S. 88-93.

4.4.3 Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF)

4.4.3.1 Parteiengeschichte

Die „Bewegung für Rechte und Freiheit“ (BRF) stellt ein sehr spezifisches politisches Bündnis in der bulgarischen Parteienlandschaft dar. Die BRF wurde am 4. Januar 1990 von Ahmed Dogan ins Leben gerufen, der seitdem auch ihr Parteivorsitzender ist.¹⁷⁹ Die Partei hat keine langjährigen politischen Traditionen aufzuweisen. Sie erschien nach der Legitimierung der Demokratie auf der politischen Bildfläche in Bulgarien, wo sie seitdem auch als politische Vertretung der etwa 9,5 % der Bevölkerung umfassenden ethnischen Minderheit der Türken agiert.¹⁸⁰ Zur Gründung der BRF hat überwiegend die antihumane Politik des kommunistischen Regimes gegenüber der türkischen Minderheit Ende der 1980er Jahre geführt.¹⁸¹ Nach der politischen Wende versuchte die BRF, sich als Partei des ganzen bulgarischen Volkes zu etablieren.¹⁸² Ihr Wunsch war es, nicht nur als die Partei der Türken, sondern als gleichwertige Partei im Parlament akzeptiert zu werden. Allerdings wird sie bis heute mit Vorwürfen konfrontiert, eine rein ethnische Partei mit radikalen und separatistischen Interessen zu sein. Seit 1991 ist es ihr gelungen, zu einer festen und signifikanten politischen Größe zu werden, die in die wichtigsten bulgarischen Institutionen integriert ist und ohne die kaum noch eine Regierung gebildet werden und im Amt bleiben kann. Seit 2002 ist die

¹⁷⁹ Vgl. Hatschikjan, Margaditsch A.: *Bulgarien*. In: Hatschikjan, Margaditsch, A./Weilemann, Peter R. (Hrsg.): *Parteienlandschaft in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien 1989-1992*. Paderborn u. a. 1994. S. 127-170.

¹⁸⁰ Vgl. Gjuselev, Bojan: *Die Minderheiten in Bulgarien unter Berücksichtigung der letzten Volkszählung vom Dezember 1992*. In: *Südosteuropa*, 6-7/1994. S. 361-373.

¹⁸¹ Vgl. Brahm, Heinz: *Fiasko und Neubeginn in Bulgarien*. In: *Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Jahrbuch 1996/97)*. München 1997. S. 175-188.

¹⁸² Vgl. Höpken, Wolfgang: *Zwischen Kulturkonflikt und Repression. Die türkische Minderheit in Bulgarien 1944-1991*. In: Heuberger, Valeria (Hrsg.): *Nationen, Nationalitäten, Minderheiten*. Band 22 der Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts. Wien 1994. S. 179-202.

BRF Mitglied der Europäischen Liberalen Demokratischen Reformpartei (ELDR) und versteht sich selbst als eine zentristische Partei.

Der Höhepunkt in der politischen Entwicklung der BRF ist bis dato ihre erstmalige Teilnahme an der Regierung als Koalitionspartner der NBS II. nach den Wahlen 2001. In der Regierung von Simeon Saksoburggotski bezieht die BRF zwei Ministerposten und bekommt die Möglichkeit, sich in den Strukturen der machtausübenden Gewalt zu etablieren. Bis 2005 weist die Partei gleichbleibende stabile Ergebnisse um die sieben Prozent der Wählerstimmen und 20 der 240 Sitze auf und stellt somit die drittgrößte Fraktion im Parlament.¹⁸³

Nach den Parlamentswahlen 2005 hat die BRF ihren Platz im politischen System noch stärker gefestigt, indem sie zum wiederholten Mal an der Regierungskoalition zusammen mit der BSP und der Nationalen Bewegung Simeon II. teilnahm.

4.4.3.2 Organisationsstruktur

Die BRF hat eine stark zentralisierte Struktur.¹⁸⁴ Das mag auch daran liegen, dass sie von Anfang an von der dominanten politischen Führungsfigur ihres Parteivorsitzenden Ahmed Dogan geprägt ist. Die starke Stellung der BRF ist allein auf Ahmed Dogan zurückzuführen – er hat nicht nur die Gründung der Partei initiiert, sondern es auch geschafft, in all den Jahren an ihrer Spitze zu bleiben. Im politischen Leben ist er nicht zuletzt deswegen umstritten, weil er sowohl mit dem bulgarischen als auch mit dem türkischen Geheimdienst in Verbindung gebracht wird.¹⁸⁵ Ihm wird auch der Vorwurf der Korruption und der mangelnden Vertretung der Interessen seiner Wähler (die ihn dennoch immer wieder wählen) zugunsten persönlicher Bereicherung gemacht.

¹⁸³ Vgl. Autengruber: *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien*. S. 137-166.

¹⁸⁴ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 211-221.

¹⁸⁵ Vgl. Tzankoff, Michaela: *Der Transformationsprozess in Bulgarien und die Entwicklung der postsozialistischen Medienlandschaft (Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik)*. Münster 2002. S. 125-130.

Die innerparteiliche Ordnung verleiht dem Parteivorsitzenden bedeutende Schlüsselkompetenzen, die es ihm ermöglichen, den politischen Kurs der Partei und ihr Führungskollektiv zu bestimmen.¹⁸⁶ Der Parteivorsitzende ist auch Leiter des zentralen Komitees der Partei. Er selbst wickelt die Kommunikation mit den Organen der Staatsgewalt und den anderen Institutionen ab, wobei er jederzeit nach eigener Einschätzung diese Rechte anderen übertragen kann. Er wählt eigenständig die Kandidaten für die Landesvertretung aus und gestaltet die Struktur der zentralen operativen Leitung der Partei.¹⁸⁷

Die Zentralisierung der Partei wird vor allem in der Festlegung des Mitgliedschaftsstatuts und in den Bestimmungen über die Entlassung von Parteimitgliedern sichtbar. Letztere sind sehr umfangreich und umfassen Richtlinien, die aufgrund unklarer Formulierungen nach Beliebigkeit unterschiedlich ausgelegt werden können.

Aus der unumstrittenen Autorität und Dominanz Ahmed Dogans bei der Entstehung und Durchsetzung der BRF als gleichwertige politische Partei entspringt die Frage nach der Kontinuität der Führungsebene in der Partei nach einem eventuellen Ausstieg oder Wechsel des Parteiführers. Bis jetzt haben die innerparteilichen Konflikte den Austritt von wichtigen Mitgliedern und die weitere Festigung der Position Ahmed Dogans verursacht. Die geschichtliche Erfahrung mit ähnlichen zentralistisch organisierten Parteien, die stark an ihrer Führungsfigur orientiert sind, lässt einen sich als schwierig gestaltenden Übergang von der führenden Person zu ihrem Nachfolger erwarten.

Im Unterschied zu den anderen Parteien ist die Wählerschaft der BRF stark regional konzentriert (vor allem im Südwesten und Nordwesten Bulgariens).¹⁸⁸ Das liegt an dem dortigen hohen prozentualen Anteil von Türken und Pomaken¹⁸⁹. Demzufolge besteht die Wählerschaft der BRF überwiegend aus Repräsentanten der türkischen Minderheit und aus sozial schwachen und schlecht ausgebildeten Bürgern. Das spricht für ein

¹⁸⁶ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 216-217.

¹⁸⁷ Vgl. ebd.

¹⁸⁸ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 218-219.

¹⁸⁹ Ethnische Bulgaren islamischen Glaubens mit bulgarischer Muttersprache.

Parteienmodell, in dem der ausgebildeten Führungsschicht von der bereitwilligen Wählerschaft gefolgt wird.

Die Lösung der demografischen und sozialwirtschaftlichen Probleme der türkischen Bevölkerung ebenso wie die Bewahrung und Integration von deren religiöser Zugehörigkeit stellen die BRF vor große Herausforderungen. Als politischer Repräsentant der größten ethnischen Minderheit in Bulgarien ist die BRF für die Stabilität und den ethnischen Frieden in einer Region mit einem beträchtlichen Erbe auf dem Gebiet der ethnischen Beziehungen verantwortlich.

4.4.3.3 Politisch-ideologischer Inhalt

Obwohl die BRF ihrer sozialen Basis nach eine vorwiegend ethnische Partei ist, versucht sie intensiv, sich als eine gemeinsame nationale Partei mit einem liberal-demokratischen Programm zu etablieren. Sie definiert sich selbst als eine zentristische Partei mit der Bereitschaft zur Kooperation mit anderen zentristischen sowie links- oder rechtszentristischen Bündnissen.¹⁹⁰

Das Parteiprogramm der BRF bleibt in den meisten Punkten vage und gibt eher Leitlinien als Umsetzungsvorschläge und konkrete Empfehlungen an. Aus diesem Grund wird nicht zu Unrecht die Kritik laut, dass es der BRF an einer klaren Ideologie mangelt. Dennoch lassen sich einige parteispezifische Ziele ablesen. Die BRF definiert sich als eine unabhängige gesellschaftspolitische Organisation, deren Gründungsziel der Gleichheit und Prosperität der bulgarischen Bürger dient, indem die Rechte und Freiheiten aller ethnischen und religiös-kulturellen Gemeinschaften in Bulgarien in Übereinstimmung mit der Bulgarischen Verfassung und allen existierenden internationalen vertraglichen Vereinbarungen beachtet werden.

Die Freiheit, zusammen mit ihren politischen, wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Dimensionen, reiht sich an erster Stelle im Wertesystem der BRF ein.

¹⁹⁰ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 215.

Das oberste Prinzip beruht auf der Basis der freien Wahl für die nationale, ethnische, sprachliche, kulturelle und religiöse Zugehörigkeit.

Auch die Demokratie hat eine beträchtliche Bedeutung im Wertesystem der Partei.¹⁹¹ In ihrer Politik setzt die BRF auf Prioritäten, welche die Kooperation und Zusicherung der Rechte und Freiheiten aller kulturellen Gruppen garantieren und religiöse Diskriminierung ausschließen.

Innenpolitisch macht sich die BRF für ein nachhaltiges Wachstum und eine stabile Wirtschaft stark, wenngleich ihrer Ansicht nach die meisten Bemühungen im Bereich der Landwirtschaft getätigt werden sollten. Die aus dem EU-Beitritt resultierenden finanziellen Unterstützungen sollten hauptsächlich in den wachsenden Markt der ökologischen Landwirtschaft investiert werden, auf dem Bulgarien heute schon gut vertreten ist. Das Erreichen eines höheren Lebensstandards wird hierzu ebenso großgeschrieben, nicht zuletzt, weil die ethnischen Türken als Verlierer der Transformationsphase gelten.

Die BRF setzt sich für eine durch Verbesserungsmaßnahmen effektivere Sozialpolitik ein.¹⁹² Diese soll nicht nur durch Umverteilungsmaßnahmen, sondern hauptsächlich durch die Ankurbelung der Wirtschaft und eine daraus resultierende Sicherung der Beschäftigung, kombiniert mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, verwirklicht werden. Demzufolge kommt Wirtschaftsförderung für die BRF vor Sozialpolitik.¹⁹³ Allerdings fehlt es auch hierzu an konkreten Handlungs- und Implementierungsstrategien. Diese Tatsache könnte auch erklären, wieso es der BRF bislang trotz Regierungsbeteiligungen nicht gelungen ist, die soziale Lage der Türken in Bulgarien entscheidend zu verbessern.

Die ideologische Ausrichtung der BRF umfasst die signifikantesten liberalen Werte für die Achtung der Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit und die Aufrechterhaltung

¹⁹¹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 211-221.

¹⁹² Vgl. ebd.

¹⁹³ Vgl. ebd.

und Unterstützung der Minderheiten, beruhend auf den europäischen Prinzipien für das Funktionieren der staatlichen Gesellschaft.¹⁹⁴

Der Orientierung am liberalen Wertesystem zufolge wird in Bulgarien einem Modell für Toleranz nachgegangen. In diesem Modell geht es sowohl um die Bewahrung der Prinzipien für die Integration der Minderheiten in allen Sphären des sozialen, ökonomischen und kulturellen Lebens als auch um die Erhaltung und Weiterentwicklung von deren religiöser Identität.

Abgesehen von dem unumstrittenen politischen Talent ihres Parteiführers Dogan beruht die Macht der BRF im Besonderen auf der vielzähligen Unterstützung der islamischen Wähler. Dazu zählen die bulgarischen Türken in Bulgarien und in der Türkei, sowie die Pomaken und die Roma, die der islamischen Religion angehören.¹⁹⁵ Da die Zusammenstellung einer einheitlichen Roma-Partei aus organisatorischen Gründen unwahrscheinlich ist, was aber eine Voraussetzung für die Überwindung der 4%-Hürde nach dem Wahlgesetz und für den Einzug ins Parlament ist, wählen die meisten Roma zugunsten der BRF.

Bei den ersten Parlamentswahlen nach Beginn der Verhandlungen für den EU-Beitritt Bulgariens im Juni 2001 überwand die BRF mit 7,45 % die 4%-Hürde bei einer Wahlbeteiligung von exakt 67 % und zog somit mit 21 Sitzen als vierte Kraft noch einmal ins Parlament ein.¹⁹⁶

Im Vergleich dazu hat das Wahlbündnis vier Jahre später, bei den Parlamentswahlen 2005, sein Ergebnis fast verdoppelt, indem es 13,7 % der Stimmen und 34 der 240 Parlamentsplätze erzielte, und das alles bei einer Wahlbeteiligung von 54,28 %, welche

¹⁹⁴ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 218-219.

¹⁹⁵ Vgl. ebd..

¹⁹⁶ Vgl. Riedel, Sabine: *Die bulgarischen Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001. Mit dem Ex-Zaren aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise?* In SWP-Aktuell 12 (Stiftung Wissenschaft und Politik), Juli 2001. Im Internet: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=489 (Stand: 08.10.2010).

als die schlechteste seit der Wende gilt.¹⁹⁷ Die Regierung wurde, dem Anteil der Koalitionspartner (BSP, NBSII und BRF) an Parlamentssitzen entsprechend, nach der Formel 8:5:3 gebildet.¹⁹⁸ Somit ist dies das beste Wahlergebnis, das die BRF je erwirkt hat. Dieser Erfolg wurde in der Öffentlichkeit zum Teil als eine Bestätigung dafür angesehen, dass der Partei der Übergang von einem ethnischen Bündnis zu einer liberalen Partei des ganzen Volkes gelungen ist. Allerdings wurde der BRF ebenso Wahlbetrug unterstellt – der Parteivorsitzende Dogan soll Exilbulgaren, die nicht als Wähler registriert waren, nach Bulgarien zum Wählen gebracht haben.

Die Partei ist in der Vergangenheit mit zahlreichen Vorwürfen konfrontiert worden und hat viele Krisen überstanden. Jedoch zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass sie einem potentiellen existenziellen Problem gegenübersteht - die feste Wählerbasis, repräsentiert von den bulgarischen Türken, hat angefangen zu bröckeln. Es besteht die zunehmende Tendenz, dass vor allem die Aussiedler Dogan nicht mehr als Führer haben wollen. Doch diese Tatsache allein wäre nicht Grund genug zur Beunruhigung, wäre nicht zusätzlich ein neues Phänomen im bulgarischen Parteiensystem da: Immer mehr bulgarische Parteien haben begonnen, sich für diese unzufriedene Gruppe der bulgarischen Türken zu interessieren, und versuchen, sie für sich zu gewinnen.

Auf Grund dessen sollte sich die BRF noch stärker engagieren und anstrengen, so dass ihr wichtigster Trumpf, die ethnische Wählerbasis, ihr erhalten bleibt.

Ein überwiegender Teil der Reformbemühungen von BRF widmet sich ausschließlich dem Vorantreiben der europäischen Integration.¹⁹⁹ Auch die Betätigung der Partei in der Regierungskoalition soll dies bezwecken. Nach Ansicht der BRF setzt der Integrationsprozess vor allem die Anpassungsfähigkeit der bulgarischen Bevölkerung an die neuen Herausforderungen voraus – individuelle Verantwortung steht vor

¹⁹⁷ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 148-149.

¹⁹⁸ Vgl. <http://www.msoe.fnst.org/Zwei-liberale-Parteien-in-der-neuen-bulgarischen-Regierung/1097c12304i1p154/index.html> (Stand: 01.11.2013).

¹⁹⁹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 211-221.

staatlicher Politik.²⁰⁰ Aus diesem Grund sollen sich alle Bemühungen in erster Linie nach dem einzelnen Bürger richten, so dass das ganze Land imstande ist, den europäischen Integrationsprozess erfolgreich zu absolvieren.

Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft stellte für die BRF eine der erfreulichsten Perspektiven für das Land dar. Der ausgesprochen europafreundlichen Einstellung der Partei liegt zugrunde, dass die BRF sich von der EU-Mitgliedschaft an erster Stelle eine bessere, „europäische“ Lebensqualität erhofft hat.

4.4.4 Nationale Bewegung Simeon II. (NBSII)

4.4.4.1 Parteiengeschichte

Die Nationale Bewegung Simeon II. (NBSII) wurde im April 2001 von dem ehemaligen bulgarischen Monarchen Simeon Sakschoburggotski ins Leben gerufen, nur zehn Wochen vor den bulgarischen Parlamentswahlen.²⁰¹ Wenige Tage später wurde diese auch beim Sofioter Amtsgericht registriert. Jedoch wurde der Antrag auf Zulassung aufgrund eines Fehlers abgelehnt.²⁰² Daraufhin griff Simeon II. auf das Angebot zweier bereits registrierter Parteien zurück, ihre Organisationen für die Kandidatur der NBSII zu nutzen.²⁰³ Somit bekam die Bewegung Simeons kurz vor dem Ablauf der gesetzlichen Frist die endgültige Zulassung zu den Parlamentswahlen.

In der Wahlkampagne gab der ehemalige Zar der bulgarischen Bevölkerung das Versprechen, den Lebensstandard mittels Steuersenkungen und Erhöhung des Lohnniveaus

²⁰⁰ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 211-221.

²⁰¹ Vgl. Panov, Asparuh: *UDK und NBSII. Die Helden und die Opfer des Übergangs*. [SDS i NDSV. Geroite i ghertvite na prehoda]. Sofia 2009. S. 23.

²⁰² Vgl. Gruber, Josef: *Bulgarien im ersten Jahr der Regierung von Ex-König Simeon Sakschoburggotski*. In: KAS Auslandsinformationen Nr. 3/02. S. 57-71.

²⁰³ Vgl. Panov: *UDK und NBSII. Die Helden und die Opfer des Übergangs*. S. 63.

innerhalb von 800 Tagen zu erhöhen.²⁰⁴ In seiner Rede zur Nation sprach er von einer neuen Moral in der Politik und der Wirtschaft, von einer effizienten Politik, in der Korruption bekämpft werden müsse sowie Integrität und Ethik in allen Bereichen der Politik wieder eingeführt werden sollen.²⁰⁵ Nicht zuletzt aufgrund dieser Aussage, die das bulgarische Volk hoffen ließ, gewann die Bewegung Simeons die Parlamentswahlen mit dem sensationellen Wahlergebnis von 42,74 % der Stimmen. Mit 120 von 240 Sitzen zog Simeon ins Parlament ein und verfehlte somit die absolute Mehrheit um nur einen Platz.²⁰⁶ Die NBSII bildete zusammen mit der „Bewegung für Rechte und Freiheit“ (BRF), die Regierungskoalition. Wenige Wochen später wurde Simeon Sakskoburgotski auch Ministerpräsident Bulgariens. Die Umwandlung der Bewegung in eine politische Partei fand erst knapp zehn Monate später, im April 2002, statt.²⁰⁷

Das großspurige Wahlversprechen aus der Wahlkampagne war aufgrund der prekären Wirtschaftslage Bulgariens in der kurzen Zeitspanne von 800 Tagen unmöglich zu erfüllen. Der Lebensstandard konnte kaum erhöht werden, mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebte am Existenzminimum. So musste die Partei Simeons ziemlich bald zugeben, dass die geäußerten Versprechen unrealistisch sind, was für eine negative Resonanz in der Bevölkerung sorgte.²⁰⁸ Aufgrund dessen wurden die tatsächlichen Verdienste der neuen Regierung nicht gewürdigt, sogar komplett übersehen, wie unter anderem die Senkung der Arbeitslosenzahl und das durch die Liberalisierung der Wirtschaft angestiegene Wirtschaftswachstum. Abgesehen davon hat auch das internationale Ansehen Bulgariens von Simeons Persönlichkeit und Auftreten profitiert.

²⁰⁴ Vgl. Geier, Wolfgang: *Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten*. Wiesbaden 2001. S. 231.

²⁰⁵ Vgl. Kalinova, Evgenija/Baeva, Iskra: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. [Balgarskite prehodi 1939-2005]. Sofia 2006.S. 331-333.

²⁰⁶ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 148-149.

²⁰⁷ Vgl. ebd. S. 207.

²⁰⁸ Vgl. Riedel, Sabine: *Ex-Zar Simeon II. gescheitert? Überlegungen zu den Gestaltungsräumen der bulgarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Berlin 2002. S. 9-21.

Es kann ihm zugute gehalten werden, dass er den Eintritt in die NATO und ebenso den EU-Beitritt Bulgariens vorangebracht hat.²⁰⁹

Die Folgen der Unzufriedenheit des Volkes hat die NBS II. mit einem deutlichen Wählerschwund zu spüren bekommen. Des Weiteren haben auch innerparteiliche Differenzen dazu beigetragen, dass die Partei bei den Parlamentswahlen 2005 nicht an das vorangegangene Wahlergebnis anknüpfen konnte und auf eine Regierungsbeteiligung verzichten musste.

4.4.4.2 Organisationsstruktur

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist die NBSII eine populistische Bewegung, die auf das Charisma einer einzigen Führungsperson zugeschnitten ist, die zur richtigen Zeit, am richtigen Ort und auf die richtige Art und Weise einem enttäuschten Volk Hoffnung auf eine bessere Zukunft machte. Solche populistische Bewegungen gab es des Öfteren auch in der politischen Geschichte anderer Länder. Allerdings sind diese Erscheinungen überwiegend von kurzer Dauer, weil sie das Produkt einer spontan entstandenen Situation sind und anschließend rasch von der politischen Fläche verschwinden.²¹⁰

Während ihrer Zeit als Regierungspartei ist es der NBSII gelungen, politische Erfahrung zu sammeln und Teile ihres politischen Einflusses beizubehalten, was ihr, unter den gegebenen Umständen, zu einem relativ erfolgreichen Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen 2005 verholfen hat. In der Zwischenzeit hat ihre Führung den Prozess der Umwandlung von einer „Regierungspartei“ in eine „gewöhnliche“ parlamentarische, gesellschaftsorientierte Partei nach Kräften vorangetrieben.²¹¹

Nach dem Vereinsstatut der NBS II. beruht die Organisationsstruktur hauptsächlich auf den zentralen Organen der Partei:

²⁰⁹ Vgl. Panov, Asparuh: *UDK und NBSII. Die Helden und die Opfer des Übergangs*. S. 65.

²¹⁰ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 207.

²¹¹ Vgl. ebd.

- dem Parteikongress als oberstes Repräsentativorgan
- dem nationalen Rat als ständige Institution, die vom Kongress gewählt wird
- dem politischen Rat als ständig agierende Operativbehörde für die Führungsebene
- dem Parteivorsitzenden der NBS II.
- dem Kontrollrat²¹²

Die Verbindung zwischen der Zentrale und der Tätigkeit der NBSII außerhalb der Zentrale wird von Bezirkskoordinatoren ermöglicht, die vom politischen Rat eingesetzt werden. Deren Hauptaufgabe ist die Unterstützung der Organisation von Wahlkampagnen und die Kommunikation und Betreuung der Parteimitglieder.²¹³

Am Beispiel anderer Parteien hat die NBSII gleichzeitig die Errichtung von lokalen Strukturen angeordnet, so dass eine Mobilisierung der Wähler jederzeit unterstützt werden könnte.²¹⁴ Die Weiterentwicklung der Partei hängt überwiegend von der Haltbarkeit ihrer Beziehungen mit der bürgerlichen Gesellschaft ab, in der sie sich noch lange nicht etabliert hat. Aufgrund der raschen Gründung besitzt die Partei keinerlei Traditionen auf dem Gebiet der Struktur, des Inhalts und der Kommunikation. Der NBS II. steht ein langer Prozess der Vereinigung seiner Aktivisten unter gemeinsamen Werten und Prinzipien bevor, die zu einem einheitlichen politischen Auftreten führen sollen.

Aufgrund dessen, dass die NBSII die Parlamentswahlen 2005 relativ gut überstanden hat und von der politischen Bildfläche nicht verschwunden ist, bestehen Chancen dafür, dass es der Partei gelingt, einen dauerhaften Platz im bulgarischen Parteiensystem zu finden.

²¹² Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 208.

²¹³ Vgl. ebd.

²¹⁴ Vgl. ebd.

4.4.4.3 Politisch-ideologischer Inhalt

Nach eigenen Angaben positioniert sich die Partei Simeons im rechts-zentristischen politischen Raum.²¹⁵ Die Deklaration für die allgemeinen Werte der NBSII befasst sich hauptsächlich mit den Grundwerten und Prinzipien, welchen sich die Partei verschrieben hat. Den Charakter ihrer Partei und somit auch den ihres Programms bzw. ihrer Werte beschreiben sie als liberal, aber nicht elitär, national, aber keinesfalls nationalsozialistisch.²¹⁶ Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Toleranz, Gleichheit und Solidarität sind die Schlüsselbegriffe in ihrem Wertesystem.²¹⁷

Ihre politischen Ziele sind in ihrem Vereinsstatut niedergeschrieben. Sowohl in dem eigenen Vereinsstatut als auch in der oben genannten Deklaration wird die Unterstützung einer effektiven Marktwirtschaft und einer intakten Sozialpolitik betont.²¹⁸ Eines der Ziele ist es, Bulgarien in einen freien demokratischen Rechtsstaat mit sozialer Wohlfahrtspolitik umzuwandeln, der auf dem Prinzip der Subsidiarität beruht. Die Garantie der Grund- und Menschenrechte und die Einigkeit im Namen der nationalen Ideale genießen bei der NBSII höchste Priorität. Auch soll der Lebensstandard angehoben und ein besonderer Fokus auf die Belange von Kindern und Jugendlichen gesetzt werden.²¹⁹

Weitere Anliegen umfassen die Unantastbarkeit des privaten Eigentums sowie die Balance und effektive Vereinigung von konservativen, liberalen und sozialen Idealen. Als wichtigste politische Agenda bestimmt die Partei die Toleranz und den Konsensus auf allen Ebenen.

Eine weitere Zielsetzung betrifft die Förderung der freien Marktwirtschaft, welche durch die Verbesserung des Investorenumfelds geschehen soll. Zur Eindämmung von Korruption, Kriminalität und der enormen Justizdefizite sollen Institutionen geschaffen

²¹⁵ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 207.

²¹⁶ Vgl. <http://www.ndsv.bg/%d1%83%d1%81%d1%82%d0%b0%d0%b2/> (Stand: 01.10.2013).

²¹⁷ Vgl. ebd.

²¹⁸ Vgl. ebd.

²¹⁹ Vgl. <http://www.ndsv.bg/%d1%83%d1%81%d1%82%d0%b0%d0%b2/> (Stand: 01.10.2013).

werden, die gleichzeitig für die Transparenz der politischen und wirtschaftlichen Prozesse zu sorgen haben und auf diese Weise mehr Anreize für die Unternehmen aufbringen. Auch sollen diese Maßnahmen zu einem verbesserten Image Bulgariens im Besonderen bezüglich der Integration in die EU-Strukturen beitragen. Des Weiteren sollen Politiker und politische Verbände mehr Anerkennung bekommen, so dass eine reibungslose Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft gewährleistet werden kann. Ferner soll gegen globale Probleme wie den Terrorismus angemessen gehandelt werden.²²⁰

Das soziale Profil und die soziale Struktur der Wählerbasis der NBS II. zeugen von einer relativ gleichmäßig verteilten Unterstützung aus den verschiedenen Sozialgruppen. Dabei fällt ins Auge, dass ein überwiegender Teil der NBSII-Wähler einen höheren Bildungsgrad sowie relativ hohe Einkünfte und eine gute Berufsqualifikation besitzt.²²¹

Bei den Parlamentswahlen 2001 hat das Wahlbündnis des ehemaligen Zaren auf Anhieb 42,74 % der Stimmen und 120 von 240 Mandaten im Parlament bei rund 4,6 Mio. abgegebenen Stimmen und einer Wahlbeteiligung von exakten 67 % erhalten.²²² Obwohl die Prognosen für die Partei sehr gut standen, hat keiner mit so einem überwältigenden Ergebnis gerechnet. Zu dem Erfolg dieser neuen politischen Gruppierung, die tatsächlich einen Monat vor den Wahlen gegründet wurde, trägt einerseits die Enttäuschung der bulgarischen Bürgerinnen und Bürger über das bisherige Handeln der restlichen politischen Parteien bei, andererseits auch die übermäßig großen Erwartungen an die charismatische Persönlichkeit des ehemaligen Zaren Simeon Sakskoburggotski, welcher die neue Bewegung als Führungsperson legitimieren sollte. Sicherlich haben auch die Versprechen Simeons für eine bessere Lebensqualität zu dem hohen Wahlvotum verholfen.

²²⁰ Vgl. <http://www.ndsv.bg/%d1%83%d1%81%d1%82%d0%b0%d0%b2/> (Stand: 01.10.2013).

²²¹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 209-210.

²²² Vgl. ebd.

Im Gegensatz dazu hat die Parlamentswahl 2005 nicht das gewünschte Ergebnis beschert: Die NBS II. hat noch 21,83 % der Stimmen und 53 von 240 Sitzen im Parlament ergattern können.²²³ Demzufolge wurde eine Koalition zwischen den Sozialdemokraten (BSP), der Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF) und der NBSII gebildet. Diese Niederlage beruht in erster Linie darauf, dass es dem ehemaligen Zaren nicht gelungen war, seine großen Versprechen bezüglich der Verbesserung des Lebensstandards in Bulgarien innerhalb von 800 Tagen einzuhalten.

Die EU-Mitgliedschaft und die erfolgreiche europäische Integration stehen im Mittelpunkt der politischen Agenda der NBSII Die Partei ist der EU gegenüber sehr positiv eingestellt – alle Politikbereiche werden auf die Forderungen und Kriterien der EU ausgelegt.²²⁴ Die erfolgreiche Integration in die Strukturen der NATO und vor allem der EU wird vorrangig behandelt.²²⁵ Im Jahre 2001 steuerte die NBSII sowohl auf den EU-Beitritt zu als auch auf die Einbindung in die internationalen Institutionen und Organisationen. So hat die NBSII intensiv an den EU-Beitrittsverhandlungen teilgenommen und war an der Initialisierung zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages 2005 beteiligt.

²²³ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 148-149.

²²⁴ Vgl. Panov, Asparuh: *UDK und NBSII. Die Helden und die Opfer des Übergangs*. S. 65-67.

²²⁵ Vgl. ebd.

5. Politische Maßnahmen und historische Entwicklungen: von der Liberalisierung zur Demokratisierung und Konsolidierung

5.1 Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der BKP (1985-1989)

In den 80er Jahren vermutet noch keiner, dass die zur damaligen Zeit aktuelle politische und vor allem wirtschaftliche Krise nicht wie gehabt mit den üblichen Maßnahmen, also mit neuen Reformen in den verschiedenen Sektoren, zu bekämpfen sei, sondern dem Reformsozialismus ein Ende bereitet wird und dass letztendlich daraus die Systemtransformation Bulgariens resultiert. Todor Schiwkow, der damalige Staatschef und Erste Sekretär der Bulgarischen Kommunistischen Partei wird die starke Abhängigkeit von der Sowjetunion zum Verhängnis. Bis zum Ende der 80er Jahre ist Bulgarien das Lieblingskind Moskaus. Doch ausgerechnet Moskau entzieht völlig unerwartet Bulgarien jede Hilfe und befürwortet sogar einen politischen Wandel.²²⁶ Über die Gründe hierfür lässt sich spekulieren, doch fest steht, dass die UdSSR nicht mehr in der Lage ist, der Geldspender für die östlichen Satellitenländer zu sein.

Eine Reihe von Reformen wird initiiert, um die bulgarische Wirtschaft anzukurbeln. Alle diese Reformen erzielen die Einführung neuer marktwirtschaftlicher Elemente. Doch scheitern diese an der von Schiwkow geführten und gelebten politischen Inkonzsequenz – die politische Führung von Schiwkow lässt sich dadurch beschreiben, dass Reformen in die Wege geleitet werden, nur um sofortige Ergebnisse zu erzielen; sollte dies nicht der Fall sein, werden wiederum neue politische Maßnahmen ergriffen, die erneut nicht nur sofort, sondern auch eine Lösung für die ganze Palette, also für alle

²²⁶ Vgl. Brahm, Heinz: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Bericht des BIOs Nr. 44/1998. S. 14.

existierenden Probleme darstellen.²²⁷ Von diesen hat Bulgarien Ende der 80er Jahre eine Menge: Die Auslandsverschuldung erhöht sich von 700 Mio. Dollar auf 4,4 Mrd. Dollar in 1980.²²⁸ Parallel dazu werden auch die sowjetischen Energielieferungen gekürzt, was dazu führt, dass ein Energieregime eingeführt wird, was für die Bevölkerung konkret heißt, dass die Elektrizität abwechselnd für drei Stunden freigeschaltet und für drei Stunden ausgeschaltet wird. Die „dunklen“ Nächte dieses Regimes führen zu einer tiefen Demoralisierung der Bevölkerung und zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber dem System, das nach 40 Jahren Sozialismus nicht imstande ist, den normalen Alltag zu gewährleisten.²²⁹ Dazu kommt auch das demografische Problem (die Geburtenrate sinkt rapide, das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt stetig an). Diese Staatskrise ist nicht die erste und wird auch nicht die letzte für Bulgarien gewesen sein, doch was sie hervorhebt, ist die Tatsache, dass bis zu diesem Zeitpunkt Bulgarien von der Außenwelt abgeschirmt wird und der kommunistische Staatsapparat die Illusion aufrechterhält, dass die sozialistische Gesellschaft alle erdenklichen Vorteile mit sich bringt.²³⁰ Mit der allmählichen Öffnung Bulgariens Richtung Westen, mit der Einführung von westlichen Technologien, mit den erleichterten Bedingungen zum Ausreisen etc. können sich mittlerweile viele Bulgaren selbst ein Bild vom Westen machen. Dadurch hat das Regime das Wichtigste verloren, nämlich die Überzeugung, dass es eine progressive Entwicklung ermöglicht.

²²⁷ Vgl. Lilov, Aleksander: *Der internationale und der bulgarische Übergang. Band 2.* [Svetovnijat i balgarskijat prehod. Tom 2]. Sofia 2006. S. 127-128.

²²⁸ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005.* S. 219.

²²⁹ Vgl. Chakurov, Kostadin: *Die zweite Etage.* [Vtorijat etagh]. Sofia 1990. S. 173.

²³⁰ Vgl. Lilov: *Der internationale und der bulgarische Übergang.* S. 116-117.

5.1.1 Die bulgarische vs. die sowjetische Perestroika

Die Stabilität der Regierung von Todor Schiwkow bekommt erste Risse, nachdem Michail Gorbatschow im März 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KpdSU) wird - Gorbatschow repräsentiert die neue Generation des sowjetischen Apparats, indem er weniger von der kommunistischen Ideologie als vielmehr von den ökonomischen Entwicklungsfaktoren beeinflusst wird.²³¹ Gorbatschow sieht die Prosperität der Sowjetunion überwiegend in deren Fähigkeit zur ökonomischen Effizienz. Er übernimmt die Parteimacht mit Versprechen für Reformen und die Wiederbelebung des Sozialismus. Alle diese Versprechen scheinen anfänglich inhaltlich vage definiert zu sein; die ersten administrativen Schritte von Gorbatschow schaffen allerdings zügig Klarheit über die konkrete Bedeutung seiner Versprechen für die restlichen osteuropäischen Satellitenstaaten und konkret für Bulgarien.

Todor Schiwkow weiß die pro-russische Haltung der bulgarischen Bevölkerung für den Vorteil des Landes gut einzusetzen – aus purem Pragmatismus versucht er daraus eine privilegierte Stellung Bulgariens zu etablieren, nicht nur im Kampf um die Lieferung von Rohstoffen wie Öl und Elektrizität, sondern auch für eine kontinuierliche Subventionierung der oft schwächelnden bulgarischen Wirtschaft.²³²

Unter Gorbatschow befinden sich die bulgarisch-russischen Beziehungen im politischen und im wirtschaftlichen Wandel. Er ist kein Unbekannter in Bulgarien: Im Jahr 1984 hat er das Land als Gast zum Anlass des 40-jährigen Jubiläums des Regimes besucht. Sein Besuch sollte inoffiziell verhindern, dass Todor Schiwkow wie geplant nach Bonn reist, da dies der angespannten Beziehung zwischen der Sowjetunion und

²³¹ Vgl. Tzanev, Stefan: *Bulgarische Chronologien. Die Geschichte unseres Volks von 1943 bis 2007. Band 4.* [Balgarski hroniki. Istorija na nashija narod ot 1943 do 2007. Tom 4]. Plowdiw 2010. S. 408.

²³² Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005.* S. 224.

der damaligen BRD, verursacht durch die Stationierung von amerikanischen Raketen auf dem Territorium der BRD, widersprochen hätte. Doch gelingt es Gorbatschow nicht, die Annäherung zwischen der ehemaligen BRD und Bulgarien zu verhindern – ein erster Bruch in der persönlichen Beziehung von Schiwkow und Gorbatschow.²³³

Schon zu Beginn seiner Regierung veranlasst Gorbatschow ein erstes Treffen mit den politischen Führern der Länder im Ostblock. Auf diesem Treffen wird erneut betont, dass alle involvierten Länder gleiche Rechte und Freiheiten besitzen, Souveränität und Unabhängigkeit genießen und in allen Bereichen kooperieren und davon gegenseitig profitieren.²³⁴ Diese Behauptungen können allerdings die tatsächlich existierende eingeschränkte Souveränität der osteuropäischen sozialistischen Staaten kaum widerlegen. Die Neuigkeit bei diesem Treffen besteht jedoch darin, dass ab jetzt jede Partei die volle Verantwortung für die Situation im eigenen Land übernehmen muss.²³⁵ Gorbatschow kündigt an, dass die Sowjetunion nicht mehr gewillt und auch nicht imstande ist, die Bürde aller ökonomischen Probleme im ganzen Ostblock weiterhin zu tragen. Im Vergleich zu den Versicherungen über die Gleichberechtigungen aller Ostblock-Staaten sorgt diese Ankündigung für ein viel konkreteres Bild, wie die politischen Veränderungen unter Gorbatschow zukünftig tatsächlich aussehen werden.²³⁶

Bei der ersten Begegnung von Schiwkow und Gorbatschow, am 24. Oktober 1985, werden noch keine politischen Anpassungen vorgenommen, allerdings werden erste ökonomische Anpassungen spürbar – die Auszahlung der sowjetischen Subventionen für die bulgarische Landwirtschaft in Höhe von 400 Mio. Rubel, die bereits im Jahr 1973 zwischen Schiwkow und Breschnew ausgehandelt worden war, wird

²³³ Vgl. Brown, James F.: *Surge to Freedom. The End of Communist Rule of Eastern Europe*. Durham and London 1991. S. 186.

²³⁴ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 225.

²³⁵ Vgl. ebd.

²³⁶ Vgl. Chakurov: *Die zweite Etage*. S. 172.

eingestellt.²³⁷ Diese neue Entwicklung stellt auch das nur Monate zuvor, im Juli 1985, unterzeichnete Programm zur langfristigen ökonomischen, technischen und wissenschaftlichen Kooperation zwischen der Sowjetunion und Bulgarien bis zum Jahr 2000 in Frage.

Die Reform der außenpolitischen Beziehungen, initiiert von Gorbatschow im August 1986, stellt für Bulgarien eine weitere unerwartete und unangenehme Änderung dar. Diese schafft die bis dato gültige Regelung ab, nach der alle Verbündeten der Sowjetunion sowjetische Rohstoffe erhalten dürfen und als Gegenleistung fertige Produktion, unabhängig von deren Qualität, zurückbringen.²³⁸ Des Weiteren kursieren Gerüchte über die Einführung von Marktmechanismen, was sich auf Bulgarien stark auswirken würde. Nicht nur deshalb ist Schiwkow über die schwierige Kommunikation mit Gorbatschow zutiefst beunruhigt. Schiwkow ist 20 Jahre älter als das sowjetische Regierungsoberhaupt und er besitzt eine langjährige politische Erfahrung, die ihn zu der Überzeugung führt, dass das Geheimnis für das politische Überleben einzig und allein die Anpassungsfähigkeit an jede Situation und an jeden neuen Führer ist.

Der Wendepunkt in der sogenannten sowjetischen Perestroika ist das Januar-Plenum des ZK der KPdSU von 1987, auf welchem Entscheidungen über Demokratisierung, Kaderpolitik und über den Anfang von Glasnost getroffen werden.²³⁹ Zu diesem Zeitpunkt wird Schiwkow bewusst, dass er folgendes Dilemma vor sich hat: Entweder kann er der sowjetischen kommunistischen Partei und dessen Anführer treu bleiben und soll die vorgeschlagenen Änderungen umsetzen, die ihn letztendlich die Macht kosten werden, oder er soll sich Moskau widersetzen und somit seine Regierungsmacht und -position sichern. Vor diesem Hintergrund verkündigt Schiwkow, dass Bulgarien alle nötigen Reformen bereits im April 1956 umgesetzt hat.²⁴⁰ Diese Aussage ordnet ihn allerdings dem konservativen Lager zu, zu dem auch Erich Honecker und Nikolaus

²³⁷ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 226.

²³⁸ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 226.

²³⁹ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 412.

²⁴⁰ Vgl. Chakurov: *Die zweite Etage*. S. 317-319.

Ceaușescu zählen, und schwächt zusätzlich sowohl seine innen- als auch außenpolitische Position.

Gorbatschow ist der Meinung, dass Schiwkow ein typischer Repräsentant des alten Regimes ist, der auf jeden Fall die Regierungsmacht abzugeben hat, so dass Bulgarien imstande ist, ungehindert den Weg der sowjetischen Perestroika zu gehen. Seine Meinung teilt nicht nur die Mehrheit in der Chefetage der Kommunistischen Partei, sondern auch die Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung, die seit einiger Zeit der langen Regierung von Schiwkow überdrüssig ist und glaubt, dass die echten Änderungen und Reformen erst mit einer Abdankung von Schiwkow einhergehen werden.²⁴¹ So fängt auch im Jahr 1987 die Konfrontation zwischen Gorbatschow und Schiwkow an, was aber nicht bedeutet, dass auch die bulgarisch-sowjetische Beziehung darunter leidet. Ganz im Gegenteil: Mit dem Anfang der Glasnost, als die russischen Medien keiner politischen Zensur mehr unterliegen, steigen die Abonnements für russische Zeitungen und Zeitschriften immens an. Die bulgarische intellektuelle Schicht freut sich endlich darüber, dass die eigenen Zweifel über den Sozialismus und seine ökonomischen und historischen Vorteile als politisches System zum Ausdruck gebracht werden und endlich niedergeschrieben werden.²⁴² Im Besonderen sorgt die Aufklärung über Ereignisse, die stattgefunden haben, aber über die nicht berichtet oder über falsche Interpretationen an die Öffentlichkeit weitergegeben wurden, und die Veröffentlichung von bis dahin verbotenen Literaturwerken für Furore. Somit wird die intellektuelle und geistige Befreiung der bulgarischen Bevölkerung durch die Befreiung der sowjetischen Presse in der Periode 1987-1989 veranlasst und überhaupt ermöglicht.

Bis Mitte 1987 befürwortet Schiwkow zu mindestens offiziell die Perestroika.²⁴³ Erst nachdem er einsieht, dass er Gorbatschow nicht für sich gewinnen kann, wechselt Schiwkow die Taktik und ergreift die Offensive. Auf der einen Seite sucht Schiwkow die Nähe zum Westen, um ein erweitertes Spektrum an wissenschaftlichen und

²⁴¹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 227.

²⁴² Vgl. Lilov: *Der internationale und der bulgarische Übergang*. S. 117-118.

²⁴³ Vgl. Chakurov: *Die zweite Etage*. S. 128-129.

technologischen Lösungen für die langanhaltenden wirtschaftlichen Probleme des eigenen Landes zu finden. Auf der anderen Seite versucht Schiwkow, die von Gorbatschow initiierten radikalen Änderungen zu umgehen, indem er von sich aus eine umfassende Reform vorschlägt.²⁴⁴ Aus diesem Anlass entsteht im Jahr 1987 „Das julische Konzept“, welches die politische Transformation der Gesellschaft, die Vorbereitung für einen begrenzten politischen und wirtschaftlichen Pluralismus und für eine neue Verfassung, vorsieht.²⁴⁵ Dieses Reformkonzept ist um einiges umfangreicher und weitreichender als die bisherigen Änderungsvorschläge der Sowjetunion. Gorbatschow beschuldigt Schiwkow viele Jahre später in seiner Biografie auch offiziell des Versuches, seine Reformvorschläge zu umgehen.²⁴⁶ Die Umsetzung des „Julischen Konzeptes“ beginnt bereits im Jahre 1987 mit einer Reihe von der Regierung verabschiedeten Gesetzen: Einige Ministerien werden abgeschafft, die 28 bulgarischen Bezirke werden in 9 Kreise mit zur Diskussion stehenden Zentrumskreisen zusammengefasst, die lokale Selbstverwaltung wird umgestaltet, eine neue Kommission für die Vorbereitung der neuen Verfassung wird ins Leben gerufen; politische Rituale wie die Manifestationen und auch das Aufhängen von Porträts der politischen Führer in allen staatlichen administrativen Gebäuden werden ebenso abgeschafft.²⁴⁷ Die Außenstehenden sehen in dem „Julischen Konzept“ einen nächsten Versuch Bulgariens, sich von der sowjetischen Herrschaft zu lösen, allerdings stellt Schiwkow damit noch mal seinen politischen Überlebenswillen unter Beweis.

Das „Julische Konzept“ verursacht eine direkte Kollision zwischen Schiwkow und Gorbatschow. Beim Treffen im Kreml am 16. Oktober 1987 kritisiert Gorbatschow die Geschwindigkeit, mit der Schiwkow die Demokratisierung Bulgariens plant und vorantreibt.²⁴⁸ Der wahre Grund für Gorbatschow ist allerdings nicht das Tempo des politischen Wandels, sondern die Machtverschiebung bezüglich der Partei, welche

²⁴⁴ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 228.

²⁴⁵ Vgl. Schiwkow, Todor: *Erinnerungen. [Memoari]*. Sofia 1997. S. 349-353.

²⁴⁶ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 228.

²⁴⁷ Vgl. ebd. S. 229.

²⁴⁸ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 413.

keine zentrale Rolle wie bislang in der Regierung spielen sollte. Die führende Rolle der kommunistischen Partei ist die Grundlage des Leninismus und gerade deshalb ist die von Schiwkow geplante Verwandlung der bulgarischen politischen Landschaft Gorbatschow ein Dorn im Auge.²⁴⁹ Dass Schiwkow nur vorgibt, seine Machtposition durch die Auflösung der Monopolstellung der Partei aufzugeben und in Wahrheit diese nur als demokratisch verkauft und dennoch im Ursprungszustand beibehalten möchte, bleibt Gorbatschow zum damaligen Zeitpunkt verborgen.

Das Ziel des „Julischen Konzepts“, das sozialistische Wirtschaftsmodell schrittweise durch eine funktionierende Marktwirtschaft abzulösen, bleibt nicht nur auf Papier geschrieben. Der Grund für die raschen Umsetzungsaktivitäten ist vor allem die Mehrzahl an negativen ökonomischen Ergebnissen, die einmal mehr darauf hindeuten, dass der Kampf mit dem Kapitalismus verloren gegangen ist.²⁵⁰ Daraufhin wird der Ausweg aus der Krise in der Reorganisation der Wirtschaft nach den Prinzipien der Marktwirtschaft gesucht. Die Liberalisierung der wirtschaftlichen Sphäre beginnt im Januar 1989, mit der Richtlinie 56 für die Umstrukturierung der bulgarischen Wirtschaft.²⁵¹ Demnach müssen neue Organisationsformen wie Unternehmen geschaffen und die Entstehung eines privaten wirtschaftlichen Sektors soll gefördert werden. Darüber hinaus wird es Schiwkow aber nicht gelingen, weitere Schritte in Richtung einer Demokratisierung zu gehen: Im Sommer 1989 nimmt die Geschichte ihren Lauf und eine Reihe von Ereignissen führt zur politischen Abdankung Schiwkows und zum endgültigen Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus in Bulgarien.

Unter diesen Umständen wird eine Unterkühlung in den russisch-bulgarischen Beziehungen im Zeitraum von 1987 bis 1989 spürbar. Die verschlechterte wirtschaftliche Situation, bedingt durch das Ende der sowjetischen Subsidierung, und der nicht mehr stattfindende Verkauf bulgarischer Waren auf den sowjetischen Märkten ergeben zwangsläufig eine politische Konfliktlinie. Auf diesem Wege verwandelt sich

²⁴⁹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 229.

²⁵⁰ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 413.

²⁵¹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 230.

die sowjetische Ausrichtung oder Nicht-Ausrichtung Bulgariens zu einem wichtigen politischen Faktor im innerparteilichen Kampf gegen Schiwkow.

5.1.2 Entstehung einer Dissidenz

Ende der 80er Jahre entsteht in Bulgarien zum ersten Mal eine organisierte politische Widerstandsbewegung. Das bedeutet nicht, dass es in der Nachkriegszeit in Bulgarien keine Dissidenten gab – ganz im Gegenteil, bloß haben diese es entweder vorgezogen, im Stillen zu rebellieren, oder sie wurden nach Preisgabe ihrer politischen Überzeugungen entweder schnell verurteilt und ins Gefängnis gebracht oder gezwungen zu emigrieren. Die kommunistische Maschinerie hatte es erfolgreich geschafft, jegliche Widerstandsgedanken und vor allem Aktivitäten wenn nicht im Keim zu ersticken, dann diese zumindest weitestgehend aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Im Vergleich zu Zentraleuropa entsteht eine organisierte politische Widerstandsbewegung gegen den Sozialismus erst im Jahr 1988, als die Perestroika von Gorbatschow bereits in vollem Gange ist, in der Ära der „Glasnost“.

Die Bewegung der bulgarischen Gesellschaft weg von einer schweigsamen Kritik hin zu einem öffentlich und offen geäußerten Widerstand, ist vor allem auf die Rebellion der sogenannten „Intelligenzija“, der intellektuellen Elite Bulgariens, zurückzuführen.²⁵² Diese intellektuelle Schicht machte den ersten Schritt in der öffentlichen Bekämpfung des Sozialismus. Ausgelöst wird dieser Prozess vor allem durch die Veröffentlichung zweier Bücher Anfang der 80er Jahre, die rasch wieder verboten werden – das erste Buch trägt den Namen „Der Faschismus“ und wurde von dem Philosophen Schelju Schelew verfasst, dem späteren Präsidenten Bulgariens. Schelew analysiert den

²⁵² Vgl. Höpken, Wolfgang/ Sundhaussen, Holm (Hg.): *Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart*. (Südosteuropa-Jahrbuch 29). München 1998. S. 261-277.

faschistischen totalitären Staat im direkten Vergleich mit dem sozialistischen.²⁵³ Das zweite bedeutende Buch ist der Roman von Blaga Dimitrowa, in dem die Werte und Ideale des antifaschistischen Kampfes der sozialistischen Realität gegenübergestellt werden.²⁵⁴ Diese zwei literarischen Werke ermutigen weitere Intellektuelle, sich mit der Thematik zu befassen und an die Öffentlichkeit zu gehen.

In den 80er Jahren wird jede kritische politische Analyse und Auseinandersetzung wahrgenommen und insgeheim gefördert. Eine wesentliche Rolle für die Pflege oppositioneller Gedanken spielen auch die zahlreichen informellen Seminare und Versammlungen, in denen Spezialisten verschiedener Fachbereiche versuchen, zu einer verbindlichen Aussage über das System, in dem sie existieren, zu kommen.²⁵⁵ Die eingeschränkte politische „Glasnost“ nach 1987 ermöglicht es einigen von diesen Fachleuten, ihre Gedanken in der offiziellen Presse zum Ausdruck zu bringen.

Die ersten Dissidenten legen das „Julische Konzept“ so aus, dass die Bevölkerung das Recht zur Bildung informeller Organisationen außerhalb der offiziellen Organisationsstrukturen innehat, und nutzen diese Freiheit aus. Die von oben versprochene Demokratisierung sieht die Bildung jeglicher nichtpolitischer Bewegungen und Vereinen vor. Davon profitieren überwiegend die größten Kritiker des Systems, die allerdings auch die Einschränkung beachten, die politische Gewalt nicht anzugreifen. Schiwkow äußert sich eindeutig zu der neugewonnenen Freiheit, indem er im Jahr 1989 betont, dass Bulgarien noch nicht für einen Pluralismus im Parteiensystem bereit ist, da noch keine soziale Basis für die Gründung anderer Parteien bestünde; weitere Überlegungen sollten erst dann getätigt werden, wenn eine solche Basis entsteht, die Priorität sollte erst mal auf die Bekämpfung informeller Bewegungen und Strukturen gesetzt werden:

²⁵³ Vgl. Schelew, Schelju: *Der Faschismus [Fashismat]*. Sofia 1990.

²⁵⁴ Vgl. Dimitrowa, Blaga: *Das Gesicht. [Lize]*. Sofia 1981.

²⁵⁵ Vgl. Iwanowa, Ewgenia: *Die bulgarische Dissidenz. Die Geschichte kehrt zurück. 1988-1989. Teil I. [Balgarskoto disidentstvo. Istorijata se zavrushta. 1988-1989. Ch. I.]*. Sofia 1997.

„Ние не сме готови за плурализъм. У нас няма социална база за други партии. Когато се създаде такава база, тогава сте видим, но сега трябва да се дава отпор на неформалните сдружения и структури.“²⁵⁶

Aus diesem Grund geben die meisten Widerstandsorganisationen bekannt, dass sie sich nicht mit politischen Aktivitäten, sondern mit neutraleren Themen wie Umweltschutz, Menschenrechte etc. befassen werden. Die Gründung solcher Organisationen beginnt im Jahr 1988 – anfänglich haben diese kaum Mitglieder und genießen rege Aufmerksamkeit seitens der Bevölkerung, nicht zuletzt dank der zögerlichen und eher misstrauischen Reaktion der Regierung.

Die erste Widerstandorganisation heißt „Unabhängige Bewegung für den Schutz der Menschenrechte in Bulgarien“ und wird im Jahr 1988 von Ilija Minev ins Leben gerufen.²⁵⁷ Sie wird kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen – die Gründe hierfür sind, dass die Teilnehmerzahl gering ist und die Teilnehmer selbst meistens ehemalige politische Häftlinge und eher unbekannt sind. Darüber hinaus pflegt die Organisation die Kommunikation ihrer Anliegen mit dem Ausland und mit internationalen Institutionen. Andere zum selben Zeitpunkt gegründete Bewegungen, wie „Das Komitee zur Verteidigung der religiösen Rechte und religiösen Werte“ erleiden dasselbe Schicksal.²⁵⁸ Ein weiterer Faktor für die Misserfolge und geringe Popularität dieser Organisationen ist auch die Tatsache, dass diese in der Provinz gegründet und von da aus gesteuert werden – das zentralistische bulgarische Modell verleiht der Hauptstadt Sofia die Hauptrolle im politischen Geschehen, somit spielt die Provinz schon zur damaligen Zeit kaum eine politisch ernst zu nehmende Rolle.

Ende der 80er Jahre schafft es das Thema „Umweltschutz“, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Die rasche Industrialisierung, die nicht auf die Folgen für die Natur achtet, wird zunehmend zur Bedrohung für das ökologische

²⁵⁶ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 233.

²⁵⁷ Vgl. ebd.

²⁵⁸ Vgl. Ivanov, Dimitar: *Die politische Widersetzung in Bulgarien 1956 – 1989*. [Politicheskoto protivopostavjane v Balgarija 1956-1989]. Sofia 1994. S. 124-139.

Gleichgewicht. Vor allem vor dem Hintergrund der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986, als die radioaktive Wolke auch über Bulgarien zieht, wird die Bevölkerung alarmiert. Im Auftrag der Regierung verbreiten die bulgarischen Medien die Information, dass es keine Gefahr durch eine radioaktive Verseuchung für die Bevölkerung gäbe, doch gleichzeitig schickt die Partielite alle ihre Familienangehörigen ins Ausland und versorgt sich mit spezieller Nahrung.²⁵⁹ Die Täuschung und Unaufrichtigkeit der Regierung tragen nicht nur zur eigenen Unglaubwürdigkeit bei, sondern schärfen noch mehr das Empfinden der Öffentlichkeit zum Thema Umweltverschmutzung. Dabei scheint das Thema Umwelt weit weg von der Politik und somit keine Gefahr für Letztere zu sein. Doch Ende der 80er Jahre ersetzen die „Umweltproteste“ den offenen politischen Widerstand und erlauben es vielen Menschen, die eigene kritische Meinung gegenüber der politischen Gewalt zum Ausdruck zu bringen.

Der Anlass für die Gründung der ersten „echten“ Widerstandsorganisation ist die kritische Situation in der bulgarischen Stadt Russe, die regelmäßig mit Chlor von einer rumänischen chemischen Fabrik verschmutzt wird.²⁶⁰ Die bulgarische Regierung verhandelt mit Rumänien und fordert die Einrichtung einer Reinigungsanlage ein, doch ohne Erfolg. Für die Bevölkerung in Russe allerdings wird die Lage zunehmend bedrohlicher, da ein rascher Anstieg der Krankheiten der Atemwege für Unruhe sorgt. Im Herbst 1987 fangen Demonstrationen und Proteste an, die immer öfter ihren Weg in die Öffentlichkeit mit Hilfe verschiedener Publikationen in der Presse finden.

Vor diesem Hintergrund wird im Jahr 1988 die Gründung des „Gesellschaftlichen Komitees für Umweltschutz Russe“ veranlasst – die erste ernstzunehmende Widerstandsbewegung in Bulgarien.²⁶¹ Ein Direktorium aus populären bulgarischen Persönlichkeiten wird gewählt, interne Regeln und Richtlinien werden beschlossen. Doch nach dieser öffentlichkeitswirksamen Gründung unternimmt das Komitee keine

²⁵⁹ Vgl. Tzanev, Stefan: *Bulgarische Chronologien*. S. 409.

²⁶⁰ Vgl. ebd. S. 414.

²⁶¹ Vgl. Knaus, Gerald: *Bulgarien. Beck'sche Reihe. Länder*. München 1997. S. 85.

weiteren Schritte zur Bekämpfung der misslichen Lage in Russe. Die bulgarischen Parteistrukturen und die Sicherheitskräfte ergreifen Maßnahmen wie Warnungen und Drohungen vor Strafen, um die Gründer der Bewegung von weiteren Handlungen abzuhalten. Es ist naheliegend, dass die Absicht der Gründung dieses Komitees, primär nicht der Lösung des aktuellen Problems dient, sondern vielmehr auf ein weitgreifendes Medienecho im Land und vor allem in Europa zielt, um darauf aufmerksam zu machen, dass auch in Bulgarien eine etwas verspätete Oppositionsbildung stattfindet.²⁶²

Die Gründung des Komitees in Russe hat weitreichende Folgen. Am 11. April 1989 wird die neue Organisation „Ecoglasnost“ (EC) von Petar Slabakov ins Leben gerufen.²⁶³ Der dazugehörigen Dokumentation zufolge ist diese Organisation eine Fortsetzung des Komitees von Russe, allerdings hat diese keinen repräsentativen Charakter mehr. Doch ist „Ecoglasnost“ die erste bulgarische Bewegung, die explizit auf die Umweltverschmutzung und auf die für die Umwelt gefährlichen Produktions- und Chemiewerke aufmerksam macht: die Kupferfabrik in Pirdop, die Eisen-Zink-Fabrik bei Plovdiv, die Chemiewerke in Stara Zagora etc. Die Umwelt und der Umweltschutz gewinnen seitdem immer mehr an Bedeutung und etablieren sich als priorisiertes Anliegen der Gesellschaft.

Doch die erste wahre politische Herausforderung für die Regierung ist die am 3. November 1988 in der Sofioter Universität gegründete politische Organisation unter dem Namen „Verein zur Unterstützung der Glasnost und Transformation in Bulgarien“.²⁶⁴ Die Sofioter Universität gilt als ein Ort der Begegnung von Gleichgesinnten, die Kritik an der Regierung ausüben. Ein Beispiel hierfür ist die Entlassung von vier Dozenten der Sofioter Universität im Herbst 1987, weil diese während einer universitären Parteikonferenz wagen, die Führung der BKP zu kritisieren. Diese Handlung ruft eine Reihe von Protesten hervor und veranlasst letztendlich die Gründung des

²⁶² Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 235.

²⁶³ Vgl. Carius, Alexander/Krüger, Christine/Homeyer, Ingmar von: *Umweltpolitik und Umweltrecht in Bulgarien. Eine Zwischenbilanz des Beitrittsprozesses*. Berlin 2001. S. 17.

²⁶⁴ Vgl. Knaus, Gerald: *Bulgarien. Beck'sche Reihe. Länder*. München 1997. S. 85.

Vereins. Die Anführer des Vereins sind überwiegend langjährige Mitglieder der BKP, doch gibt es unter ihnen auch einige Intellektuelle, die keine BKP-Mitglieder waren und sich offen gegen das politische Regime stellen.²⁶⁵

Das politische Programm des Vereins verspricht so einiges und ruft sechs verschiedene Arbeitskreise mit folgenden Schwerpunkte ins Leben: Wirtschaft, Menschenrechte und Freiheiten, Demografie, Umwelt, nationale Kultur, nationale Geschichte. Die Gründer der neuen Organisation verhindern ihre politische Verfolgung und Bestrafung, indem sie erklären/einräumen, dass die Organisation nur im Rahmen der Bulgarischen Verfassung und der existierenden Gesetzgebung und im Einklang mit den im Juli 1987 von der BKP während des Parteipenums (das sogenannte „Julische Plenum“) getroffenen Entscheidungen und deren Einhaltung tätig wird.²⁶⁶ Somit erklärt sich die neue Organisation nicht gegen den Sozialismus, sondern für dessen Wiederentstehung im Sinne der Perestroika. Dennoch stellt auch diese Organisation eine Gefahr für die Regierung dar, da Letztere gezwungen wird, die angekündigten Rechte und Freiheiten in die Wirklichkeit umzusetzen. Aus diesem Grund versucht die Regierung diese Organisation mit allen zur Verfügung stehenden politischen und polizeilichen Mitteln zu beseitigen. Doch gelingt diese Unternehmung nicht, da der „Verein zur Unterstützung der Glasnost und Transformation in Bulgarien“ bereits für Aufmerksamkeit in Westeuropa gesorgt hat und im Rahmen des „Julischen Konzepts“ agiert. Jeder Versuch, den Verein unter Druck zu setzen, würde umgehend dem Westen mitgeteilt werden und auch bedeuten, dass die Regierung gegen die Schlussakte von Helsinki verstoßen würde. Auf diese Weise vermittelt/legt die Organisation zwei neugewonnene Erkenntnisse offen:

- Die Reformpolitik der Regierung stellt in Wahrheit nur einen Versuch dar, die existierende politische Ordnung beizubehalten.

²⁶⁵ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 236.

²⁶⁶ Vgl. ebd. S. 237.

- Die Widersetzung gegen die Regierung führt nicht zwangsläufig zu einer Repression.

Die Existenz des Vereins zeigt zum ersten Mal auf, dass eine Widersetzung gegen die Regierung möglich ist, und verleiht vielen das Gefühl von Freiheit.

Aus dieser kurzen Periode des bulgarischen politischen Aufstands lässt sich die Unterscheidung zweier Gruppen ableiten²⁶⁷:

- Die Gruppe der Nicht-Kommunisten, die sich kurz darauf als Antikommunisten bezeichnen; sie erklären sich gegen das politische Regime als solches. Daraus entstehen einige politische Organisationen: der Gewerkschaftsbund „Podkrepa“, „Das Komitee für religiöse Rechte“ und „Die Unabhängige Organisation für Menschenrechte“.
- Die Gruppe der Reformkommunisten, die sich vor allem gegen die Führung von Schiwkow erklären und sich für eine Demokratisierung des Sozialismus einsetzen. Aus dieser Gruppe entsteht „Der Klub zur Unterstützung der Glasnost und Perestroika“.

Abseits von dieser Gruppierung befindet sich „Ecoglasnost“, die unter dem Motto „Für die Umwelt“ Mitglieder verschiedener politischer Überzeugungen für sich gewinnen kann.

5.2 Die politische Neuorientierung (1989-1991)

Das Ende der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa führt zum Untergang der „Satellitenstaaten“. Nachdem diese mehr als vierzig Jahre einem Sozialismus nach sowjetischem Muster unterworfen waren, müssen sich diese Staaten nun wieder auf

²⁶⁷ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 238.

Europa („Rest-/West-Europa“) richten. Doch erweist sich diese Wendung für Bulgarien als äußerst schwierig. Obwohl im Jahr 1989 nicht nur Bulgarien, sondern auch die restlichen osteuropäische Länder davon betroffen sind, hat Bulgarien im Vergleich zu anderen Staaten wie Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen noch keine Erfahrungen mit ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Problemen unter dem Sozialismus gemacht. Bulgarien steht nicht nur die Phase der politischen Freiheit, sondern auch die lange und schwierige Reise zur wirtschaftlichen Transformation noch bevor. So gehen die Ostblockstaaten denselben Weg, jedoch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, wobei Bulgarien einer der langsamsten Staaten ist und auch Jahre später mit den Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft zu kämpfen hat.

Im Jahr 1989 wird sichtbar, dass die herrschende Krise in Osteuropa bereits nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Dimension annimmt. Die neu definierte Konstellation im Ostblock verursacht einen Anstieg des Außenkredits von Bulgarien in Höhe von ca. 10 Mrd. US-Dollar.²⁶⁸ Während seines Besuchs in Bulgarien im Januar 1989 lädt der französische Präsident François Mitterand einige bulgarische Intellektuelle vom Dissidentenkreis zum Frühstück in die französische Botschaft ein. Diese Geste trägt zur Etablierung der bulgarischen Widerstandsbewegung im nationalen und internationalen Raum bei. Dieses Treffen nimmt im Nachhinein fast epische Züge an und wird immer wieder erwähnt und als die erste Anerkennung des bulgarischen politischen Widerstands gefeiert.²⁶⁹

So erklärt sich im Jahr 1989 sukzessive die ganze intellektuelle Schicht Bulgariens gegen das politische Regime. Die BKP versucht während der Kongresse von verschiedenen Kunstvereinen einzugreifen und deren Führung zu manipulieren, doch

²⁶⁸ Vgl. Doinov, Ognian: *Ein nicht realisiertes Projekt zur Reform der Transformation. Kurze Bewertung des Zustands und der Ursachen der wirtschaftlichen Krise.* [Edin nerealiziran proekt za reforma na prehoda. Kratka ozenka na sastojanieto i prichinite, doveli do ikonomicheskata kriza]. In: Neue Zeit. Buch I-II. [Novo vreme. Kniga I-II.]. Sofia 2000. S. 130-131.

²⁶⁹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005.* S. 240.

überraschenderweise funktionieren diese Methoden nicht mehr. Eine neue Kräfteverteilung wird erkennbar, die Mehrheit der Stimmen schließt sich den Protestierenden an und entzieht der Kommunistischen Partei ihre Unterstützung.²⁷⁰

Unter diesen Umständen trauen sich auch die bulgarischen Türken, ihren Unmut mittels Massendemonstrationen zum Ausdruck zu bringen.²⁷¹ Als Reaktion darauf wird am 9. Mai 1989 eine neue Deklaration vom „Verein zur Unterstützung der Glasnost und Transformation in Bulgarien“ ins Parlament eingebracht, die unter anderem die Frage über die politische, juristische und wirtschaftliche Gleichstellung von Minderheiten aufwirft, obwohl laut der Bulgarischen Verfassung zu diesem Zeitpunkt solche Minderheiten nicht existieren.²⁷²

Diese Ereignisse bringen die Regierung dazu, nach alternativen Lösungen der sogenannten „türkischen Frage“ zu suchen. Bulgarien muss vorweg die internationalen Abmachungen des Expertentreffens über die Menschliche Dimension im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom Mai bis zum 23. Juni 1989 in Paris berücksichtigen. Der bulgarische Repräsentant auf dieser Konferenz, Petar Mladenov, verkündet öffentlich, dass die bulgarische Regierung unter anderem bereits Gesetzesänderungen und -erweiterungen bezüglich der Personalausweisregelungen und der bulgarischen Staatsangehörigkeit zugestimmt hat. Dies sei die Folge der sich wandelnden innerstaatlichen politischen Bedingungen und stünde im Einklang mit dem international immer stärker werdenden Austausch von Ideen, Menschen und kulturellen Werten:

„На своята последна сесия Народното събрание прие поправки към законите за паспортния режим, за българското гражданство и за Наказателния кодекс и Закон за амнистия, които изцяло отговарят на променящите се вътрешни условия и са в унисон с доминиращите тенденции за примата на правото както във вътрешнодържавните, така и

²⁷⁰ Vgl. Danailov, Georgi: *Soweit ich mich erinnern kann. [Dokolkoto si spomniam]*. Sofia 2001. S. 156.

²⁷¹ Vgl. Heyse, Norbert: *Europas Osten I*. Norderstedt 2014. S. 293.

²⁷² Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 242.

в международните отношения, с тенденцията за нарастващ обмен на хора, идеи, културни стойности.²⁷³

Todor Schiwkow nimmt diese Entscheidung als Motivation und wird tätig: Bereits im Mai 1989 wird die Vergabe von Personalausweisen an bulgarische Türken veranlasst. Die Förderung des bulgarischen Nationalismus scheint Schiwkow die letzte Möglichkeit zu sein, um den Massendemonstrationen von bulgarischen Türken entgegenzuwirken. In seiner Rede vom 29. Mai 1989 weist Schiwkow ausdrücklich auf die bulgarische Herkunft der Türken im Land hin, doch gleichzeitig wird die Wahl der Heimat jedem Einzelnen überlassen und eine Ausreise aus Bulgarien wird erstmals ermöglicht.²⁷⁴ Dies stellt eine politische Wendung im Hinblick auf die bulgarischen Türken dar, wird aber auch gleichzeitig zum Anlass genommen, die intellektuelle Schicht als nationalfeindlich zu bezeichnen, da sich diese für die Rechte und Freiheiten der bulgarischen Türken eingesetzt hat. Somit beabsichtigt Schiwkow, die Masse der Bevölkerung gegen die bulgarischen Türken und auch gegen die Intellektuellen einzustimmen, was ihm auch zum Teil gelingt.²⁷⁵

Die Rede von Schiwkow gilt als Anlass für die Auswanderung von über 300.000 bulgarischen Türken im Sommer 1989.²⁷⁶ Diese Zahl überrascht sowohl die

²⁷³ Vgl. Mladenov, Petar: *Unsere Anweisung für progressive und humane Normen. Vortrag von Petar Mladenov auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Paris, 30. Mai 1989.* [Nashijat putevoditel za progresivnite i humani normi. Rech na Petar Mladenov na konferencijata za sigurnost i sudeistvie v Evropa v Parigh na 30 Mai 1989]. In: Internationale Beziehungen. Buch 5. [Meghdunarodni otnoshenija. Kniga 5.]. Sofia 1989. S. 3-7.

²⁷⁴ Vgl. Schiwkow, Todor: *Der Vortrag des Vorsitzenden des Staatsrats, Todor Ghivkov, im bulgarischen Rundfunk und im bulgarischen Fernsehen, 29. Mai 1989.* [Izjavlenie na predsedatelia na Durghavnijat suvet Todor Ghivkov po Balgarskoto radio i Balgarskata televizija]. In: Internationale Beziehungen. Buch 5. [Meghdunarodni otnoshenija. Kniga 5.]. Sofia 1989. S. 3-7.

²⁷⁵ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien.* S. 418.

²⁷⁶ Vgl. Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hrsg.): *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen.* Frankfurt a.M. 1996. S. 308. Siehe dazu auch Zimmermann, Tanja: *Brüderlichkeit und Bruderkwitz: Mediale Inszenierungen des Aufbaus und des Niedergangs politischer Gemeinschaften in Ost- und Südosteuropa.* Göttingen 2014. S. 53.

bulgarische als auch die türkische Regierung. Die Folgen für beide Länder sind verheerend – in Bulgarien leidet vor allem die Landwirtschaft darunter, da ganze landwirtschaftliche Regionen menschenleer werden und sich sehr wenige um die Ernte kümmern können, und die Türkei ist ihrerseits nicht imstande, so viele Menschen so kurzfristig entsprechend aufzunehmen. Die Auswanderung verläuft äußerst schwierig auch für die bulgarischen Türken, denn diese müssen ihr Hab und Gut verkaufen und innerhalb von wenigen Tagen abreisefähig sein. Diese Handlung hat unter anderem eine wirtschaftliche Destabilisierung und die Entstehung eines angespannten Verhältnisses zwischen Bulgaren und den bulgarischen Türken zur Folge. Das Land gilt seitdem vor allem in der islamischen Welt als intolerant und repressiv.²⁷⁷ Heute noch wird spekuliert, dass diese Auswanderung in dieser Form von der Regierung nicht geplant gewesen sei und dass es sich dabei um einen unglücklichen Zufall und um eine unüberlegte Handlung der bulgarischen Regierung handelte.

Doch hält diese Entwicklung Schiwkow nicht davon ab, dass er weitere Reformen initiiert, um dem Zerfall der Regierung entgegenzuwirken. Unter anderem schlägt er eine Änderung der Bulgarischen Verfassung vor, damit diese der Notwendigkeit eines politischen Pluralismus gerecht wird und auch Zivilrechte sowie Eigentumsrechte gewährleistet und garantiert sind. Eine weitere Neuerung sieht vor, dass innerhalb der BKP das Prinzip des Mandats eingeführt wird, so dass eine langfristige Herrschaft derselben Person praktisch ausgeschlossen wird – auf diese Weise verhindert Schiwkow, dass jemand anderes eine ähnliche Machtposition wie er selbst langfristig in der Partei einnimmt.²⁷⁸ Im August 1989 werden zwei weitere Änderungsentwürfe bezüglich der Sozialpolitik und der Reorganisation des Gesundheitswesens besprochen.

Die vielen Änderungen und Reformen, initiiert von BKP in den letzten Monaten ihrer Regierung, sind an erster Stelle konzeptionell für die Analyse von Bedeutung, da deren praktische Umsetzung und Implementierung nicht stattfinden wird. So soll die Reform

²⁷⁷ Vgl. Gieler, Wolfgang (Hrsg.): *Aussenpolitik im europäischen Vergleich: ein Handbuch der Staaten Europas von A bis Z*. Berlin 2012. S. 84.

²⁷⁸ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 244.

in der Sozialpolitik, die Selbstständigkeit und Initiative der Bürger anregen und gleichzeitig die Rechte der ausgewanderten bulgarischen Türken eingrenzen. Diese unerwartete und folgenschwere Auswanderung hat Schiwkow dazu gebracht, die Mittel für die Auswanderer in allen Bereichen der sozialen Sphäre (Sozialversicherung, Gesundheitswesen, Bildung) zu kürzen.²⁷⁹ Die geplante Reorganisation des Gesundheitswesens sieht vor, die komplett kostenlose Gesundheitsversorgung im Hinblick auf die hohen Kosten für den Staat abzuschaffen und eine strikte Trennung zwischen kostenlosen und kostenpflichtigen Leistungen einzuführen.²⁸⁰ Doch auch hier werden die Rechte der ausgewanderten bulgarischen Türken eingeschränkt, indem diese die kostenlose Gesundheitsversorgung nicht in Anspruch nehmen können. Darüber hinaus kann tatsächlich festgehalten werden, dass die 1989 geplante Gesundheitsreform der zukünftigen Reform von 2004 in vielerlei Hinsicht ähnelt, obwohl mit dem Abstieg von Schiwkow alle Vorbereitungen in dieser Sphäre gestoppt werden.

Eine interessante Perspektive über die politischen Beweggründe von Schiwkow in dieser Zeit ist seinen Ansichten über das Geschehen in Polen zu entnehmen. In Polen kommt zeitgleich die erste Regierung, geführt von einem Dissidenten, Tadeusz Mazowiecki, zustande. Er ist der Meinung, dass die politische Situation in Polen erklärt und analysiert werden kann, doch darf diese keine Akzeptanz finden, weil es sich dabei schlicht und einfach um eine Ablehnung des Sozialismus und eine Transformation zum Kapitalismus handeln würde.²⁸¹ Diese Zukunftsaussicht kommt jedoch für Schiwkow nicht in Frage, da somit auch seine politische Machtstellung untergraben wird; politische Reformen sollten die Regierung der BKP und Schiwkow stärken, nicht schwächen.

Im Herbst 1989 ist die Lage im Land äußerst angespannt – die andauernde Krise treibt die immer größer werdende Gruppe der mit der Regierung Unzufriedenen an. Diese

²⁷⁹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 245.

²⁸⁰ Vgl. ebd. S. 246.

²⁸¹ Vgl. ebd. S. 247.

Gruppe besteht unter anderem aus Politikern verschiedener Generationen und mit unterschiedlichen Ansichten, die aber den Kontakt zu der neuen sowjetischen Führungsetage pflegen. Und auch hier erweist sich der sowjetische Faktor als ausschlaggebend. Als Schiwkow Moskau um Unterstützung bittet, wird er höflich abgewiesen. Diese Fakten werden als weiteres Anzeichen für den Niedergang Schiwkows wahrgenommen.²⁸²

Ende Oktober 1989 nimmt die Frustration der politischen Antagonisten weiterhin zu. Während des Ökoforums im selben Monat machen die oppositionellen Organisationen auf sich aufmerksam und versuchen, Kontakte zu ausländischen Journalisten zu knüpfen. Am 26. Oktober 1989 nutzt die Organisation „Ecoglasnost“ diese Situation aus und sammelt im Zentrum der Hauptstadt Sofia Unterschriften gegen das Regierungsprojekt über das Gebirge Rila, genannt „Mesta-Rila“²⁸³. Bei der Demonstration greifen die nationalen Sicherheitskräfte ein, um die Demonstranten zu verjagen, doch geschieht diese Aktion vor den Augen von vielen ausländischen Berichterstatern.²⁸⁴ Das ist vermutlich auch einer der Gründe, der zu der friedlichen Durchführung der ersten Massendemonstration von „Ecoglasnost“ beigetragen hat, die zur Folge hat, dass am 3. November 1989, ca. 11.000 Unterschriften gegen das Projekt „Mesta-Rila“ dem Parlament zur Verfügung gestellt werden.²⁸⁵ Diese Veranschaulichung des zivilen Ungehorsams zeigt, dass die Regierung inzwischen sogar mit Gewalt gegen den Widerstand machtlos ist.

Am 24. Oktober 1989 wird der offene Brief des damaligen Außenministers und Mitglieds des Politbüros, Petar Mladenov, zum Auslöser für den politischen Über-

²⁸² Vgl. Chakurov: *Die zweite Etage*. S. 199.

²⁸³ Vgl. Atkinson, Robert (Hrsg.): *The Environment in Eastern Europe: 1990*. IUCN East European Programme. Environmental Research Series 3. 1991. S. 16.

²⁸⁴ Vgl. Simeonov, Petko: *Die großen Veränderungen 1989-1991*. [Goljamata promjana 1989-1991]. Sofia 1995. S. 677-680.

²⁸⁵ Vgl. Gyaurski, Marian: *Die Unversöhnlichen -Widerstand gegen den Kommunismus in Bulgarien*. In: Texte zum Kommunismus in Bulgarien. KAS e.V. Bulgarien, 26. November 2014. S. 17.

gang.²⁸⁶ Der Brief ist an das Direktorium der BKP gerichtet und enthält Anschuldigungen gegen Schiwkow, dass er Bulgarien in eine tiefe Krise gestürzt und das Land von der restlichen Welt absichtlich isoliert habe.²⁸⁷

Am 9. November 1989 wird Schiwkow von der Mehrheit des Politbüros dazu gezwungen, seine politischen Posten abzulegen.²⁸⁸ Der Rücktritt Schiwkows, der eine ganze Ära der bulgarischen Geschichte repräsentiert, wird mühelos über die Bühne gebracht, nicht zuletzt weil alle involvierten Akteure sich einen Wandel wünschen – die Bevölkerung, die politische Elite und die Sowjetunion. Die Tatsache, dass diese Wandlung durch die BKP ermöglicht wird, prägt auch die zukünftigen Änderungsschritte. Schiwkow behält einige Privilegien, so dass viele und auch er selbst seinen Rücktritt als „дворцов преврат“, als eine Art luxuriösen Hausarrest, bezeichnen.²⁸⁹ Die offizielle Bekanntgabe des Abtretens von Schiwkow sorgt für große Freude in der bulgarischen Bevölkerung, da alle die Hoffnung haben, dass sich nun die Lage im Land rasch verbessern werde. Vor allem die bulgarischen Dissidenten sind wahrlich überrascht von diesen Ereignissen – im Vergleich zu den Dissidenten in anderen osteuropäischen Ländern haben sie kaum an dem Übergang teilgenommen.²⁹⁰

Als Nachfolger von Schiwkow für den Posten des Generalsekretärs der BKP und des Staatsratsvorsitzenden wird Peter Mladenow ernannt.²⁹¹ Der erfolgreiche Führungswechsel in der Partei wird sehr positiv nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch von den Dissidenten aufgenommen. Doch bereits nach kürzester Zeit wird

²⁸⁶ Vgl. Lilov: *Der internationale und der bulgarische Übergang*. S. 297.

²⁸⁷ Vgl. Mladenov, Petar: *Im Namen Bulgariens. Brief von P. Mladenov. 24. Oktober 1989*. [V imeto na Balgarija. Pismo na P. Mladenov. 24. Oktomvri 1989]. In: *Internationale Beziehungen*. Buch I. [Meghdunarodni otnoshenija. Kiga I]. Sofia 1990. S. 5-7.

²⁸⁸ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 419-422.

²⁸⁹ Vgl. Schiwkow: *Erinnerungen*. S. 620-626.

²⁹⁰ Vgl. Ivanova, Ewgenija: *Die bulgarische Dissidenz. Die Geschichte kehrt zurück. 1988-1989. Teil I*. [Balgarskoto disidentstvo. Istorijata se zavrushta. 1988-1989. ch. I]. Sofia 1997. S. 222-223.

²⁹¹ Vgl. Berend, Ivan T.: *Central and Eastern Europe 1944 – 1993. Detour from the periphery to the periphery*. Cambridge 1999. S. 290.

offensichtlich, dass die neue alte Parteibesetzung die Demokratisierung eher als eine Liberalisierung des kommunistischen Regimes versteht und dass weder eine Abschwächung der Führungsrolle der Partei noch eine grundlegende Änderung in den wirtschaftlichen Beziehungen vorgesehen ist.²⁹² Es wird deutlich, dass es sich bei dem Führungswechsel aus Sicht der BKP vor allem um die Beseitigung von Schiwkow gehandelt hat, so dass das vorhandene politische System aufrechterhalten werden kann.²⁹³

Mit dieser Erkenntnis geben sich vor allem die Dissidenten nicht zufrieden. Sie sehen in dem Rücktritt von Schiwkow die langersehnte Möglichkeit für eine grundlegende Erneuerung und Reformierung des politischen Systems. Die Zeit ab dem 10. November 1989 bis zum Ende des Jahres ist ausschlaggebend für die Richtung der politischen Transformation. Zu diesem Zeitpunkt entstehen zwei politische Hauptströmungen²⁹⁴:

- Die erste wird als „perestroisch“ definiert und sieht eine Verbesserung des sozialistischen Systems vor, welche die Elemente der Demokratisierung und der Marktwirtschaft vereint.
- Die zweite wird als „revolutionär-oppositionell“ definiert und befürwortet rasche und grundlegende Änderungen, die das existierende System ausrotten. Diese Strömung ist anfänglich eher einflusslos, da die Opposition noch am Entstehen ist und noch keine Erfahrungswerte und auch keine große Anzahl von Anhängern aufweisen kann, doch setzt sich diese im Laufe der Zeit durch, da sie im Sinne des allgemeinen Änderungswunsches ist und dem politischen Geschehen im restlichen Osteuropa entspricht.

Bis zum Ende des Jahres 1989 trifft das Zentralkomitee der BKP eine Vielzahl an Entscheidungen – viele Parteimitglieder, die an der Krise mitschuldig sind, werden von der

²⁹² Vgl. Traikov, Bojan: *10. November der Umsturz 1989. [10 noemvri prevratut 1989]*. Sofia 1999. S. 114-115.

²⁹³ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 422-424.

²⁹⁴ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 252.

Partei ausgeschlossen, andere, von Schiwkow repressiert, erhalten erneut die Mitgliedschaft.²⁹⁵ Darüber hinaus wird auf einem außerplanmäßigen Kongress der BKP die Absicht offengelegt, der Partei die führende Rolle abzuerkennen und die Verfassung entsprechend abzuändern.²⁹⁶ Während des 14. Kongresses der BKP (30. Januar bis 2. Februar 1990) wird ein Manifest des demokratischen Sozialismus beschlossen, womit die BKP sich offiziell von dem sowjetischen Modell verabschiedet und das sozialdemokratische Konzept annimmt.²⁹⁷ Bei diesem Kongress werden auch die wichtigsten politischen Posten unter denjenigen, die den Parteiwechsel am 10. November eingeleitet haben, neu vergeben. So wird Petar Mladenov das neue Staatsoberhaupt, Andrei Lukanov wird der neue Ministerpräsident²⁹⁸ und Andrei Lilov wird als Parteivorsitzender gewählt. Gleichzeitig wird ein Parteireferendum zur Namensänderung und Umwandlung der BKP in eine sozialistische Partei vorbereitet und die Richtung zum Pluralismus und zu demokratischen Parlamentswahlen bestärkt.

Ein weiterer wesentlicher politischer Akt zu dieser Zeit ist die Entstehung einer Opposition. Die Opposition setzt sich für eine beschleunigte Umsetzung der geplanten Änderungen ein, damit Bulgarien den Anschluss an die Vorreiter Polen, Ungarn und DDR nicht verliert. Die bulgarische Opposition befindet sich zu dem Zeitpunkt noch im Entstehungsprozess, sie besteht aus vielen kleinen Formationen, die noch keine Struktur haben. Um diese Formationen zu vereinen und eine einheitliche oppositionelle Struktur aufbauen zu können, wird am 7. Dezember 1989 die Union der Demokratischen Kräfte (UDK), bestehend aus 13 Oppositionsorganisationen, durch Dr. Schelju Schelew ins Leben gerufen.²⁹⁹ Diese neue politische Partei soll sich der allmächtigen BSP widersetzen können und trägt zur Emanzipation der bulgarischen

²⁹⁵ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 253.

²⁹⁶ Vgl. ebd.

²⁹⁷ Vgl. ebd.

²⁹⁸ Vgl. Ananieva, Nora: *Andrej Lukanov im Parlament*. [Andrej Lukanov v parlamenta]. Sofia 1997. S. 9.

²⁹⁹ Vgl. Simeonov, Petko: *Die großen Veränderungen 1989-1990*. [Goljamata promjana 1989-1990]. Sofia 1995. S. 55-70.

Gesellschaft bei. Die Gegner des Sozialismus werden vom politischen Wandel überrascht: Weil keine oppositionellen Strukturen zur Verfügung stehen, werden gleichzeitig neue Parteien gegründet und „alte“ wie die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP) und der Bulgarische Bauernvolksverbund (BZNS) erneut ins Leben gerufen.³⁰⁰

Die Zeitspanne zwischen dem Absturz von Schiwkow und dem Ende des Jahres 1989 sind ausschlaggebend für den politischen Aufbau und die Fundierung der neugegründeten UDK. Die Union muss ihre konkrete Ausrichtung, Form und Akzentuierung festlegen. Bei einer Demonstration am 14. Dezember 1989 im Zentrum von Sofia muss die UDK auch die erste schwierige Situation bewältigen: Die Protestierenden fordern die sofortige Annullierung des Artikels 1 in der Bulgarischen Verfassung, in dem die führende Rolle der BKP festgelegt ist. Doch ist dies nicht möglich, da der Annullierungsvorschlag am 14. Dezember 1989 offiziell eingeleitet wurde und laut der Verfassung in solchen Fällen ein Monat vergehen muss, bevor so einem Anliegen zugestimmt werden kann.³⁰¹ Somit steht die Führung von UDS vor dem Dilemma, entweder das Gesetz zu befolgen oder dem Wunsch der Demonstranten nachzukommen. Die UDS entscheidet sich für das Erste und löst somit die Spaltung der oppositionellen Nachfolger in zwei Lager aus: Die sogenannten „Legitimisten“ befürworten ein gesetzmäßiges Vorgehen, die „Revolutionäre“ fordern eine unverzügliche Umsetzung von Reformen, wenn nötig, auch mit Hilfe von Gewalt gegen die regierende BSP.³⁰² In diesem Zusammenhang und Jahre später entsteht die These, dass Bulgarien am 14. Dezember 1989 seine Chance für eine „sanfte Revolution“, also für die Auflösung der kommunistischen Herrschaft, verspielt hat.³⁰³

³⁰⁰ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 255.

³⁰¹ Vgl. ebd.

³⁰² Vgl. ebd.

³⁰³ Vgl. Lilov: *Der internationale und der bulgarische Übergang*. S. 282-283.

5.2.1 Erste freie demokratische Wahlen – Juni 1990

Nach dem Rücktritt von Schiwkow steht Bulgarien vor neuen Herausforderungen – die neue Führung der neu-alten BSP und die neu entstandene UDK. Auch hat Bulgarien mit einer anderen neuen und ungewöhnlichen Situation zu kämpfen. Bis 1989 befand sich Bulgarien unter sowjetischem Einfluss, ab 1989 ist es wie auch andere osteuropäische Länder auf sich allein gestellt, da die Sowjetunion kein Interesse mehr an den Prozessen in der Region zeigt.

Unter diesen geopolitischen Bedingungen fängt ein neuer Transformationsabschnitt für Osteuropa an – der Übergang vom sowjetischen Sozialismus zur parlamentarischen Demokratie und zur freien Marktwirtschaft. Diese Begriffe sind recht weitläufig, da ihre Konkretisierung von einer Reihe von Faktoren abhängig ist, wie der spezifischen Konstellation der politischen Kräfte, den historischen Traditionen und der Reife der Gesellschaft.

Die meisten Osteuropäer erwarten, dass eine höhere und an den westeuropäischen Standards angepasste Lebensqualität mit der politischen Umstellung einhergeht und dass dies auch zeitnah geschieht. Trotz der vorhandenen Unterschiede sieht es Anfang 1990 noch so aus, dass die ehemaligen Satellitenstaaten gemeinsam den Weg zu einer neuen politischen und sozialen Ordnung gehen.

Dieses Kollektivgefühl beflügelt die bulgarische Opposition. Sie verlässt sich auf die Erfahrung und Unterstützung von anderen osteuropäischen Ländern, die etwas weiter mit dem Transformationsprozess vorangekommen sind. Ein erstes Vorbild hierfür ist die polnische Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“, die bereits im Jahr 1980 entstanden war, mit Tadeusz Mazowiecki im Jahr 1989 den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten stellen konnte und somit erfolgreich den

Kampf gegen das kommunistische Regime führte.³⁰⁴ Diesem Beispiel folgend, entscheidet sich die Opposition auch dafür, Form und Gestalt der Wende in Gesprächen am Runden Tisch zusammen mit der Regierung auszuhandeln und festzulegen. Dadurch, dass das Gespräch am Runden Tisch bereits der polnischen „Solidarność“ zum Erfolg verholfen hat, erhofft sich die UDK selber davon ein positives Ergebnis.

Anfang 1990 ist die politische Landschaft in Bulgarien nicht mehr wiederzuerkennen: Anstelle der alleinherrschenden kommunistischen Partei entstehen viele kleine politische Bewegungen und Parteien, die zu einer bis dato unbekanntem politischen Vielfalt beitragen und über die UDK hinausgehen. Die ehemaligen Kommunisten und jetzigen Sozialisten begrüßen anfänglich die Bildung der Opposition, weil dadurch eine Dynamik entsteht, die Änderungen in der eigenen Partei begünstigt und als Druckmittel für weitere politische und wirtschaftliche Reformen dient. Doch bald erkennt die BSP, dass die Opposition aus dieser Rolle herausgewachsen ist und ihre eigenen Wege geht. Als Anfang Februar 1990 die BSP versucht, eine neue Regierung mit Vertretern der neu gegründeten Bewegungen und Parteien wie der BZNS zu bilden, muss sie feststellen, dass es keine Kandidaten für die Ministerposten gibt und dass sogar die BZNS bemüht ist, sich von der ehemaligen BKP so weit wie möglich zu differenzieren und fernzuhalten. So kommt im Februar 1990 erstmals in der Geschichte Bulgariens eine rein kommunistische Regierung zustande, nicht weil es die Absicht ist, sondern weil keine andere Partei und politische Bewegung mit der BSP kooperieren wollen, da die BSP die kommunistische Vergangenheit repräsentiert.³⁰⁵ Die Isolierung von BSP wird zu einer langandauernden Hürde für die Partei auch in den nächsten Jahren des Übergangs.

Trotzdem ist die BSP in den ersten Monaten der Wende als einzige politische Formation fähig zu regieren, was sie zu einem unentbehrlichen Teil des Übergangs

³⁰⁴ Vgl. Vetter, Reinhold: *Bronislaw Geremek: Der Stratege der polnischen Revolution*. Berlin 2014. S. 148.

³⁰⁵ Vgl. Ananieva: *Andrej Lukanov im Parlament*. S. 23-24.

macht.³⁰⁶ Die UDK befindet sich immer noch in der Findungsphase und stellt noch keine Ansprüche als Regierungsmacht. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Bulgarien und die Brisanz um die bulgarisch-türkische ethnische Frage verlangen nach einer zügigen Lösung und nach der Unterstützung der Bevölkerung. Doch steht dem die Legitimation der politischen Institutionen im Wege. Die Opposition streitet die Funktion von BSP als Volksrepräsentant ab und vertritt damit die Meinung der Mehrzahl der bulgarischen Bürger, doch wird diese politisch nicht legitimiert, da eine Legitimierung nur mit Hilfe von Wahlen erlangt werden kann. Unter diesen Umständen wird die Formulierung allgemeiner politischer Aufgaben einzig und allein durch direkte Gespräche zwischen der Regierung und der Opposition ermöglicht und so kommt es zu den Verhandlungen am Runden Tisch.³⁰⁷

Der bulgarische Runde Tisch³⁰⁸ tagt vom 3. Januar bis zum 15. Mai 1990. Dabei werden die Standpunkte der Regierung und der Opposition ausgeführt. Das Ziel dieser Diskussionsrunde ist die Verhandlung der Transformation des politischen Systems. Die Tagungen werden im Fernsehen und im Radio öffentlich übertragen, so dass die ganze Nation die neue politische Elite hören kann.

Der Runde Tisch ist das Ergebnis politischer Abstimmung, nicht politischer Wahlen, trotzdem verwandelt sich dieser in das wichtigste Staatsorgan, da sich alle Teilnehmer verpflichtet haben, die getroffenen Abmachungen im Rahmen ihrer politischen Funktionen umzusetzen.³⁰⁹ Das Parlament ist formell das offizielle Gesetzgebungsorgan, doch verabschiedet das Parlament zusammen mit der Regierung Gesetze, die bereits am Runden Tisch besprochen und abgestimmt worden sind. Das zeigt erneut auf, dass sich das bulgarische Parlament auch zu Beginn des

³⁰⁶ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 432-434.

³⁰⁷ Vgl. Appellius, Stefan: *Bulgarien. Europas Ferner Osten*. Bonn 2006. S. 118.

³⁰⁸ Vgl. Florath, Bernd (Hrsg.): *Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur*. Göttingen 2011. S. 225.

³⁰⁹ Vgl. Heydemann, Günther/Vodička, Karel (Hrsg.): *Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich*. Göttingen 2013. S. 241.

Demokratisierungsprozesses unterordnet, in der Vergangenheit der BKP und im Jahre 1990 dem Runden Tisch.³¹⁰ Die Macht des Runden Tisches wird auch dadurch sichtbar, dass keine neugegründeten politischen Organisationen zu den Verhandlungen zugelassen werden, da bereits die Zweiseitigkeit des Runden Tisches festgehalten ist³¹¹ - die UDK ist der einzige anerkannte nationale Vertreter der Opposition.

Dem Runden Tisch wird ein Ende gesetzt, indem folgende zwei grundlegende politische Richtungsentscheidungen getroffen werden: Der endgültige Abschied vom Sozialismus wird angenommen und der politische Übergang zur parlamentarischen Demokratie festgelegt.³¹² Bezüglich der ersten Entscheidung werden Änderungen in der Verfassung ausgehandelt, die sich unter anderem mit der Garantie von Menschenrechten befassen. Darüber hinaus wird entschieden, dass alle Parteiorganisationen der BKP abgeschafft werden und dass alle zentralen Staatsinstitutionen wie die Armee oder die Polizei von dem Parteieinfluss befreit werden. Der wichtigste Punkt in der zweiten Entscheidung betrifft die Einführung einer Mehrheitswahl mit einer 4%-Sperrklausel für die Durchführung von Parlamentswahlen.³¹³ Ausländische Wahlbeobachter sollen dabei für den Freiheitscharakter der Wahlen sorgen. Das Gesetz über die politischen Parteien wird insofern erweitert, als auch weitere politische Organisationen und Vereine an den Wahlen teilnehmen dürfen. Beide – BSP und UDK – befürworten die Erweiterung der politischen Tätigkeit; dabei greift die BSP auf ihre bestehenden Strukturen zurück und die UDK auf Studentenvereine und Gewerkschaften wie „Podkrepa“.

Bulgarien ist das einzige Land in Osteuropa, das seine ersten freien demokratischen Wahlen für eine Große Nationalversammlung mit der Ausarbeitung einer neuen

³¹⁰ Vgl. Pirgova, Mariya: *Der bulgarische Parlamentarismus. Im Rahmen der globalen Transformation.* [Balgarskijat parlamentarizum. V uslovijata na globalnija prehod]. Sofia 2009. S. 84-85.

³¹¹ Vgl. Weil, Francesca: *Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR.* Göttingen 2011. S. 31.

³¹² Vgl. Pirgova: *Der bulgarische Parlamentarismus.* S. 85-86.

³¹³ Vgl. Dimitrow, Filip: *Die politische Repräsentation nach dem Kommunismus.* [Politicheskoto predstavitelstvo sled komunizma]. Sofia 2010. S. 44-45.

Verfassung verbindet. Diese Entwicklung ist insofern ungewöhnlich, als die politischen und wirtschaftlichen Reformen in Bulgarien spürbar langsamer umgesetzt werden als in den restlichen osteuropäischen Transformationsländern. Eine Erklärung hierfür ist, dass die Opposition dadurch den Rückstand im Demokratisierungsprozess zu mindern versucht, indem sie vorschlägt, dass bereits die erste pluralistische Große Nationalversammlung eine Verfassung auszuarbeiten hat, die das ganze System verändern soll.³¹⁴ Dieser eher unrealistische Ehrgeiz, in kürzester Zeit alles nachzuholen und sogar zu überholen, wird die bulgarische Politik auch in den Jahren nach der Wende prägen und zu überstürzten Reformen und unüberlegten politischen Entscheidungen führen. Die Opposition ist der Meinung, dass es sinnvoller ist, zuerst einen neuen theoretischen Rahmen festzumachen und danach diesen in die Realität umzusetzen, anstatt auf die Änderungen und Folgen zu warten und diese erst danach in einer neuen Verfassung niederzuschreiben. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, braucht die UDK allerdings eine absolute Mehrheit bei den Wahlen. Diesbezüglich wird die UDK durch die Wahlerfolge der polnischen „Solidarność“ im Juni 1989 ermutigt.³¹⁵

In der Vereinbarung über die Große Nationalversammlung wird festgehalten, dass diese auch als gewöhnliche Nationalversammlung funktionieren würde, was wiederum ermöglichte, dass die Gesetze über die Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems verabschiedet werden und gleichzeitig an der neuen Verfassung gearbeitet wird.³¹⁶ Von größter Bedeutung für das Wahlergebnis sind auch die ausgehandelten Rahmenbedingungen für deren Ausführung. Die Opposition setzt sich für die Verschiebung des Termins für die Wahlen auf den Herbst 1990 ein, so dass sie ausreichend Zeit für die Erschaffung interner Strukturen und die organisationelle und ideologische Aufstellung hat. Im Gegensatz dazu bevorzugt es die BSP, dass die Wahlen bereits im Frühling stattfinden, um so die euphorische Volksstimmung aufgrund des Rücktritts von Schiwkow zum eigenen Vorteil nutzen zu können. So

³¹⁴ Vgl. Simeonov: *Die große Veränderung 1989-1990*. S. 50.

³¹⁵ Vgl. Marti, Roland/Vogt, Henri (Hrsg.): *Europa zwischen Fiktion und Realpolitik*. Bielefeld 2010. S. 175.

³¹⁶ Vgl. Simeonov: *Die große Veränderung 1989-1990*. S. 50.

kommt es zu einem Kompromiss zwischen der Regierung und der UDK, indem die Wahlen vom 10. bis 17. Juni 1990 stattfinden. Die UDK setzt sich für den Einsatz des proportionalen Wahlsystems ein, da dieses auch kleineren Parteien eine Chance auf Einzug ins Parlament bietet; die BSP befürwortet das majoritäre Wahlsystem, da sich die ehemaligen Kommunisten auf die vielen populären bulgarischen Persönlichkeiten verlassen, die beim Rücktritt Schiwkows eine wesentliche Rolle gespielt haben und somit einen hohen Beliebtheitsgrad in der Bevölkerung zu dem Zeitpunkt besitzen. Auch hier treffen sich die beiden politischen Formationen in der Mitte: Die Wahlen finden nach einem gemischten Wahlsystem statt, wonach die eine Hälfte der Abgeordneten (200) nach dem proportionalen und die andere Hälfte nach dem majoritären Wahlprinzip gewählt wird.³¹⁷ Dieses Wahlvorgehen ist von der damaligen BRD abgeschaut, wobei im bulgarischen Fall die Sperrklausel 4 % und nicht 5 % beträgt. Das Verhandlungsergebnis betrifft auch die Massenmedien – die Regierung garantiert das Vorhandensein der üblichen benötigten Mittel und Voraussetzungen wie Papier und Räumlichkeiten für die Herausgabe von oppositionellen Zeitungen und Zeitschriften sowie eine Entpolitisierung des nationalen bulgarischen Fernsehens und Rundfunks, so dass allen politischen Kräften der gleiche Zugang zu den staatlichen Medien ermöglicht wird.

Darüber hinaus ist der Runde Tisch ein wichtiger Faktor für die Entstehung des Wahlkampfes. Während der öffentlichen Versammlungen des Runden Tisches, die von der bulgarischen Bevölkerung mit Interesse verfolgt werden, wird die BSP bezüglich ihrer 45-jährigen Herrschaft scharf von der Opposition angegriffen. Somit ist der erste Wahlkampf sehr konfliktorientiert, da sich die UDK gänzlich auf die Kritik der kommunistischen Regierung in allen wirtschaftlichen und politischen Aspekten konzentriert und auch auf die Ablehnung des kommunistischen Regimes als solches.³¹⁸ Die Hauptwahlkampfansagen lauten „45 години стигат“ und „Времето е наше“, die bedeuten, dass 45 Jahre ausreichen und dass jetzt die Zeit für die Ära der UDK reif

³¹⁷ Vgl. Pirgova: *Der bulgarische Parlamentarismus*. S. 125-126.

³¹⁸ Vgl. ebd.

ist.³¹⁹ Aus diesen Wahlansagen wird deutlich, dass die Vergangenheit verteufelt und eine Zukunft ohne Krisen und Gewalt in Aussicht gestellt wird. Im Gegensatz dazu zählen die Wahlversprechen der BSP die sozialen Vorzüge des Sozialismus auf und streben einen neuen demokratischen Sozialismus an, wobei gleichzeitig der Versuch unternommen wird, sich von den kommunistischen Repressionen der Vergangenheit zu distanzieren.³²⁰ Der Wahlspruch des BSP lautet zu dieser Zeit: „Erfolg für Bulgarien/Сполука за България.“

Von dem Wahlergebnis hängt die Gestaltung und Ausrichtung des Transformationsprozesses in Bulgarien ab. Die BSP ist weiterhin auf die Sowjetunion ausgerichtet, doch werden zunehmend auch weitere Einflüsse auf die bulgarische Entwicklung wahrgenommen. An erster Stelle sollen die USA erwähnt werden, die den Aufbau neuer politischer Organisationen unterstützen und eine gute Beziehung zu der UDK aufbauen können.³²¹ Unter anderem äußert sich diese Unterstützung in der Finanzierung der UDK-eigenen Zeitung, die Demokratie heißt, und in methodologischen und konzeptionellen Ratschlägen für die Durchführung eines Wahlkampfes. Zu der erfolgreichen Durchführung der Wahlkampagne tragen nicht zuletzt auch die vielen Studenten und Schüler bei, die unentgeltlich Wahlplakate aufhängen. Doch wird der Wahlkampf der UDK auch von vielen Problemen begleitet – die UDK ist erst dabei, die eigenen Strukturen und Institutionen aufzubauen. Diesen Strukturen treten viele Menschen bei, deren größte Motivation die Bekämpfung der kommunistischen Vergangenheit ist, die aber überwiegend keine tieferen Kenntnisse über die politischen Prozesse und Strukturen besitzen und somit den politischen Kampf allein aufgrund persönlicher Gefühle zu führen versuchen.

Unter diesen Umständen werden die Wahlen am 10./17. Juni durchgeführt. Die Wahlergebnisse sorgen für eine allgemeine Empörung, da die BSP die absolute Mehrheit erzielt. Nach dem proportionalen Wahlsystem erhält die BSP 47,25 % der Stimmen,

³¹⁹ Vgl. Simeonov: *Die große Veränderung 1989-1990*. S. 124-282.

³²⁰ Vgl. Lilov: *Der internationale und der bulgarische Übergang*. S. 223-225.

³²¹ Vgl. Clyatt, Oscar W.: *Bulgaria's Quest for Security after Cold War*. Washington 1993. S. 37-38.

nach dem majoritären Wahlsystem erzielen die ehemaligen Kommunisten sogar 52,75 % und erhalten somit 211 von insgesamt 400 der Parlamentssitze.³²² Die UDK wird zweite Kraft mit 36 % der Stimmen und 144 Parlamentssitzen und die BZNS überwindet mit 4 % die Sperrklausel; sie erhält somit 16 Parlamentssitze.³²³ Auch eine neue und in der Öffentlichkeit umstrittene Partei zieht mit 23 Abgeordneten in das neue Parlament ein: die BRF (Bewegung für Rechte und Freiheit).³²⁴ Die bulgarischen Türken wählen diesen neutralen Namen für die eigene Partei. Im Laufe des „Wiedererstellungsprozesses“ vereinen sich die bulgarischen Türken mit vielen kleinen Organisationen, die sich im Rahmen des politischen Pluralisierungsprozesses in eine Partei umwandeln. In die neue Große Nationalversammlung schaffen es auch sechs weitere Kandidaten von kleinen oder unabhängigen Parteien, doch stammen diese in den meisten Fällen aus Organisationen, die der BSP nahestehen.³²⁵

Die Analyse der Wahlergebnisse ergibt eine Vielzahl an möglichen Erklärungen für den unerwarteten Wahlen Ausgang. Eine erste Ursache dafür ist der Mangel an Strukturen bei der Opposition und das Einsetzen eines reproduzierten politischen Instrumentariums sowie einer fremden Strategie, die in anderen Ländern zu Erfolgen geführt hat, allerdings nicht an die bulgarischen Gegebenheiten angepasst war. Auch der Wahlkampf der UDK, beruhend auf der Verdammung der kommunistischen Vergangenheit, hat sein Ziel verfehlt, da viele Bulgaren mittleren Alters ihre Existenz und erfolgreiche berufliche Laufbahn unmittelbar mit der Ära des Sozialismus assoziieren.³²⁶ Darüber hinaus ist die Mehrheit der UDK-Sympathisanten der intellektuellen Schicht, der Intelegencija, zugehörig und somit in den größeren Städten anzutreffen, anders als die BSP-Anhänger, die weiterhin einen großen Einfluss in den ländlichen Regionen und Dörfern haben. Diese Tatsache spiegelt sich auch in dem

³²² Wahlen 1990 – Nationales Zentrum für die Gesellschaftsforschung. Sofia 1991.

³²³ Ebd.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Vgl. Glenny, Misha: *The Rebirth of History. Eastern Europe Age of Democracy*. Penguin Books 1993. S. 164-182.

Wahlergebnis wider: Die UDK gewinnt mit absoluter Mehrheit in der Hauptstadt Sofia und erzielt gute Ergebnisse in einigen anderen großen Städten, verliert aber katastrophal in der Provinz.³²⁷ Auch das Alterskriterium spielt hierbei eine Rolle. Die Mehrheit der jungen Menschen setzt sich für den zügigen Wandel ein und unterstützt die Opposition, doch favorisiert die ältere Schicht der Bevölkerung eine mäßige Transformation und Systemanpassung und somit die BSP. Es stellt sich heraus, dass letztere Schicht die Mehrheit hat.

Diese ersten freien und demokratischen Wahlen sollen zur Legitimation der Regierungsgewalt beitragen, doch entfachen diese weiteren Diskussionen und stiften zusätzlich Unruhe im Land, da sich die Opposition mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden geben kann.³²⁸ Die Wahlen in den meisten anderen ehemaligen sozialistischen Ländern führen zum überzeugenden Gewinn der neuen politischen Kräfte und zu einer Schrumpfung der ehemaligen kommunistischen Parteien. Allein aus diesem Grund hat die UDK mit einem klaren Sieg gerechnet. Doch liegt es höchstwahrscheinlich an dem Mangel an politischer Erfahrung, dass die Opposition die Unterschiede zwischen Zentraleuropa und dem Balkan nicht wahrgenommen und beachtet hat. Denn ein wichtiger Faktor für den überraschenden Ausgang der Wahlen ist auch die im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern etwas andere Einstellung der Bulgaren gegenüber dem Sozialismus und der Sowjetunion. Denn die Bulgarische Kommunistische Partei hatte auch vor 1944 einen großen Einfluss in Bulgarien und somit eine lange Tradition. Auch die prorussische Haltung der bulgarischen Bevölkerung hat ihren Ursprung in der frühen Geschichte Bulgariens und in der Ära der nationalen bulgarischen Wiedergeburt, wobei die Sowjetunion eine wesentliche Rolle gespielt hat. Der plakative Wahlkampf nach westlichem Muster ist der eher traditionell gestimmten Bevölkerung nicht angemessen. Außerdem gelingt es

³²⁷ Wahlen 1990 – Nationales Zentrum für die Gesellschaftsforschung. Sofia 1991.

³²⁸ Vgl. Brown, Jim F.: *Surge for freedom. The End of Communist Rule in Eastern Europe*. London 1991. S. 197.

den bulgarischen Dissidenten nicht, einzelne charismatische Führungspersönlichkeiten als populäre Sprecher für die eigene Sache nach außen zu etablieren.

Ungeachtet dessen sucht die UDK nicht nach Gründen für die unerwartete Wahlniederlage, sondern protestiert dagegen und behauptet, dass die Wahlen trotz der Anwesenheit internationaler Wahlbeobachter frei, aber nicht fair verlaufen seien. Die Enttäuschung der bulgarischen Studenten führt dazu, dass sich viele in der Sofioter Universität einsperren und einen Proteststreik anfangen. Daraus entsteht eine Protestwelle, da sich eine Vielzahl an Sofiotern und Einwohnern anderer großer Städte auch nicht damit zufrieden geben wollen, dass die Wahlstimmen der Provinz die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft bestimmen sollen. Die Protestierenden fordern nicht nur den Rücktritt der neugewählten Regierung und des Bundespräsidenten Petar Mladenov, sondern geben der BSP erneut die Schuld für Ungerechtigkeiten und Verbrechen aus der kommunistischen Vergangenheit.³²⁹ Somit werden die Angriffspunkte von der Wahlkampagne gegen die BSP wiederholt aufgegriffen und in den öffentlichen Raum gestellt, meistens ohne vorausgehende Recherchen über die Wahrhaftigkeit oder über den Ursprung der behaupteten Anschuldigungen. Diese Phase ist ausschlaggebend für den späteren Verlauf der politischen Transformation in Bulgarien, weil dadurch eine politische Kultur der Ablehnung oder gar Verneinung entsteht, bei der der Angriff auf den Gegner wichtiger als die Staatsinteressen oder die Wahrheit ist. Diese politische Kultur wird auch Jahre später das politische System und im Besonderen das Parteiensystem prägen.

Nach einem öffentlichen Skandal über eine Bemerkung des Staatspräsidenten Petar Mladenov anlässlich des Wahlkampfes und initiiert von der UDK, gibt dieser am 6. Juli 1990 seinen Rücktritt bekannt.³³⁰ Dieser Schritt wird von der UDK als das Ergebnis der Demonstrationen gedeutet und als ein erster Sieg wahrgenommen. Dies spornt zusätzlich die Protestierenden an. Die Regierung weiß mit dieser ungewöhnlichen

³²⁹ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 437-438.

³³⁰ Vgl. Semerdghiew, Atanas: *Keine Einwände gegen das Erlebte*. [*Preghivjanoto ne podleghi na obghalvane*]. Sofia 1999. S. 387-401.

Situation nicht umzugehen, zumal sie keine Ordnungshüter einsetzen will, um weitere Eskalationen zu verhindern. Die Opposition ihrerseits versucht den politischen Prozess durch Demonstrationen zu beeinflussen, da sie die Wahlen nicht für sich entscheiden konnte. Unter diesen Umständen wird die erste Phase des Übergangs durchgeführt – vom Sturz Todor Schiwkows bis zum ersten pluralistischen Parlament.

Die zweite Phase des bulgarischen Übergangs umfasst den Zeitraum zwischen den ersten demokratischen Wahlen im Juni 1990 und der Verabschiedung der neuen Verfassung am 12. Juli 1990. Charakterisierend für diese Phase ist das außerparlamentarische Vorgehen der UDK, wodurch die Opposition ihre Ansichten bei der Ausarbeitung der neuen Gesetzgebung vertritt. Im Sommer 1990 gibt es in Bulgarien ein neues Parlament, in dem erstmalig seit vier Jahrzehnten der Einparteienlandschaft eine parlamentarische Opposition entgegenwirken kann.³³¹ Das Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit für die UDK legt nahe, dass Bulgarien kaum imstande sein werde, die restlichen osteuropäischen Länder einzuholen, so dass die UDK nach einer neuen taktischen Strategie greifen muss. Die Führung der UDK ist der Meinung, dass eine demokratische Verfassung, verabschiedet von einer Mehrheit ehemaliger Kommunisten, ein eher gefährliches Unterfangen sei. Die erste Gefahr bestände darin, dass aufgrund der Rahmenbedingungen die neue Verfassung nicht als ausreichend demokratisch bezeichnet werden könne. Die zweite Gefahr stellt die Aussicht dar, dass sich die ehemaligen Kommunisten als führende Kraft während des Transformationsprozesses etablieren werden, was wiederum die Zukunft der UDK gefährden würde. Deshalb versucht UDK vermehrt außerparlamentarisch, durch Proteste und Demonstrationen auf der Straße Einfluss auf das politische Geschehen auszuüben. Der zivile Ungehorsam von 1990 wird im Nachhinein als der bulgarische Versuch für eine „sanfte“, „verhandelte“ Revolution betrachtet. Doch im Vergleich zum Beispiel der Tschechoslowakei setzt diese „sanfte“ Revolution nicht den Anfang der

³³¹ Vgl. Appellius: *Bulgarien. Europas Ferner Osten*. S. 119-120.

Transformation, sondern wird erst aktiv, nachdem sich die neue/alte politische Gewalt durch demokratische Wahlen legitimiert hat.³³²

So bleibt die Exekutive auch nach dem Umsturz vom 10. November in den Händen der ehemaligen Kommunisten – am 3. April 1990 wird Petar Mladenov der Bundespräsident Bulgariens und verbleibt auf diesem Posten bis zu seinem Rücktritt am 6. Juli 1990; Andrei Lukanov wird der neue Ministerpräsident. Der überzeugende Wahlsieg überrascht auch die BSP selbst, da diese gehofft hat, die Verantwortung einer Regierung in der Krise teilen zu können. Die UDK weigert sich, sich an dem Kabinett von Lukanov zu beteiligen. Dieses Zerwürfnis verschärft sich und gleichzeitig wird eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage spürbar.³³³ Die BSP weigert sich ihrerseits, allein zu regieren, und versucht weiterhin, eine Beteiligung der UDK zu initiieren. So wird am 1. August 1990 nach langwierigen Diskussionen Schelju Schelew, der UDK-Parteivorsitzende, der neue Bundespräsident Bulgariens.³³⁴ Diese Handlung und die Tatsache, dass als Vizepräsident der Sozialist Atanas Semerdghiev gewählt wird, soll gewährleisten, dass die UDK auf weiteren politischen Eskalationen verzichten wird und die BSP dennoch maßgeblich die politische Richtung bestimmt. Stattdessen löst diese Entscheidung einen sieben Jahre andauernden Konflikt zwischen den Institutionen in Bulgarien aus. Nachdem Schelju Schelew als Bundespräsident gewählt ist, gibt er seinen Posten als UDK-Parteivorsitzender auf und Petar Beron wird sein Nachfolger.³³⁵

In der neuen Großen Nationalversammlung wird anfangs grundsätzlich über die Gesetze diskutiert, welche die politischen und ökonomischen Facetten des Übergangs gewährleisten sollen. Die Entpolitisierung des Staatsapparates wird relativ einfach durchgeführt. Doch nicht so einfach gestaltet sich die Frage nach der Landwirtschaft. Alle sind sich einig, dass der Landwirtschaftliche Betrieb der kooperierten Arbeit

³³² Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 266.

³³³ Vgl. Appellius: *Bulgarien. Europas Ferner Osten*. S. 120-121.

³³⁴ Vgl. Ananieva: *Andrej Lukanov im Parlament*. S. 111.

³³⁵ Vgl. Appellius: *Bulgarien. Europas Ferner Osten*. S. 121-122.

(TKZS) durch neue Strukturen ersetzt werden muss, die auf dem landwirtschaftlichen Eigentum des Landes beruhen. Es entsteht allerdings die Frage, wer die Eigentumsrechte besitzen soll – derjenige, der das Land zurzeit bewirtschaftet, oder derjenige, dem das Land vor dem Kooperieren gehört hatte. Dieses Dilemma ist nicht zu unterschätzen, da das Kooperieren zur Urbanisierung führt, die wiederum darin mündet, dass die ursprünglichen Besitzer die Landesregionen verlassen und in vielen Gebieten die türkische Bevölkerung deren Platz einnimmt.³³⁶ Nach langen Diskussionen setzt sich die UDK durch, indem das Land den ehemaligen Besitzern zugeordnet wird. Doch schlägt die BSP vor, dass diese Zuordnung in vordefinierten „idealen“ Grundstücken vorgenommen wird, so dass große landwirtschaftliche Flächen nicht auseinandergerissen werden und deren Anbau nicht erschwert wird. Das Gesetz über den Landesbesitz, das am 22. Februar 1991 verabschiedet wird, stellt einen Kompromiss dar. Doch ist dieses Gesetz auch der Anfang einer bis heute andauernden landwirtschaftlichen Krise, da die Abschaffung der TKZSs von speziell dafür ins Leben gerufenen Räten durchgeführt wird, die viel mehr Plünderungen als den Erhalt des Eigentums der TKZS begünstigen.³³⁷

Der Premierminister Andrej Lukanov wird somit vor eine schwierige Wahl gestellt. Als Ökonom weiß er, wie die wirtschaftliche Transformation vorangetrieben werden soll, auf seine Initiative wird das Programm „Rahn-Utt“ für die marktwirtschaftliche Transformation in Kooperation mit den amerikanischen Ökonomen Richard W. Rahn und Ronald D. Utt erarbeitet.³³⁸ Doch ist es Lukanov bewusst, dass solche Reformen in einer hohen sozialen Unzufriedenheit enden; aus diesem Grund wird der Reformgedanke zu diesem Zeitpunkt nicht umgesetzt.³³⁹ Über das politische Widersetzen hinaus stellt im Herbst 1990 auch die erwartete Liberalisierung der Preise ein weiteres Hindernis dar, da viele Hersteller ihre Konsumgüter dem Markt

³³⁶ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 268.

³³⁷ Vgl. Lukanov, Andrej: *Über die Krise*. [Za krizata]. Sofia 1992. S. 98-104.

³³⁸ Vgl. Rahn, Richard W./Utt, Ronald D.: *Report of the Bulgarian Economic Growth & Transition Project*. 1990.

³³⁹ Vgl. Ananieva: *Andrej Lukanov im Parlament*. S. 268-300.

vorenthalten haben, bis die Läden leer waren und die Nachfrage nach den am meisten benötigten Produkten nun explodiert.³⁴⁰ Somit wird Bulgarien im September 1990 mit der Einführung von Kupons für Lebensmittel konfrontiert. Vor diesem Hintergrund und begleitet von zahlreichen Anti-Regierungs-Protesten legt am 29. November 1990 Andrej Lukanov sein Amt nieder. Es wird spekuliert, das Lukanovs Amtsverzicht nicht auf Druck von außen geschah, sondern vielmehr dass er auf einen passenden Anlass gewartet habe.³⁴¹

Die parlamentarische Krise im Herbst 1990 zwingt die UDK dazu, einen neuen politischen Kompromiss einzugehen. So wird am Ende des Jahres die erste Regierungskoalition der Transformation ins Leben gerufen. Die Ministerposten sind politisch gesehen vielseitig, doch wird der ganze wirtschaftliche Sektor von der UDK kontrolliert, damit die Exekutive in dieser kritischen Zeit nicht antiliberal eingestellten Ökonomen überlassen wird: „за да не се оставя точно в този момент изпълнителната власт на нелиберално мислещи икономисти.“³⁴²

Die Regierungskoalition bezieht sich auf das am 3. Januar 1991 verabschiedete Abkommen über den friedlichen Verlauf der Transformation, das wiederum die Durchführung weiterer Reformen gewährleistet.³⁴³ Am 1. Februar 1991 wird die Kontrolle über die Lebensmittelpreise abgeschafft, stattdessen wird ein neuer Marktmechanismus eingeführt. Dies hat zur Folge, dass die Lebensmittelpreise stark ansteigen und die Kaufkraft der Bevölkerung abnimmt. Mit dem neuen Gesetz wird auch die Transformation des Bankensektors angestoßen, da die Bulgarische Nationalbank nicht mehr der Regierungskontrolle unterliegt.

³⁴⁰ Vgl. Ananieva: *Andrej Lukanov im Parlament*. S. 342-358.

³⁴¹ Vgl. ebd. S. 417-420.

³⁴² Vgl. Nedelchev, Mihail: *UDK an der Macht. Teil 2. Demokratische Analyse*. [*SDS vuv vlastta. Chast vtora.- Demokratcheski pregled*]. Buch 4-5. Sofia 1996. S. 8.

³⁴³ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 270.

5.2.2 Die neue Verfassung von 1991

Im Jahr 1991 wird auch die innenpolitische Umorientierung Bulgariens spürbar. Die Annäherung an die USA und an Westeuropa läuft an, doch langsamer als erwartet und vor allem langsamer als die Lösung von der bestehenden politischen Beziehung zur Sowjetunion.

Im Frühling 1991 sorgt die Aufbereitung der neuen Verfassung für weitere Diskussionen. Die UDK behauptet, dass das Parlament nicht zur Erstellung einer neuen Verfassung berechtigt sei, da es nicht demokratisch genug wäre.³⁴⁴ Somit hofft die UDK erneut, dass sich die Machtverhältnisse bei Neuwahlen zu ihren Gunsten verschieben würden. Der Auslöser für den Wunsch nach Neuwahlen ist die Entscheidung zur Offenlegung der Geheimakten über die Abgeordneten: Es wird festgestellt, dass überwiegend Abgeordnete der UDK und der BRF und nicht der BSP als Informanten der Geheimpolizei tätig waren.³⁴⁵

Trotz weiterer innerparlamentarischer Differenzen und unter dem wachsenden öffentlichen Druck fährt das Parlament mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung fort. Somit wird diese letztendlich am 12. Juli 1991³⁴⁶ von 309 der 400 Abgeordneten unterschrieben.³⁴⁷

Bereits in den ersten Sätzen der Verfassung wird proklamiert, dass Bulgarien fest entschlossen ist, „ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ zu sein.³⁴⁸ Um dies zu gewährleisten, werden der Glaube und das Festhalten an die „allgemein menschlichen

³⁴⁴ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 272.

³⁴⁵ Vgl. Asenov, Boncho: *Vom sechsten zum sechsten*. [Ot shesto za shesto]. Sofia 1994. S. 126.

³⁴⁶ Vgl. Roggemann, Herwig (Hrsg.): *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern*. Berlin 1999. S. 373.

³⁴⁷ Vgl. Todorov, Nikolai: *VII. Große Nationalversammlung*. [Sedmo Veliko Narodno Subranie]. Sofia 1994. S. 137-138.

³⁴⁸ Vgl. Roggemann: *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas*. S. 373.

Werte Freiheit, Frieden, Humanismus, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz³⁴⁹ betont, wobei ein Hauptakzent auf „die Rechte der Persönlichkeit, ihre Würde und Sicherheit“³⁵⁰ gesetzt wird, nicht zuletzt aufgrund der politischen Historie der letzten Jahre.

Im ersten Kapitel der Verfassung wird Bulgarien als „eine Republik mit parlamentarischer Regierung“³⁵¹ und als „ein Einheitsstaat mit örtlicher Selbstverwaltung“ definiert, in dem „keine autonomen territorialen Einheiten“³⁵² zugelassen sind. Diese Festlegungen beruhen auf der politischen Vergangenheit Bulgariens und spiegeln die politisch-sozialen Diskussionen, vor allem bezüglich der Angst vor einer möglichen ethnischen Zersplittung des Landes, wider.

Auch die historische Erfahrung mit der jahrzehntelangen Vorherrschaft der BKP trägt dazu bei, dass im Artikel 1 der Verfassung festgehalten wird: „Kein Teil des Volkes, keine politische Partei, keine andere Organisation, staatliche Institution oder Einzelperson darf sich die Ausübung der staatlichen Souveränität anmaßen.“³⁵³ Der politische Teil der Verfassung weist auf die Furcht der bulgarischen Bevölkerung vor einer Wiederholung der politischen Geschehnisse und vor allem der politischen Einschränkungen der letzten Jahrzehnte hin.

Auch die Rolle des bulgarischen Präsidenten wird von den historischen Erfahrungen und von der neuen politischen Kräfteverteilung maßgeblich beeinflusst. Laut des Verfassungstextes ist der Präsident der Republik das Staatsoberhaupt: „Er verkörpert die Einheit der Nation und vertritt die Republik Bulgarien in den internationalen Beziehungen.“³⁵⁴ Die Zuständigkeiten des Präsidenten sind überwiegend

³⁴⁹ Vgl. Roggemann: *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas*. S. 373. Auch im Internet unter: <http://www.verfassungen.eu/bg/verf91.htm> (Stand: 01.03.2014).

³⁵⁰ Vgl. ebd.

³⁵¹ Vgl. ebd.

³⁵² Vgl. ebd. S. 374.

³⁵³ Vgl. ebd. S. 373.

³⁵⁴ Vgl. ebd. S. 392.

repräsentativer Natur: Er setzt die Wahlen an (nachdem das Parlament dies entschieden hat), hält offizielle Ansprachen, schließt völkerrechtliche Verträge ab (nur wenn dies gesetzlich vorgesehen ist), verkündet die Gesetze, ernennt und entlässt diplomatische Vertreter und andere staatliche Bedienstete, verleiht Orden und Medaillen sowie wichtigen nationalen Objekten Namen etc.³⁵⁵ Darüber hinaus hat der Präsident den Oberbefehl über die Streitkräfte, was ihn dazu befähigt, Mitglieder des Oberkommandos der Streitkräfte zu ernennen und zu entlassen. Der Präsident verfügt auch über die Unterstützung eines speziellen politischen Organs: Er ist Vorsitzender des Konsultativrates für Nationale Sicherheit, welcher lediglich eine rein beratende Funktion hat. Der Präsident hat die Befugnis, allein eine geschäftsführende Regierung bis zu einer Abhaltung von Neuwahlen zu ernennen, sollte innerhalb gesetzter Fristen keine Regierungsbildung erfolgen.³⁵⁶ Doch sind seine Kompetenzen in allen anderen Fällen entweder vom Parlament oder von der Regierung eingeschränkt. Unabhängig von diesen politischen Restriktionen wird der Präsident in einer direkten Wahl vom Volk für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.³⁵⁷ Diese Tatsache in Kombination mit seinem eingeschränkten Kompetenzbereich sorgt immer wieder für politische Diskussionen bezüglich der Idee für Bulgarien als ein „präsidientes“ Regierungssystem. Im Hinblick auf die Besonderheiten osteuropäischer Verfassungen ist jedoch die Definition „parlamentarisch“ oder „präsidientell“ nicht ausreichend.³⁵⁸ Der von Maurice Duverger eingeführte Begriff des „semipräsidientellen Regierungssystems“, bezieht sich darauf, dass die Regierungsmacht nicht allein bei dem Parlament und dem Ministerpräsidenten, sondern auch beim direkt gewählten Staatspräsidenten liegt³⁵⁹ und wird häufig in der osteuropäischen Forschung auf

³⁵⁵ Vgl. Pirgova: *Der bulgarische Parlamentarismus*. S. 309-323.

³⁵⁶ Vgl. Roggemann: *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropa*. S. 392-394.

³⁵⁷ Vgl. ebd.

³⁵⁸ Vgl. Merkel: *Systemtransformation*. S. 367-368.

³⁵⁹ Vgl. Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden 2010. S. 21.

Bulgarien angewendet. Wolfgang Merkel definiert Bulgarien nicht als ein präsidentielles, sondern als ein parlamentarisches System mit starkem Präsidenten.³⁶⁰

Die Abneigung der neuen politischen Mehrheit gegenüber einem starken politischen Machtzentrum führt zur Formierung einer starken parlamentarischen Regierung, welche die Existenz von mehreren politischen Kräften voraussetzt, die imstande sind, die Regierung zu beeinflussen und zu kontrollieren.

Den Grundrechten und -pflichten der Bürger in der Bulgarischen Verfassung wird ein hoher Stellenwert beigemessen – diese sind bereits im zweiten Kapitel der Verfassung vorzufinden. Die Inhalte der Verfassung bezüglich der Grundrechte richten sich grundsätzlich nach den europäischen Vorbildern. Darüber hinaus wiederholen viele dieser Inhalte Passagen aus der alten Verfassung. Doch ist es ein Novum in der neuen Bulgarischen Verfassung, dass die Grundrechte der Bürger nicht nur angekündigt, sondern auch garantiert und geschützt werden. In diesem zweiten und längsten Kapitel der Bulgarischen Verfassung über die Grundrechte und -pflichten der Bürger werden unter anderem auch andere Inhalte erstmalig aufgenommen, wie z. B. die Unantastbarkeit des Privatlebens, die freie Wahl des eigenen Wohnsitzes im eigenen Land und das Recht des freien Verlassens des Landes und der freien Rückkehr in das Land, die Pressefreiheit und die zensurfreien Masseninformationsmittel, das Recht auf sofortigen anwaltlichen Schutz bei einer Beschuldigung oder Festnahme, das Gelten der eigenen Unschuld bis zur Feststellung des Gegenteils durch ein rechtskräftiges Urteil etc.³⁶¹

Ein weiteres Novum stellt die Tatsache dar, dass der Verfassungstext über die Gleichheit der Frauen fehlt, der in der Verfassung von 1971 vorhanden war. Weitere Inhalte aus dem Jahr 1971, wie die Grundsätze über das Recht auf Bildung und die sozioökonomischen Arbeitsrechte, wurden in die neue Verfassung wiederaufgenommen.³⁶²

³⁶⁰ Vgl. Merkel: *Systemtransformation*. S. 369.

³⁶¹ Vgl. Roggemann: *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas*. S. 378-386.

³⁶² Vgl. ebd. S. 383-384.

Einen komplett neuen Inhalt stellt außerdem die Einführung des Grundsatzes der Gewaltenteilung dar. Anstatt des Prinzips der Einheit der Staatsgewalt wird eine Verteilung der Staatsgewalt in Gesetzgebung (Legislative), Vollziehung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative) vorgenommen.³⁶³ Auch eine für Bulgarien neue politische Institution wird eingeführt – das Bulgarische Verfassungsgericht. Dieses hat die Aufgabe, auf die Einhaltung der Verfassungsinhalte seitens der Staatsorgane zu achten. Das bedeutet unter anderem, dass das Verfassungsgericht Gesetze aufheben und Entscheidungen des Parlaments für ungültig erklären kann, als Richter in Diskussionen zwischen den drei politischen Hauptinstitutionen (dem Parlament, der Regierung und dem Präsidenten) und zwischen den lokalen politischen Selbstverwaltungsorganen und der zentralen Gewalt fungieren kann, die Verfassungskonformität von internationalen Verträgen prüfen kann und auch dazu befähigt ist, darüber zu entscheiden, inwieweit die existierenden Parteien der Verfassungsordnung entsprechen.³⁶⁴ Aus der Vielfalt seiner Funktionen wird deutlich, dass das Verfassungsgericht vor allem eine unabhängige Kontrollinstitution ist. Damit es seine Kontrollfunktion sach- und fachgemäß ausführen kann, gibt es bestimmte Anforderungen, die alle Richter im Verfassungsgericht zu erfüllen haben, wie unter anderem eine mindestens fünfzehnjährige einschlägige juristische Berufserfahrung.

In der neuen Verfassung wird auch die Unabhängigkeit der Judikative hervorgehoben. Um die Gesetzgebung selbst zu kontrollieren, werden folgende Organe der Judikative in Bulgarien ins Leben gerufen: das Verfassungsgericht, das Oberste Kassationsgericht und der Oberste Verwaltungsgerichtshof. Damit die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet ist, genießen Richter, Staatsanwälte und Untersuchungsbeamte bei der Ausübung der jeweiligen Funktion persönliche Immunität, so dass Gerichtsverfahren gerecht durchgeführt und die Rechte aller beteiligten Parteien geachtet werden können.³⁶⁵

³⁶³ Vgl. Roggemann: *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas*. S. 375.

³⁶⁴ Vgl. ebd. S. 403-405.

³⁶⁵ Vgl. ebd. S. 404.

In der Verfassung von 1991 werden auch die internationalen rechtlichen Gegebenheiten reflektiert – bereits in Kapitel 1 Artikel 5 wird festgehalten, dass die verfassungsgemäß ratifizierten und für die Republik Bulgarien geltenden völkerrechtlichen Verträge Teil des inner-staatlichen Rechts sind und dass diese Vorrang vor Normen der inner-staatlichen Gesetzgebung haben, die ihnen widersprechen:

„Международните договори, ратифицирани по конституционен ред, обнародвани и влезли в сила за Република България, са част от вътрешното право на страната. Те имат предимство пред тези норми на вътрешното законодателство, които им противоречат.“³⁶⁶

Auch das Eigentumsrecht wird neu definiert, nur das Privateigentum wird als unantastbar bestimmt. Dem entgegen werden das staatliche und das kommunale Eigentum durch das Gesetz beschlossen.³⁶⁷

Kapitel 1 Artikel 19 der Verfassung widmet sich den wirtschaftlichen Grundlagen und Prinzipien und legt fest, dass die Wirtschaft der Republik Bulgarien auf der freien wirtschaftlichen Initiative beruht und dass das Gesetz allen Menschen die gleichen Konditionen für eine Erwerbstätigkeit garantiert und den Verbraucher vor ungesetzlichem Wettbewerb und vor dem Missbrauch von Monopolstellungen bewahrt:³⁶⁸

„(1) Икономиката на България се основава на свободната стопанска инициатива. (2) Законът създава и гарантира на всички граждани и юридически лица еднакви правни условия за стопанска дейност, като предотвратява злоупотребата с монополизма, нелоялната конкуренция и защитава потребителя.“³⁶⁹

Da in Bulgarien Strukturreformen nicht nach den Maßstäben der meisten west-europäischen Länder durchgeführt wurden, haben die Artikel in der Verfassung über

³⁶⁶ Vgl. Roggemann: *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas*. S. 404.

³⁶⁷ Vgl. ebd. S. 376.

³⁶⁸ Vgl. ebd. S. 377.

³⁶⁹ Vgl. <http://www.verfassungen.eu/bg/verf91.htm> (Stand: 01.03.2014).

die Wirtschaft und die Wirtschaftsregelung bis dato eher Empfehlungscharakter, als dass sie der Realität entsprechen.

Dieser Widerspruch zwischen Gesetz (oder auch Anspruch) und Realität stellt auch im Wesentlichen den größten Mangel der neuen Bulgarischen Verfassung von 1991 dar, denn diese Verfassung hat sich zwar der zeitgemäßen demokratischen Prinzipien bedient, so dass eine anhaltende gesetzliche Grundlage für eine demokratische Ordnung in Bulgarien geschaffen ist, doch entspricht diese nur sehr entfernt der bulgarischen Realität der ersten Jahre der postkommunistischen Ära.

5.3 Demokratisierungsprozesse in Politik und Wirtschaft (1991-1997)

Die Transformation des politischen Systems in Bulgarien vom Kommunismus zur parlamentarischen Demokratie wirkt sehr verlangsamt und schwerfällig, vor allem im Vergleich zu den anderen ehemaligen Satellitenstaaten in Osteuropa. Die Gründe hierfür sind, dass es die neuen politischen Kräfte in Bulgarien nicht schaffen, die ersten demokratischen Wahlen für sich zu entscheiden, dass die umbenannte BKP als BSP die ersten Wahlen gewinnt und dass die neue Verfassung all die neuen Veränderungen vielmehr nur zu veranlassen scheint, als dass sie diese auch nach ihrer Vollbringung zu regulieren vermag.

Vergleicht man die bulgarische Systemtransformation in dieser ersten Phase des Umbruchs mit den anderen ehemaligen sozialistischen Staaten in Osteuropa, dann fällt das Land eher negativ auf. Doch würde Bulgarien mit anderen Balkanländern wie Rumänien oder dem damaligen Jugoslawien verglichen werden, wäre eine positivere Zwischenbilanz zu verzeichnen: Sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Reformen werden schneller vorangetrieben als in den Nachbarländern und auch die Opposition ist besser organisiert, denn bereits im Jahr 1990 hat Bulgarien einen Präsidenten aus der Reihen der Opposition. Da Bulgariens sogenannte Erfolge an dem Transformationstempo der anderen postsozialistischen Staaten wie Polen und Tschechien gemessen werden, verbreitet sich in Bulgarien Frustration über die eigene Unfähigkeit, mithalten zu können. Diese Unzufriedenheit über das langsame Vorschreiten des bulgarischen Übergangs führt dazu, dass die Bevölkerung immer ungeduldiger wird und weniger gewillt ist, weitere politische Reformvorhaben zu unterstützen, was wiederum dazu führt, dass Bulgarien bereits zu Beginn der Systemtransformationsperiode mit Verzögerungen sowie zusätzlichen politischen und wirtschaftlichen Widerständen zu kämpfen hat.

5.3.1 Die UDK-Regierung 1991-1992

In weniger als anderthalb Jahren hat sich einiges in der bulgarischen politischen Landschaft getan – sowohl die BSP als auch die UDK haben mit innerparteilicher Zersplitterungen zu kämpfen.

Viele Kader der BSP suchen mittlerweile nach alternativen Formen zur Regierungsbeteiligung, da sie der Meinung sind, dass die BSP in ihrer Form und Zusammensetzung in einer demokratischen Umgebung unfähig ist zu regieren. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass immer mehr Einzelheiten über Drangsalierungen und Repressionen von Gegnern der ehemaligen BKP ans Licht kommen. Dabei fällt es schwer, zwischen den wirklich von der Partei enttäuschten Mitgliedern und den Karrieristen, welche die Partei verlassen möchten, weil sie nicht mehr die absolute Macht für sich beansprucht, zu unterscheiden.³⁷⁰

Ähnlich sieht es bei der UDK aus: Zu der innerparteilichen Zersplitterung³⁷¹ tragen hier vor allem die Diskussionen über die Anwendung von außenparlamentarischen Mitteln für den politischen Wahlkampf und die Uneinigkeit über die Verabschiedung der neuen Verfassung bei. Aus den Reihen der Partei werden sogar Stimmen laut, dass die UDK sich von einer Koalition zu einer antikommunistischen Bewegung umgestalten sollte. Doch zu einer tatsächlichen innerparteilichen Zersplitterung kommt es bei den Wahlen im Jahr 1991, als sich drei Gruppierungen für die Wahlen registrieren lassen, welche die Bezeichnung UDK jeweils für sich beanspruchen. Der Name UDK ist stark umworben, vor allem weil die meisten Bulgaren, die im Jahr 1990 bereits mit den blauen Wahlzetteln für die Opposition gestimmt haben, nicht zwischen den einzelnen Parteien der Koalition unterscheiden können. Nach langen Diskussionen wird folgende Entscheidung getroffen: Der blaue Wahlzettel und der Name UDK werden der Bewegung UDK überlassen, die restlichen Parteien gruppieren sich in zwei

³⁷⁰ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 279.

³⁷¹ Vgl. Brahm, Heinz: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 4.

Koalitionen: UDK Zentrum (BSP, Ecoglasnost etc.) und UDK die Liberalen (die grüne Partei etc.).³⁷²

Die zweiten demokratischen Wahlen in Bulgarien finden am 13. Oktober 1991 nach reinem Verhältniswahlrecht mit einer 4%-Hürde statt.³⁷³ Das Verhältniswahlrecht setzt sich aufgrund der verbreiteten Meinung durch, dass es für die Zukunft des Landes von Vorteil wäre, wenn eine größere Anzahl an politischen Parteien, die verschiedene politische Ansichten vertreten, sich an der neuen Regierung beteiligen würde. In diesem Wahlkampf setzt die UDK unter anderem auf die blaue Farbe der eigenen Wahlzettel mit der Interpretation an, dass dies auch die Farbe der Europäischen Union und der Europäischen Strukturen ist. Die Absicht dieser Interpretation besteht darin, die bulgarische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass der Weg nach Europa nur mit der Wahl der UDK möglich wird.

Um sich dieser Wahlkampfoffensive zu widersetzen, entscheidet sich die BSP zu einer Koalition mit dreizehn weiteren kleinen politischen Gruppierungen. So wird die BSP seit diesen Wahlen als eine Partei wahrgenommen, die als Sprungbrett für ambitionierte Leader kleiner Gruppierungen dient.³⁷⁴

Die Ergebnisse der Wahlen stellen erneut eine Überraschung dar, da trotz Prognosen für eine Regierung der politischen Vielfalt nur drei der politischen Kräfte die 4%-Hürde überwinden können und es somit ins Parlament schaffen.³⁷⁵ Anders als vermutet liegt der Grund für dieses Ergebnis nicht darin, dass die Bevölkerung polarisierend nur für die BSP oder für die UDK gestimmt hat und dass die meisten ethnischen Türken ihre Stimme für die BRF abgegeben haben, sondern darin, dass eine große Anzahl der Stimmen für die sehr vielen kleineren Parteien abgegeben wurde, die es nicht über die 4%-Hürde geschafft haben. Die UDK des Zentrums und die UDK der Liberalen kommen zusammen auf über 6 % der Stimmen, doch aufgrund von Unstimmigkeiten

³⁷² Vgl. Brahm, Heinz: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 9.

³⁷³ Vgl. ebd. S. 10.

³⁷⁴ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 280.

³⁷⁵ Vgl. Brahm, Heinz: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 10.

bezüglich der Zusammensetzung der Wahllisten können sich diese nicht einigen und bleiben deshalb außerhalb des Parlaments. Fast ein Viertel der bei den Wahlen 1991 abgegebenen Stimmen kann parlamentarisch nicht vertreten werden und wird zwischen den drei größeren Parteien verteilt.³⁷⁶ Unter diesen Umständen gewinnt die UDK-Bewegung die Wahlen mit 34,36 % der Stimmen und 110 Abgeordneten von insgesamt 240 im Bulgarischen Parlament. Allerdings hat die UDK keine absolute Mehrheit erzielt und ist bei der Regierungsbildung abhängig. Die BSP reiht sich mit 33,14 % der Stimmen und 106 Abgeordneten an zweiter Stelle ein und an dritter Stelle liegt die BRF mit 7,55 % und 24 Abgeordneten.³⁷⁷

Nach diesen zweiten freien demokratischen Wahlen in Bulgarien dürfen die neuen politischen Kräfte das Land regieren. Doch scheint die UDK nicht so sehr auf den knappen Vorteil im Wahlergebnis zu achten und nach einer breiteren politischen Kooperation zu suchen, sondern ist stark davon überzeugt, dass dieses Ergebnis zwar knapp ist, aber für immer anhalten wird.³⁷⁸

Am 8. November 1991 ruft der Parteivorsitzende der UDK Filip Dimitrow eine selbstständige Regierung ins Leben, indem er die parlamentarische Unterstützung von dem Parteivorsitzenden der BRF, Ahmed Dogan, erhält, ohne dass sich dieser in der Regierung engagiert.³⁷⁹ Hierfür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist die Frage nach der Legitimität der BRF weiterhin nicht geklärt, da laut der neuen Bulgarischen Verfassung Parteien auf ethnischer Basis nicht zugelassen sind und auch die Vermutungen, dass die BRF sehr von der Türkei abhängig ist, nicht verstummen wollen. Zum anderen möchte sich Dogan während der großen wirtschaftlichen und politischen Krise nicht an der Regierung beteiligen, damit er sich weiterhin einen Freiraum für zusätzliche politische

³⁷⁶ Vgl. Brahm, Heinz: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 11.

³⁷⁷ Vgl. Tonchev, Vasil/Iordanova, Lidia: *Wahlen 1991: Die Meinung der Öffentlichkeit in Bulgarien*. [Izbori 1991: obshtestvennoto mnenie v Balgarija]. 1991.

³⁷⁸ Vgl. Spasov, Methodi: *Die Regierung von Filip Dimitrow*. [Prawitelstwoto na Filip Dimitrow]. Sofia 2002.

³⁷⁹ Vgl. Brahm, Heinz: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 11.

Handlungen bewahren kann. Dabei sollte vermutlich auch die Tatsache beachtet werden, dass die Wählerschaft der BRF überwiegend aus den ländlichen Regionen stammt, in denen bereits landwirtschaftliche Reformen angestoßen wurden und somit viele Menschen mit dem Verlust ihres Einkommens zu rechnen haben, wofür Dogan wiederum nicht verantwortlich sein will.

Anfang 1992 finden in Bulgarien auch die ersten direkten Präsidentschaftswahlen statt. Die UDK nominiert Schelju Schelew zum Präsidenten und Blaga Dimitrowa zur Vizepräsidentin. Anders als die UDK, bei der die beiden Nominierten aus den eigenen Reihen kommen, entscheidet sich die BSP erneut dafür, nach geeigneten unabhängigen Kandidaten außerhalb der Partei zu suchen. So nominiert die BSP den linken unparteiischen Velko Vulkanov zum Präsidenten und Rumen Vodenicharov, einen der Gründer der UDK, zum Vizepräsidenten.

Schelew und Dimitrowa gewinnen die Präsidentschaftswahl, allerdings nicht wie erwartet bereits in der ersten Runde, sondern erst in der zweiten Runde mit einem kleinen Vorsprung vor Vulkanov und Vodenicharov. Eine äußerst unerwartete Entwicklung stellen die 17 % dar, die der seinerzeit noch unbekannte bulgarische Emigrant Ghorgh Ganchev bei den Präsidentschaftswahlen erzielt.³⁸⁰ Seine sehr populistisch orientierte Wahlkampagne ist vor allem an diejenigen gerichtet, die von den beiden großen Parteien enttäuscht sind und nach einer Alternative suchen. Solche Geschehnisse und Wahlkandidaten sind nicht unüblich für die osteuropäischen Transformationsländer in den ersten Jahren des Übergangs; ein Beispiel hierfür wäre Stanislaw Timinski in Polen. Doch ist das Phänomen Ghorgh Ganchev deshalb so einzigartig, da er – anders als Timinski in Polen – nicht nur kurz für politische Furore sorgt, sondern der bulgarischen Politik auch einige Jahre nach den Präsidentschaftswahlen erhalten bleibt.³⁸¹

³⁸⁰ Vgl. Kalinova /Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 281.

³⁸¹ Vgl. ebd.

Mit der direkten Wahl von Schelju Schelew zum Präsidenten der Republik Bulgarien erhält die ehemalige Opposition UDK die wichtigsten Regierungsposten. Diese Tatsache ermöglicht den Anfang von versprochenen Reformen und Umstrukturierungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Bei den Wahlergebnissen von 1991 wird auch die Frage nach der Rolle der intellektuellen Schicht der Bevölkerung gestellt, der sogenannten „Intelligenzija“. Die Intelligenzija hat sowohl in den letzten Jahren der politischen Herrschaft von Schiwkow als auch kurz nach der Wende eine entscheidende Bedeutung gehabt. Viele der Abgeordneten des Parlaments kurz vor und kurz nach der Wende waren Künstler und Schriftsteller und haben ihre verschiedenen politischen Sichten in verschiedenen Parteien vertreten. Im ersten Parlament nach 1989 allerdings hat sich deren Anzahl empfindlich verringert, nicht zuletzt weil viele Intellektuelle ihre Mitgliedschaft in kleineren Parteien pflegten und diese Parteien keinen Einzug ins Parlament gefunden haben. Diese Tendenz scheint zunächst für viele beunruhigend zu sein. Doch würde man Alexis de Tocquevilles Ansicht über die Qualitäten von Künstlern und Schriftstellern als Politiker in Betracht ziehen³⁸², könnte diese Entwicklung einfach damit erklärt werden, dass sich in Bulgarien eine professionelle politische Elite bildet und dass diese Elite andere Charakteristika aufzuweisen hat als die bisher stark in die Politik involvierte intellektuelle Schicht.³⁸³

Der Anfang der Amtszeit des 36. bulgarischen Parlaments ist gekennzeichnet durch eine Reihe von Anschuldigungen, Handlungen und Verurteilungen gegenüber der alten kommunistischen politischen Elite. Infolgedessen werden vielen ehemaligen Politikern die staatlichen Ämter entzogen, vielen politischen Parteien werden die Besitztümer beschlagnahmt und grundsätzlich wird von einem Prozess der „Entkommunisierung“ gesprochen. Es wird in der ganzen bulgarischen Gesellschaft der Versuch unternommen, die kommunistische Elite aufzulösen und die Aufklärung von

³⁸² Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 282.

³⁸³ Vgl. Krämer, Leo/Stojanov, Christo (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Studien zur Transformation*. Bergisch Gladbach 1999. S. 117-146.

politischen Akten vor 1989 anzustreben.³⁸⁴ Trotz der großen medialen Aufregung zu diesem Thema kann in Wirklichkeit allerdings kaum von einer Entkommunisierung die Rede sein. Dafür spricht, dass in Bulgarien von dieser sogenannten Entkommunisierung vor allem ehemalige Parteisekretäre in der Sphäre der Wissenschaft betroffen sind und von Führungspositionen zurücktreten müssen. Viele ehemalige kommunistische Kader im Bereich der staatlichen Administration, in der Polizei und in der Armee werden auch Opfer von Massenentlassungen. Doch finden viele der Entlassenen dank ihrer guten Vernetzung und beruflicher Erfahrungen zügig Anschluss im Handels- und Bankenbereich. Diese Entwicklung wird als der Anfang des für ganz Osteuropa charakteristischen Prozesses der Transformation der ehemaligen kommunistischen Nomenklatur in eine neue kapitalistische Klasse gesehen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung im neuen Parlament ist die Revision und Korrektur der mit Hilfe der Sozialisten verabschiedeten Gesetze.³⁸⁵ So wird auch das Landesreformgesetz neu aufgerollt. Nach der neuen Fassung dieses Gesetzes soll das jeweilige Stück Land dem ehemaligen Besitzer in realen Maßstäben zurückgegeben werden. Das bedeutet, dass jeder, der betroffen ist, einen Besitzanspruch auf genau diese Parzelle Land erheben darf, das er oder sie oder die Eltern besaßen. Diese Gesetzesänderung kann unterschiedlich ausgelegt werden: Einerseits werden somit ehemalige Landeigentümer gerecht entschädigt, doch andererseits hat diese Maßnahme verheerende Auswirkungen auf die Landwirtschaft.³⁸⁶ Durch die immense Anzahl an Landbesitzansprüchen werden die landwirtschaftlichen Flächen dermaßen zerstückelt, dass kein vernünftiges Beackern mehr möglich ist. Zusätzlich dazu sind die meisten neuen/alten Eigentümer abgeneigt, die städtischen Gebiete zu verlassen, um ihr Land zu bearbeiten, und somit bleiben riesige landwirtschaftliche Gebiete leer und unbenutzt. Auch das Gesetz über die Nationalisierung des städtischen Eigentums wird neu aufgerollt und hat mit ähnlichen Hürden zu kämpfen.

³⁸⁴ Vgl. Brahm: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 12.

³⁸⁵ Vgl. Pirgova: *Der bulgarische Parlamentarismus*. S. 173-206.

³⁸⁶ Vgl. Brahm: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 16.

Seit den parlamentarischen Auseinandersetzungen im Jahr 1991 wird auch der Parlamentarismus als solches in Bulgarien zu einem Begriff.³⁸⁷ Die politische Kraft UDK verzichtet auf den Einsatz außerparlamentarischer Mittel, da sie bereits alle politischen Führungspositionen innehat und damit regiert. Auch die BSP verzichtet auf außerparlamentarische Mittel zur Verfolgung ihrer Ziele und bevorzugt die legalen Formen des Protests. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in dem traditionellen Konservatismus der BSP, was solche Belange angeht, sondern auch schlicht und einfach daran, dass die ehemaligen Kommunisten nicht imstande sind, ausreichende soziale Gruppen in den städtischen Gebieten zu aktivieren.³⁸⁸ Auch bei den zweiten Wahlen nach 1989 besteht die durchschnittliche Wählerschaft der BSP überwiegend aus der älteren Generation und stammt aus den kleineren Städten und den Dörfern. Die Wahlniederlage der BSP führt dazu, dass die neue Parteiführung fast ausschließlich aus neuen, jüngeren Kadern besteht; bestes Beispiel hierfür ist der 32-jährige neue Parteivorsitzende Ghan Videnov.

Die neue Regierung unter Filip Dimitrow agiert unter dem Motto „für einen Systemwechsel“, „смяна на системата“. Das Ziel dieses ambitionierten Vorhabens ist es, dass die Überbleibsel der kommunistischen Ära im politischen, wirtschaftlichen und auch staatlichen administrativen Bereich, betreffend Strukturen, Funktionen und Personal, ausgetauscht werden sollen. Auf die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens hat auch Ralf Dahrendorf aufmerksam gemacht, indem er die ehemaligen sozialistischen Länder davor warnte, dass der Weg zur Demokratie und freien Marktwirtschaft steinig sein wird – er ist auch der Meinung, dass ein Systemwechsel überidealisiert wird, indem er betont, dass der politische Übergang den Wechsel eines Systems nicht impliziert und nicht implizieren muss.³⁸⁹ Die UDK ist jedoch von ihrem politischen Motto überzeugt und so wird im Februar 1992 das Gesetz über die ausländischen Investitionen und im April 1992 das Privatisierungsgesetz verabschiedet.³⁹⁰ Bei dem Eigentumsgesetz wird

³⁸⁷ Vgl. Pirgova: *Der bulgarische Parlamentarismus*. S. 173-206.

³⁸⁸ Vgl. Kalinova /Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 283.

³⁸⁹ Vgl. Dahrendorf, Ralf: *Betrachtungen über die Revolution in Europa*. Stuttgart 1991.

³⁹⁰ Vgl. Brahm: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 7.

allerdings so vorgegangen, dass zuerst alle Besitzer ihr Eigentum von vor der kommunistischen Ära wiederzuerhalten haben, und erst danach wird der Prozess der Privatisierung angestoßen. Der Vorgang der Rückerstattung von enteignetem Eigentum aus der kommunistischen Ära zu den rechtmäßigen Besitzern wird jedoch durch eine Vielzahl von sich über Jahre hinwegziehenden Rechtsstreitigkeiten verzögert. Diese neue Entwicklung, gepaart mit der Überzeugung des UDK-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Filip Dimitrow, welcher der Meinung ist, dass sich die Lage in Bulgarien nur dann normalisiert, wenn jegliche kommunistischen Überreste in Wirtschaft und Politik beseitigt sind, sorgen für Unmut in vielen sozialen und gesellschaftlichen Kreisen.³⁹¹ Der Grund dafür ist, dass Dimitrows Absicht bedeuten würde, dass mindestens zwei Generationen von Regierungsmitgliedern und Politikern von Politik und Wirtschaft ausgeschlossen würden, was wiederum von den vielen davon Betroffenen in der Bevölkerung nicht begrüßt wird.

Dimitrow möchte auch die politischen Strukturen der bulgarischen Außenpolitik modernisieren. Als erste Handlung in diesem Modernisierungsprozess werden die bulgarischen Diplomaten ausgetauscht – anstelle älterer Kader, die überwiegend in der Sowjetunion ausgebildet wurden und eine langjährige einschlägige Erfahrung vorzuweisen haben, werden junge und eher unerfahrene Kräfte eingestellt, die nicht von dem alten kommunistischen Regime beeinflusst sind.³⁹² Neu wird auch die politische Ausrichtung Bulgariens gestaltet: Anstatt an einer allgemeinen internationalen Orientierung interessiert zu sein, verfolgen Filip Dimitrow und seine Regierung einen überwiegend proamerikanischen Kurs. Damit Bulgarien einen Anschluss an die internationalen Institutionen findet, soll es sich laut Dimitrows Auffassung am besten auf die enge Kooperation und Kommunikation mit den USA verlassen. In der Tat sind viele der engen Berater um Dimitrow gut vernetzt in den USA, so dass eine enge Beziehung zwischen den beiden Ländern ermöglicht und spekuliert wird, dass die USA so sehr Bulgarien unterstützen würden wie kein anderes zentral- oder osteuropäisches Land

³⁹¹ Vgl. Brahm: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 12.

³⁹² Vgl. ebd. S. 13.

jemals zuvor. Der ausgeprägte pro amerikanische politische Kurs von Dimitrow sorgt auch für erhebliche Kritik, da viele der politischen Ansichten der USA, wie bezüglich der Türkei und Israel, die auch Bulgarien aufgrund der USA-Orientierung größtenteils übernimmt, nicht unumstritten sind.

Doch werden die neue Ausrichtung und die neuen Inhalte der bulgarischen Politik sowohl in Europa als auch weltweit willkommen geheißen. Erste Anzeichen dafür sind zum einen, dass Bulgarien am 7. Mai 1992 als 26. Mitgliedstaat dem Europarat beitrifft, und zum anderen, dass sich das Land im selben Jahr im Dezember für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union bewirbt.³⁹³

Der Präsident der Republik Bulgarien Schelju Schelew versucht mit seiner internationalen Tätigkeit den proamerikanischen Kurs des Ministerpräsidenten auszugleichen, da er etwas erweiterte Ansichten bezüglich der politischen Positionierung Bulgariens im internationalen Plan vertritt. Zu seinen außenpolitischen Erfolgen zählen unter anderem der im Februar 1992 mit Frankreich unterzeichnete Vertrag für Freundschaft und Kooperation und der im August 1992 in Bulgarien beim Besuch des russischen Staatspräsidenten Boris Jelzin unterzeichnete Vertrag für Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation.³⁹⁴

Die politische Ausrichtung gegenüber den benachbarten Balkanländern steht auch für die Regierung des UDK im Mittelpunkt. Am 30. Mai 1992 wird vom UN-Sicherheitsrat ein Handels-, Öl- und Luftembargo gegen die ehemalige Republik Jugoslawien verhängt, darüber hinaus wird Jugoslawien unter anderem aus dem Europarat und der OSZE³⁹⁵ ausgeschlossen.³⁹⁶ Als sich Bulgarien dem Handelsembargo anschließt, wird Kritik laut, dass das Land voreilig gehandelt habe, ohne über die Konsequenzen für die bulgarische Wirtschaft nachgedacht zu haben. Darüber hinaus ist die Rolle Bulgariens

³⁹³ Vgl. Brahm,: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 5.

³⁹⁴ Vgl. Schelew, Schelju: *In der großen Politik*. [V goljamata politika]. Sofia 1998. S. 142-150.

³⁹⁵ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

³⁹⁶ Vgl. Bendiek, Annegret: *Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und die Europäische Integration: Eine Analyse ausgewählter Politikfelder*. Springer Verlag 2004. S. 65.

in der Embargopolitik umstritten, da Skeptiker dem Land vorwerfen, dass das Embargo nicht korrekt eingehalten werde. Doch kann diesbezüglich festgehalten werden, dass Bulgarien mit den Folgen des Embargos sehr zu kämpfen hat. Einschätzungen zufolge soll das Land zwischen vierzig und sechzig Millionen Dollar pro Monat an Verlusten durch die Embargomaßnahmen erlitten haben.³⁹⁷ Die UDK gerät in die Kritik, da sich die Regierung nicht im Voraus um einen Kompensationsmechanismus für die wirtschaftlichen Nachteile, die durch das Embargo für Bulgarien entstehen, gekümmert hat. Im Gegenteil dazu fällt die schnelle Zustimmung der bulgarischen Regierung zur angekündigten Unabhängigkeit der Republik Mazedonien am 15. Januar 1992 anfänglich positiv aus. Dabei gibt es einige Diskussionspunkte zwischen den beiden Ländern: Bulgarien erkennt zwar den Staat Mazedonien an, doch wird die Existenz einer mazedonischen Sprache und einer mazedonischen Nation bestritten und Mazedonien seinerseits erhebt weiterhin Ansprüche auf geografische Teile Bulgariens.

Einige Abgeordneten sind mit dem Führungsstil des Ministerpräsidenten nicht einverstanden und auch nicht mehr geneigt, weiterhin den restriktiven wirtschaftlichen Kurs der Regierung mitzutragen. Darunter zählt auch die BRF, die der UDK in der Regierung parlamentarische Unterstützung leistet. Aufgrund des sinkenden Lebensstandards wird die Regierungsweise von Dimitrow auch in den Medien als antisozial bezeichnet. Die Lage spitzt sich weiter zu, als im August 1992 der bulgarische Staatspräsident Schelju Schelew in einer Presskonferenz die Regierung von Dimitrow bezüglich der nicht vorhandenen Toleranz gegenüber anderen politischen Auffassungen als die eigene kritisiert.³⁹⁸ Die Kritik am Politik- und Regierungsstil und das Befürworten des Präsidenten führen zu einer Zersplitterung der parlamentarischen Gruppe der UDK in zwei Lager, was wiederum die bereits vorhandene Regierungskrise und den Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister weiter vertieft.³⁹⁹

³⁹⁷ Vgl. Grotzky, Johannes: *Fremde Nachbarn: Der Osten und Südosten Europas Ende des 20. Jahrhunderts*. Norderstedt 2009. S. 107.

³⁹⁸ Vgl. Brahm: *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien*. S. 25-26.

³⁹⁹ Vgl. ebd. S. 7.

Aufgrund der angespannten politischen Lage und dem entsprechenden Druck aus den eigenen Reihen stellt Filip Dimitrow am 28. Oktober 1992 die Vertrauensfrage im Parlament.⁴⁰⁰ Die Vertrauensfrage soll dazu dienen, die Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit und den Zusammenhalt der Regierung bei einem kalkulierbaren Risiko zu sichern⁴⁰¹, doch gleicht sich in dem bulgarischen Fall das kalkulierbare Risiko dem vorhersehbaren Ergebnis an. Dimitrow verliert und die Vertrauensfrage scheitert, da sowohl die BRF als auch viele der UDK-Abgeordneten bereits im Voraus ihren Unmut über die Politik des Ministerpräsidenten geäußert haben. Es kann nur spekuliert werden, wieso Dimitrow diesen politischen Zug unternommen hat. Eine Erklärung hierfür könnte der Glaube an die Einhaltung der Parteidisziplin sein. Doch da die von Dimitrow gestellte Vertrauensfrage scheitert, kündigt er kurz darauf seinen Regierungsposten als Ministerpräsident auf. Diese Handlung ist ein weiterer Beweis für die Krise in der UDK. Anstatt eine zweite Regierung zu bilden, sprechen sich die Befürworter von Dimitrow in der parlamentarischen Gruppe der UDK für das Vorziehen von parlamentarischen Wahlen aus. Anders als von der UDK beabsichtigt, werden allerdings keine parlamentarischen Wahlen vorgezogen: Am 30. Dezember 1992 wählt die bulgarische Regierung auf Vorschlag der BRF Ljuben Berov zum neuen Ministerpräsidenten.⁴⁰² Bis zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten ist Berov als Wirtschaftsberater von Präsident Schelju Schelew tätig.

5.3.2 Reformstau unter Berov

Die Regierung von Berov kommt mit politischer Unterstützung der BRF zustande, doch beteiligt sich nur ein einziger BRF-Repräsentant, Evgeni Matincev, daran. Die

⁴⁰⁰ Vgl. Knaus: *Bulgarien. Beck'sche Reihe. Länder.* S. 94.

⁴⁰¹ Vgl. Ismayr: *Die politischen Systeme Osteuropas.* S. 32.

⁴⁰² Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien.* S. 443-444.

meisten anderen Minister sind ehemalige UDK-Mitglieder, ehemalige BSP-Mitglieder oder haben keine Parteizugehörigkeit. Im Allgemeinen wird die Regierung von Berov als eine unparteiische „Expertenregierung“ bezeichnet⁴⁰³, die auf eine breite parlamentarische Unterstützung angewiesen ist und zu diesem Zeitpunkt als der beste Ausweg aus der Regierungskrise gewählt wird.⁴⁰⁴ Das politische Gesicht der neuen Regierung wird überwiegend von den Ansichten des Staatspräsidenten Schelew über die Fortführung der Reformen bei minimalen gesellschaftlichen Konfrontationen geprägt. Der wirtschaftliche Kurs wird vor allem vom neuen Ministerpräsidenten bestimmt. Zu den hauptsächlichen Wirtschaftszielen zählen die Privatisierung des staatlichen Eigentums und die Förderung ausländischer Investitionen in die bulgarische Wirtschaft.

Die andauernden Diskussionen über das Scheitern der Regierung von Dimitrow führen zu weiteren Spannungen und Zersplitterungen im Lager der UDK, so dass sich die Partei im Anschluss sowohl gegen Schelew als auch gegen Berov stellt. Der Zerfall der parlamentarischen Gruppierung der UDK führt dazu, dass die parlamentarische Fraktion der BSP die größte in der Regierung wird, ohne dass sie eine absolute Mehrheit hat. Die Regierungsunterstützung durch die BSP ist von immenser politischer Wichtigkeit für Berov, doch ist die Situation für die Sozialdemokraten prekär, da sich die Regierung mit allen ihren politischen Handlungen von der BSP distanziert und gleichzeitig von deren parlamentarischer Unterstützung abhängig ist.⁴⁰⁵ Die BSP ist sich dieser Situation bewusst und zieht das Vorziehen parlamentarischen Wahlen in Erwägung, so dass eine eigene Regierung zustande kommen kann. Andererseits hält sich die BSP an die Strategie für eine breite Koalition, die der Partei zur endgültigen Legitimation als eine demokratische Kraft verhelfen kann. Der politische Pragmatismus der BSP äußert sich darin, dass im Gegenzug für die geleistete parlamentarische Unterstützung Forderungen nach Erleichterungen in der Vollstreckung von repressiven

⁴⁰³ Vgl. Röhrich, Wilfried: *Die politischen Systeme der Welt*. München 2006. S. 49.

⁴⁰⁴ Vgl. Grotzky, Johannes: *Fremde Nachbarn: Der Osten und Südosten Europas Ende des 20. Jahrhunderts*. Norderstedt 2012. S. 29.

⁴⁰⁵ Vgl. Kalinova /Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 289.

Gesetzen gegenüber der BSP erhoben werden, so dass unter anderem der inhaftierte ehemalige Ministerpräsident der BSP Andrej Lukanov freigelassen wird.⁴⁰⁶ Berov geht Kompromisse auch bezüglich der Finanzierung großer staatlicher Unternehmen ein, deren stets wachsende Schulden gegenüber dem Staat refinanziert werden, was allerdings wiederum zu einer Destabilisierung des allgemeinen Zustands des Finanzsystems führt.

Am Beispiel der fast zweijährigen Regierung von Berov – 30.12.1993 bis 02.09.1994 – können die Vorteile und Nachteile einer unpolitischen Expertenregierung festgehalten werden. Der größte Vorteil einer solchen Form der Politikführung am Beispiel Bulgariens besteht vor allem darin, dass sie es den beteiligten politischen Kräften ermöglicht, sich voll und ganz auf Wirtschaftsreformen zu konzentrieren. Die negativen Konsequenzen umfassen das Fehlen an politischer Verantwortung für die Regierungshandlungen und die Gefahr, dass die Regierungsentscheidungen maßgeblich von den allgemeinen Interessen rein wirtschaftlicher Gruppierungen beeinflusst werden, die sich nach der Wende in Bulgarien zu etablieren beginnen.

So sind die größten Schwierigkeiten von Berovs Regierung überwiegend wirtschaftlicher Natur. Bereits im Februar 1993 wird ein Wirtschaftsplan erstellt, der nach einer Inflation in Höhe von 90 bis 100 % und einem Budgetdefizit von 6 bis 9 % des Bruttoinlandprodukts vorgesehen ist.⁴⁰⁷ Diese realistische Prognose findet allerdings weder im Finanzministerium noch bei der Weltbank Zustimmung, denn es wird bezweifelt, dass Bulgarien in der Lage ist, die Voraussetzungen für ausländische Kreditierungen zu schaffen.⁴⁰⁸ Die Prognosen der internationalen Finanzinstitutionen stellen das erste Wirtschaftsziel, die Anziehung von ausländischen Investitionen, in Frage. Das andere Hauptvorhaben der Regierung von Berov, betreffend die Privatisierung staatlichen Eigentums, schreitet nicht so zügig wie anfänglich angenommen voran. Aufgrund der starken Stellung der BSP als parlamentarische

⁴⁰⁶ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 289.

⁴⁰⁷ Vgl. ebd. S. 290.

⁴⁰⁸ Vgl. Crampton, Richard J.: *A Concise History of Bulgaria*. Cambridge 2000. S. 335.

Mehrheit in der Regierung geht der Ministerpräsident viele Kompromisse bezüglich der Sektoren ein, in denen die Privatisierung vorangetrieben wird. Da sich die BSP für die Erhaltung der großen staatlichen Unternehmen im Bereich der Energie- und Waffenindustrie einsetzt, wird im Jahr 1993 die Privatisierung von etwa 500 Mittel- und Großunternehmen in anderen Sektoren vorangetrieben. Ebenso langsam läuft die Privatisierung in der Landwirtschaft an. Um den Prozess zu beschleunigen, werden weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Transformation der ehemaligen TKZS ergriffen, welche von der UDK erneut kritisiert werden. Darüber hinaus führt die angespannte parlamentarische Konstellation zu weiteren Verzögerungen, wie etwa bei den Gesetzen über die Insolvenz, damit kein Budget mehr für die Refinanzierung von kurz vor der Pleite stehenden staatlichen Unternehmen vorhanden ist, und bei dem Gesetz über die Mehrwertsteuer.

Die Abhängigkeit von anderen politischen Kräften hindert die Regierung von Berov daran, ihr wirtschaftliches Programm zu vollziehen.⁴⁰⁹ Die Verzögerungen haben Folgen: Die Arbeitslosigkeit, die Inflation und die Kriminalität steigen an. Unter diesen Umständen entzieht auch der Staatspräsident Schelew im Jahr 1994 Berov seine Unterstützung, so dass Letzterer kurz darauf seinen Posten als Ministerpräsident niederlegt. Das Zwischenergebnis der sich weiterhin verzögernden bulgarischen Transformation in Zahlen sieht im Jahr 1994 im Vergleich zu 1989 folgendermaßen aus: Das Bruttoinlandsprodukt ist um 24,4 % gesunken, die Volumen im Bauwesen sind mit 72 % zurückgegangen, die landwirtschaftliche Produktion ist um 30 % weniger geworden und die Arbeitslosigkeit ist auf 20,5 % angestiegen.⁴¹⁰ Diese Umstände – häufig mit der Unterstützung von staatlichen Beamten – begünstigen die Gründung verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gruppierungen unter anderem im Versicherungs- und Bankenwesen, die sich im grauen, halblegalen Bereich befinden.

Der außenpolitische Kurs der Regierung von Filip Dimitrow wird von Ljuben Berov nicht fortgeführt – Berov orientiert sich vielmehr an der politischen Richtung des

⁴⁰⁹ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997*. S. 127-131.

⁴¹⁰ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 291.

Staatspräsidenten Schelew und strebt eine Balance zwischen Westen und Osten an. Somit richtet sich die bulgarische Politik weiterhin primär nach Westeuropa, aber auch die Außenbeziehungen zu Russland werden gepflegt und nicht vernachlässigt.

Nach dem Ausscheiden von Ljuben Berov wird Reneta Indghova zur Ministerpräsidentin der Übergangsregierung bis zu vorgezogenen Parlamentswahlen ernannt. Ihre zweimonatige Amtszeit bleibt in Erinnerung mit der Vorbereitung der anstehenden Wahlen und mit der kritischen Aussage, dass die Regierung von Berov in Wahrheit von einer der einflussreichsten Firmen dieser Zeit, Multigroup, gelenkt wird, dessen Chefetage aus reichen Parteifunktionären und ehemaligen Angestellten der bulgarischen Staatssicherheit besteht.⁴¹¹

Die dritten demokratischen Wahlen zur 37. Nationalversammlung finden am 18. Dezember 1994 statt - in den fünf Jahren nach der Wende im Jahr 1989 hat die bulgarische Bevölkerung aufgrund vieler negativer Entwicklungen wie sinkendem Lebensstandard, steigender Arbeitslosigkeit, hoher Inflation und sinkender landwirtschaftlicher und industrieller Produktion eine eher enttäuschte und negative Haltung gegenüber der Transformation und den damit einhergehenden staatlichen und wirtschaftlichen Reformen.⁴¹² Eine Welle der Nostalgie ergreift viele der potentiellen Wähler, die sich nach der bescheidenen, aber doch gesicherten Existenz unter dem Sozialismus sehnen.⁴¹³ Diese nostalgische Stimmung ist auch über die bulgarischen Grenzen hinaus zu spüren. Unter anderem haben sich die ehemaligen Kommunisten auch in Polen transformiert und umbenannt und schaffen es im Jahr 1993, in die Regierung zurückzukehren; das Gleiche geschieht im Jahr 1994 auch in Ungarn. Polen und Ungarn gelten als Vorreiter im Transformationsprozess und viele deuten die dort stattfindende politische Rückkehr der ehemaligen Kommunisten an die Macht unter

⁴¹¹ Vgl. Knaus: *Bulgarien, Beck'sche Reihe. Länder.* S. 99.

⁴¹² Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997.* S. 147-160.

⁴¹³ Vgl. Marković, Predrag J.: *Der Sozialismus und seine sieben „S“-Werte der Nostalgie.*

In: Brunnbauer, Ulf/Troebst, Stefan (Hrsg.): *Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa.* Köln 2007. S. 153-164.

demokratischen Bedingungen als ein richtungsweisendes Beispiel. Dabei werden die ideologischen Ansichten von Teilen der UDK nicht beachtet, für die das Wählen für die BSP ein Wählen gegen die demokratische Ordnung und für eine Rückkehr zum Kommunismus bedeuten würde. Auch der Zerfall der ehemaligen UdSSR trägt zur Verstärkung der nostalgischen Stimmung bei, da Russland nicht mehr als eine Bedrohung wahrgenommen wird, sondern überwiegend als einer der größten Energieexporteure in Osteuropa und auch als einer der größten osteuropäischen Märkte, also Abnehmer der osteuropäischen Waren.

Vor diesem Hintergrund präsentiert sich die BSP bei den Wahlen im Winter 1994 mit komplett erneuerter personeller Führung und mit einem eher moderaten Wahlprogramm, das die sich vertiefende staatliche und gesellschaftliche Krise aufhalten möchte und Bulgarien zu erneuern beabsichtigt: „Да спрем разрухата да обновим България.“⁴¹⁴ Obwohl die Sozialdemokraten in ihrer Wahlkampagne nicht mit einer möglichen Rückkehr des Sozialismus werben, ist genau das die Hoffnung vieler Bulgaren, die nach den letzten fünf schweren Jahren der Transformation bereits vergessen haben, welche Nachteile der Sozialismus mit sich brachte, und sich nur noch nach Sicherheit und geregelterem Einkommen sehnen. Die UDK ist kurz vor den Wahlen von innerparteilichen Zerwürfnissen und dadurch geprägt, dass kein einheitliches Auftreten der Partei bezüglich einer zukünftigen Vision vorhanden ist.⁴¹⁵

Die Ergebnisse der Wahlen sorgen für neue parlamentarische Konstellationen. Die BSP gewinnt die Wahlen in einer Koalition mit der BZNS mit 43,5 % der Stimmen und erhält somit die absolute parlamentarische Mehrheit mit 125 Abgeordneten von insgesamt 240 der Parlamentsplätze. Die Wahlergebnisse der UDK sind die schlechtesten seit der Wende – die Partei erhält 24,23 % der Stimmen und ist demnach mit 69 Abgeordneten im neuen Parlament vertreten. Die BRF erzielt 5,44 % der Stimmen und nimmt teil an der Regierung mit 15 Abgeordneten.⁴¹⁶

⁴¹⁴ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 293.

⁴¹⁵ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997*. S. 147-160.

⁴¹⁶ Vgl. Ismayr: *Die politischen Systeme Osteuropas*. S. 698.

Die Rückkehr der ehemaligen Kommunisten an die Spitze der Regierung ist nicht nur ein Zeichen für den wiederholten Wandel in der bulgarischen Gesellschaft, sie kann auch dadurch als ein Zeichen für die Stabilisierung des neuen demokratischen parlamentarischen Modells gedeutet werden, dass Bulgarien bereits zwei große Machtwechsel in einer friedlichen und demokratischen Umgebung erlebt hat. Dieser Ansatz wird von Samuel Huntington vertreten, demzufolge eine Demokratie dann als konsolidiert gilt, wenn diese bereits zwei große Machtwechsel an der Regierung ohne Erschwernisse durchstanden hat.⁴¹⁷ Ralf Dahrendorf analysiert mit Hilfe dieses Prinzips anfänglich Deutschland und seinen politischen Übergang zur Demokratie in der Nachkriegszeit, doch wendet er es auch der Systemtransformation in Osteuropa zu.⁴¹⁸

Die UDK befürchtet, dass die Wahlergebnisse die Hauptziele – Demokratie und Marktwirtschaft sowie die Richtung der Transformation – ändern werden. Doch werden nicht die Ziele, sondern die Wege angepasst. In Bulgarien wie auch in vielen anderen Ländern in Osteuropa wendet sich die Gesellschaft vermehrt linken Formationen zu, die eine nicht so holprige Transformation versprechen. Der Eintritt der Nachfolger der kommunistischen Parteien in die Regierungen europaweit führt nicht automatisch zu einer Wiederbelebung des Kommunismus – ihre Führungsetagen, politischen Wahlprogramme und nicht zuletzt ihre Handlungen grenzen diese von ihren kommunistischen Vorgängern ab. Doch gleicht die sogenannte „linke Welle“ in Polen und Ungarn nur in geringen Teilen der Situation in Bulgarien. Der große Unterschied besteht darin, dass die neuen politischen Kräfte in Osteuropa die wirtschaftliche Transformation bereits vollzogen haben, wie zum Beispiel die Implementierung der wirtschaftlichen Transformation durch Leszek Balcerowicz in Polen, anders als in Bulgarien, wo die parlamentarischen Kämpfe und die Unerfahrenheit der UDK dem wirtschaftlichen Transformationsprozess im Wege stehen. Die linke Welle, im Zeichen der Nostalgie für den Sozialismus, erwischt Bulgarien in einem halbfertigen Zustand:

⁴¹⁷ Vgl. Huntington: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. London 1991.

⁴¹⁸ Vgl. Dahrendorf: *Betrachtungen über die Revolution in Europa*. Stuttgart 1991.

Der Übergang zu einer freien Marktwirtschaft ist noch nicht beendet, so dass ein politischer Kurs zur Verlangsamung der Reformen eingeschlagen werden kann.

Die dritte bulgarische Regierung nach der Wende wird von dem Parteivorsitzenden der BSP, Ghan Videnov, geführt und ist als eine reine Parteien-Regierung definiert.⁴¹⁹ Charakteristisch für diese Regierung ist der Versuch, die wirtschaftlichen Wahlversprechen einzuhalten, indem der staatliche Wirtschaftssektor ausgebaut wird und staatliche Unternehmen re-finanziert werden.⁴²⁰ Auch die sozialen Wahlversprechen sollten in Erfüllung gehen, doch erlaubt die wirtschaftliche Situation lediglich eine minimale Anhebung der Renten und Budgetlöhne. Die für den Wahlkampf von der BSP formulierten sozialen Ziele für einen höheren Lebensstandard stehen im Gegensatz zu der wirtschaftlichen Richtung der Transformation, die eine Preisliberalisierung, die Schließung unrentabler Unternehmen und die Privatisierung umfasst. Aufgrund der hohen Kosten der Sozialreformen für die Bevölkerung zögert der neue Premierminister Videnov mit der längst fälligen wirtschaftlichen Umstrukturierung.

Anfang 1996 werden erste Anzeichen einer neuen politischen und wirtschaftlichen Krise spürbar. Unter anderem führen die vom Staat unkontrollierte Gründung zahlreicher neuer Handelsbanken, die Re-Finanzierung von defizitären Unternehmen und die hohen Zinsen dazu, dass fast ein Drittel der Banken Zahlungsunfähigkeit anmelden und sich somit eine tiefe Bankenkrise ausbreitet.⁴²¹ Über die Bankennot hinaus bricht eine weitere Krise aus, die sogenannte Getreidekrise. Bulgarien liberalisiert den Getreideexport, doch stellt sich Anfang 1996 heraus, dass das Land mehr Getreide exportiert hat als vorgeschrieben, was zu einer Knappheit von Brot führt.⁴²²

⁴¹⁹ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997*. S. 161-174.

⁴²⁰ Vgl. ebd.

⁴²¹ Vgl. ebd. S. 184-186.

⁴²² Vgl. ebd.

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse sorgen für eine Zuspitzung der Diskussionen innerhalb der BSP. Als Folge daraus vollzieht der Premierminister Videnov einige Veränderungen in der Regierung und verabschiedet verspätet ein Programm zur wirtschaftlichen Umstrukturierung – unter anderem wird die zügige Privatisierung großer staatlicher Unternehmen beschlossen, so dass das Budgetdefizit verringert werden kann. Die Entscheidung über die Schließung und Privatisierung von verlierenden Unternehmen steht im Gegensatz zu dem Wahlversprechen der BSP, die großen staatlichen Unternehmen zu unterstützen und wiederzubeleben, doch hat die Regierungspartei schnell einsehen müssen, dass unter den herrschenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies nicht mehr möglich ist. Das neue Programm für die Strukturreform wird einheitlich beschlossen, anders als die Liste mit den Unternehmen, die zu schließen sind.

Unter diesen Rahmenbedingungen sollen vom 27. Oktober bis zum 3. November 1996 die Präsidentschaftswahlen in Bulgarien stattfinden. Am 1. Juni 1996 werden die Nominierungen des amtierenden Präsidenten Schelju Schelew und des von der UDK gewählten Petar Stojanow angekündigt. Pünktlich zu den Wahlen einigen sich die oppositionellen Parteien – UDK, die Volksunion (Koalition der Demokratischen Partei und BZNS) und die BRF – und gründen die Koalition Vereinte Demokratische Kräfte (ODS). Mit 59,73 % der Stimmen wird Petar Stojanow am 2. November 1996 zum Staatspräsidenten der Republik Bulgarien gewählt.⁴²³

Aus den Präsidentschaftswahlen geht die Koalition ODS als klarer Sieger hervor. Die Niederlage der BSP verschärft die Krise innerhalb der Partei, so dass viele Mitglieder die Amtsniederlegung von Videnov und der Regierung fordern. Zu diesem Zeitpunkt verkündet der Premierminister, dass der einzige Ausweg aus der desaströsen finanziellen Situation des Landes eine Fixierung der bulgarischen Währung ist.⁴²⁴ Kurz

⁴²³ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997*. S. 186-193.

⁴²⁴ Vgl. Avramov, Rumen: *Die Anatomie des Übergangs. Die Wirtschaftspolitik Bulgariens von 1989 bis 2004*. [Anatomija na prehoda. Stopanskata politika na Balgarija ot 1989 do 2004]. Sofia 2004. S. 130-131.

darauf reicht Videnov seinen Rücktritt als Ministerpräsident und Parteivorsitzender ein, führt allerdings die Ministerpräsidentenfunktion weiterhin aus, bis ein Nachfolger gewählt wird. Bei dem darauffolgenden Versuch seitens der BSP, ein neues Kabinett zu gründen, organisiert die UDK die erste von vielen Protestdemonstrationen mit der Forderung, dass die BSP aus der Regierung aussteigen soll. Nach einer Abstimmung am Runden Tisch am 4. Februar 1997 einigen sich die politischen Kräfte in Bulgarien darauf, dass das Parlament aufgelöst wird und vorzeitige Neuwahlen angesetzt werden. Mit dieser Vereinbarung bestätigt die BSP ihre politische Niederlage als Regierungspartei. Die Gründe für das Scheitern der linken Regierung sind nicht nur personeller Natur, sondern auch ideologisch zu erklären: Viele Politologen sind der Meinung, dass eine linke Partei unfähig ist, eine kapitalistische Ordnung zu gestalten und somit während eines „rechten“ Übergangs zu regieren. Videnov selbst sieht als Hauptfehler der BSP das politische Erbe der ersten zwei reformwütigen Regierungen, den widersprüchlichen Standpunkt der neuen sozialistischen Parteien gegenüber der Regierung selbst und die Fehlleistung der Partei in der Regierungspraxis.⁴²⁵ Anders als die polnischen und ungarischen ehemaligen Kommunisten schafft es die BSP nicht, die Marktreforment rechtzeitig anzustoßen, sondern versucht diese erst während der Krise im Jahre 1996 zu verwirklichen, als ihr bereits die gesellschaftliche Unterstützung entzogen ist.

Trotz all dieser wirtschaftlichen Widrigkeiten führt Bulgarien seinen proeuropäischen politischen Kurs fort und bereitet weiterhin seinen Beitritt zur Europäischen Union vor. Am 16. Dezember 1995 reicht Bulgarien den EU-Beitrittsantrag ein.

⁴²⁵ Vgl. Videnov, Ghan: *Die neuen Sozialisten und die Regierungsmacht – Lektionen und Fehler der Regierung*. [Novite socialisti i vlastta – uroci I greshki na upravlenieto]. In: Neue Zeit. [Novo vreme]. Buch 1-2. Sofia 1998. S. 84.

5.4 Der Kurswechsel nach der Krise – die Ära UDK (1997-2001)

Die Krise im Jahr 1997 und die Massenproteste sorgen dafür, dass sich eine neue Schicht der Bevölkerung für das politische Geschehen in Bulgarien intensiv zu interessieren beginnt – die Studenten und die Jugendlichen. Diese Zielgruppe hat keine Erinnerungen an die soziale Sicherheit während des Sozialismus und setzt sich dafür ein, dass Bulgarien so schnell wie nur machbar Anschluss an Westeuropa oder zumindest an die anderen postsozialistischen Länder in Zentraleuropa findet. Unter diesen Voraussetzungen tritt eine neue Generation von UDK-Politikern auf. Sie identifizieren sich zwar mit der allgemeinen politischen und ideologischen Ausrichtung der Koalition, doch distanzieren sie sich von der Vergangenheit der Partei, sowohl unter Filip Dimitrow als auch unter Schelju Schelew. Diese aufgeschlossene neue UDK-Schicht ist bereit, politische Kooperationen einzugehen, und somit entsteht bereits im Jahr 1996 die breite Koalition mit der Volksunion (Koalition zwischen der Demokratischen Partei und BZNS) und BRF.

5.4.1 Die Übergangsregierung von Sofianski

Die erneuten Parlamentswahlen sind für den 19. April 1997 festgelegt. Für die Zwischenzeit nach dem Rücktritt von Videnov vom Ministerpräsidentenamt am 13. Februar 1997 und vor den Neuwahlen, fungiert auf Anordnung der Präsidenten Peter Stojanow der Bürgermeister von Sofia Stefan Sofijanski als amtierender Ministerpräsident, der eine Übergangsregierung zusammenzustellen hat.⁴²⁶

Zu den Aufgaben dieser Interimsregierung zählen nicht nur die Vorbereitungen der Parlamentswahlen, sondern auch erste politische Maßnahmen zur Bekämpfung der

⁴²⁶ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997*. S. 233-236.

Krise. Damit alle Aufgaben bewerkstelligt werden können, wird am 12. Februar 1997 eine Vereinbarung zur Erweiterung der Berechtigungen der Übergangsregierung zwischen den parlamentarischen Kräften auf Anordnung des Präsidenten Stojanow unterzeichnet. Die Interimsregierung von Sofianski bereitet ebenso die Einführung eines fixierten Währungskurses in Abstimmung mit dem IWF vor. Trotz der legitimen Berechtigungserweiterung wird das Kabinett von Sofianski nicht nur bezüglich des Themas mit dem Währungskurs einer Kompetenzenüberschreitung beschuldigt: „Diese gesetzliche Legitimation kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Kabinett Stefan Sofianski seine Kompetenzen in einer so zentralen Frage wie die der Einschränkung der finanziellen Souveränität Bulgariens weit überschritten hatte“⁴²⁷. Einige Politologen sind der Meinung, dass die Übergangsregierung von Sofianski dem konstitutionellen Rahmen für eine parlamentarische Regierung widerspricht, so dass im bulgarischen Fall von einem Hybrid zwischen semi-parlamentarischem und semi-präsidentialem Regime die Rede ist. Es ist keine Seltenheit in Osteuropa, dass Regime im existierenden politisch-theoretischen Kontext schwer einzusortieren sind. Krastev bezeichnet doppeldeutige Regime, die sowohl demokratische als auch semi-autoritäre Elemente innehaben als „Democracy’s doubles“⁴²⁸. Allerdings schenkt die Bevölkerung dieser Kompetenzüberschreitung keine Beachtung, vielmehr werden die Regierungsleistungen in dieser kurzen Periode als Rettungsmaßnahmen in der Krise verstanden. In der Tat stellt am 17. Februar 1997 die Regierung von Sofianski den Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO und einen Monat später unterzeichnet diese ein Memorandum mit dem IWF, das die neuen Kooperationsbedingungen nach der Krise regeln soll, was landesweit für positive Resonanz sorgt.⁴²⁹

Die UDK nutzt die Wahlkampfperiode zur politischen Umstrukturierung. Auf der 9. Nationalen Konferenz der UDK, 15. bis 16. Februar 1997, trifft die Union die Entscheidung, sich in eine Partei zu transformieren.⁴³⁰ Diese Entscheidung soll den

⁴²⁷ Ismayr: *Die politischen Systeme Osteuropas*. S. 691.

⁴²⁸ Vgl. Krastev, Ivan: *Democracy’s „Doubles“*. In: *Journal of Democracy*. Vol. 17, No. 2 (April 2006).

⁴²⁹ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 107.

⁴³⁰ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 138.

langjährigen Diskussionen um den politischen Charakter der im Jahr 1989 gegründeten antikommunistischen Koalition UDK ein Ende setzen: Die Union verwandelt sich in eine zentralistische Partei mit christlich-demokratischer Ausrichtung. Die ehemaligen Koalitionsparteien agieren weiterhin als Kooperationspartner, sind jedoch vom Prozess der Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Als Parteivorsitzender und als Teil des neuen Gesichts der Partei UDK etabliert sich Iwan Kostov.⁴³¹ Ebenso ändert sich die Parteienlandschaft im linken politischen Flügel und eine neue linke Partei entsteht: Am 22. Februar 1997 wird die Bulgarische Eurolinke (BEL) ins Leben gerufen.⁴³² Die BEL wird als eine Alternative zur BSP verstanden, da die meisten ihrer Mitglieder ehemalige BSP-Mitglieder sind, die aus Unzufriedenheit und aus anderen politischen Gründen die linke Partei verlassen haben. Zum Parteivorsitzenden der BEL wird Alexander Tomow ernannt.

Während die Wahlkampagne der UDK mit dem selbstbewussten Motto „Die Macht ist in uns, wir sind die Macht“ voranschreitet, hat die BSP weiterhin mit ihrem geschädigten politischen Ruf und mit dem Abgang ihrer Mitglieder zu kämpfen. Wie bereits in der Vergangenheit versucht die linke Partei dagegen vorzugehen, indem sie sich von der eigenen Führung distanziiert. Doch anstatt zu einer positiven Resonanz zu führen, findet diese Strategie keine breite Akzeptanz, ganz im Gegenteil: Es entsteht der Eindruck, dass sich die ehemaligen Kommunisten in ihrer bis jetzt fast einhundertjährigen Geschichte immer in Krisenzeiten von ihren Führern distanzieren, so dass die Partei ihr politisches Überleben sichern kann (Beispiele dafür sind Todor Schiwkow in der kommunistischen Ära und Ghan Videnov in der Transformationsperiode nach 1989).⁴³³ Die anhaltenden Diskussionen über die missliche Lage der Partei und die Gründe dafür hindern die BSP in Zeiten des Wahlkampfes daran, ein positives Image sowohl nach innen als auch nach außen aufzubauen.

⁴³¹ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997*. S. 234.

⁴³² Vgl. Eckert: *Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa*. S. 101.

⁴³³ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 307.

Aufgrund der sich bereits während der Wahlkampfperiode abzeichnenden politischen Kräfteverteilung stellen die Ergebnisse der Parlamentswahlen am 19. April 1997 keine Überraschung dar. Die Koalition Vereinte Demokratische Kräfte, bestehend aus UDK, Demokratische Partei, BZNS, BSDP und VMRO gewinnt mit 52,26 % der Stimmen und 137 Abgeordneten die absolute Mehrheit in der 38. Bulgarischen Nationalversammlung.⁴³⁴ Trotz trüber Wahlprognosen reiht sich die BSP zusammen mit ihren politischen Partnern an zweiter Stelle mit 22,07 % der abgegebenen Stimmen und 58 Abgeordneten ein. Auch einige der kleineren Parteien wie die BEL schaffen es ins neue Parlament mit 5,5 % und 14 Abgeordneten.⁴³⁵

Am 21. Mai 1997 wird die 38. Nationalversammlung offiziell bestätigt und Iwan Kostov zum Ministerpräsidenten ernannt. Dabei handelt es sich um eine politische Regierung und die Minister sind Mitglieder des Vorstandes der UDK. Die Regierung von Iwan Kostov setzt sich unter dem Motto „Zukunft für Bulgarien“ primär für schnelle Reformen und deren rasche Umsetzung ein.

5.4.2 Wirtschaftliche Stabilisierung und die Regierung von Kostov

Eine der ersten Herausforderungen der neuen Regierung stellt die bereits im Jahr 1996 mit dem IWF verhandelte Umsetzung der Fixierung der bulgarischen Währung dar, wodurch das Staatsbudget ausgeglichen werden soll. Somit wird am 1. Juli 1997 der bulgarische Lew an die Deutsche Mark in einem Verhältnis 1:1.000 gekoppelt.⁴³⁶

Mit diesem Schritt fängt die Stabilisierungsphase an. Die Regierung verabschiedet Gesetze zur langsamen Angleichung der Preise an die internationalen Standards in verschiedenen Sektoren wie im Transport und in der Energetik. Für Furore sorgt

⁴³⁴ Vgl. Spasov: *Die Geschichte der UDK 1993-1997*. S. 245.

⁴³⁵ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 108.

⁴³⁶ Vgl. ebd.

allerdings der Beschluss über die Veröffentlichung von Personalakten und Dokumenten aus den Archiven der Staatssicherheit aus der Zeit des Sozialismus.⁴³⁷ Die daraus folgenden Erkenntnisse über die Vergangenheit von Parlamentariern, über öffentliche Personen und die Massenentlassungen in den Führungsetagen von staatlichen Unternehmen sorgen für erste Kritik am neuen Kabinett. Der Vorwurf lautet, dass die neue Regierung die Politik von Filip Dimitrow fortführen und eine Aufklärung der sozialistischen Vergangenheit anstreben würde, anstatt sich voll und ganz auf die Wirtschaftsreformen zu konzentrieren.

Im Jahr 1997 beginnt sich die Wirtschaft in Osteuropa im Allgemeinen zu erholen. Nach den ersten leidvollen Jahren der politischen und wirtschaftlichen Transformation fängt eine langsame Stabilisierung der Region an. Aufgrund von Zahleninformationen der internationalen wirtschaftlichen Institutionen und positivem Wachstum des BIP ist von einem Ende der Transformation die Rede. Doch gilt diese Tendenz nicht für die Transformationsländer auf dem Balkan, das BIP in Bulgarien sinkt kontinuierlich.⁴³⁸ Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsergebnisse wächst die Kluft zwischen Zentral Europa und dem Balkan weiter, so dass immer öfter die Region als Südosteuropa bezeichnet wird, um negativen Verknüpfungen mit dem geschichtlichen Begriff vom Balkan zu umgehen.

Bis Anfang 1999 werden die Reformen über die Preisumstrukturierung und bezüglich der Privatisierung staatlicher Unternehmen vorangetrieben. Einen Grund zur Sorge gibt die Transformation des Sozialstaates. Sowohl das Gesundheitswesen als auch der Bildungssektor stecken aufgrund der minimalen staatlichen Finanzierung in einer tiefen Krise, was wiederum zu einer deutlichen Verschlechterung der Dienstleistungen im öffentlichen Sektor führt.

⁴³⁷ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 310.

⁴³⁸ Vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do;jsessionid=gI5JfAwWiets3vR_37jqfFwjzq9Ci1ox3dBT7qEMbUte11AeQKc!548505304?tab=table&plugin=1&pcode=tsdec100&language=de (Stand: 01.12.2014).

Etwas besser sieht es im außenpolitischen Bereich aus. Am 9. Oktober 1997 unterzeichnet P. Stojanow in Straßburg das Rahmenabkommen zum Schutz der nationalen Minderheiten, womit die lang anhaltenden Diskussionen über die Rechte der ethnischen Gruppen in Bulgarien ein wenig entschärft werden. Am 17. Juli 1998 wird Bulgarien Mitglied der CEFTA⁴³⁹. Das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen gilt aufgrund der strengen Aufnahmekriterien als ein weiterer Schritt in Richtung EU-Beitritt.

Die Balkankonflikte, die mit dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien einhergehen, belasten den Außenhandel und verjagen die potentiellen ausländischen Investoren. Der NATO-Krieg mit Jugoslawien blockiert die bulgarischen Handelswege zu Europa, was eine weitere Senkung des Lebensstandards im Land nach sich zieht. Doch spielt die Haltung bezüglich des NATO-Krieges eine wichtige Rolle für die internationale Positionierung Bulgariens.⁴⁴⁰ Das Thema wird auch in der bulgarischen Gesellschaft zum Politikum, da sich die Mehrheit der Bevölkerung ein Verhalten der politischen Neutralität wünscht. Trotz der negativen gesellschaftlichen Einstellung und nach einer Reihe von Protesten und Demonstrationen kündigt Bulgarien im Frühling 1999 Solidarität mit der NATO an. Mit dieser Handlung erhofft sich die bulgarische politische Regierungsetage Anerkennung in Westeuropa und eine Einladung zum Beginn des EU-Beitrittsprozesses.

In der Mitte seines Mandats im Jahr 1999 verkündet I. Kostov übermutig, dass die bulgarische Transformation vollbracht sei.⁴⁴¹ Als Gründe hierfür zählt er unter anderem die Umsetzung der Strukturreform auf, da die meisten Verlustunternehmen bereits aufgelöst oder privatisiert sind. Doch bedeutet die Privatisierung nicht nur die Durchführung der Strukturreform, sondern auch den Aufbau einer effektiven Wirtschafts-

⁴³⁹ Engl. Central European Free Trade Agreement.

⁴⁴⁰ Vgl. Riedel, Sabine: *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*. Wiesbaden 2005. S. 186-187.

⁴⁴¹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 314.

struktur, die Produktionen mit der Anwendung von modernen Technologien umfasst, die wettbewerbsfähig sind und somit den Markt stimulieren.

Rückblickend kann festgehalten werden, dass die politische und wirtschaftliche Stabilisierung des Landes zu den größten Leistungen der Regierung von Kostov zählen. Aufgrund der finanziellen Stabilisierung und der niedrigen Inflation wird der bulgarische Lew am 5. Juni 1999 der Deutschen Mark angeglichen, so dass ein Verhältnis 1:1 und nicht wie vorher 1.000:1 hergestellt wird.⁴⁴² Die Regierung wird für die Einhaltung der restriktiven Finanzpolitik von den internationalen Institutionen belohnt und finanziell unterstützt. Die wirtschaftliche Stabilisierung ruht daher überwiegend auf den Entscheidungen des IWF. Dagegen liegen die Gründe für die politische Stabilisierung eher darin, dass es an politischen Alternativen mangelt – die Opposition schafft es nicht, sich umzustrukturieren und mit einem neuen realistischen politischen Konzept weitere Zielgruppen zu erreichen.

Im Jahr 2000 konzentriert sich Kostov fast ausschließlich auf die bulgarische Außenpolitik und auf die Verhandlungen über den EU-Beitritt Bulgariens.⁴⁴³ Zu den politischen Erfolgen des Jahres zählt die Entscheidung der Europäischen Union, Bulgarien aus der schwarzen Liste für das Schengener Abkommen herauszunehmen.

Ab Mitte 2000 hat die Regierungskoalition mit immer lauter werdenden Anschuldigungen über Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe wirtschaftlicher Aufträge und über Korruption innerhalb des Kabinetts zu kämpfen.⁴⁴⁴ Dieser Zustand politischer Anspannungen und gegenseitiger Beschuldigungen führt zu einem Rückgang des Vertrauens seitens der Bevölkerung, in die Politik im Allgemeinen und ebenso in die Fähigkeiten aller politischen Vertreter und Institutionen. Vor diesem Hintergrund werden Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Selbstvertretung und die Vorteile ziviler Bewegungen anstelle von politischen Parteien immer öfter von den Medien thematisiert. Als Grundlage dieser Tendenz werden die kontinuierlich sinkende

⁴⁴² Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 316.

⁴⁴³ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 140.

⁴⁴⁴ Vgl. Appellius: *Bulgarien. Europas Ferner Osten*. Bonn 2006. S. 128-129.

Wahlbeteiligung und die immer mehr verbreitete gesellschaftliche Auffassung herangezogen, dass es sich nicht mehr lohnen würde, wählen zu gehen, weil es an vertrauenswürdiger politischer Vertretung und politischen Alternativen mangeln würde.

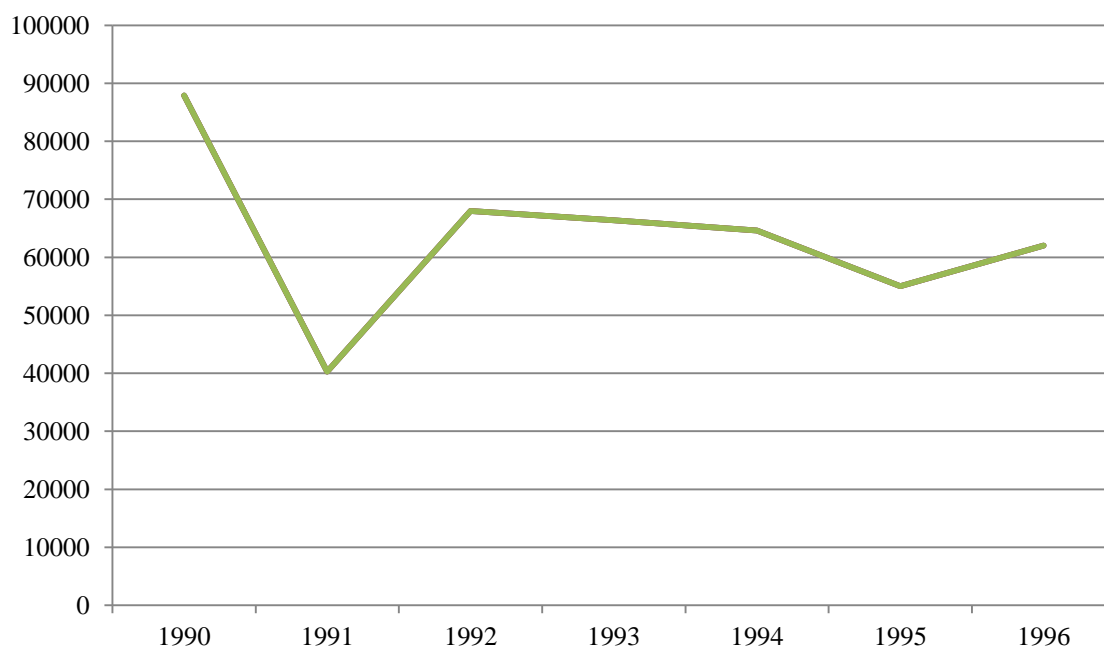
Im Jahr 2000 befindet sich das Land weiterhin in einem Transformationsprozess von einem Realsozialismus zu einer freien Marktwirtschaft. Diesem drastischen Schritt war Bulgarien 1989 noch nicht gewachsen, aber auch zehn Jahre später verläuft dieser Prozess nicht hürdenlos. In den zehn Jahren des Systemübergangs erleben die Bulgaren die ganze Palette an Emotionen; anfänglich herrscht Euphorie, Naivität und der feste Glaube, dass alleine die Freiheit und die Entschlossenheit ausreichen würden, um sich vom Sozialismus zu lösen und zum Kapitalismus und zur Prosperität überzugehen. Nach vielen Rückschlägen und einige Zeit später wird allmählich klar, dass der während des Sozialismus entstandene Sozialstaat die neue wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft nicht tragen kann.⁴⁴⁵ Durch den Zerfall des Sozialstaates in den Bereichen des Arbeitsrechts, des Gesundheitswesens sowie der Bildung und Kultur zählt Bulgarien nicht mehr zu der Gruppe der Staaten mit einem normalen Lebensstandard. Für die ersten zehn Jahre nach der Wende wächst die Kluft zwischen den Gesellschaftsschichten unaufhaltsam. Die materielle Verarmung der Gesellschaft schreitet vor allem bei den Rentnern, den Jugendlichen, den Minderheiten und den Arbeitslosen mit hohem Tempo voran. Die Arbeitslosigkeit in Bulgarien hält sich bei ca. 500.000 Personen, was 16 bis 18 % der arbeitsfähigen Bevölkerung entspricht, und betrifft in höchstem Maße die Jugendlichen, die mit einer Arbeitslosenquote von 33 % immer öfter langfristig keine Jobs mehr finden.⁴⁴⁶ Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass viele ihr Glück im Ausland suchen und das Land aufgrund fehlender Zukunftsperspektiven verlassen. Bei einer sinkenden Geburtenrate ist es besonders traurig, dass überwiegend die junge und gut ausgebildete soziale Schicht emigriert – allein in der Periode von 1990 bis 1996 haben um die 444.200 Menschen

⁴⁴⁵ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 324.

⁴⁴⁶ Vgl. ebd.

Bulgarien den Rücken gekehrt⁴⁴⁷, wobei nur im Jahr 1991 ein leichter Rückgang der Emigrantenzahl zu verzeichnen ist, aber diese eher konstant hoch bleibt (Abbildung 5).

Abbildung 5: Emigrantenzahl 1990-1996



Quelle: Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 324.

Ende des 20. Jahrhunderts kann Bulgarien als ein stagnierendes, alterndes Land bezeichnet werden, das aber fest entschlossen ist, sich um die Integration in die Europäische Union zu bemühen, in der Hoffnung, dass dieser Schritt die Entwicklung Bulgariens ankurbeln und somit die Massenemigration junger Menschen aufhalten wird.

⁴⁴⁷ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 324.

5.5 Der dynamische Pluralisierungsprozess im Zeichen der Konsolidierung (2001-2005)

Im Vergleich zu dem Transformationstempo in den restlichen ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion verläuft der Übergangsprozess in Bulgarien eher schleppend. Es trifft zwar zu, dass der Sturz von Todor Schiwkow 1989 für die meisten Bulgaren unerwartet geschah, doch würden die Eckdaten unabhängig voneinander analysiert werden, dann ist das Ergebnis doch kein Wunder: Zum Zeitpunkt seines Sturzes war Schiwkow 78 Jahre alt, bereits seit 35 Jahren an der Macht und hatte sich mit seinen politischen Handlungen Ende der 80er Jahren wiederholt dem von Moskau angegebenen politischen Kurs widersetzt. Die Überraschung der bulgarischen Bevölkerung ist vielmehr der Selbstverständlichkeit und der Gewohnheit der ewigen Regierung Schiwkows zuzuschreiben. Die Gesellschaft selbst ist nicht vorbereitet oder auch noch nicht reif dafür, sich vom Sozialismus zu befreien. Aus diesem Kontext könnte die These entstehen, dass im Vergleich zu den zentraleuropäischen Ländern Bulgarien von dieser Transformationswelle erfasst und lediglich als ein Anhängsel betrachtet wurde, da das Land von alleine diese drastischen Veränderungen nicht initiiert hätte.

Trotz des langsamen Tempos des Übergangs wird 2001 als ein Jahr vieler unerwarteter politischer und wirtschaftlicher Änderungen in die Geschichte eingehen.

5.5.1 Die Parlamentswahlen 2001

zum Frühling 2001 ist die ODS trotz des negativen Echos ihrer Handlungen in der Gesellschaft laut soziologischer Analysen und Prognosen weiterhin die führende Kraft im politischen Wahlkampf und liegt circa 2 % vor ihrem Hauptkonkurrenten BSP,

wobei die BSP aufgrund des angeschlagenen Rufs der UDK einen attraktiveren Koalitionspartner für die vielen kleinen Parteien darstellt.⁴⁴⁸

Eine große Veränderung auf der politischen Bühne Bulgariens kündigt sich an, als am 8. Februar 2001 das Verfassungsgericht die Entscheidung trifft, dass nur bulgarische Bürger sich als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl bewerben dürfen, die in den letzten fünf Jahren mindestens an 183 Tagen pro Jahr ihren Wohnsitz in Bulgarien hatten.⁴⁴⁹ Diese Entscheidung ist wichtig und kommt auf Anfrage einer Gruppe von Abgeordneten unterschiedlicher politischer Vereinigungen zustande, welche sich erkundigen wollten, ob der ehemalige bulgarische Zar Simeon Sakschoburggotski als Präsident der Republik Bulgarien kandidieren könnte. Laut Urteil des Verfassungsgerichtes wird es dem ehemaligen Zaren nicht erlaubt sein, sich um den Präsidentenposten zu bewerben.⁴⁵⁰ Dieser Beschluss löst allerdings große Diskussionen in der Gesellschaft aus und wird auf der einen Seite als nur richtig empfunden, während andererseits vor allem die älteren Bevölkerungsgruppen nostalgisch gestimmt sind und die ganz junge Generation darin eine Möglichkeit zu einer neuen Regierungsform und zu einem Ausweg aus der andauernden Krise sieht.

Für eine Riesenüberraschung sorgt jedoch nicht die Debatte über die Vorteile und Nachteile einer möglichen Kandidatur des ehemaligen Zaren, sondern die eigene Reaktion von Simeon Sakschoburggotski zu dem Thema: Er bedauert das Urteil des Verfassungsgerichtes und verspricht allen Bulgaren, die bereit wären, für ihn ihre Stimme abzugeben, dass sie die Gelegenheit bekommen würden.⁴⁵¹ Somit wandelt sich Simeon Sakschoburggotski zu einem politischen Hoffnungsträger.

Am 4. April 2001 kehrt Simeon Sakschoburggotski nach Bulgarien zurück und am 6. April 2001 erklärt er seine Absicht zur Gründung einer politischen Bewegung mit dem Programmversprechen, dass er gegen die Korruption und die immer größer werdende

⁴⁴⁸ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 330.

⁴⁴⁹ Vgl. ebd. S. 331.

⁴⁵⁰ Vgl. ebd.

⁴⁵¹ Vgl. ebd.

Kluft zwischen den reichen und den armen Bevölkerungsschichten angehen werde, und er verspricht auch, dass er innerhalb von 800 Tagen für eine Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung sorgen werde; auch beabsichtigt er, sich für eine neue Moral in Politik und Wirtschaft einzusetzen und dem herrschenden Nepotismus⁴⁵² den Kampf zu erklären:

„[...] Основах едно непрекъснато разрастващо се национално движение, за да направя живота ви по-добър на основата на вашето трудолюбие и предприемчивост и гарантиране на икономическата свобода в България. И естествено чрез налагане на нов морал в икономиката, бизнеса и политиката... Винаги съм държал и ще държа на оценяването на хората по тяхната компетентност, а не на раздаване на постове по роднински връзки или партийна принадлежност.“⁴⁵³

Am 8. April 2001 gründet Simeon Saksoburggotski die Nationale Bewegung Simeon der Zweite (NBSII), damit er sich an den kommenden parlamentarischen Wahlen beteiligen kann. Die Entscheidung des Sofiotischen Staatsgerichts am 23. April 2001, die NBSII offiziell als politische Bewegung nicht zu registrieren, wird von vielen als ein Ergebnis der politischen Machenschaften der Regierungskoalition gedeutet und ist auf die Angst über die Potentiale des politischen Neuankömmlings zurückzuführen.⁴⁵⁴ Trotz dieser administrativen Widrigkeiten gelingt es dem Ex-Zaren mit der Unterstützung von zwei kleineren Parteien sich in letzter Sekunde mit deren Registrierung zur Wahl zu stellen.

Die 5. demokratischen Parlamentswahlen finden am 17. Juni 2001 statt und sorgen nicht zum ersten Mal in der Geschichte Bulgariens für eine komplett neue parlamentarische Konstellation. Die NBS II. geht als der große Gewinner hervor und erzielt 42,74 % der Stimmen und 120 Abgeordnetenplätze im Parlament.⁴⁵⁵ Die ODS

⁴⁵² Auch Vetternwirtschaft genannt, ein Begriff für die übermäßige Vorteilsbeschaffung für Verwandte und Familienangehörige.

⁴⁵³ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 332-333.

⁴⁵⁴ Vgl. ebd.

⁴⁵⁵ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 102.

bleibt Zweite mit einem Ergebnis von 18,17 % der Stimmen und 51 Abgeordneten, die Koalition für Bulgarien (BSP/BANU Stambolijski/Ecoglasnost) erhält 17,24 % der Stimmen und 48 Abgeordnete und die BRF bekommt 7,45 % der Stimmen und 21 Abgeordnete.⁴⁵⁶ Diese Ergebnisse stellen eine herbe Niederlage für die ODS dar, die noch im Jahr 1997 52,26 %⁴⁵⁷ der Wahlstimmen für sich gewinnen konnte, und auch für die BSP ist die Situation ungewöhnlich, da die Partei erstmals seit 1989 nur das drittbeste Wahlergebnis hat. Diese Wahlsensation hat ein mediales Echo in ganz Europa – es scheint unwirklich, dass eine soeben gegründete politische Bewegung mit unklarer Legitimation es schafft, die politischen Hauptakteure seit 1989 weit hinter sich zu lassen und die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen. Der Wahlerfolg der NBS II. zeugt von der enormen Enttäuschung der bulgarischen Wählerschaft über die bisherigen Ergebnisse der langjährigen Reformen und der zahlreichen Demokratisierungs- und Umstrukturierungsverfahren, die als Gründe für die Dauerkrise in Bulgarien seit 1989 wahrgenommen werden. Dieses Wahlergebnis kann auch als ein Mislingen des bulgarischen Übergangs interpretiert werden oder zumindest als ein neuer Abschnitt in dem Transformationsprozess. Der Sieg der NBS II. zeugt auch von dem Glauben der bulgarischen Bevölkerung, dass jemand, der bis vor kurzem politisch völlig unbekannt war, in der Lage ist, Wunder zu vollbringen und alle Missstände innerhalb kürzester Zeit zu beheben. Diese Einstellung spricht für die tiefe Verzweiflung der bulgarischen Wählerschaft und resultiert darin, dass im Juli 2001 Simeon Sakschoburggotski zum neuen Ministerpräsidenten Bulgariens ernannt wird.⁴⁵⁸

⁴⁵⁶ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 102.

⁴⁵⁷ Vgl. ebd. S. 91.

⁴⁵⁸ Vgl. Roth, Maren: *Erziehung zur Demokratie? Amerikanische Demokratisierungshilfe im postsozialistischen Bulgarien*. Münster 2005. S. 72.

5.5.2 Die Präsidentschaftswahlen 2001

Der Weg zur Ernennung des Ex-Königs zum Ministerpräsidenten ist lang – fast einen Monat nach den Wahlen vom 17. Juni 2001 ist sich die NBS II. über die eigene Organisation nicht im Klaren. Erst im Juli 2001 kündigt Sakskoburggotski an, dass er bereit sei, den Premierministerposten zu übernehmen.⁴⁵⁹ Aufgrund des Umstands, dass die Abgeordneten der NBS II. mit den erzielten 120 Abgeordnetenplätzen keine absolute Mehrheit haben, fängt die NBS II. Verhandlungen mit anderen Parteien bezüglich der Bildung einer parlamentarischen Koalition an. Zu diesen Verhandlungen werden die ODS und die BRF eingeladen, die BSP scheidet als unpassender Kandidat für die Bildung einer Koalition bereits im Vorfeld aus. Die ODS lehnt die Einladung ab und somit unterzeichnen die NBS II. und die BRF eine Vereinbarung über die gemeinsame politische Kooperation.⁴⁶⁰

Mit dem Versprechen für eine neue Zeit mit einer neuen politischen und wirtschaftlichen Moral gewinnt die NBS II. die Wahlen. Die ersten Anzeichen einer Veränderung sind im außenpolitischen Bereich zu verzeichnen. Obwohl Bulgarien weiterhin stark nach West- und Zentraleuropa ausgerichtet ist und nach wie vor die Mitgliedschaft in die Europäische Union anstrebt, ist eine Intensivierung der außenpolitischen Beziehungen zum Nahen Osten spürbar.⁴⁶¹

Die Präsidentschaftswahlen werden am 11. November 2001 durchgeführt.⁴⁶² In dieser neuen politischen Konstellation ist die UDK vor allem bemüht, ihre indirekte Kontrolle über den Präsidentenposten zu erhalten. Bis zu Beginn des Wahlkampfs ist der amtierende Präsident, Petar Stojanow, der einzige Kandidat und dementsprechend laut

⁴⁵⁹ Vgl. Roth: *Erziehung zur Demokratie? Amerikanische Demokratisierungshilfe im postsozialistischen Bulgarien*. S. 72.

⁴⁶⁰ Vgl. ebd.

⁴⁶¹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 338.

⁴⁶² Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 115.

soziologischen Prognosen der Favorit. Am 29. September kommt die überraschende Kandidatur von der BSP, die Georgi Parvanov, den BSP-Vorsitzenden, zur Wahl stellt.⁴⁶³ Dieser Zug der ehemaligen Kommunisten ist recht unerwartet, da die BSP seit 1989 keinen eigenen Parteigenossen für die Präsidentschaftswahl aufstellte. Aufgrund der Entscheidung des Koalitionspartners BRF, nicht für den amtierenden Präsidenten Stojanow zu stimmen, und aufgrund von negativen Äußerungen des Präsidenten selbst über die NBS II. während der parlamentarischen Wahlen wird innerhalb der NBS II. lange diskutiert, bis letztendlich die NBS II. ihre Unterstützung für Peter Stojanow ausspricht.⁴⁶⁴ Da die UDK ebenso Stojanow in seiner Kandidatur unterstützt, sind de facto beide Parteien Partner im Präsidentenwahlkampf. Die vom Premierminister während der Parlamentswahlen angekündigten Absichten für eine Vereinigung aller politischer Kräfte in Bulgarien scheint vorerst wahr zu werden, da die BRF als Koalitionspartner fungiert, die BSP Minister- und Vizeministerposten in der neuen Regierung innehat und UDK und NBS II. gemeinsam mit Peter Stojanow das Präsidentenamt anstreben.

Der erste Wahlgang findet am 11. November 2001 statt. Aus diesem geht überraschenderweise Georgi Parvanov mit 36,37 % als Gewinner hervor, Petar Stojanow bleibt Zweiter mit 34,94 %.⁴⁶⁵ Das Ergebnis ist unerwartet, doch die UDK glaubt weiterhin an einen Sieg auch aufgrund der großen Anzahl an Parteien, welche die Kandidatur von Stojanow unterstützen, und versucht alle ihre Wähler mit ihrer Siegesüberzeugung zu mobilisieren. Allerdings ändert sich die Reihenfolge in den Wahlergebnissen im zweiten Wahlgang nicht. Georgi Parvanov und Angel Marin gewinnen mit 53,3 %, Petar Stojanow und Neli Kuckova verlieren mit 46,7 %.⁴⁶⁶

Innerhalb eines Jahres sorgen die Wahlergebnisse in Bulgarien für unerwartete Konstellationen an der politischen Spitze. Verschiedene Thesen können als Erklärung

⁴⁶³ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 115.

⁴⁶⁴ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 339.

⁴⁶⁵ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 115.

⁴⁶⁶ Vgl. ebd.

für diese Wahlergebnisse herangezogen werden. Zum einen scheint sich die politische Elite nicht über die bulgarische Wirklichkeit und über den häufigen politischen Stimmungswechsel der Bevölkerung im Klaren zu sein; zum anderen erstellen die Soziologen wiederholt in diesem Jahr falsche Wahlprognosen; der Unterschied zwischen den fachlichen Vorhersagen und der Realität ist dermaßen groß, dass als eine mögliche Erklärung dafür sowohl von einem fachlichen Missbrauch als auch von einem Versuch der Soziologen, die öffentliche Meinung zu manipulieren und politische Interessen zu vertreten, gesprochen wird.⁴⁶⁷ Dabei kann der Grund auch in der Bevölkerung selbst gesucht werden, denn nach Jahren voller politischer Desaster ist die Bereitschaft für die Teilnahme am politischen Geschehen und für eine Meinungsäußerung stark gesunken; ebenso erschwert die fehlende Gesellschaftsstruktur die Analyse des eigenen politischen Verhaltens.

Die Wahl des neuen Präsidenten bestätigt die bereits bestehende Tendenz, dass die bulgarische Gesellschaft während des Transformationsprozesses ihre Stimme nicht zweimal nacheinander für die gleiche Partei oder die gleiche politische Person abgibt. Diese Tendenz führt zu einer negativen Bilanz in dem bisherigen Transformationsprozess.

Am 23. Oktober 2001 stellt das neue Kabinett sein Regierungsprogramm unter dem Namen „Menschen sind der Reichtum Bulgariens“ vor. Das Regierungsprogramm sieht ein Wachstum des BIP mit 5-7 % jährlich, die Senkung der direkten Steuer, die Anziehung ausländischer Investitionen in Höhe zwischen 1,0 und 1,2 Mrd. Euro jährlich und eine Senkung der Arbeitslosenquote um 150.000 vor.⁴⁶⁸

Einfluss auf den politischen Kurs der NBS II. hat auch der am 11. September 2001 ausgeübte terroristische Akt in New York in den USA. Bulgarien äußert sofort Mitgefühl mit den USA und betont die eigene Kooperationsbereitschaft im Kampf gegen den Terrorismus. Dieser Terrorakt sorgt zudem für eine internationale Wirtschafts-

⁴⁶⁷ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 342.

⁴⁶⁸ Vgl. ebd. S. 343.

destabilisierung, die auch Bulgarien erreicht. Unter diesen Umständen kündigt der Finanzminister Milen Velchev an, dass Bulgarien eine neue Übereinstimmung mit dem IWF benötigt.⁴⁶⁹ Diese Übereinstimmung würde bedeuten, dass die Regierung einige der eigenen Versprechen nicht mehr erfüllen wird, wie zum Beispiel das höhere Budgetdefizit und eine Erhöhung der Vergütungen. Das Budget für 2002 ist restriktiv und sieht ein BIP-Wachstum von 4-5 %, ein Defizit von 0,8 %, eine Inflation von 3,5 %, eine Lohnerhöhung mit 10 % und eine Rentenerhöhung um 5 % vor.⁴⁷⁰ Diese Fakten entsprechen nicht der Vorstellung der Öffentlichkeit für einen wirtschaftlichen Aufschwung und somit sinkt die Unterstützung für die NBS II. Nach den ersten 100 Tagen im Amt wird Simeon II. von der ODS und von der BSP vorgeworfen, dass er mit seinen Versprechen der bulgarischen Bevölkerung falsche Hoffnungen gemacht hat.

Die Zwischenbewertung der EU über die Beitrittsbereitschaft der zwölf Kandidatenländer sorgt auch für Unmut über die neue bulgarische Regierung. Die EU ist der Meinung, dass Bulgarien große Fortschritte auf dem Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht hat, aber dass das Land weiterhin nicht in der Lage ist, die europäischen Wirtschaftskriterien zu erfüllen und auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig zu sein.⁴⁷¹ Das Resultat ist, dass im Jahr 2004 nur 10 der Kandidatenländer in die EU aufgenommen und dass Bulgarien und Rumänien an der nächsten EU-Erweiterung teilnehmen werden.⁴⁷² Einen außenpolitischen Erfolg stellt die Wahl Bulgariens am 9. Oktober 2001 zum nicht temporären Mitglied des UN-Sicherheitsrats mit einem zweijährigen Mandat von 2002 bis 2003 dar.

Seit Beginn 2002 bereitet der Vorstand der NBSII die Transformation der Koalition NBSII in eine neue politische Partei vor.⁴⁷³ Laut der neu erstellten Dokumentation wird die neue Partei konservativ, jedoch nicht elitär und liberal, aber mit starker sozialer

⁴⁶⁹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 343.

⁴⁷⁰ Vgl. ebd.

⁴⁷¹ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 116.

⁴⁷² Vgl. ebd.

⁴⁷³ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 207.

Ausrichtung sein.⁴⁷⁴ In der Erklärung der NBSII wird der Wunsch von Sakskoburgotski nach einem allgemein gültigen Konsens für die Balance zwischen Freiheit und Verantwortung betont. Darüber hinaus orientiert sich die NBSII an den ideologischen Werten der europäischen Nationalparteien: Freiheit und Verantwortung, Gerechtigkeit und Toleranz, Chancengleichheit, Solidarität und Subsidiarität.⁴⁷⁵

Am 26. Januar 2002 wird die Gründung der neuen Partei bekanntgegeben. Doch bereits im Vorfeld kündigen die Anführer der zwei kleinen Parteien in der parlamentarischen Gruppe der NBSII (die Partei der Bulgarischen Frauen und die Bewegung für Nationale Wiederauferstehung „Oborishte“) an, dass ohne ihre Zustimmung die NBSII nach ihrer Transformation nicht mehr im Parlament vertreten sein wird.⁴⁷⁶ Diese Aussage wird offiziell damit begründet, dass der gewählte Zeitpunkt für die Transformation der NBSII sehr ungünstig sei, inoffiziell ist allerdings naheliegend, dass die zwei kleinen Parteien ihre privilegierte Stellung in der Koalition beibehalten möchten. Auch Abgeordnete der NBSII äußern ihre Unzufriedenheit über die interne Reorganisation. Die Situation spitzt sich zu, als am 26. Januar Simeon II. eine Rede hält, in der er Minister und Abgeordnete kritisiert und bekannt gibt, dass er die neue Partei nicht führen wird.⁴⁷⁷ Diese skandalöse Entwicklung sorgt für eine steigende Anspannung in der Regierungskoalition und für gegenseitige Vorwürfe ihrer Mitglieder.

Im April 2002 ändert Simeon II. erneut seine Meinung und gibt bekannt, dass er am 6. April die Führung der Partei NBSII übernehmen wird.⁴⁷⁸ Diese Ankündigung widerspricht seiner vorherigen Aussage, doch ist diese in Zeiten vieler interner politischer Auseinandersetzungen ein überdachter Zug und Versuch, die Einheit der NBSII zu bewahren. Somit stellt sich Sakskoburgotski der zusätzlichen Herausforderung, eine neue politische Partei zu führen, welche die Stabilität der Regierung erhalten soll.

⁴⁷⁴ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 207

⁴⁷⁵ Vgl. ebd.

⁴⁷⁶ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 348.

⁴⁷⁷ Vgl. ebd.

⁴⁷⁸ Vgl. ebd. S. 350.

Die Partei NBSII wird am 6. April 2002 gegründet. Laut ihrem Programm lehnt sich die NBSII an die kulturellen und spirituellen Werte des bulgarischen Volks an. Im Mittelpunkt stehen für die Partei die neue Generation, die Moral und die Integrität.⁴⁷⁹

Die neue Partei hat eine Reihe von Hürden zu bewältigen. Die internationale Wirtschaftslage verschlechtert sich nach dem 11. September 2001, die Inflation steigt an und das bulgarische Rechtssystem hat auch mit internen Streitigkeiten zu kämpfen. Das Land ist weiterhin nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Kriterien für einen möglichen EU-Beitritt zu erfüllen. Deshalb wird die Einladung für eine NATO-Mitgliedschaft als die einzige Hoffnung auf einen außenpolitischen Erfolg wahrgenommen. Zum einjährigen Bestehen der Regierung hält Sakskoburgotski zwei Reden, eine vor den Mitgliedern der NBSII und eine vor der Nation. In seiner Rede vor der NBSII kündigt Simeon II. wie auch schon Iwan Kostov im Jahr 1999 an, dass der Übergang zu Ende sei.⁴⁸⁰

Der USA-Krieg mit dem Irak sorgt für eine Spaltung der EU. Die EU-Kandidatenländer aus dem ehemaligen Ostblock unterstützen die USA. Dabei spricht der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld von einem „neuen“ proamerikanischen Osteuropa und von einem „alten“ Westeuropa, das kritisch gegenüber den USA ist.⁴⁸¹ Bulgarien ist sich mit den Ostblockländern einig, was ihre Einstellung den USA gegenüber angeht. Dies ruft kritische Meinungen in Westeuropa hervor, die eine Trennung nicht nach „alt“ und „neu“, sondern nach „stark“ und „schwach“ vornehmen, wobei betont wird, dass es nicht darauf ankomme, wie freundschaftlich gestimmt ein Land den USA gegenüber ist, sondern wie unabhängig.⁴⁸² Das neue Bild von Bulgarien als einem der früheren treuen Anhänger

⁴⁷⁹ Vgl. <http://www.ndsv.bg/%d1%83%d1%81%d1%82%d0%b0%d0%b2/> (Stand: 01.11.2014)

⁴⁸⁰ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 353.

⁴⁸¹ Vgl. Klaus, Elisabeth/Sedmak, Clemens/Drüeke, Ricarda/Schweiger, Gottfried (Hrsg.): *Identität und Inklusion im europäischen Sozialraum*. Wiesbaden 2010. S. 277.

⁴⁸² Vgl. Guardian. *Bulgarien - der neue Vasall von Washington*. [*Balgarija – novijat vasaal na Washington*]. In: *Zeitung Trud*. 8. Februar 2003.

der Sowjetunion und nun als einem ebensolchen der USA im Jahr 2002 hilft dem Land nicht auf dem Weg zu einem schnellen Beitritt in die EU; ganz im Gegenteil führt dies eher zu antibulgarischen und antiosteuropäischen Stimmungen in einigen Länder der EU.

Zur Stärkung des Ansehens der NBSII in der Gesellschaft kurz vor den lokalen Wahlen, hält der Ministerpräsident am 3. Oktober 2003 eine Rede an das bulgarische Volk, in der erneut die bisherigen Leistungen der NBSII-Regierung aufgezählt werden - viele dieser Leistungen sind allerdings nicht nur der NBSII.-Regierung zu verdanken, sondern auch den Regierungen davor.⁴⁸³ Als tatsächlicher Beitrag der NBSII zur bulgarischen Politik werden die Stabilität im politischen Leben und die Überwindung des Zwei-Parteien-Modells definiert.

Die Kommunalwahlen werden vom 26. Oktober bis 2. November 2003 durchgeführt.⁴⁸⁴ Diese Wahlen haben eine sehr große Bedeutung für die Bestimmung einer Zwischenbenotung der bisherigen Regierung und der Opposition; deshalb bereiten sich alle Parteien sorgfältig vor. Doch die Ergebnisse der Kommunalwahlen sorgen für eine Ernüchterung unter den etablierten politischen Kräften: Die Wahlbeteiligung ist sehr niedrig (unter 50 %), es werden sehr viele kleinere Parteien gewählt und auch viele parteilose und sogar unpolitische Kandidaten haben Erfolg.⁴⁸⁵ Diese Tendenz wird als beunruhigend empfunden, weil sich dadurch viele Korruptionsgruppierungen Zugang zu Posten in der lokalen Administration verschaffen können. Am besten werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen von Iwan Krastev zusammengefasst: „Die BSP hat nicht gewonnen, die UDK hat nicht verloren, die BRF ist gewachsen und die NBSII hat nicht verstanden“ [БСП не спечели, СДС не загуби, ДПС нарасна, НДСВ не разбра]⁴⁸⁶.

⁴⁸³ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 357.

⁴⁸⁴ Vgl. Ismayr: *Die politischen Systeme Osteuropas*. S. 722.

⁴⁸⁵ Vgl. ebd.

⁴⁸⁶ Vgl. Zeitung *24 Stunden*. [Vestnik 24 chasa]. 12. November 2003. S. 13-15.

Die Niederlage der NBS II. bei den Lokalwahlen zerrt weiterhin an dem Image der Partei, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Regierung. Simeon II. versucht unaufhörlich, die NBS II. zu verteidigen und zu rechtfertigen. Dabei kommt ihm der NATO-Beitritt Bulgariens entgegen, da dieses Ereignis als ein außenpolitischer Erfolg verbucht werden und von den innenpolitischen Schwierigkeiten kurzfristig ablenken kann. Am 29. März 2004 tritt Bulgarien gemeinsam mit Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowenien und der Slowakei offiziell der NATO bei.⁴⁸⁷

5.5.4 Pluralistisches Bulgarien kurz vor der EU

Die Ära Simeon Sakschoburggotski wird als eine weitere Transformation des politischen Systems in Bulgarien bezeichnet, da als größter Erfolg der NBSII.-Regierung die Abschaffung des Zwei-Parteien-Systems angesehen wird. Dem Zwei-Parteien-Kampf zwischen der Linken (BSP) und der Rechten (UDK), der mehr als zehn Jahre die politische Szene in Bulgarien ausschließlich dominierte, wurde mit Hilfe der Partei von Simeon II. ein Ende gesetzt. Die BSP muss ihre Hoffnung aufgeben, dass die Unzufriedenheit über die amtierende rechte politische Kraft ihr zu einer Wiedergewinnung der Wählersympathien verhelfen kann. Doch erholt sich die BSP von diesem Tief, indem ihr Parteivorsitzender Georgi Parvanov zum Präsidenten Bulgariens gewählt wird und somit die Partei zumindest in diesem Amt an Einfluss gewinnt. Anders sieht es bei der UDK aus – sie hat gemeinsam mit der NBS II. die Präsidentschaftskandidatur von Petar Stojanow unterstützt und ist somit von der gesellschaftlichen Unzufriedenheit gegenüber der amtierenden Regierung stark betroffen. Die Tatsache, dass die Partei sowohl bei der parlamentarischen als auch bei der Präsidentschaftswahl eine Niederlage einstecken musste, führt zu einer Vertiefung der internen Auseinandersetzungen und zu weiteren ideologischen und personellen Zersplitterungen. Die Transformation im rechten politischen Raum Bulgariens betrifft

⁴⁸⁷ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 118.

vor allem die UDK; die anderen rechten Parteien wie die BZNS und die VMRO halten ihre Ausrichtung und Position, sind allerdings viel zu klein, um einen wesentlichen politischen Einfluss ausüben zu können.

Anfang 2005 spitzt sich die Lage in der Regierungskoalition zu. Aufgrund der schwächelnden Position der NBS II. wird der politische Einfluss des Koalitionspartners BRF immer stärker. Im Februar 2005 kommt es zu einer Eskalation zwischen den beiden Parteien, als die BRF die anstehende Übernahme von Bulgartabak (dem größten Tabakunternehmen Bulgariens) durch die British American Tobacco Plc aufhalten möchte, da Bulgartabak vielen bulgarischen Türken Arbeitsplätze verschafft.⁴⁸⁸ Nachdem die Besprechung der geplanten Privatisierung im Parlament aufgrund des Eingreifens von NBSII scheitert, vereinen sich die linke und die rechte Opposition (BSP, UDK, DSB, BZNS, „Die Neue Zeit“) und stellen die Vertrauensfrage im Parlament.⁴⁸⁹ Die NBS II. ist über die Bereitwilligkeit der Opposition, Bulgarien kurz vor der Unterzeichnung des Vertrages zur EU-Mitgliedschaft am 25. April 2005 ohne Parlament zu präsentieren, empört. Nach einer internen Umstrukturierung wird Anfang Februar 2005 eine neue Koalitionsvereinbarung zwischen NBSII, BRF und „Die Neue Zeit“ getroffen und darauf wird die Vertrauensfrage abgelehnt.

Nach der überstandenen parlamentarischen Krise widmet sich die Aufmerksamkeit aller politischen Akteure den anstehenden parlamentarischen Wahlen. Aufgrund der Ereignisse vom Februar stellen sich die Mitglieder der Regierungskoalition nicht mehr gemeinsam, sondern getrennt zur Wahl. Die NBSII geht in den Wahlkampf mit der Hoffnung, wiedergewählt zu werden, bestärkt durch die Tatsache, dass sie als eine sehr junge Partei ihr Mandat zu Ende führen konnte. Die BRF bemüht sich in ihrem Wahlkampf, so viele Stimmen bulgarischer Türken, die auch außerhalb des Landes leben, für sich zu gewinnen, wie nur möglich. Diese Absicht wird auch durch die Regierung bestärkt, da sich diese intensiv für die Verbesserung der Wahlbedingungen für Emigranten und für die Eröffnung neuer Wahllokale im Ausland einsetzt. Für die BSP

⁴⁸⁸ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 363.

⁴⁸⁹ Vgl. ebd.

sind diese Wahlen ebenfalls von hoher Wichtigkeit, da die Partei bereits seit acht Jahren in der Opposition verharret. Erneut stellt sich die BSP zusammen mit anderen kleinen Parteien zur Wahl und behält den Namen „Koalition für Bulgarien“ (KB), allerdings mit neuer Zusammensetzung: BSP, die politische Bewegung „Sozialdemokraten“, Die Bewegung für humanen Sozialismus, die Bulgarischen Sozialdemokraten, BZNS Alexander Stambolijski, die Kommunistische Partei in Bulgarien, die Grüne Partei in Bulgarien und die Partei „Roma“.⁴⁹⁰

Viel komplizierter stellt sich die Koalitionszusammensetzung im rechten politischen Raum dar. Dort stellen sich zwei Koalitionen und die DSB, die Partei des ehemaligen UDK-Mitglieds Iwan Kostov, zur Wahl. Die UDK gründet die Koalition ODS, diesmal mit der Partei „Bewegung Gergiovdnen“ und drei weiteren kleine Parteien. Die zweite Koalition heißt „Bulgarische Nationale Union“ (BNS) und wird zwischen BZNS-NS, VMRO und VFD verabredet.⁴⁹¹

Während des Wahlkampfes versuchen die regierenden politischen Kräfte mit gezielten Medienkampagnen und mit der erneuten Betonung der außenpolitischen Erfolge, die junge, berufstätige soziale Schicht für sich zu gewinnen. Doch außer bei den Bürgern mit einer klaren langjährigen politischen Zugehörigkeit bewirken diese Maßnahmen wenig, denn große Teile der Gesellschaft sind entweder enttäuscht und äußern diese Enttäuschung in einer passiven Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen, indem sie nicht wählen gehen, oder sie entscheiden sich für eine Protestwahl.

Am 25. Juni 2005 werden zum sechsten Mal parlamentarische Wahlen in Bulgarien abgehalten. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von nur 55 % finden sieben Koalitionen und Parteien Platz in der 40. Nationalversammlung.⁴⁹² Die Koalition für Bulgarien (KB) gewinnt 31 % der Stimmen und 82 Abgeordnetenplätze.⁴⁹³ Die NBSII erhält 19,88 % der Stimmen und 53 der Abgeordneten, die BRP 12, 68 % und 34

⁴⁹⁰ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 147-148.

⁴⁹¹ Vgl. ebd.

⁴⁹² Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 148-149.

⁴⁹³ Vgl. ebd.

Abgeordnete.⁴⁹⁴ Für eine Überraschung sorgt die zwei Monate vor den Wahlen gegründete nationalistische Koalition „Ataka“ mit 8,16 % und 21 Abgeordneten.⁴⁹⁵ Die ODS erhält 7,7 % der Stimmen und 20 Abgeordnetenplätze, die DSB – 6,45 % sowie 17 Abgeordnete und die BNS 5,2 % mit 13 Abgeordneten.⁴⁹⁶

Die durchgeführten Analysen zeigen, dass im Vergleich zu den letzten Wahlen die abgegebenen Stimmen für die KB um 40 % gestiegen, bei der NBSII aber um 60 % gesunken sind, die BRF 30 % mehr Stimmen erhalten hat und die ODS insgesamt circa 100.000 Stimmen verloren haben. Diese Zahlen spiegeln die neuen Wählerpräferenzen wider. Auch der Einzug der neugegründeten „Ataka“ ins Parlament zeugt von den neuen politischen Vorlieben von 8,16 % der Wähler. Dieses Ergebnis wird überwiegend als eine Protestwahl interpretiert, weil die Partei mit ihrer nationalistischen und faschistischen Ausrichtung als Symbol des Protests gegen die ganze politische Klasse Bulgariens gilt.

Das Wahlergebnis im Jahr 2005 stellt das politische System in Bulgarien vor ein Problem: In der neuen Regierung fehlt eine klar definierte Mehrheit von sich ideologisch nahestehenden Gruppierungen.⁴⁹⁷ Die KB ist über ihren ersten Platz erfreut, kann allerdings wenig ausrichten und auch mit der Unterstützung der DSP die absolute Mehrheit nicht erhalten. Die als zweitstärkste Partei gewählte NBSII kann keine rechtszentrische Regierung ins Leben rufen, da sie auch mit Hilfe der drei rechten Parteien und Koalitionen auf eine Zahl von nur 93 Abgeordneten kommt. Bei solchen Ergebnissen empfehlen politische Wahlbeobachter die Gründung einer Koalition zwischen den ersten zwei oder drei gewählten Parteien. Das würde bedeuten, dass die KB und die NBSII zusammen 135 Abgeordnete hätten oder beide zusammen mit der BRF mit 169 Abgeordneten die parlamentarische Mehrheit erzielen würden. Aufgrund der ideologischen Unterschiede und der starken Polarisierung während der letzten

⁴⁹⁴ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 148-149.

⁴⁹⁵ Vgl. ebd.

⁴⁹⁶ Vgl. ebd.

⁴⁹⁷ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 120.

Legislaturperiode ist allerdings keine Kooperation zwischen der rechten NBSII und der linken KB wahrscheinlich. Unter diesen Umständen erhoffen sich die kleinen extremen Parteien, wie die DSB und Ataka, dass sie bei eventuellen Neuwahlen mehr Stimmen erhalten werden.

In dieser Situation übernimmt Präsident Parvanov die Initiative und rät zu einer Drei-Parteien-Koalition, ohne konkrete Koalitionsteilnehmer zu benennen. Darauf folgend entsteht Anfang Juli 2005 die Regierungskoalition zwischen der KB, der NBSII und der BRF.⁴⁹⁸ Die Koalitionsgründung wird im Namen der nationalen Interessen und vor allem mit dem anstehenden EU-Beitritt Bulgariens gerechtfertigt. Am 18. Juli 2005 wird Sergej Stanishev mit der Zusammensetzung der Regierung beauftragt.⁴⁹⁹ Die drei Parteien einigen sich schnell über die politische Ausrichtung der Koalition, allen voran die europäische Integration. Anders gestaltet sich die Kabinettsbildung: Aufgrund der Diskussionen über die personelle Besetzung des Premierministerpostens und aufgrund der Vergabe der Ministerposten bricht die NBSII die Koalitionsvereinbarungen ab.⁵⁰⁰ Unter diesen Umständen schlägt die Koalition von KB und der BRF der 40. Nationalversammlung eine Minderheitsregierung vor, ohne eine eigene Mehrheit im Parlament zu haben. Nach der Abstimmung am 27. Juli 2005 wird Sergej Stanishev zum Ministerpräsidenten mit 120 gegen 119 Stimmen gewählt, doch erhält das Kabinett keine parlamentarische Unterstützung und somit ist das Mandat zur Kabinettszusammenstellung von Sergej Stanishev beendet.⁵⁰¹

Das zweite Mandat zur Kabinettsbildung erhält die NBS II., doch möchte die Partei dieses nicht annehmen, bevor sie sicher ist, eine Regierung zusammenstellen zu können.⁵⁰² Die neuen Verhandlungen ergeben, dass eine Regierung ohne die Beteiligung der KB nicht möglich ist, worauf die NBS II. der BSP vorschlägt, einen

⁴⁹⁸ Vgl. Tzanev: *Bulgarische Chronologien*. S. 461.

⁴⁹⁹ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 367.

⁵⁰⁰ Vgl. ebd. S. 368.

⁵⁰¹ Vgl. ebd.

⁵⁰² Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 368.

Kandidaten für den Premierministerposten zu ernennen. Die darauffolgenden Verhandlungen führen zur Niederlegung des zweiten Mandats seitens der NBS II.

Somit entscheidet der bulgarische Präsident, welche Partei das dritte und letzte Mandat zur Regierungsbildung erhalten soll. Parvanov kündigt an, dass er das Mandat erst dann vergeben werde, wenn eine Regierungskoalition gegründet ist.⁵⁰³ In dieser Situation gründen die KB, NBS II. und BRF eine Koalition, die BRF erhält das dritte Mandat zur Regierungsbildung und Sergeij Stanishev wird zum Ministerpräsidenten ernannt.⁵⁰⁴

Die sechsten demokratischen Parlamentswahlen in Bulgarien deuten darauf hin, dass Bulgarien das Zwei-Parteien-Modell abgelegt hat und dass politischer Pluralismus zur Tatsache geworden ist.

Kurz vor dem EU-Beitritt hofft das Land, dass sich die Wirkung der stabilen Wachstumsraten der letzten Jahre im Alltag der Menschen bemerkbar machen wird und dass Bulgarien wieder für die junge Generation und für die vielen jungen und qualifizierten bulgarischen Emigranten attraktiver wird, so dass diese eine Rückkehr in Erwägung ziehen. Die EU ist für die Bulgaren ein Hoffnungsträger und der EU-Beitritt wird in der bulgarischen Öffentlichkeit als das politische Hilfsmittel wahrgenommen, das für mehr Sicherheit und Stabilität sorgen soll. Dabei werden die sieben parlamentarischen Gruppen in der 40. Bulgarischen Nationalversammlung als das Ergebnis einer geweckten Interessenartikulation und einer intakten Interessenvertretung verstanden. Es bleibt allerdings fraglich, ob dieses Wahlergebnis als Zeichen der sich weiterentwickelnden Zivilgesellschaft festzumachen ist oder ob es andere Gründe dafür gibt, wie die menschliche Verzweiflung vom politischen Geschehen nach 1989 oder die weiterhin stark verbreitete Korruption im administrativen und sozialen Bereich. Doch ist die aktuelle politische Entwicklung ein Indiz dafür, dass Bulgarien politisch gesehen viel mehr den restlichen Ländern des ehemaligen Ostblocks, die mittlerweile der EU

⁵⁰³ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 368

⁵⁰⁴ Vgl. Bideleux/Jeffries: *The Balkans. A Post-Communist History*. S. 120.

angehören, ähnelt, als es Ähnlichkeiten mit anderen postsozialistischen Ländern auf dem Balkan aufweist.

Nachdem die Bulgaren in den ersten zehn Jahren des Übergangs bereits die unterschiedlichsten politischen Konstellationen in der Regierung gewählt haben, breitet sich allmählich eine Wahlmüdigkeit und Hoffnungslosigkeit aus, die unter anderem dazu führen, dass die Wahlbeteiligung kontinuierlich sinkt. Im Jahr 2001 gingen viele zu den Wahlurnen, in der Hoffnung, dass mit einer völlig neuen politischen Kraft im Parlament auch das langersehnte Wunder geschehen und Bulgarien innerhalb kürzester Zeit aus dem existenziellen Tief herauskommen wird. Doch bereits in den ersten Monaten der NBSII-Regierung zeigt es sich, dass allein Versprechen und gute Absichten nicht ausreichen, weshalb sich eine Ernüchterung über die politische Realität breitmacht.

5.5.5 Zurück zur Realität

Über das genaue Ende der bulgarischen Transformation wird sowohl in der Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit heiß diskutiert. Diesbezüglich gibt es Thesen, die besagen, dass der Wahlsieg der NBSII im Juni 2001 für das Ende der Transformation bezeichnend ist, weil hiermit die Bipolarität des bulgarischen Parteiensystems abgeschafft wird und weil es keine „Roten“ als Befürworter der Vergangenheit und keine „Blauen“ als Gegner der Vergangenheit mehr gibt, sondern es würden die „Gelben“ die neue Zukunftsausrichtung von Gesellschaft und Politik repräsentieren.⁵⁰⁵ Diese These ist wegen ihrer Parteilichkeit bei den verschiedenen parteipolitischen Akteuren stark umstritten.

⁵⁰⁵ Vgl. Raychev, Andrej/Stoichev, Kuncho: *Was geschah? Eine Erzählung über den Übergang in Bulgarien 1989-2004* [Kakvo se sluchi? Razkaz za prehoda v Balgarija 1989-2004]. Sofia 2008.

Als Endziele der Transformation werden allgemein eine auf Dauer funktionierende parlamentarische Demokratie und eine intakte Marktwirtschaft festgelegt, doch sind die Kriterien zum Erreichen dieser Ziele nicht klar definiert. Diesbezüglich vertritt Iskra Baeva die These, dass der Beitritt in die EU als das Ende der Transformation in den ehemaligen Ostblock-Ländern bestimmt werden kann. Laut dieser Auffassung sollte die EU-Aufnahme als ein Beweis für das Vorhandensein eines stabilen pluralistischen politischen Systems und für die Existenz einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft ausreichen, wenn man die Dauer der Beitrittsverhandlungen, die Kontrolle und Beobachtung der Beitrittskandidaten in den verschiedensten Sektoren, und die Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Kriterien für den EU-Beitritt in Betracht ziehen würde.⁵⁰⁶ Demnach kann die Systemtransformation für diejenigen ehemaligen sozialistischen Staaten als beendet erklärt werden, die im Jahr 2004 der EU beigetreten sind. Das würde auch bedeuten, dass Bulgarien und Rumänien im Jahr 2005 dem Transformationsende viel näher gestanden haben als andere Balkanländer.

Darüber hinaus kann die Systemtransformation in Bulgarien in der Periode 1989 bis 2005 auch als revolutionär bezeichnet werden, weil diese von großen Änderungen in den Sozialgruppen, Verschiebungen in der politischen Elite sowie wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen begleitet wird (siehe dazu Kapitel 3). Im Vergleich zu früheren Systemtransformationen, wie denen in den 40er und 50er Jahren, wird der Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus am häufigsten als ein „friedlicher Übergang“ bezeichnet. Allerdings ist der Transformationsprozess auch in diesem Fall, wie bei allen revolutionären Coups, mit Opfern verbunden, denn die während der Transformationsphase initiierte Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse im städtischen und ländlichen Raum lässt viele Menschen arbeitslos und obdachlos werden. Die Wirtschaftsumstrukturierung führt zur Auflösung ganzer Industriezweige. Aufgrund dieses Wandels wird ein großer Teil der Bevölkerung um Arbeitsplätze, soziale Sicherheiten und klar definierte Zukunftsperspektiven gebracht, die während des Staatssozialismus gegeben waren.

⁵⁰⁶ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 371-372.

Zu Beginn der Systemtransformation sind die meisten Bulgaren noch optimistisch gestimmt. Die Vorstellung, den Lebensstandard des eigenen Landes schnellstmöglich an den der westeuropäischen Länder angleichen zu können, verspricht hohe Wachstumsraten und enorme Entwicklungspotentiale. Doch sechzehn Jahre später ist diese Vision immer noch nicht ganz in Erfüllung gegangen – in vielerlei Hinsicht befindet sich das Land weiterhin in Stagnation und die Kluft zwischen Reichen und Armen wird immer tiefer.⁵⁰⁷ Trotz der Senkung der Lebensqualität sind nur wenige der Meinung, dass eine Lösung in der Rückkehr zum realen Sozialismus zu finden ist. Die Nachteile des Sozialismus sind offensichtlich und die Erinnerungen an jene Zeit sind der subjektiven Nostalgie und nicht realen Vorstellungen zuzuschreiben.⁵⁰⁸ Jede umfangreiche Transformation fängt mit der Vernichtung eines alten Systems an, so dass ein neues an der Stelle des alten Systems entstehen kann. Die Erschwernis bei dem bulgarischen Übergang besteht in der langen Dauer des Zusammenbruchs des alten Systems, welches das Leben einer ganzen Generation prägt und darin resultiert, dass die Menschen keine Entwicklungsperspektiven mehr sehen und von einem tiefgehenden Pessimismus ergriffen werden. Die erfüllten Versprechen für politische Demokratie und Marktwirtschaft sind nicht mehr ausreichend, um das Gefühl einer allgegenwärtigen Armut zu dämpfen.

Doch gibt es dem Systemwechsel zufolge nicht nur Verlierer: Zu den Gewinnern zählen an erster Stelle die sogenannten „Neureichen“, die in den meisten Fällen durch die Privatisierung von ehemaligem Staatseigentum große Gewinne erzielen können; an zweiter Stelle reihen sich auch Teile der politischen Elite ein, die ihre politische

⁵⁰⁷ Vgl. Autengruber, Christian: *Bulgarien: Zwischen anfänglichen Konsolidierungstendenzen und akuten Umbrüchen*. In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen 2008. S. 144.

⁵⁰⁸ Vgl. Joja, Oltea: *Den Kommunismus erinnern. Bilder und Vorstellungen in der Gegenwart*. In: Brunnbauer, Ulf/Troebst, Stefan (Hrsg.): *Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa*. Köln 2007. S. 237-240.

Stellung in eine wirtschaftliche Machtposition umwandeln können.⁵⁰⁹ Auch die Mittelklasse, die noch im Entstehen ist, zählt zu den Gewinnern, doch ist diese letzte Aufzählung lediglich in der Wissenschaft sehr umstritten, da viele Politologen und Soziologen der Meinung sind, dass die Mittelklasse, bedingt durch die immer größer werdende Kluft zwischen Armen und Reichen, vom Aussterben bedroht ist.

Seit 1989 hat sich die politische Landschaft in Osteuropa stark verändert. Nicht nur haben sich die politischen Institutionen und wirtschaftlichen Strukturen weiterentwickelt, auch die Außen-, Sozial- und Kulturpolitik befand und befindet sich im Wandel. Die politische Freiheit hat eine starke Fragmentierung des Parteiensystems hervorgerufen. Alle ehemaligen Ostblockländer beabsichtigen der EU beizutreten oder haben dies bereits getan (NATO-Osterweiterung, EU-Erweiterung 2004, der EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien 2007).

Um die bulgarische Systemtransformation mit einem Zwischenergebnis versehen zu können, sollen an erster Stelle die regionalen Besonderheiten hervorgehoben werden, welche die bulgarische Entwicklung begleiten. Offiziell fängt die bulgarische Transformation gleichzeitig mit der Wende in Zentraleuropa an: Todor Schiwkow wird das Amt am 10.11.1989 entzogen. Doch das gleichzeitige Geschehen der intensiven politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in ganz Europa lenkt davon ab, dass im Vergleich zu den zentraleuropäischen Ländern die bulgarische Gesellschaft noch nicht bereit ist, sich von dem herrschenden Staatssozialismus abrupt zu befreien. Somit ist Bulgarien auch sechszehn Jahre später in der eigenen Entwicklung und in der Einführung und Umsetzung von Reformen den westlichen Ländern deutlich hinterher.

Auf der anderen Seite versucht Bulgarien, zügig das zentraleuropäische Modell für die Gründung eines neuen pluralistischen politischen Systems umzusetzen. Im Vergleich dazu agieren die ehemaligen Kommunisten in anderen Balkanländern nach der Wende relativ lange als Regierungsmacht – in Rumänien behalten die ehemaligen Kommunisten die Regierungsmacht bis zum Jahr 1996, in Albanien fangen die

⁵⁰⁹ Vgl. Karasimeonov: *Das Parteiensystem in Bulgarien*. S. 231.

Transformationsänderungen erst gegen Ende 1990 an und die ehemaligen Kommunisten und neu benannten Sozialisten bleiben an der Macht bis zum Jahr 1995. Obwohl die BSP in Bulgarien die ersten freien demokratischen Wahlen im Juni 1990 mit einem Ergebnis von 52% für sich entscheiden kann, werden alle wichtigen politischen Positionen innerhalb von nur wenigen Monaten von der neu gegründeten rechten Opposition UDK übernommen – am 1. August desselben Jahres wird auch der UDK-Parteivorsitzende Schelju Schelew zum Staatspräsidenten gewählt. Somit etabliert sich in Bulgarien nur ein Jahr nach der Wende ein neues politisches System, in dem die BSP und die UDK mit der Unterstützung der BZNS und der BRF eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus ist Bulgarien eines der ersten Transformationsländer, das bereits am 12. Juli 1991 eine demokratische Verfassung verabschiedet, welche die europäischen Prinzipien des Pluralismus und die Freiheit für private Unternehmen beinhaltet.

Allerdings betont die erste oppositionelle Regierung mit Filip Dimitrow an der Spitze den Balkancharakter Bulgariens. Im Vergleich zu Zentraleuropa besitzen die neuen bulgarischen Politiker weder Erfahrungen aus der Dissidentenbewegung, die erst 1988 in Bulgarien gegründet wurde, noch haben sie je an der politischen Regierung teilgenommen. Die fehlende Reife der oppositionellen Rechten führt zu einer antikommunistischen Idealisierung.⁵¹⁰

In den darauffolgenden Jahren ändern die Bulgaren wiederholt ihre politischen Präferenzen. Mit dem Mandat der BRF wird eine Regierung ins Leben gerufen, die als Hauptziel die Privatisierung großer staatlicher Unternehmen anstrebt, allerdings sich aufgrund der fehlenden politischen Unterstützung in eine Arena für Kapitalisten der Post-Nomenklatur verwandelt. Dabei handelt es sich um die wirtschaftlichen Eliten, die während der letzten Jahre des Staatssozialismus gute Beziehungen zu potentiellen Investoren aufgebaut haben und nun versuchen, die Kontrolle über die Unternehmen zu erlangen, welche die höchste Rentabilität aufweisen.

⁵¹⁰ Vgl. Kalinova/Baeva: *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2005*. S. 378.

Der häufige politische Wechsel und die wiederholte Enttäuschung von den politischen Eliten sorgen jedes Mal für eine weitere Desillusionierung der bulgarischen Bevölkerung - in 16 Jahren wechseln elf bulgarische Regierungen und sechs Parlamente. Bis zum Jahr 2005 hat sich in Bulgarien die anfängliche Euphorie über die politische Freiheit bereits gelegt, so dass erste Kritik an der parlamentarischen Demokratie aufkommt – jene politische Ordnung, von der sich die Bulgaren eine hohe Lebensqualität und Stabilität erhofft haben.

Die wirtschaftliche Zwischenbilanz fällt ebenso umstritten aus. Führend in der Wirtschaft sind der Eigentumswechsel und die Umstrukturierung, doch verlaufen beide Aktivitäten schleppend und sind im Jahr 2005 noch lange nicht vollbracht. Die bulgarische Wirtschaft des Jahres 1989 ist zentralisiert und von dem sowjetischen Markt abhängig. Als im Jahr 1991 dieser Markt allmählich schwindet, gerät Bulgarien in Schwierigkeiten. In den ersten Jahren nach der Wende werden Gesetze über die Einführung von Marktmechanismen verabschiedet, doch führen die Reformen zu einer Verringerung der Produktion. Dieser Prozess endet in Zentraleuropa in den 90er Jahren, in Bulgarien ist er noch im Gange. Somit bestätigen die Hauptmerkmale des bulgarischen wirtschaftlichen Übergangs die Tendenz einer langsamen Transformation auf dem Balkan.

Der einzige politische Bereich, in dem in den ersten 16 Jahren nach der Wende eine positive Entwicklung zu verbuchen ist, ist die Außenpolitik. Der langersehnte EU-Beitritt stellt zumindest anfänglich für Bulgarien die Möglichkeit dar, sich politisch und wirtschaftlich neu zu erfinden sowie sich an der internationalen Politik und Wirtschaft in der Ära der Globalisierung zu beteiligen.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegende politikwissenschaftliche Untersuchung zeigt, dass die von mir aufgestellte These über einen Systemwechsel „von innen“ eine sinnvolle Definition für den bulgarischen Übergang bietet. Am 9. November 1989 wird Todor Schiwkow von der Mehrheit des Politbüros gezwungen seinen politischen Posten niederzulegen. Der Rücktritt Schiwkows, der eine ganze Ära der bulgarischen Geschichte repräsentiert, wird mühelos durchgeführt, nicht zuletzt, weil alle involvierten Akteure sich einen Wandel wünschen – die Bevölkerung, die politische Elite und die Sowjetunion. Die Tatsache, dass dieser Wandel durch die kommunistische Partei ermöglicht wird, prägt auch die zukünftigen Änderungsschritte. Die bulgarischen Dissidenten sind wahrlich überrascht von diesen Ereignissen: Im Vergleich zu den Dissidenten in anderen osteuropäischen Ländern haben diese kaum an dem Übergang teilgenommen. Auch die sich noch in der Entstehungsphase befindende Opposition kann aufgrund fehlender Struktur und Organisation zu diesem Zeitpunkt den Übergang nicht wesentlich beeinflussen.

Es ist unbestritten, dass das politische System im Staatssozialismus den weiteren Entwicklungsverlauf des bulgarischen Parteiensystems bestimmt hat. Die Kombination von den wahlsystematischen Gegebenheiten, welche eine Parteienkonzentration begünstigten und von den sowohl gesellschaftlichen als auch politisch ausgeprägten Kontrasten, führte zur angesprochenen Bipolarität des Parteiensystems bis vor den Wahlen 2001.⁵¹¹ Die Polarisierungstendenzen der Wähler und die Vier-Prozenthürde im Verhältniswahlrecht halten die Zersplitterung des Parteiensystems lange auf.⁵¹² Der Parteienwettbewerb nach 1989 wird von dem Konflikt zwischen den Kommunisten und den Anti-Kommunisten maßgeblich beeinflusst. Somit teilt sich die Gesellschaft in

⁵¹¹ Vgl. Autengruber: *Bulgarien: Zwischen anfänglichen Konsolidierungstendenzen und akuten Umbrüchen*. S. 144.

⁵¹² Vgl. ebd.

zwei Lager auf – auf der einen Seite stehen die Vertreter der Demokratie und des politischen Wandels und auf der anderen Seite, die Verfechter des alten Regimes.

Nach 2001 haben die unzureichende inhaltliche Differenzierbarkeit der Parteien und die starke populistische Orientierung zur Folge, dass die Wählerschaft in einen Lethargiezustand gerät.⁵¹³

Die Neugründung politischer Parteien (am Beispiel der NBSII) fördert die Unberechenbarkeit der bulgarischen Wähler und bestätigt die Tendenz, dass sich die Bulgaren vielmehr von einer charismatischen Leitfigur beeinflussen lassen, als von einem ausgearbeiteten politischen Parteiprogramm. Nicht zuletzt aus diesem Grund stimmt die Ausrichtung der sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Parteien im bulgarischen Parteiensystem nicht mit den europäischen Mustern überein.⁵¹⁴

Sieben Jahre nach dem Beitritt Bulgariens zur Europäischen Union lässt sich rückblickend feststellen, dass das Land immer noch dabei ist, die eigene kommunistische Vergangenheit zu bewältigen. Die am Anfang der Systemtransformation entstandenen kriminellen und korrupten Gefüge sind mittlerweile zu einem festen Teil der bulgarischen politischen Kultur geworden und bestimmen weiterhin die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Nach der Überprüfung der einzelnen Phasen des akteurstheoretischen Modells am Beispiel Bulgariens kann abschließend festgestellt werden, dass sich dieses als ein größtenteils geeignetes Instrument für die Untersuchung des bulgarischen Transformationsprozesses erweist.

Dem akteurstheoretischen Ansatz entsprechend, kommt es auch in der bulgarischen **Liberalisierungsphase** in 1989 zu einer Teilung innerhalb der kommunistischen Führung in reformwillige *Softliner* und konservative *Hardliner*. Der Sturz von Todor Schiwkow am 9. November 1989 und die Ernennung von Petar Mladenow zum neuen

⁵¹³ Vgl. Autengruber: *Bulgarien: Zwischen anfänglichen Konsolidierungstendenzen und akuten Umbrüchen*. S. 144.

⁵¹⁴ Vgl. ebd. S. 133-136.

Generalsekretär der BKP sorgen für eine anfängliche Euphorie in der Öffentlichkeit, doch kurze Zeit später wird für alle sichtbar, dass die neue alte Partielite unter der propagierten Demokratisierung vielmehr eine Liberalisierung des kommunistischen Regimes versteht und dass weder eine Abschwächung der Führungsrolle der Partei noch grundlegende wirtschaftliche Reformen vorgesehen sind. Mit dieser Erkenntnis gibt sich die Mehrheit nicht zufrieden, da mit dem Rücktritt von Schiwkow die langersehnte Aussicht auf eine grundlegende Erneuerung und Reformierung des politischen Systems verbunden ist. Vor diesem Hintergrund entsteht Anfang 1990 die Spaltung der Herrschaftselite in Reformatoren, die eine Erweiterung des sozialistischen Systems um demokratische und marktwirtschaftliche Elemente vorsehen, und in Revolutionär-Oppositionelle, die sich für rasche und grundlegende Systemänderungen aussprechen.

Auch eignet sich der akteurstheoretische Ansatz als Begründung für die Entscheidung der Liberalisierer zugunsten der Demokratie. Zum einen spielt die politische Kosten-Nutzen-Abwägung eine Rolle: Die spürbare Unterkühlung in den russisch-bulgarischen Beziehungen im Zeitraum 1987-1989 und die durch das Ende der sowjetischen Subsidierung bedingte verschlechterte Wirtschaftssituation Bulgariens führen dazu, dass Bulgarien zunehmend vom Westen abhängig wird und somit die vom Westen befürwortete Demokratisierung als die Lösung ansieht, eine Repression abzuwenden. Zum anderen herrscht innerhalb der kommunistischen Elite die Überzeugung, dass allein die Tatsache, den Demokratisierungsprozess mitangestoßen zu haben, dazu beitragen wird, die eigene politische Machtstellung auch innerhalb der demokratischen Ordnung beizubehalten.

Gemäß dem akteurstheoretischen Ansatz erfolgt eine **Demokratisierungsphase**, indem sich die herrschenden Softliner und die Vertreter der gemäßigten Opposition auf eine Kompromisslösung einigen. Gemäß der vorliegenden Untersuchung trifft allerdings diese Aussage im bulgarischen Fall nicht zu. Sowohl die Ablösung der *Hardliner* innerhalb der kommunistischen Führung als auch die richtungsweisenden Beschlüsse zugunsten einer parlamentarischen Demokratie werden innerhalb der herrschenden Elite entschieden. Bis zum Ende des Jahres 1989 trifft das Zentralkomitee der BKP

eine Vielzahl an Entscheidungen. Viele Parteimitglieder, die für die Krise mitschuldig sind, werden aus der Partei ausgeschlossen, andere, von Schiwkow repressiert, erhalten erneut die Mitgliedschaft. Darüber hinaus wird auf einem außerplanmäßigen Kongress der BKP die Absicht offengelegt, die führende Rolle der Partei, wie sie in der Verfassung verankert ist, aufzugeben und die Verfassung entsprechend zu ändern. Während des 14. Kongresses der BKP Anfang 1990 werden auch die wichtigsten politischen Posten unter denjenigen, die den Parteiwechsel am 10. November eingeleitet haben, neu vergeben. So wird Petar Mladenov das neue Staatsoberhaupt, Andrei Lukanov wird der neue Ministerpräsident und Andrei Lilov zum Parteivorsitzenden gewählt.

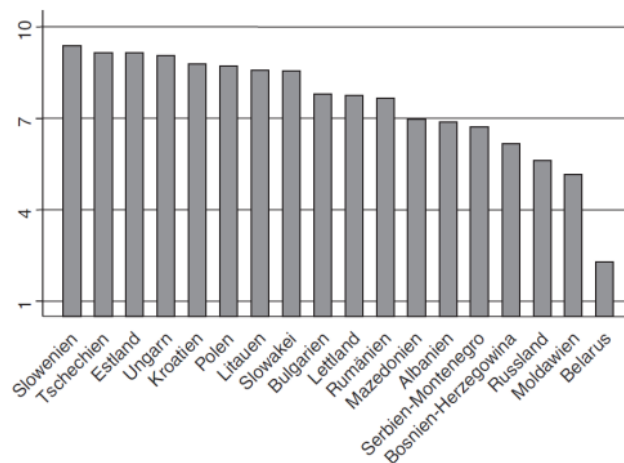
Die Opposition wird zu diesem Zeitpunkt bei richtungsweisenden Beschlüssen nicht berücksichtigt, da sie sich noch im Entstehungsprozess befindet und aus vielen kleinen Formationen besteht, die noch keine Struktur haben.

Gemäß dem akteurstheoretischen Ansatz beginnt die **Konsolidierungsphase** des demokratischen Systems, wenn eine Regierung durch allgemeine, freie und demokratische Wahlen entsteht und wenn die ausgehandelte Institutionenordnung verabschiedet wird. Laut dieser Aussage beginnt die Konsolidierungsphase in Bulgarien nach den ersten freien parlamentarischen Wahlen im Juni 1990. Bulgarien wagt das ausgesprochen ehrgeizige Unterfangen, die ersten freien und demokratischen Wahlen mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu verbinden. Diese Entwicklung ist insofern eher ungewöhnlich, als die politischen und wirtschaftlichen Reformen in Bulgarien spürbar langsamer umgesetzt werden als in den restlichen osteuropäischen Transformationsländern. Eine Erklärung hierfür ist, dass die Opposition dadurch den Rückstand im Demokratisierungsprozess zu mindern versucht, indem sie vorschlägt, dass bereits die erste pluralistische Regierung eine Verfassung auszuarbeiten hat, die das ganze System verändern soll. Dieser eher unrealistische Wunsch, in kürzester Zeit alles nachzuholen und sogar zu überholen, wird die bulgarische Politik auch in den Jahren nach der Wende prägen und zu überstürzten Reformen und unüberlegten politischen Entscheidungen führen.

Unter welchen Bedingungen ein demokratisches System als konsolidiert betrachtet werden kann, wird im akteurstheoretischen Ansatz nicht nachgegangen.

Der Begriff der demokratischen Konsolidierung und die Frage nach den osteuropäischen Konsolidierungsprozessen und wie konsolidiert Demokratien in Osteuropa tatsächlich sind, ist wissenschaftlich umstritten und nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Für Wolfgang Merkel ist demokratische Konsolidierung „kein irreversibler Endzustand, sondern ein relativ stabiles Equilibrium der definierenden Bestandteile eines demokratischen Systems“⁵¹⁵. Laut Merkel stellt der *Bertelsmann Transformation Index* (BTI) „die verlässlichsten, transparentesten und ausdifferenziertesten Daten bereit“⁵¹⁶. Gemäß BTI wird Bulgarien im Jahr 2005 trotz der anfänglichen regionsspezifischen Entwicklungsschwierigkeiten als eine rechtsstaatliche Demokratie bewertet und reiht sich in der Bewertung vor Lettland und Rumänien ein (Abbildung 6).

Abbildung 6: Gesamtkonsolidierung laut BTI



Quelle:

http://www.wzb.eu/sites/default/files/personen/merkel.wolfgang.289/merkel_pvs_3_48.pdf, S. 423 (Stand: 01.12.2014)

⁵¹⁵ Vgl. http://www.wzb.eu/sites/default/files/personen/merkel.wolfgang.289/merkel_pvs_3_48.pdf, S. 417 (Stand: 01.12.2014).

⁵¹⁶ Vgl. ebd.

Am Ende des hier untersuchten Zeitraums, im Jahr 2005, ist Bulgarien auf dem besten Wege, sich zu konsolidieren, auch wenn prognostiziert wird, dass die bestehenden Probleme im Bereich der Justiz, der Kriminalität und vor allem der Korruption nicht so kurzfristig behoben werden können. Doch besteht die Hoffnung, dass der bevorstehende EU-Beitritt Bulgariens den weiteren Konsolidierungsprozess positiv beeinflussen wird.

Zum 25. Jubiläum seit dem Systemwechsel von 1989 fällt die Zwischenbilanz der Systemtransformation in 2014 eher ernüchternd aus. Von Erfolgsgeschichten ist kaum die Rede, vielmehr häufen sich die Analysen über die während des Transformationsprozesses entstandenen Probleme – stark fragmentiertes Parteiensystem, sinkende politische Partizipation, nicht kontrollierbare organisierte Kriminalität, weit verbreitete Korruption und hohe Armutsquoten sind nur einige Beispiele dafür.

Die Euphorie über den EU-Beitritt Bulgariens hat sich ebenfalls gelegt. Seit dem 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien Mitglieder der Europäischen Union. Beide Länder haben im Jahr 2014 immer noch nicht das europäische Niveau erreicht und haben weiterhin mit gravierenden Problemen zu kämpfen. Die Europäische Kommission spricht aufgrund ihrer Fortschrittsberichte regelmäßig Ermahnungen aus und fordert eine rasche Umsetzung der längst fälligen Reformen in der Justiz, in der Verwaltung und im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Die durch den EU-Beitritt erhoffte Beschleunigung der demokratischen Konsolidierung ist in Bulgarien aus den oben genannten Gründen kaum eingetreten.

Im Unterschied zu anderen postkommunistischen Ländern gab es im Jahr 1989 in Bulgarien keine massenhaften Proteste gegen die kommunistische Herrschaft. Daher vertritt Wolfgang Höpken die Meinung, dass es in Bulgarien an einem kritischen

Gegenspieler fehlte, der auf Reformen gedrängt hätte. Daraus sei eine „verschleppte“ Transformation entstanden, in der erste Ergebnisse erst Mitte der 90er Jahre erzielt werden konnten, wodurch es auch zu Verzögerungen im restlichen Ablauf des Systemwechselprozesses kam.⁵¹⁷ In diesem Sinne könnten die aktuellen Massenproteste in Bulgarien als die verspätete Phase des Demokratisierungsprozesses interpretiert werden und ein Zeichen dafür sein, dass der Prozess der Systemtransformation noch lange nicht abgeschlossen ist.

⁵¹⁷ Vgl. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3200&view=pdf> (Stand: 01.12.2014)

Literaturverzeichnis

- Afanasiev, Jurij:** *Perspektiven des Wandels in Osteuropa und in der UdSSR.* In: Duffek, Karl/Fröschl, Erich (Hrsg.): *Die demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa. Herausforderungen für die Sozialdemokratie.* Wien 1991. S. 44-45.
- Ananieva, Nora:** *Andrej Lukanov im Parlament. [Andrei Lukanov v parlamenta].* Sofia 1997. S. 9-300.
- Anderson, Lisa:** *Transitions to democracy.* Columbia 1999. S. 74.
- Appelius, Stefan:** *Bulgarien. Europas Ferner Osten.* Bonn 2006. S. 118-129.
- Arato, Andrew:** *Revolution, Civil society und Democracy.* In: *Transit* 1 (1990). S. 110-126.
- Asenov, Boncho:** *Vom sechsten zum sechsten. [Ot shesto za shesto].* Sofia 1994. S. 126.
- Atkinson, Robert (Hrsg.):** *The Environment in Eastern Europe: 1990.* IUCN East European Programme. Environmental Research Series 3. 1991. S. 16.
- Autengruber, Christian:** *Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre.* Stuttgart 2006. S. 26-166.
- Autengruber, Christian:** *Bulgarien: Zwischen anfänglichen Konsolidierungstendenzen und aktuellen Umbrüchen.* In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts.* Opladen 2008. S. 133-146.
- Avramov, Rumen:** *Die Anatomie des Übergangs. Die Wirtschaftspolitik Bulgariens von 1989 bis 2004. [Anatomija na prehoda. Stopanskata politika na Balgarija ot 1989 do 2004].* Sofia 2004. S. 130-131.
- Bendiek, Annegret:** *Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und die Europäische Integration: Eine Analyse ausgewählter Politikfelder.* Springer Verlag 2004. S. 65.
- Berend, Ivan T.:** *Central and Eastern Europe 1944 – 1993. Detour from the periphery to the periphery.* Cambridge 1999. S. 290.
- Beyme, Klaus von:** *Parteien in westlichen Demokratien.* München 1982. S. 25-311.
- Beyme, Klaus von.:** *Systemwechsel in Osteuropa.* Frankfurt a. M. 1994. S. 35-94.

- Bideleux, Robert/Jeffries, Ian:** *The Balkans. A Post-Communist History.* New York 2007. S. 107-118.
- Bielasiak, Jack:** *Substance and Process in the Development of Party Systems in East Central Europe.* In: *Communist and Post-Communist Studies*, Heft 1 (1997). S. 31-36.
- Bos, Ellen/Segert, Dieter:** *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter?: Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts.* Budrich 2008. S. 136.
- Bos, Ellen:** *Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen.* In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze in Transitionsprozessen.* Opladen 1994. S. 39-45.
- Brahm, Heinz:** *Die erste antokommunistische Regierung in Bulgarien.* In: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.* Bericht des BIOs Nr. 44/1998. S. 7-26.
- Brahm, Heinz:** *Fiasko und Neubeginn in Bulgarien.* In: *Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation.* (Bundesinstitut für ost-wissenschaftliche und internationale Studien, Jahrbuch 1996/97). München 1997. S. 175-188.
- Brown, James F.:** *Surge to Freedom. The End of Communist Rule of Eastern Europe.* Durham and London 1991. S. 186-197.
- Brüsemeister, Thomas:** *Qualitative Forschung. Ein Überblick.* Wiesbaden 2008. S. 26-29.
- Carius, Alexander/Krüger, Christine/Homeyer, Ingmar von:** *Umweltpolitik und Umweltrecht in Bulgarien. Eine Zwischenbilanz des Beitrittsprozesses.* Berlin 2001. S. 17.
- Chakurov, Kostadin:** *Die zweite Etage. [Vtorijat etagh].* Sofia 1990. S. 128-319.
- Clyatt, Oscar W.:** *Bulgaria's Quest for Security after Cold War.* Washington 1993. S. 37-38.
- Crampton, Richard J.:** *A Concise History of Bulgaria.* Cambridge 2000. S. 335.
- Dahl, Robert A.:** *Polyarchy. Participation and Opposition.* New Haven/London 1971. S. 3.
- Dahrendorf, Ralf:** *Betrachtungen über die Revolution in Europa.* Stuttgart 1991.

- Danailov, Georgi:** *Soweit ich mich erinnern kann. [Dokolkoto si spomniam]*. Sofia 2001. S. 156.
- Dimitrow, Filip:** *Die politische Repräsentation nach dem Kommunismus. [Politichesko predstavitelstvo sled komunizma]*. Sofia 2010. S. 44-45.
- Dimitrowa, Blaga:** *Das Gesicht. [Lize]*. Sofia 1981.
- Doinov, Ognian:** *Ein nicht realisiertes Projekt zur Reform der Transformation. Kurze Bewertung des Zustands und der Ursachen der wirtschaftlichen Krise. [Edin nerealiziran proekt za reforma na prehoda. Kratka ozenka na sastojanieto i prichinite, doveli do ikonomicheskata kriza]*. In: *Neue Zeit. Buch I-II. [Novo vreme. Kniga I-II]*. Sofia 2000. S. 130-131.
- Downs, Anthony:** *An economic theory of democracy*. New York 1957. S. 25.
- Eckert, Florian:** *Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa*. Wiesbaden 2008. S. 99-219.
- Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hrsg.):** *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt a.M. 1996. S. 308.
- Florath, Bernd (Hrsg.):** *Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur*. Göttingen 2011. S. 225.
- Gabanyi, Anneli Ute:** *Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation*. München 1998. S. 6-46.
- Gansel, Christina (Hrsg.):** *Systemtheorie in den Fachwissenschaften. Zugänge, Methoden, Probleme*. Göttingen 2011. S. 56.
- Geier, Wolfgang:** *Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten*. Wiesbaden 2001. S. 231.
- Gieler, Wolfgang (Hrsg.):** *Aussenpolitik im europäischen Vergleich: ein Handbuch der Staaten Europas von A bis Z*. Berlin 2012. S. 84.
- Gjuselev, Bojan:** *Die Minderheiten in Bulgarien unter Berücksichtigung der letzten Volkszählung vom Dezember 1992*. In: *Südosteuropa*, 6-7/1994. S. 361-373.
- Glenny, Misha:** *The Rebirth of History. Eastern Europe Age of Democracy*. Penguin Books 1993. S. 164-182.

Grotzky, Johannes: *Fremde Nachbarn: Der Osten und Südosten Europas Ende des 20. Jahrhunderts.* Norderstedt 2009. S. 29-107.

Gruber, Josef: *Bulgarien im ersten Jahr der Regierung von Ex-König Simeon Sakschoburggotski.* In: KAS Auslandinformationen Nr. 3/02. S. 57-71.

Gyaurski, Marian: *Die Unversöhnlichen -Widerstand gegen den Kommunismus in Bulgarien.* In: *Texte zum Kommunismus in Bulgarien.* KAS e.V. Bulgarien, 26. November 2014. S. 17.

Hamann, Rudolf: *Revolution und Evolution. Zur Bedeutung einer historisch akzentuierten Soziologie.* In: *Soziologische Schriften.* Band 34. Berlin 1981. S. 31.

Hatschikjan, Margaditsch A.: *Bulgarien.* In: Hatschikjan, Margaditsch, A./Weilemann, Peter R. (Hrsg.): *Parteienlandschaft in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien 1989-1992.* Paderborn u. a. 1994. S. 127-170.

Heydemann, Günther/Vodička, Karel (Hrsg.): *Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich.* Göttingen 2013. S. 241-301.

Heyse, Norbert: *Europas Osten I.* Norderstedt 2014. S. 293.

Höpken, Wolfgang: *Bulgarien: Wenig bekannt und manchmal verkannt.* In: Altmann, Franz-Lothar/Hösch, Edgar (Hrsg.): *Reformen und Reformer in Osteuropa.* Regensburg 1994. S. 132-153.

Höpken, Wolfgang: *Die „unvollendete Revolution“?* In: Höpken, Wolfgang (Hrsg.): *Revolution auf Raten. Bulgariens Weg zur Demokratie.* München 1996. S. 7.

Höpken, Wolfgang/ Sundhaussen, Holm (Hg.): *Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart.* (Südosteuropa-Jahrbuch 29). München 1998. S. 261-277.

Höpken, Wolfgang: *Zwischen Kulturkonflikt und Repression. Die türkische Minderheit in Bulgarien 1944-1991.* In: Heuberger, Valeria (Hrsg.): *Nationen, Nationalitäten, Minderheiten.* Band 22 der Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts. Wien 1994. S. 179-202.

Horn, Hannelore: *Die Revolution in der DDR von 1989: Prototyp oder Sonderfall.* In: *Außenpolitik 1* (1993). S. 55-65.

- Huntington, Samuel P.:** *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century.* Norman and London 1991. S. 13-26.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.):** *Die politischen Systeme Osteuropas.* Wiesbaden 2010. S. 21-722.
- Ivanov, Dimitar:** *Die politische Widersetzung in Bulgarien 1956 – 1989.* [Politicheskoto protivopostavjane v Balgarija 1956-1989]. Sofia 1994. S. 124-139.
- Ivanova, Ewgenija:** *Die bulgarische Dissidenz. Die Geschichte kehrt zurück. 1988-1989. Teil I.* [Balgarskoto disidenstvo. Istorijata se zavrushta. 1988-1989. ch. I]. Sofia 1997. S. 222-223.
- Johnson, Chalmers:** *Revolutionstheorie.* Köln/Bonn 1971. S. 196.
- Joja, Oltea:** *Den Kommunismus erinnern. Bilder und Vorstellungen in der Gegenwart.* In: Brunnbauer, Ulf/Troebst, Stefan (Hrsg.): *Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa.* Köln 2007. S. 237-240.
- Kalinova, Evgenija/Baeva, Iskra:** *Die Bulgarischen Übergänge 1939-2000.* [Balgarskite prehodi 1939-2005]. Sofia 2006. S. 215-378.
- Karasimeonov, Georgi:** *Das Parteiensystem in Bulgarien.* [Partiinata sistema v Balgarija]. Sofia 2006. S. 105-233.
- Karasimeonov, Georgi:** *Das Parteiensystem in Bulgarien.* [Partiinata sistema v Balgarija]. Sofia 2010. S. 148-149.
- Kelle, Udo:** *Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden in der empirischen Sozialforschung. Theoretische Grundlagen und methodologische Konzepte.* Wiesbaden 2008. S. 145-146.
- Kitschelt, Herbert:** *The Formation of Party Systems in East Central Europe.* In: *Politics & Society*, Heft 1 (1992). S. 7.
- Kitschelt, Herbert et al.:** *Post-Communist Party Systems. Competition, Representation and Inter-Party Cooperation.* Cambridge 1999. S. 239-275.
- Klaus, Elisabeth/Sedmak, Clemens/Drüeke, Ricarda/Schweiger, Gottfried (Hrsg.):** *Identität und Inklusion im europäischen Sozialraum.* Wiesbaden 2010. S. 277.
- Knaus, Gerald:** *Bulgarien. Beck'sche Reihe. Länder.* München 1997. S. 85-99.

- Konstantinov, Emil:** *Das Parteienrecht in Bulgarien.* In: Tsatsos, Dimitris/Zdzislaw, Kedria (Hrsg.): *Parteienrecht in mittel- und osteuropäischen Staaten. Entstehungsmomente des Parteienrechts in Bulgarien, Litauen, Polen, Russland, der Slowakei, Tschechien und Ungarn.* Baden-Baden 1994. S. 23-71.
- Krämer, Leo/Stojanov, Christo (Hrsg.):** *Sozialwissenschaftliche Studien zur Transformation.* Bergisch Gladbach 1999. S. 117-146.
- Krastev, Ivan:** *Democracy's „Doubles“.* In: *Journal of Democracy.* Vol. 17, No. 2 (April 2006).
- Kuran, Timur:** *Now out of Never: The Element of Surprise in the East European Revolution of 1989.* In: Bermeo, Nancy (Hrsg.): *Liberalization and Democratization. Change in the Soviet Union and Eastern Europe.* Baltimore/London 1992.
- Ladner, Andreas:** *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen.* Wiesbaden 2004. S. 56.
- Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.):** *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung.* Wiesbaden 2010. S. 103-191.
- Lawson, Kay/Römmele, Andrea/Karasimeonov, Georgi:** *Cleavages, Parties and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland and Romania.* Westport 1999. S. 4-12.
- Lilov, Aleksander:** *Der internationale und der bulgarische Übergang. Band 2. [Svetovnijat i bulgarskijat prehod. Tom 2].* Sofia 2006. S. 116-297.
- Linz, Juan/Stephan, Alfred:** *Problems of Democratic Transition and Consolidation.* Cambridge 1996. S. 335.
- Lukanov, Andrej:** *Über die Krise. [Za krizata].* Sofia 1992. S. 98-104.
- Marković, Predrag J.:** *Der Sozialismus und seine sieben „S“-Werte der Nostalgie.* In: Brunnbauer, Ulf/Troebst, Stefan (Hrsg.): *Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa.* Köln 2007. S. 153-164.
- Marti, Roland/Vogt, Henri (Hrsg.):** *Europa zwischen Fiktion und Realpolitik.* Bielefeld 2010. S. 175.
- Mason, David S.:** *Revolution in East-Central Europe. The Rise and Fall of Communism and the Cold War.* Boulder 1992. S. 111.

- Merkel, Wolfgang:** *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung.* Opladen 1999. S. 26-406.
- Merkel, Wolfgang:** *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung.* Wiesbaden 2010. S. 15-368.
- Merkel, Wolfgang:** *Transformation politischer Systeme.* In: Münkler, Herfried (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs.* Hamburg 2003. S. 217-220.
- Meyer, Alfred G.:** *Politics and Methodology in Soviet Studies.* In: *Studies in Comparative Communism* 2 (1991). S. 127-136.
- Mladenov, Petar:** *Im Namen Bulgariens. Brief von P. Mladenov. 24. Oktober 1989.* [V imeto na Bulgarija. Pismo na P. Mladenov. 24. Oktomvri 1989]. In: *Internationale Beziehungen. Buch I.* [Meghdunarodni otnoshenija. Kniga I]. Sofia 1990. S. 5-7.
- Mladenov, Petar:** *Unsere Anweisung für progressive und humane Normen.* Vortrag von Petar Mladenov auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Paris, 30. Mai 1989 . [Nashijat putevoditel za progresivnite i humanni normi]. Rech na Petar Mladenov na konferencijata za sigurnost i sudeistvie v Evropa v Parigh na 30 Mai 1989]. In: *Internationale Beziehungen. Buch 5.* [Meghdunarodni otnoshenija. Kniga 5.]. Sofia 1989. S. 3-7.
- Morel, Julius/Bauer, Eva/Meleghy, Tamás/Niedenzu, Heinz-Jürgen/Preglau, Max/Staubmann, Helmut/Welz, Frank:** *Soziologische Theorie. Abriss der Ansätze ihrer Hauptvertreter.* München 2007. S. 149.
- Nedelchev, Mihail:** *UDK an der Macht. Teil 2. Demokratische Analyse.* [SDS vuv vlastta. Chast vtora. Demokraticheski pregled]. Buch 4-5. Sofia 1996. S. 8.
- Nohlen, Dieter/Schulze, Rainer-Olaf (Hrsg.):** *Lexikon der Politik, Band I. Politische Theorien.* München 1995. S. 554-555.
- Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.):** *Kleines Lexikon der Politik.* München 2007. S. 393.
- Nohlen, Dieter/Schulze, Rainer-Olaf:** *Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2, N-Z. Theorien, Methode, Begriffe.* München 2010. S. 1108.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence.:** *Transition from Authoritarian Rule.* Baltimore 1986.

Offe, Claus.: *Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten.* Frankfurt a. M. 1994. S. 19-21.

Panov, Asparuh: *UDK und NBSII. Die Helden und die Opfer des Übergangs.* [SDS i NDSV. Geroite i ghertvite na prehoda]. Sofia 2009. S. 23-93.

Pickel, Gert: *Die subjektive Verankerung der Demokratie in Osteuropa – Die Legitimität der Demokratie in der Bevölkerung als Faktor demokratischer Stabilität und Qualität.* In: Backes, Uwe/Jaskulowski, Tytus/Polese, Abel (Hrsg.): *Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa.* Göttingen 2009. S. 269-270.

Pirgova, Mariya: *Der bulgarische Parlamentarismus. Im Rahmen der globalen Transformation.* [Balgarskijat parlamentarizum. V uslovijata na globalnija prehod]. Sofia 2009. S. 84-323.

Pöllmann, Guido: *Kooperativer Staat und Parteiendemokratie.* Berlin 2006. S. 149.

Pridham, Geoffrey: *The International Context of Democratic Consolidation: Southern European Comparative Perspective.* In: Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective.* Baltimore 1995. S. 168.

Przeworski, Adam: *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America.* Cambridge 1991. S. 51-94.

Przeworski, Adam: *Some problems in the Study of the Transition to Democracy.* In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transition from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives.* Baltimore 1986. S. 52-62.

Rahn, Richard W./Utt, Ronald D.: *Report of the Bulgarian Economic Growth & Transition Project.* 1990.

Raychev, Andrej/Stoichev, Kuncho: *Was geschah? Eine Erzählung über den Übergang in Bulgarien 1989-2004.* [Kakvo se sluchi? Razkaz za prehoda v Balgarija 1989-2004]. Sofia 2008.

Reißig, Rolf: *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels.* Wiesbaden 2009. S. 34.

Riedel, Sabine: *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration.* Wiesbaden 2005. S. 186-187.

- Riedel, Sabine:** *Die türkische Minderheit im parlamentarischen System Bulgariens.* In: Südosteuropa, Heft 2 (1993). S. 100-124.
- Riedel, Sabine:** *Ex-Zar Simeon II. gescheitert? Überlegungen zu den Gestaltungsräumen der bulgarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.* Berlin 2002. S. 9-21.
- Roggemann, Herwig (Hrsg.):** *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern.* Berlin 1999. S. 373-404.
- Röhrich, Wilfried:** *Die politischen Systeme der Welt.* München 2006. S. 49.
- Rokkan, Stein/Lipset, Seymour M.:** *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives.* New York 1967. S. 5.
- Roth, Maren:** *Erziehung zur Demokratie? Amerikanische Demokratisierungshilfe im postsozialistischen Bulgarien.* Münster 2005. S. 69-72.
- Sartori, Giovanni:** *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis.* Cambridge 2005. S. 110.
- Schelew, Schelju:** *Der Faschismus. [Fashismat].* Sofia 1990.
- Schelew, Schelju:** *In der großen Politik. [V goljamata politika].* Sofia 1998. S. 142-150.
- Schiwkow, Todor:** *Vortrag des Vorsitzenden des Staatsrats, Todor Ghivkov, im bulgarischen Rundfunk und im bulgarischen Fernsehen, 29. Mai 1989. [Izjavlenie na predsedatelia na Durghavnijat suvet Todor Ghivkov po Balgarskoto radio i Balgarskata televizija].* In: Internationale Beziehungen. Buch 5. [Meghdunarodni otnoshenija. Kniga 5.]. Sofia 1989. S. 3-7.
- Schlichter, Natalia:** *Qualitative Forschung – nur der kleine Bruder quantitativer Methoden? Eine Frage vor dem Hintergrund der qualitativen Verfahren: Inhaltsanalyse nach Mayring und Grounded-Theory-Ansatz.* Studienarbeit. S. 21.
- Schneider, Wolfgang S.:** *Grundlagen der soziologischen Theorie. Band 3: Sinnverstehen und Intersubjektivität – Hermeneutik, funktionale Analyse, Konversationsanalyse und Systemtheorie.* Wiesbaden 2004. S. 171.
- Segert, Dieter:** *Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert.* Wien 2013. S. 155.

- Segert, Dieter:** *Ursprung und Wirkungsmöglichkeiten von „historischen Parteien“ im osteuropäischen Transformationsprozess.* In: Segert, Dieter (Hrsg.): *Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa.* Frankfurt a. M. 1994. S. 13-30.
- Semerghiew, Atanas:** *Keine Einwände gegen das Erlebte.* [Preghivjanoto ne podlegghi na obghalvane]. Sofia 1999. S. 387-401.
- Simeonov, Petko:** *Die große Veränderung 1989-1990.* [Goljamata promjana 1989-1990]. Sofia 1995. S. 50-680.
- Smolar, Aleksander:** *Die samtene Konterrevolution. Polnische Erfahrungen.* In: *Transit* 8 (1994). S. 149-170.
- Spasov, Methodi:** *Die Entstehung der UDK 1988-1991.* [Suzdavaneto na SDS 1988-1991]. Sofia 2000.
- Spasov, Methodi:** *Die Geschichte der UDK 1993-1997.* [Istorijata na SDS 1993-1997]. Sofia 2004. S. 12-236.
- Spasov, Methodi:** *Die Regierung von Filip Dimitrow.* [Prawitelstwoto na Filip Dimitrow]. Sofia 2002.
- Tiemann, Guido:** *Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa.* Wiesbaden 2006. S. 102-158.
- Tilly, Charles:** *Die europäischen Revolutionen.* München 1993. S. 23.
- Todorov, Antonii:** *Außenpolitik und politische Kultur: eine Dimension der Bruchlinien in Bulgarien.* [Vunshna politika i politicheska kultura: edno izmerenie na klividghite v Balgarija]. In: *Politische Analysen.* [Politicheski izsledvanija]. 3/2007 Sofia. S. 15-16.
- Todorov, Nikolai:** VII. Große Nationalversammlung. [Sedmo Veliko Narodno Subranie]. Sofia 1994. S. 137-138.
- Tokes, Rudolf:** *Hungary's negotiated revolution. Economic reform, social change and political succession, 1957-1990.* Cambridge 1996.
- Tonchev, Vasil/Iordanova, Lidiia:** *Wahlen 1991: Die Meinung der Öffentlichkeit in Bulgarien.* [Izbori 1991: obshtestvennoto mnenie v Balgariia]. 1991.
- Traikov, Bojan:** *10. November der Umsturz 1989.* [10 noemvri prevratut 1989]. Sofia 1999. S. 114-115.

- Tzanev, Stefan:** *Bulgarische Chronologien. Die Geschichte unseres Volks von 1943 bis 2007. Band 4.* [Balgarski hroniki. Istorija na nashija narod ot 1943 do 2007. Tom 4]. Plowdiw 2010. S. 412-461.
- Tzankoff, Michaela:** *Der Transformationsprozess in Bulgarien und die Entwicklung der postsozialistischen Medienlandschaft (Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik).* Münster 2002. S. 125-130.
- Veit, Reno:** *Warum divergieren die Transformationsprozesse der europäischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion? Ein Vergleich der Staaten Belarus, Estland und der Ukraine.* Norderstedt 2011. S. 3.
- Venkova-Wolff, Magdalena:** *Simeon II – Lockvogel ins Paradies? Notizen vor und nach den Parlamentswahlen in Bulgarien.* In: *Osteuropa*, 8, (2001). S. 976-984.
- Veremis, Thanos/ Daianu, Daniel:** *Balkan reconstruction.* New York 2013. S. 145.
- Vetter, Reinhold:** *Bronislaw Geremek: Der Stratege der polnischen Revolution.* Berlin 2014. S. 148.
- Videnov, Ghan:** *Die neuen Sozialisten und die Regierungsmacht – Lektionen und Fehler der Regierung.* [Novite socialisti i vlastta – uroci I greshki na upravlenieto]. In: *Neue Zeit.* [Novo vreme]. Buch 1-2. Sofia 1998. S. 84.
- Waldrauch, Harald:** *Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel.* In: *Reihe Politikwissenschaft*, Nr. 36. Institut für Höhere Studien (IHS), Wien, Juli 1996. S. 11.
- Weil, Francesca:** *Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR.* Göttingen 2011. S. 31.
- Weiss, Robert/Heinrich, Manfred:** *Der Runde Tisch, Konkursverwalter des „realen“ Sozialismus: Analyse und Vergleich des Wirkens Runder Tische in Europa.* Ausgabe 4. Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und internationale Studien 1991. S. 5.
- Zakaria, Fared:** *The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad.* New York 2007. S. 69.
- Ziemer, Klaus (Hrsg.):** *Wahlen in postsozialistischen Staaten.* Hemsbach 2003. S. 67.
- Zimmermann, Ekkart:** *Political Violence, Crises and Revolutions. Theories and Research.* Boston 1983. S. 298.

Zimmermann, Tanja: *Brüderlichkeit und Bruderzwist: Mediale Inszenierungen des Aufbaus und des Niedergangs politischer Gemeinschaften in Ost- und Südosteuropa.* Göttingen 2014. S. 53.

Zeitungsartikel

Zeitung Trud. [Vestnik Trud]. 8. Februar 2003. Guardian. *Bulgarien - der neue Vasall von Washington.* [Balgarija – novijat vasal na Washington].

Zeitung 24 Stunden. [Vestnik 24 chasa]. 12. November 2003. Iwan Krastev. *Kommunalwahlen 2003.* [Lokalni izbori 2003]. S. 13-15

Internetquellen

Eurostat: Reales BIP pro Kopf, Wachstumsrate und insgesamt:

http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do;jsessionid=gI5JfAwWie trs3vR_37jqtFwjzq9Ci1ox3dBT7qEMbUte11AeQKc!548505304?tab=table&plugin=1&pcode=tsdec100&language=de
(Stand: 01.12.2014)

H/SOZ/KULTV: Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften. Tagungsbericht zum Thema: *Vom Ostblock zur EU: Systemtransformation in den Jahren 1990 bis 2010 – vergleichende Perspektiven:*

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3200&view=pdf>
(Stand: 01.12.2014)

Merkel, Wolfgang: *Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa:*

http://www.wzb.eu/sites/default/files/personen/merkel.wolfgang.289/merkel_pvs_3_48.pdf
(Stand: 01.12.2014)

NBSII/NDSV-Internetauftritt: VII. Parteikongress, 27.10.2013:

<http://www.ndsv.bg/%d1%83%d1%81%d1%82%d0%b0%d0%b2/>
(Stand: 01.10.2013)

OSCE: Final Report on Parliamentary Elections Bulgaria June 2001:

<http://www.osce.org/bg/odihr/elections/bulgaria/16029?download=true>
(Stand: 01.08.2011)

Panov, Asparuh/Sachsenröder, Wolfgang: *Zwei liberale Parteien in der neuen bulgarischen Regierung, 17.08.2005:*

<http://www.msoe.fnst.org/Zwei-liberale-Parteien-in-der-neuen-bulgarischen-Regierung/1097c12304i1p154/index.html>
(Stand: 01.11.2013)

Politisches Schreiben der BSP: 20 Jahre nach der Umbenennung der Partei. [Politischesko obrashtenie po povod dvadesetgodishninata ot preimenuvaneto na partijata]:

<http://www.bsp.bg/public/files/docs/politichesko-obrushtenie27-02-2010.doc>
(Stand: 01.10.2014)

Stiftung Wissenschaft und Politik: Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit – Die bulgarischen Parlamentswahlen 17. Juni 2001:

http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=489
(Stand: 08.10.2010)

UDK-Internetauftritt: 25. Jubiläum:

<http://www.sds.bg/articles/7722-chestvame-25-godini-sayuz-na-demokratichnite-sili>
(Stand: 07.12.2014)

UDK-Internetauftritt: Ziele und Prioritäten:

<http://www.sds.bg/about/aims-and-priorities>
(Stand: 10.10.2014)

UDK-Internetauftritt: Parteistatus:

<http://www.UDK.bg/statute-of-UDK>
(Stand: 10.10.2014)

Verfassung der Republik Bulgarien:

<http://www.verfassungen.eu/bg/verf91.htm>
(Stand: 01.03.2014)

Zentrum für geschichtliche und politische Analysen. BSP-Entwicklung 1990-2005:

<http://npibg.com/cipi/ProgramnotoRazvitie.pdf>. S. 99-335
(Stand: 02.10.2014)

44. BSP Parteikongress 15. -19. Mai 2000. Kommentare und Erwartungen:

http://www.omda.bg/public/bulg/news/archcoment/bsp_k.htm
(Stand: 01.10.2014)